

DISSERTATION ZUM THEMA

**BÜRGERKOMPETENZEN VON VEREINSMITGLIEDERN –  
EINE EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG ZU BÜRGERTYPEN IN VEREINEN**

VORGELEGT VON  
KATRIN SLIEP  
FLÜGGESTR. 8  
22303 HAMBURG

HAMBURG, DEN 15. DEZEMBER 2008

**Ohne seine Idealisten könnte kein Verein existieren.**

**Ohne seine Phlegmatiker hätte keiner genug Mitglieder.**

*(Verfasser unbekannt)*

# Gliederung

<b>ABBILDUNGSVERZEICHNIS</b>	<b>6</b>
<b>TABELLENVERZEICHNIS</b>	<b>8</b>
<b>ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS</b>	<b>10</b>
<b>1. EINFÜHRUNG IN DIE PROBLEMSTELLUNG</b>	<b>11</b>
1.1  UNTERSUCHUNGSLEITENDE FRAGESTELLUNGEN	14
1.2  AUFBAU DER ARBEIT	15
<b>2. STAND DER FORSCHUNG</b>	<b>19</b>
2.1  BEGRIFFSKLÄRUNG	20
2.1.1 <i>Demokratie als Bezugsrahmen</i> .....	20
2.1.2 <i>Vereine in der Demokratie</i> .....	21
2.1.3 <i>Anmerkungen zum Bürgerbegriff</i> .....	23
2.1.4 <i>Anmerkungen zum Kompetenzbegriff</i> .....	24
2.1.5 <i>Anmerkungen zu einem vorläufigen Arbeitsbegriff                 „demokratischer Bürgerkompetenzen“</i> .....	25
2.2  THEORETISCHE ÜBERLEGUNGEN ZU BÜRGERKOMPETENZEN	25
2.2.1 <i>Demokratiethoretische Ansätze</i> .....	26
2.2.2 <i>Politikdidaktische Ansätze</i> .....	29
2.3  THEORETISCHE ÜBERLEGUNGEN ZUR BEDEUTUNG VON VEREINEN IN DER DEMOKRATIE	31
2.3.1 <i>Vereine als Sozialisationsinstanzen für                 Bürgerkompetenzen</i> .....	32
2.3.2 <i>Kritische Stimmen zu Vereinen und Bürgerkompetenzen</i>	32
2.3.3 <i>Überlegungen zur Rolle von Sportvereinen</i> .....	34
2.3.4 <i>Zusammenfassung</i> .....	34

2.4	EMPIRISCHER FORSCHUNGSSTAND ZU BÜRGERKOMPETENZEN VON VEREINSMITGLIEDERN	35
2.4.1	<i>Empirische Ergebnisse der politischen Kulturforschung...</i>	35
2.4.2	<i>Empirische Ergebnisse der Vereinforschung.....</i>	38
2.4.3	<i>Empirische Ergebnisse zur Bedeutung von Sportvereinen</i>	39
2.4.4	<i>Zusammenfassung.....</i>	40
2.5	FAZIT AUS DEM FORSCHUNGSSTAND	41
2.6	KONSEQUENZEN AUS DEM FORSCHUNGSSTAND FÜR DIE EIGENE UNTERSUCHUNG	42
<b>3.</b>	<b>DER IDEALTYPUS NACH MAX WEBER ALS METHODOLOGISCHER BEZUGSRAHMEN</b>	<b>45</b>
3.1	DER IDEALTYPUS ALS THEORETISCHES KONSTRUKT	45
3.2	IDEALTYPISCHE GATTUNGSBEGRIFFE UND REALTYPEN	49
3.3	KONSEQUENZEN FÜR DAS METHODISCHE VORGEHEN	50
<b>4.</b>	<b>THEORETISCHE GRUNDLAGEN EINES „IDEALTYPUS DEMOKRATISCHER BÜRGER“</b>	<b>52</b>
4.1	GESELLSCHAFTLICHE UND POLITISCHE PARTIZIPATION ALS GRUNDLAGE DER DEMOKRATIE	52
4.1.1	<i>Vorüberlegungen: Partizipation als zweck- bzw. wertrationales soziales Handeln.....</i>	55
4.1.2	<i>Erklärung politischer Partizipation mit Hilfe des Akteurmodells „Homo Oeconomicus“.....</i>	57
4.1.3	<i>Erklärung politischer und gesellschaftlicher Partizipation mit Hilfe des Akteurmodells „Homo Sociologicus“.....</i>	59
4.1.4	<i>Konsequenzen für die Konstruktion eines „Idealtypus demokratischer Bürger“.....</i>	60
4.1.5	<i>Wertorientierungen eines „Idealtypus demokratischer Bürger“.....</i>	61

---

4.2	KOMPETENZEN ALS GRUNDLAGE VON PARTIZIPATION IN DEMOKRATISCHEN GEMEINWESEN	62
4.2.1	<i>Kompetenztheoretische Überlegungen.....</i>	62
4.2.2	<i>Handlungskompetenzen als „Werkzeuge“ politischer Partizipation.....</i>	65
4.2.3	<i>Handlungsdispositionen als „Motor“ für Partizipation.....</i>	67
4.3	ABSCHLIEßENDE KONSTRUKTION DES „IDEALTYPUS DEMOKRATISCHER BÜRGER“	71
4.3.1	<i>Allgemeine Bürgerkompetenzen.....</i>	72
4.3.2	<i>Politische Bürgerkompetenzen.....</i>	73
4.3.3	<i>Verknüpfung von allgemeinen und politischen Bürgerkompetenzen.....</i>	74
<b>5.</b>	<b>BÜRGERKOMPETENZEN UND VEREINE</b>	<b>76</b>
5.1	THEORETISCHE BEGRÜNDUNGSZUSAMMENHÄNGE FÜR BÜRGERKOMPETENZEN VON VEREINSMITGLIEDERN	76
5.1.1	<i>Partizipation.....</i>	77
5.1.2	<i>Handlungsdispositionen.....</i>	80
5.1.3	<i>Handlungskompetenzen.....</i>	83
5.2	HINTERGRUNDINFORMATIONEN ZU DEN VEREINEN UND IHRE BEDEUTUNG FÜR DIE BÜRGERKOMPETENZEN	84
5.2.1	<i>Demokratische Vereinsstruktur.....</i>	85
5.2.2	<i>Vereinstyp.....</i>	86
5.2.3	<i>Gelegenheitsstrukturen zur Interaktion.....</i>	87
<b>6.</b>	<b>METHODISCHE UMSETZUNG</b>	<b>90</b>
6.1	ANLAGE DER EMPIRISCHEN UNTERSUCHUNG	90
6.1.1	<i>Festlegung der Erhebungsorte und Auswahl der Vereine: Die Vorstudie.....</i>	91
6.1.2	<i>Hintergrundinformationen zu den Vereinen: Die Organisationserhebung.....</i>	94
6.1.3	<i>Erhebung der Bürgerkompetenzen: Schriftliche Mitgliederbefragung.....</i>	94

---

6.2	OPERATIONALISIERUNG DER FORSCHUNGSFRAGE	96
6.2.1	<i>Operationalisierung der Hintergrundinformationen zu den Vereinen.....</i>	96
6.2.2	<i>Operationalisierung der Kompetenzaspekte des „Idealtypus demokratischer Bürger“.....</i>	99
6.2.3	<i>Operationalisierung soziodemographischer Merkmale.....</i>	106
6.3	AUSWERTUNGSVERFAHREN	110
6.3.1	<i>Bildung von Realtypen.....</i>	110
6.3.2	<i>Weitere statistische Auswertungsverfahren.....</i>	120
<b>7.</b>	<b>BÜRGERTYPEN IN VEREINEN</b>	<b>121</b>
7.1	BÜRGERKOMPETENZEN VON VEREINSMITGLIEDERN	122
7.2	KONSTRUKTION DER BÜRGERTYPEN	124
7.2.1	<i>Der Aktive.....</i>	125
7.2.2	<i>Der politisch Engagierte.....</i>	128
7.2.3	<i>Der Vereinsmeier.....</i>	130
7.2.4	<i>Der Misstrauische.....</i>	132
7.2.5	<i>Der Desinteressierte.....</i>	134
7.2.6	<i>Vergleichende Zusammenfassung der Bürgertypen.....</i>	136
7.3	SOZIODEMOGRAPHISCHE BESONDERHEITEN DER EINZELNEN BÜRGERTYPEN	139
7.3.1	<i>Horizontale Ungleichheitsmerkmale.....</i>	140
7.3.2	<i>Vertikale Ungleichheitsmerkmale.....</i>	143
7.3.3	<i>Weitere Merkmale der Bürgertypen.....</i>	146
7.3.4	<i>Soziale Ungleichheiten zwischen den Bürgertypen.....</i>	147
<b>8.</b>	<b>BÜRGERTYPEN IN SPORT- UND ANDEREN VEREINEN</b>	<b>150</b>
8.1	VEREINE MIT UNTERSCHIEDLICHER ZIELSTELLUNG UND INHALTLICHER AUSRICHTUNG	151
8.1.1	<i>Vereine mit unterschiedlichen Zielstellungen.....</i>	152
8.1.2	<i>Vereine aus unterschiedlichen Bereichen.....</i>	154

---

8.2	VEREINE MIT UNTERSCHIEDLICHEN STRUKTUREN	156
	8.2.1 <i>Gelegenheitsstrukturen zur Interaktion.....</i>	156
	8.2.2 <i>Demokratische Struktur.....</i>	158
8.3	VEREINE MIT UNTERSCHIEDLICHEN BÜRGERTYPEN	160
	8.3.1 <i>Vereine mit einem hohen Anteil von Aktiven.....</i>	160
	8.3.2 <i>Vereine mit einem hohen Anteil politisch Engagierter.....</i>	164
	8.3.3 <i>Vereine mit einem hohen Anteil Vereinsmeier.....</i>	168
	8.3.4 <i>Vereine mit einem hohen Anteil misstrauischer bzw.     desinteressierter Bürger.....</i>	170
8.4	ZUSAMMENFASSUNG: BÜRGERTYPEN IN VEREINEN	173
<b>9.</b>	<b>FAZIT</b>	<b>178</b>
9.1	DER „IDEALTYPUS DEMOKRATISCHER BÜRGER“	180
9.2	FÜNF BÜRGERTYPEN IN VEREINEN	184
9.3	BÜRGERKOMPETENZEN UND VEREINSSTRUKTUREN	187
9.4	AUSBLICK	190
<b>10.</b>	<b>LITERATUR</b>	<b>192</b>
<b>11.</b>	<b>ANHANG</b>	<b>203</b>

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Die Stellung von Vereinen als organisierter Teil der Zivilgesellschaft im Netz von Staat, Markt und Privatsphäre	22
Abb. 2	Zusammenfassende Darstellung der Bestandteile von Bürgerkompetenzen	43
Abb. 3	Annäherung von empirisch vorfindbarer Realität und dem Idealtypus als theoretisches Konstrukt nach der Methode von Max Weber	50
Abb. 4	Annäherung von empirisch vorfindbaren Merkmalsausprägungen unter Vereinsmitgliedern und einem theoretisch konstruierten „Idealtypus demokratischer Bürger“ nach der Methode von Max Weber.	51
Abb. 5	Direkte versus repräsentative Demokratie	53
Abb. 6	Überblick über die Bestandteile von Handlungskompetenz	64
Abb. 7	Zusammenfassende Darstellung der Kompetenzdimensionen	71
Abb. 8	Bürgerkompetenzen eines „Idealtypus demokratischer Bürger“	73
Abb. 9	Auswahl der Vereine für die empirische Untersuchung	93
Abb. 10	Dendrogramm (Ausschnitt) aus der hierarchischen Clusteranalyse (nach dem Single-Linkage-Verfahren) zur Identifikation von Ausreißern.	114
Abb. 11	Anstieg der Fehlerquadratsumme in Abhängigkeit von der Anzahl der Fusionierungsschritte	116
Abb. 12	Bürgerkompetenzen eines „Idealtypus demokratischer Bürger“	125
Abb. 13	Visualisierung der Bürgerkompetenzen des Aktiven auf der Grundlage der T-Werte	127
Abb. 14	Visualisierung der Bürgerkompetenzen des „politisch Engagierten“ auf der Grundlage der T-Werte	129
Abb. 15	Visualisierung der Bürgerkompetenzen des „Vereinsmeiers“ auf der Grundlage der T-Werte	131
Abb. 16	Visualisierung der Bürgerkompetenzen des „Misstrauischen“ auf der Grundlage der T-Werte.	133
Abb. 17	Visualisierung der Bürgerkompetenzen des „Desinteressierten“ auf der Grundlage der T-Werte	135
Abb. 18	Anteil der verschiedenen Bürgertypen an der Gesamtstichprobe	136
Abb. 19	Geschlechterverteilung in den Bürgertypen und in der Gesamtstichprobe in Prozent	141
Abb. 20	Regionale Herkunft der Mitglieder in den Bürgertypen und in der Gesamtstichprobe in Prozent	142

---

Abb. 21	Alter der Mitglieder in den Bürgertypen und in der Gesamtstichprobe in Prozent	143
Abb. 22	Prozentuale Verteilung von Bildungsabschlüssen in den Bürgertypen und in der Gesamtstichprobe	145
Abb. 23	Prozentuale Verteilung der beruflichen Autonomie in den Bürgertypen und in der Gesamtstichprobe	146
Abb. 24	Prozentuale Verteilung des Äquivalenzeinkommens in den Bürgertypen und in der Gesamtstichprobe	146
Abb. 25	Dauer der Vereinsmitgliedschaft der Bürgertypen und in der Gesamtstichprobe in Prozent	147
Abb. 26	Bürgertypen in Sport-, außenorientierten und fremdbezogenen Vereinen	153
Abb. 27	Bürgertypen in Vereinen aus den Bereichen Sport, Politik, Freizeit und Geselligkeit sowie Gesundheit und Soziales	155
Abb. 28	Bürgertypen in Vereinen differenziert nach den Gelegenheitsstrukturen zur Interaktion im Rahmen von Mitgliederversammlungen, geselligen Veranstaltungen und bürgerschaftlichem Engagement	157
Abb. 29	Bürgertypen in Vereinen differenziert nach der Offenheit des Vereins für die Einflussnahme durch die Mitglieder	159
Abb. 30	Prozentualer Anteil der verschiedenen Bürgertypen in Vereinen mit überdurchschnittlich vielen Aktiven	161
Abb. 31	Prozentualer Anteil der verschiedenen Bürgertypen in Vereinen mit überdurchschnittlich vielen politisch Aktiven	165
Abb. 32	Prozentualer Anteil der verschiedenen Bürgertypen in Vereinen mit überdurchschnittlich vielen Vereinsmeiern	168
Abb. 33	Prozentualer Anteil der verschiedenen Bürgertypen in Vereinen mit überdurchschnittlich vielen Misstrauischen bzw. Desinteressierten	171
Abb. 34	Bestandteile von Bürgerkompetenzen im Sinne des „Idealtypus demokratischer Bürger“, sowie Beispiele für ihre Operationalisierung im Rahmen der empirischen Untersuchung zu „Sozialkapital und Bürgerkompetenz“	183

## Tabellenverzeichnis

Tab. 1	Skala „Demokratische Entscheidungsstruktur“ auf Basis der Funktionsträgerbefragung	97
Tab. 2	Operationalisierung der Interaktionsmöglichkeiten für die Mitglieder	98
Tab. 3	Skala zur allgemeinen Handlungskompetenz der Mitglieder	100
Tab. 4	Skala zum Vertrauen in andere Menschen	101
Tab. 5	Item zur allgemeinen Hilfsbereitschaft der Mitglieder	102
Tab. 6	Item zur Solidarität der Mitglieder mit anderen Menschen	102
Tab. 7	Skala zur Aktivität im Verein	103
Tab. 8	Skala zum freiwilligen Engagement im Verein	103
Tab. 9	Skala zur Aktivität in anderen Vereinen	104
Tab. 10	Skala Politisches Wissen	104
Tab. 11	Skala zum politischen Interesse	105
Tab. 12	Skala zur Politikverdrossenheit	105
Tab. 13	Skala zur politischen Partizipation	106
Tab. 14	Skala zum höchsten erreichten Bildungsabschluss	107
Tab. 15	Frage zur beruflichen Stellung	107
Tab. 16	Transformation der beruflichen Stellung in die Skala „Berufsautonomie“	109
Tab. 17	Abfrage des Haushaltsnettoeinkommens	110
Tab. 18	Deskriptive Statistik der verwendeten Skalen und Items	112
Tab. 19	Darstellung der F-Werte nach der Clusteranalyse nach Ward und der Clusterzentrenanalyse (K-Means-Verfahren) sowie der Differenz beider Werte	118
Tab. 20	Kreuzvalidierung der Clusterzuordnungen durch die hierarchische Clusteranalyse nach Ward und die Clusterzentrenanalyse (partitionierendes K-Means Verfahren).	118
Tab. 21	T-Werte für die 5-Clusterlösung der Clusterzentrenanalyse	119
Tab. 22	Übersicht über die Bürgerkompetenzen der befragten Vereinsmitglieder	122
Tab. 23	Gesellschaftliche Aktivität der Mitglieder außerhalb des Vereins der Befragung	123
Tab. 24	Höchste Bildungsabschlüsse (in Prozent) auf der Grundlage des ALLBUS 2002 und der Mitgliederbefragung	144
Tab. 25	Ergebnisse einer univariaten Varianzanalyse zur Ermittlung signifikanter Gruppenunterschiede zwischen den Bürgertypen	148
Tab. 26	Zuordnung der Vereine zu den Bereichen Sport, Politik, Freizeit/ Kultur und Soziales/Gesundheit.	152

---

Tab. 27	Bildungsabschlüsse und berufliche Autonomie der Mitglieder differenziert nach Zielstellung des Vereins	154
Tab. 28	Anzahl der Vereine mit geringen bis sehr guten Gelegenheitsstrukturen zur Interaktion aufgeteilt nach Bereich des Vereins	157
Tab. 29	Anzahl der Vereine mit geringen bis guten Einflussmöglichkeiten der Mitglieder aufgeteilt nach Bereich des Vereins	159
Tab. 30	Verbundenheit der Vereinsmitglieder mit dem Verein der Befragung im Vergleich zu anderen Vereinen, in denen eine Mitgliedschaft besteht	166
Tab. 31	Übersicht über die Bürgerkompetenzen des Aktiven	203
Tab. 32	Übersicht über die Bürgerkompetenzen des politisch Engagierten	203
Tab. 33	Übersicht über die Bürgerkompetenzen des Vereinmeiers	204
Tab. 34	Übersicht über die Bürgerkompetenzen des Misstrauischen	204
Tab. 35	Übersicht über die Bürgerkompetenzen des Desinteressierten	205
Tab. 36	Soziodemographische Besonderheiten (horizontale Ungleichheitsmerkmale) der fünf Bürgertypen	205
Tab. 37	Soziodemographische Besonderheiten (vertikale Ungleichheitsmerkmale) der fünf Bürgertypen	206
Tab. 38	Unterschiede in der Mitgliedschaftsdauer der fünf Bürgertypen	206
Tab. 39	Bürgertypen in binnenorientierten Sportvereinen, außenorientierten und fremdbezogenen Vereinen	207
Tab. 40	Bürgertypen in Vereinen aus den Bereichen Sport, Politik, Freizeit und Kultur sowie Gesundheit und Soziales	207
Tab. 41	Bürgertypen in Vereinen differenziert nach den Gelegenheitsstrukturen zur Interaktion im Rahmen von Mitgliederversammlungen, geselligen Veranstaltungen und bürgerschaftlichem Engagement	207
Tab. 42	Bürgertypen in Vereinen differenziert nach der Offenheit des Vereins für die Einflussnahme durch die Mitglieder	208

## Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
ALLBUS	Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften
Aufl.	Auflage
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
bspw.	beispielsweise
CI	Cramers Index
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DOSB	Deutscher Olympischer Sportbund
ebd.	ebenda
erg.	ergänzte
et al.	und andere
GG	Grundgesetz
hiba	Heidelberger Institut für Beruf und Arbeit
Hrsg.	Herausgeber
i. E.	im Erscheinen
ISB	Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung
Kap.	Kapitel
M	Mittelwert
Max.	Maximum
Min.	Minimum
N	Anzahl
NOK	Nationales Olympisches Komitee
p	Signifikanzwert
S.	Seite
SD	Standardabweichung
u. A.	unter Anderem
überarb.	überarbeitete
v. a.	vor allem
VereinsG	Vereinsgesetz
vgl.	vergleiche
z. B.	zum Beispiel
ZUMA	Zentrum für Umfragen, Methoden, Analysen



## 1. Einführung in die Problemstellung

An einigen Sonntagen im Jahr versucht die Demokratie, sich den Deutschen ins Gedächtnis zu rufen. An diesen Tagen sind alle Bürger<sup>1</sup> oder aber Bürger bestimmter Regionen aufgefordert, sonntags einen Gang zur Wahlurne vorzunehmen. Allerdings gelingt es der Demokratie nicht immer, die Menschen in die Wahllokale zu locken, denn das „Konkurrenzprogramm“ ist groß. Zwischen Sonntagsbrunch und Sportschau noch die Zeit zu finden, um „seine Kreuzchen“ zu machen, ist nicht jedermanns Sache. Hinzu kommt, dass einem die Entscheidung auch nicht leicht gemacht wird. Die Zeiten, in denen den Menschen die Parteienbindung ihrer sozialen Herkunft entsprechend in die Wiege gelegt wurde, sind vorbei. Inzwischen ist in den großen Volksparteien ein Streit um die so genannte „Mitte“ entbrannt und auch die kleinen Parteien sind bemüht, Wähler aller Schichten anzusprechen. Trotz dieses Buhlens um die Gunst der Wähler verzichten immer mehr Menschen darauf, die einfachste Möglichkeit zur Mitbestimmung, die ihnen die Demokratie bietet, zu nutzen. Deshalb gehört es – ähnlich wie die Verkündung der ersten Prognose um 18 Uhr – schon fast zum Ritual von Wahlen, die zumeist sinkende Beteiligung zu beklagen und zu diskutieren, wie viel Politikverdrossenheit und politische Apathie eine Demokratie verkraften kann. Die Demokratie befindet sich in einem Dilemma: Einerseits ist sie auf die Beteiligung der Bürger an Wahlen angewiesen, denn nur so lässt sich der Herrschaftsanspruch der Regierung in einer repräsentativen Demokratie legitimieren. Andererseits verfügt die Demokratie nicht über die Möglichkeiten, die Beteiligung an Wahlen zu erzwingen. Deshalb ist die Demokratie in dieser Hinsicht auf die Einsicht und das Wohlwollen der Bürger angewiesen. Dieses Dilemma stellt eine zunehmende Herausforderung für die Demokratie dar, wie folgendes Zitat deutlich macht:

„Die moderne, rechtsstaatlich verfasste Demokratie zeigt sich zunehmend unfähiger, die für ein gutes Funktionieren notwendigen Bürgeraktivitäten auch mobilisieren zu können. „Politik- und Parteienverdrossenheit“, „Rückzug ins Privatleben“, Trittbrettfahrersyndrome und „Ohne-mich-Verhaltensweisen“ der Bürger wurden ebenso wie neuer Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit und „Das-Boot-ist-voll“-Mentalitäten beklagt“ (Lohmann, 2003, 12).

Mit dem Rückzug der Bürger aus demokratischen Entscheidungsprozessen geht die Diskussion einher, inwieweit es den Bürgern an demokratischen Werten und Kompetenzen mangle oder ob das politische Desinteresse lediglich ein Ausdruck einer vorübergehenden Übersättigung bzw. allgemeinen Zufriedenheit sei. Während von manchen die Distanzierung der Bürger vom

---

<sup>1</sup> Im Rahmen dieser Arbeit wird in der Regel ausschließlich die männliche Version verwendet. Gemeint sind jedoch, wenn nicht anders vermerkt, beide Geschlechter.

politischen Geschehen als eine ernstzunehmende Bedrohung moderner Demokratien angesehen wird (vgl. Roßteutscher, 2002; Weidenfeld, 1996), halten andere diesen Prozess für eine normale Entwicklung, die keinen Anlass zur Sorge bereite (vgl. Schwaabe, 2002).

In jedem Fall schwingt in diesen Diskussionen eine Erwartung an die Bürger demokratischer Systeme mit:

Wenn auf der einen Seite bestimmte Handlungen der Bürger als mehr oder weniger defizitär bzw. bedrohlich eingestuft werden können, dann muss es auch bestimmte wünschenswerte bzw. demokratisch notwendige Verhaltensweisen geben, die Bürger einer Demokratie im Idealfall auszeichnen sollten. Hierbei werden hohe Erwartungen an die Bürger geknüpft. Sie sollen als „Retter in der Not“ (Himmelman, 1998, 44) helfen, die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu meistern (vgl. im Überblick Gebhard, 1996; Kymlicka & Wayne, 1994). Die Diskussion um die Bürger moderner Gesellschaften hat in jedem Fall Konjunktur, wie *Die Zeit* anmerkte (Jessen 2006).

Welche Kompetenzen die Bürger demokratischer Gemeinwesen aufweisen sollten, um durch ihr Handeln den Bestand der Demokratie langfristig sicherzustellen, wird in diesen Diskussionen nur selten expliziert. Somit scheint es wesentlich leichter zu sein, zu benennen, wie Bürger nicht sein sollten, als sich über notwendige demokratische Bürgerkompetenzen zu verständigen (vgl. Dörner, 2003; Schmitz, 2000).

Neben der Frage nach notwendigen Bürgerkompetenzen wird ebenfalls diskutiert, wie sich Bürger die von ihnen erwarteten Kompetenzen aneignen könnten. Insbesondere seit den 1990er Jahren wird im Zuge der Debatten über die Bedeutung der Zivilgesellschaft die Rolle von Vereinen als mögliche „Vermittlungsinstanzen“ von Bürgerkompetenzen diskutiert. Vereine als „organisierte Infrastruktur“ der Zivilgesellschaft gelten im Rahmen dieser Überlegungen als Basiselemente und mögliche Schulen der Demokratie (vgl. Zimmer, 1996; Himmelman, 2001; Detjen, 2002; Schmidt & Bergmann, 2007; Müller, 2008).

Auf die Bedeutung von Vereinen für demokratische Gemeinwesen hatte bereits im Jahr 1830 Alexis de Tocqueville nach seiner Studienreise durch Amerika hingewiesen (Tocqueville, 1987). Auch Max Weber hob 80 Jahre später auf dem Deutschen Soziologentag von 1910 die politische Bedeutung von Vereinen hervor, indem er den Vereinen „beträchtliche Wirkungen [...] z.B. auf politischem Gebiet“ bescheinigte (Weber, 1924, 445). Obwohl Max Weber damals eine eigene „Soziologie des Vereinswesens“ gefordert hatte, rückten Vereine erst in den 1960er Jahren in das Blickfeld der Forschung, als zwei

amerikanische Wissenschaftler in einer empirischen Untersuchung zur politischen Kultur überraschend feststellten, dass sich Vereinsmitglieder durch ein größeres politisches Interesse und einen höheren Grad an politischer Aktivität im Vergleich zu Nicht-Vereinsmitgliedern auszeichneten. Die inzwischen zum Klassiker avancierte Studie „The Civic Culture“ von Almond und Verba (1963) kam zu dem Ergebnis, dass Vereinsmitglieder somit die „besseren Demokraten“ seien. Obwohl Almond und Verba damals weiteren Forschungsbedarf im Bezug auf die Mitglieder von Vereinen konstatierten, erhielten Vereine erst wieder im Zuge der Zivilgesellschaftsdiskussion in den 1990er Jahren Einzug in die empirische Forschung. Seitdem wird diskutiert, inwiefern zivilgesellschaftliche Organisationen nicht nur die gesellschaftliche Einbindung und Beteiligung fördern sondern darüber hinaus auch Interesse an politischen Zusammenhängen wecken könnten (vgl. dazu kritisch Stecker & Nährlich, 2005). Vereinen werden hier zahlreiche gesellschaftliche Funktionen zugeschrieben, so sollen Vereine z. B. politisierende Wirkungen entfalten, indem sie ihre Mitglieder auf eine politische Teilhabe vorbereiten. Darüber hinaus wird erwartet, dass „zivilgesellschaftliche Aktivitäten den passiven Bürger in einen aktiven, engagierten Demokraten zurückverwandeln“ (Lohmann, 2003, 12) und in Vereinen soziale und organisatorische Fähigkeiten trainiert werden könnten. Vertreter der Zivilgesellschaftsdebatte gehen somit davon aus, dass Vereine für die Demokratie unerlässliche Bürgerkompetenzen schaffen könnten; eine These, die vor allem von dem amerikanischen Politikwissenschaftler und Soziologen Robert Putnam vertreten wird (vgl. Deth, 2001; Putnam, 1996; Putnam, 1999; Putnam, 2000). Es finden sich jedoch auch Stimmen, die die positiven gesellschaftlichen Effekte von Vereinsmitgliedschaften in Frage stellen bzw. relativieren. So merkt zum Beispiel Oswald an: „Nicht alle freiwilligen Tätigkeiten haben dieselben positiven Folgen für die Entwicklung einer demokratischen Persönlichkeit. In dieser Frage besteht ein ausgesprochener Forschungsbedarf“ (Oswald, 2004, 22). Und auch Offe schränkt ein:

“Associations (...) are discredited for their inherent propensity to cultivate not civic virtues, but to the contrary, collective selfishness, particularism, or ‘amoral familism’. They obstruct the proper course of democratic government, operate as exploitative coalitions, or can easily give rise to exclusive, xenophobic, and authoritarian forms of the exercise of political power” (Offe, 2003, 319).

Die Bedeutung von Vereinen für demokratische Gemeinwesen wird demnach kontrovers diskutiert. Einerseits werden von Vereinen Bürgerkompetenzen generierende Effekte erwartet bzw. erhofft und andererseits wird davor gewarnt, dass Vereine die Demokratie untergraben könnten (vgl. Fiorina, 1999; Pollack, 2003; Strecker & Nährlich, 2005).

Für die Sportwissenschaft stellt sich in diesem Kontext die Frage nach der gesellschaftspolitischen Bedeutung von Sportvereinen, die mit über 80.000 Vereinen zahlenmäßig die bedeutsamste Gruppe des deutschen Vereinswesens ausmachen. So ist, rein statistisch betrachtet, jeder dritte Deutsche in eine Sportorganisation eingebunden (33,46%, DOSB, 2008, S. 13). Allerdings wurde die Rolle von Sportvereinen sowohl im Rahmen des Diskurses um die Bedeutung der Zivilgesellschaft als auch im Rahmen der Dritte-Sektor-Forschung eher nachrangig behandelt. So konstatiert die Politikwissenschaftlerin und Vereinforscherin Annette Zimmer: „Insgesamt ist die politische Rolle des Sports bisher eher unterbelichtet“ (Zimmer, 2005, 64) und fordert dazu auf, Sportvereine im Rahmen der Dritte-Sektor-Forschung verstärkt in den Blick zu nehmen.

Somit offenbart dieser kurze Problemaufriss bereits drei grundlegende Forschungsdefizite. Erstens wird die Frage welche Kompetenzen die Bürger einer Demokratie auszeichnen sollten in den hitzig geführten Debatten über Politikverdrossenheit bisher nur unzureichend beantwortet. Zweitens ist die Bedeutung von Vereinen in diesem Zusammenhang umstritten und drittens ist die Rolle von Sportvereinen, als der zahlenmäßig bedeutsamsten Vereinsform in Deutschland, weitgehend unerforscht.

## **1.1 Untersuchungsleitende Fragestellungen**

Ziel dieser Arbeit ist es, die Diskussionslinien zu demokratischen Bürgerkompetenzen und zur Rolle von Vereinen als „Basiselemente der Demokratie“ aufzugreifen und zu verknüpfen. Zunächst wird theoriegeleitet herausgearbeitet, welche Kompetenzen die Mitglieder demokratischer Gesellschaftssysteme auszeichnen sollten. Darauf aufbauend werden Vereinsmitglieder dahingehend untersucht, inwiefern sie diese Bürgerkompetenzen tatsächlich aufweisen. Weiterhin wird durch den Vergleich von unterschiedlichen Vereinstypen die Rolle von Sportvereinen in diesem Kontext beleuchtet.

Die der Arbeit zu Grunde liegenden Fragestellungen lauten somit:

- (1) Durch welche Bürgerkompetenzen sollten sich die Mitglieder demokratischer Gemeinwesen auszeichnen, um den Anforderungen, die demokratische Systeme an sie stellen, gerecht werden zu können?
- (2) Inwieweit zeichnen sich Vereinsmitglieder allgemein durch Bürgerkompetenzen aus?
- (3) Durch welche Bürgerkompetenzen zeichnen sich Sportvereinsmitglieder im Vergleich zu Mitgliedern anderer Vereine aus?

Die erste Frage nach den Kompetenzen von Bürgern demokratischer Gemeinwesen soll theoretisch bearbeitet werden. Somit steht im Zentrum des theoretischen Teils die Auseinandersetzung mit dem facettenreichen Begriff der „Bürgerkompetenzen“.

Die Fragen zwei und drei werden mit Hilfe empirischer Daten bearbeitet. Mitglieder von Sport- und anderen Vereinen werden auf ihre Bürgerkompetenzen hin untersucht und zu Bürgertypen zusammengefasst. Dadurch kann die bisher nur unzureichende empirische Untersuchung der demokratischen Kompetenzen von Vereinsmitgliedern strukturiert und theoriegeleitet weitergeführt werden.

## 1.2 Aufbau der Arbeit

Im Rahmen des folgenden *zweiten Kapitels* werden zunächst die zentralen Begriffe der Arbeit dargestellt. Der Demokratiebegriff als Gesellschafts- und Lebensform ist hierbei von zentraler Bedeutung. Es wird allerdings auch eine erste Annäherung an den Begriff der Bürgerkompetenzen vorgenommen werden (vgl. Abschnitt 2.1). Im Folgenden (vgl. Abschnitte 2.2 bis 2.5) wird der theoretische und empirische Forschungsstand zu Bürgerkompetenzen aufgearbeitet. Hierbei werden zentrale Ergebnisse aus Demokratietheorie, politischer Bildung und politischer Kulturforschung zusammengeführt. Neben grundlegenden demokratietheoretischen Überlegungen werden Diskussionslinien über „Bürgerleitbilder“ aus der Politikdidaktik berücksichtigt und ein kurzer Überblick über den Stand der empirischen Forschung aus politischer Kultur- und Vereinsforschung gegeben.<sup>2</sup> In diesem Zusammenhang wird auch auf bisherige Ergebnisse zu den Besonderheiten von Sportvereinsmitgliedern eingegangen werden.

Der Stand der Forschung bildet die Grundlage für die weiterführenden theoretischen Überlegungen zu den Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern. Auch werden aus den bisherigen Forschungsergebnissen Konsequenzen für die vorliegende Untersuchung abgeleitet (vgl. Abschnitt 2.6)

---

<sup>2</sup> Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass diese Diskussionen vor allem im deutschsprachigen Raum und in den Vereinigten Staaten geführt werden. Während die Diskussion um Bürgerkompetenzen und Bürgertypen vor allem in Deutschland geführt wird, so finden empirische Untersuchungen zu politischer Aktivität und Vereinsmitgliedschaft vor allem in den USA statt. Es ist somit notwendig, theoretische Erkenntnisse aus dem deutschsprachigen Raum zu amerikanischen Ergebnissen in Beziehung zu setzen. Es sollen dabei jedoch nicht die unterschiedlichen demokratischen Systeme Deutschlands und der USA gegenübergestellt werden, sondern es sei an dieser Stelle grundlegend angemerkt, dass wesentliche Unterschiede bestehen, die in dieser Arbeit jedoch unberücksichtigt bleiben sollen. Ziel der Arbeit ist es, vor allem Aussagen für die Bedeutung des Vereinswesens in Deutschland zu treffen - ohne dabei empirische und theoretische Grundlagen aus der in den USA stark verbreiteten politischen Kulturforschung außer Acht zu lassen.

Im *dritten Kapitel* erfolgen methodologische Überlegungen, die sich aus der Forschungsfrage nach notwendigen demokratischen Bürgerkompetenzen ergeben. Die Methode des „Idealtypus“ nach Max Weber (1922) bietet die Möglichkeit, eine theoretisch fundierte Typenbildung vorzunehmen. Somit bietet diese Methode theoretische Anknüpfungspunkte, um Vereinsmitglieder hinsichtlich ihrer Bürgerkompetenzen zu systematisieren und zu Bürgertypen zusammenzufassen. Deshalb wird im dritten Kapitel die idealtypische Methode und ihr Potenzial im Hinblick auf die Bearbeitung der leitenden Fragestellung in Bezug auf die Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern vorgestellt.

Im *vierten Kapitel* werden Bürgerkompetenzen herausgearbeitet, die in einer Demokratie notwendig sind. Auf der Grundlage theoretischer Überlegungen ergeben sich drei verschiedene Kompetenzaspekte, die Bürger einer Demokratie auszeichnen sollten.

Ausgehend von demokratietheoretischen Überlegungen wird in Abschnitt 4.1 Partizipation als konstituierendes Merkmal demokratischer Gemeinwesen und somit als ein wesentlicher Bestandteil von Bürgerkompetenz herausgearbeitet.

Als weitere wesentliche Aspekte von Bürgerkompetenzen ergeben sich aus den in Abschnitt 4.2 dargestellten Überlegungen allgemeine sowie politische Handlungskompetenzen, die eine gesellschaftliche bzw. politische Beteiligung erst ermöglichen. Darüber hinaus benötigen Bürger in der Demokratie bestimmte allgemeine und politische Wertorientierungen, um ihr Handeln nicht ausschließlich am persönlichen Nutzen sondern auch am Wohlergehen der Gemeinschaft auszurichten.

Die theoretischen Überlegungen zu notwendigen Kompetenzen von Bürgern in modernen Demokratien werden am Ende des Kapitels (Abschnitt 4.3) in dem theoretischen Konstrukt eines „Idealtypus demokratischer Bürger“ zusammengeführt. Das theoretische Konstrukt des Idealtypus ermöglicht es, die Relevanz der unterschiedlichen Bürgertypen in Vereinen für die Demokratie beurteilen zu können. Somit bildet das Modell des Idealtypus die Grundlage für die empirische Auseinandersetzung mit den Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern.

Im *fünften Kapitel* wird die Bedeutung von Vereinen in Bezug auf die verschiedenen Aspekte von Bürgerkompetenzen analysiert. Hier steht die Frage im Vordergrund, wie sich Zusammenhänge zwischen Vereinsmitgliedschaft und bestimmten Bürgerkompetenzen theoretisch begründen lassen (vgl. Abschnitt 5.1). Darüber hinaus werden theoretische Überlegungen zu den Auswirkungen bestimmter Strukturbesonderheiten von Vereinen auf die Bürgerkompetenzen der Mitglieder angestellt (vgl. Abschnitt 5.2).

Im *sechsten Kapitel* wird sowohl die Anlage der empirischen Untersuchung vorgestellt (vgl. Abschnitt 6.1) als auch die Operationalisierung des theoretischen Konstrukts des „Idealtypus demokratischer Bürger“ dargelegt (vgl. Abschnitt 6.2). Um die Bürgerkompetenzen der Vereinsmitglieder empirisch zu erfassen, wurde eine Re-Analyse des Datenmaterials aus dem Forschungsprojekt „Sozialkapital und Bürgerkompetenz“ von Prof. Dr. Dr. Sebastian Braun durchgeführt. Im Rahmen dieses Projekts wurden 24 Vereine unterschiedlicher Bereiche umfassend untersucht. Neben Sportvereinsmitgliedern wurden die Mitglieder von Kultur-, Musik-, Umwelt- und karitativen Vereinen an zwei Standorten in Deutschland (Potsdam und Münster) befragt. Zum einen wurden alle erwachsenen Mitglieder der Vereine in einer schriftlichen Fragebogenerhebung zu ihrer Mitgliedschaft, ihrem ehrenamtlichen Engagement aber auch zu ihrer allgemeinen politischen Partizipation und ihrer gesellschaftspolitischen Aktivität befragt (N=827). Zum anderen wurden die strukturellen Besonderheiten der Vereine durch die schriftliche Befragung eines Funktionsträgers erhoben.

Neben der Anlage der empirischen Untersuchung und der Operationalisierung der Kompetenzaspekte des „Idealtypus demokratischer Bürger“ wird auch die Methode der Typenbildung mit Hilfe clusteranalytischer Verfahrensweisen transparent gemacht (vgl. Abschnitt 6.3).

Im *siebten Kapitel* werden zunächst die Bürgerkompetenzen der untersuchten Vereinsmitglieder kurz dargestellt (vgl. Abschnitt 7.1) als auch die mit Hilfe von Clusteranalysen aus den empirischen Daten generierten Bürgertypen ausführlich vorgestellt (vgl. Abschnitt 7.2). Sie werden im Hinblick auf ihre Bürgerkompetenzen analysiert und vor dem Hintergrund des theoretisch konstruierten „Idealtypus“ hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Demokratie interpretiert. Darüber hinaus werden auch soziodemographische Besonderheiten der einzelnen Bürgertypen herausgearbeitet (vgl. Abschnitt 7.3).

Im *achten Kapitel* wird der Frage nachgegangen, inwiefern sich unterschiedliche Vereine im Hinblick auf die Bürgerkompetenzen ihrer Mitglieder unterscheiden. Hierbei liegt der Schwerpunkt auf der Herausarbeitung der Besonderheiten von Sportvereinen. Die Daten machen deutlich, dass sich diese im Hinblick auf die Bürgerkompetenzen ihrer Mitglieder deutlich von anderen Vereinen abheben (vgl. Abschnitt 8.1). Aber auch vereinstrukturelle Merkmale werden zur Interpretation unterschiedlicher Verteilungen von Bürgertypen in den Vereinen herangezogen (vgl. Abschnitt 8.2). An dieser Stelle werden auch die Besonderheiten einzelner Vereine berücksichtigt, indem Vereine portraitiert werden, in denen in bestimmter Bürgertyp stark überrepräsentiert ist (vgl. Abschnitt 8.3).

Im *neunten Kapitel* werden die Ergebnisse der drei leitenden Fragestellungen zusammengeführt und abschließend diskutiert. Darüber hinaus werden Konsequenzen für zukünftige Forschungsvorhaben herausgearbeitet.

## 2. Stand der Forschung

Anliegen des Kapitels zum Forschungsstand ist es, bisherige Diskussionslinien und empirische Ergebnisse zu demokratischen Bürgerkompetenzen zu bündeln und darzustellen. Durch die Aufarbeitung des Forschungsstandes zu Bürgerkompetenzen werden wesentliche Erkenntnisse, aber auch Grenzen und Defizite bisheriger theoretischer Überlegungen und empirischer Untersuchungen herausgearbeitet. Es wird dargestellt, welche Anknüpfungspunkte sich aus bisherigen Überlegungen und Erkenntnissen für die Untersuchung gewinnen lassen.

Die Darstellung des Forschungsstandes umfasst neben normativen Diskussionslinien auch empirische Ergebnisse aus der politischen Kultur- und der (Sport-) Vereinforschung. Ziel ist es deutlich zu machen, an welche Erkenntnisse bei der empirischen Untersuchung von Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern angeknüpft werden kann und wo weiterer Forschungsbedarf besteht.

Am Anfang des Kapitels steht die Ausdifferenzierung der zentralen, dieser Arbeit zugrunde liegenden Begriffe. Es soll transparent gemacht werden, was im Rahmen dieser Arbeit unter „Demokratie“, „Vereinen“, „Bürgern“, und „Kompetenzen“ verstanden werden soll. Daran anschließend wird als Grundlage für die Darstellung des Forschungsstandes ein erster, weit gefasster Arbeitsbegriff der „Bürgerkompetenzen“ vorgestellt werden.

Somit gliedert sich die Darstellung des Forschungsstandes in vier Teile:

*Erstens* erfolgt eine inhaltliche Klärung zentraler Begriffe der Arbeit (vgl. Abschnitt 2.1).

*Zweitens* findet eine Auseinandersetzung mit theoretisch-normativen Überlegungen zu Bürgerkompetenzen statt (vgl. Abschnitt 2.2),

*drittens* werden theoretische Überlegungen zur Bedeutung von Vereinen in demokratischen Gemeinwesen zusammengefasst und

*viertens* werden Ergebnisse bisheriger empirischer Untersuchungen zu Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern aus der politischen Kultur- und der Vereinforschung vorgestellt (vgl. Abschnitt 2.4).

Im Anschluss an die Darstellung des Forschungsstandes wird ein Resümee gezogen, welches die Leistungen bisheriger Forschungen zusammenfasst und noch vorhandene Forschungsdefizite in Bezug auf die Fragestellung dieser Arbeit aufdeckt (vgl. Abschnitt 2.5). Daran anknüpfend werden aus den

bisherigen Erkenntnissen Konsequenzen für die weitere Arbeit gezogen (vgl. Abschnitt 2.6).

## 2.1 Begriffsklärung

Diese Arbeit geht zum einen der Frage nach, durch welche Kompetenzen sich die Mitglieder demokratischer Gesellschaftssysteme auszeichnen sollten, zum anderen wird untersucht, inwiefern Vereinsmitglieder über solche Bürgerkompetenzen verfügen.

Um die Auseinandersetzung mit den Fragestellungen zu erleichtern, werden an dieser Stelle zunächst die wesentlichen, dieser Arbeit zugrunde liegenden Begriffe näher erläutert.

### 2.1.1 Demokratie als Bezugsrahmen

Wenn in dieser Arbeit die Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern untersucht werden, so geht es immer um Vereine als Bestandteil eines demokratischen Gemeinwesens. In einem engen Verständnis von Demokratie handelt es hierbei sich um eine Herrschafts- bzw. Staatsform, bei der in Abgrenzung zu anderen Herrschaftsformen, wie Monarchien oder Diktaturen, die Herrschaft aus dem Volk hervorgeht und in seinem Interesse ausgeübt wird (vgl. Guggenberger, 1991; Lenk, 1991; Schmidt, 2000; Schultze; 2001a).

Im Rahmen dieser Arbeit soll jedoch ein eher weit gefasstes Demokratieverständnis zugrunde gelegt werden, welches Demokratie nicht ausschließlich als Herrschafts-, sondern auch als Lebensform versteht. Während der eng gefasste Demokratiebegriff im Wesentlichen die politische Teilhabe des Volkes umfasst, bedeutet Demokratie als Lebensform, dass auch das gesellschaftliche Miteinander durch demokratische Umgangsformen bestimmt wird (vgl. Himmelmann, 2002). In diesem Sinne erschöpft sich Demokratie nicht darin, Politik auf eine bestimmte Weise zu betreiben, sondern bedarf auch einer „staatsbürgerlichen Kultur“ (Barber, 1994, 19). Das bedeutet, „dass die Demokratie auf bestimmten Werten, demokratischen Verhaltensweisen und gesellschaftlichen Vorbedingungen beruht, die immer wieder in Erinnerung gerufen, neu eingeübt und neu ‚erfahren‘ werden müssen“ (Himmelmann, 2001, 184).

Demokratie lebt von der Mitbestimmung der an ihr beteiligten Personen und ist in unterschiedlichem Maße (vgl. Kapitel 2.2.1) immer auf eine Teilhabe der Bevölkerung angewiesen. Ein Kennzeichen der Demokratie ist, dass sie zahllose Formen gesellschaftlicher Vereinigungen ermöglicht und somit kollektives

solidarisches Handeln, wie es in Vereinen häufig anzutreffen ist, nicht nur erlaubt, sondern auch schützt (vgl. Schubert/Klein, 1997, Schultze, 2001a).

### 2.1.2 Vereine in der Demokratie

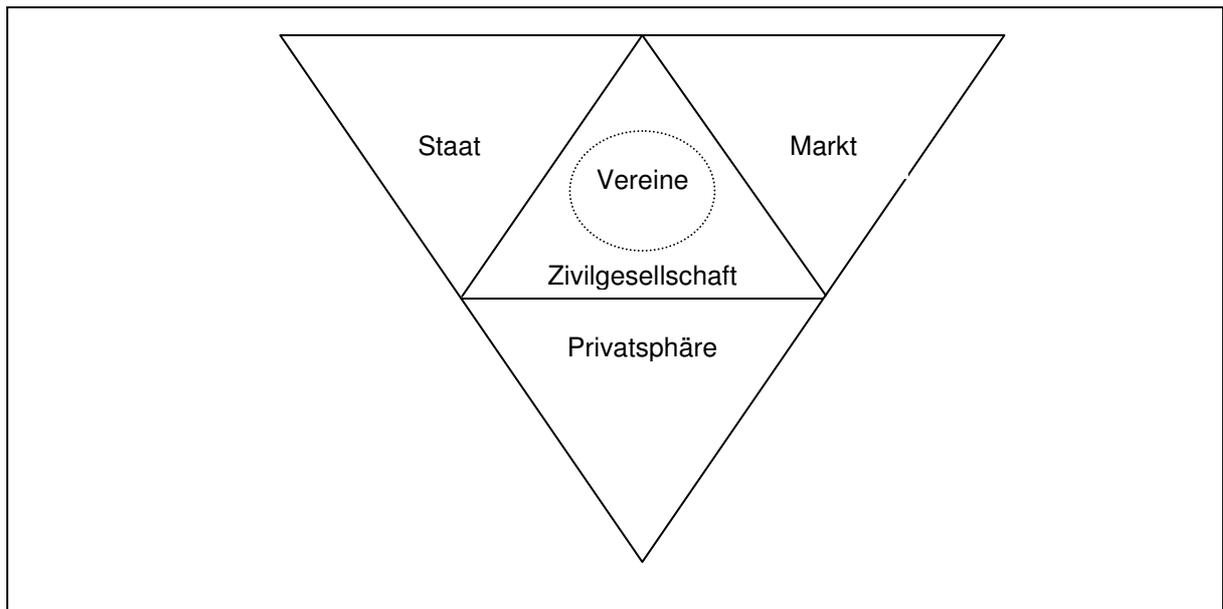
Was formal betrachtet unter einem Verein zu verstehen ist, ist klar im Vereinsgesetz der Bundesrepublik Deutschland geregelt:

„Verein im Sinne dieses Gesetzes ist ohne Rücksicht auf die Rechtsform jede Vereinigung, zu der sich eine Mehrheit natürlicher oder juristischer Personen für längere Zeit zu einem gemeinsamen Zweck freiwillig zusammengeschlossen und einer organisierten Willensbildung unterworfen hat“ (§ 2, Absatz 1, VereinsG).

Allerdings soll es im Rahmen dieser Arbeit nicht um Vereine jeglicher Art gehen, sondern um „rechtsfähige ideelle Vereine“, die *nicht-wirtschaftliche* Zwecke verfolgen und somit das Kriterium der Gemeinnützigkeit erfüllen. Die Rechtsform dieser Art von Vereinen ist „e.V.“, was für die Eintragung in das Vereinsregister steht (vgl. § 21, BGB). Im Rahmen dieser Gesetze wird auch die formal demokratische Verfasstheit dieser Vereine geregelt. So ist das formell höchste Beschlussorgan eines solchen Vereins immer die Mitgliederversammlung (vgl. §. 27 und § 32, BGB). Im Rahmen von Mitgliederversammlungen werden Beschlüsse auf der Grundlage von Mehrheitsentscheidungen gefasst. So erfolgt auch die Wahl des Vorstands, der den Verein nach Außen vertritt und die Geschäftsführung innehat. Neben der Nichtwirtschaftlichkeit müssen die Vereine sicherstellen, dass ihre Ziele und/oder Tätigkeiten nicht der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik entgegenstehen. Insofern sind Vereine Bestandteil der demokratischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland (vgl. im Überblick van Bentem, 2006). So verwundert es nicht, dass die Vereinigungsfreiheit zu den demokratischen Grundrechten gehört und im Grundgesetz verankert ist (Vgl. Art. 9, Abs. 1, GG). Damit wird den Bürgern der Zusammenschluss zu Interessengemeinschaften jenseits von Staat, Markt und Privatsphäre ermöglicht. Dieser gesellschaftliche Teilbereich wird als Zivilgesellschaft bezeichnet (vgl. Stecker, 2005). Vereine bilden den Teil der Zivilgesellschaft, in dem sich Menschen jenseits von staatlicher Steuerung und privatwirtschaftlichen Interessen in Organisationen zusammenschließen und so den Teilbereich der „organisierten Zivilgesellschaft“ bilden (vgl. Himmelmann, 2001; Zimmer, 2005).

Vereine gelten als Infrastruktur der Zivilgesellschaft, „auf die ein demokratisches Gemeinwesen nachhaltig angewiesen ist“ (Zimmer & Priller, 2005, 51). Dies wird auf die besonderen Handlungslogiken zurückgeführt, die Vereine kennzeichnen. Vereine stellen Wertgemeinschaften auf freiwilliger Basis dar, in denen Handlungen nicht in erster Linie auf individuellen Nutzenkalkülen beruhen (vgl. Adloff, 2005; Strob, 2005).

Abb. 1: Die Stellung von Vereinen als organisierter Teil der Zivilgesellschaft im Netz von Staat, Markt und Privatsphäre (in Anlehnung an Braun, 2003, 46).



Aufgrund ihrer besonderen Stellung im Geflecht der Institutionen werden Vereinen zahlreiche gesellschaftliche und auch politische Funktionen zugeschrieben.

So sollen Vereine den sozialen Zusammenhalt stärken, den Wohlfahrtsstaat entlasten, Wege aus der Arbeitslosigkeit aufzeigen und zur Stabilität demokratischer Systeme beitragen (vgl. v. a. Putnam, 1993, 1996, 1999; aber auch Himmelmann, 1991). Insbesondere der letzte Punkt – die Rolle von Vereinen in demokratischen Gemeinwesen – ist für diese Arbeit von Bedeutung. Der vor allem von Putnam konstatierte Zusammenhang zwischen Vereinen als Organisationen der Zivilgesellschaft und der Entwicklung demokratischer Einstellungen und partizipativer Verhaltensweisen wird von Mutz und Nobis (2007) auf den Punkt gebracht:

„Über zivilgesellschaftliche Formen der Partizipation und des Engagements, so der unterstellte kausale Zusammenhang, könne ‚Politik im Kleinen‘ erprobt und praktiziert werden und der Einzelne erwerbe hierbei wichtige Schlüsselkompetenzen, die auch auf den politischen Bereich übertragbar seien“ (Mutz & Nobis, 2007, 234).

Zusammenfassend geht es im Rahmen dieser Arbeit somit um ideelle rechtsfähige Vereine, die keine wirtschaftlichen Interessen verfolgen. Hier stellt sich die Frage, inwiefern sich der vor allem von Putnam (1993, 1996, 1999) unterstellte Zusammenhang zwischen zivilgesellschaftlicher Partizipation und politischen Schlüsselkompetenzen in den demokratischen Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern niederschlägt.

### 2.1.3 Anmerkungen zum Bürgerbegriff

Der Bürgerbegriff ist eng mit dem Staatsbegriff und somit mit dem politischen System verknüpft, denn erst durch „Bürger“ wird der Staat zu dem, was er ist: „der Staat ist eine Vielheit von Bürgern“ (Sternberger, 1967, 8).

Möchte man den Begriff des Bürgers theoretisch eingrenzen, so wird schnell deutlich, dass es sich hierbei um einen facettenreichen, oftmals unspezifisch gebrauchten und historisch „vorbelasteten“ Begriff handelt. So schreibt Jessen, „um das größte Durcheinander zu verhindern, müsste mindestens zwischen dem Bürgertum, dem Bürger und dem Bürgerlichen unterschieden werden“ (Jessen, 2006, 51). Denn zum einen fasst der Begriff einen formal rechtlichen Status, nämlich den des Staatsbürgers. Dies ist „jeder freie, gesellschaftlich und politisch vollberechtigte Einwohner eines Staates, mit in Verfassung und Gesetz präzisierten Rechten, wie aktives und passives Wahlrecht, und Pflichten, wie Einhaltung von Verfassung und Gesetz, Steuer- und Wehrpflicht“ (Schmidt, 1995, 178).

Diese Definition verweist auch bereits auf die zweite, historisch bedingte Bedeutung des Bürgerbegriffs als „Klassenbegriff“: Wenn nicht jedes Mitglied einer Gesellschaft den gleichen rechtlichen Status hat, so bilden diejenigen, denen der Bürgerstatus mit gleichzeitigen Bürgerrechten und -pflichten zuerkannt wird, eine eigene Klasse. Hierher rührt auch der Begriff des „Bürgertums“ (vgl. Schmidt, 1995).

Zuletzt sind mit dem Begriff „Bürger“ bestimmte Attribute verbunden, die meist negativ konnotiert sind (bspw. konservativ, spießig) und mit dem Adjektiv „bürgerlich“ beschrieben werden (vgl. Jessen, 2006).

Neben diesen Aspekten des Bürgerbegriffs existiert jedoch auch ein modernes, weit gefasstes Verständnis vom Bürger, das sich auf *alle* Mitglieder einer Gesellschaft, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft bezieht (vgl. Buchstein, 1996; Schneider 1999). Hierbei stehen nicht die Staatsbürgerschaft und die damit verbundenen Rechtsansprüche im Mittelpunkt. Vielmehr geht es um eine „Zivilbürgerschaftlichkeit“ bzw. eine „Werte- und Verantwortungsgemeinschaft“ (vgl. Himmelmann, 2001, 115).

Insgesamt haben die „Bürger“ im Sinne dieses weit gefassten Verständnisses in den letzten Jahren im Rahmen der wissenschaftlichen Diskussion an Bedeutung gewonnen. Während Breit und Massing (2002) von der „Rückkehr des Bürgers in die Politische Bildung“ sprechen, konstatiert Himmelmann die „Wiederentdeckung der bürgerschaftlichen Demokratie“, wobei die „Bürger, das bürgerschaftliche Engagement und die (notwendigen) Qualifikationen [der Bürger; K.S.] wieder als ein zentraler Bestandteil der Demokratietheorie“

(Himmelman, 2001, 114) ins Zentrum der wissenschaftlichen Auseinandersetzung gerückt seien.

Auch im Rahmen dieser Arbeit sollen die Bürger nicht nur als *Mitglieder* sondern auch als *Mitgestalter* demokratischer Gesellschaftssysteme in den Blick genommen werden. Im Mittelpunkt steht die von Himmelman (2001) angesprochene Frage nach den „notwendigen Qualifikationen“ der Bürger.

#### 2.1.4 Anmerkungen zum Kompetenzbegriff

Der Kompetenzbegriff ist – ebenso wie *der Bürger* – ein schillernder Begriff, der einer einheitlichen Definition entbehrt. Selbst in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung herrscht keine Einigkeit hinsichtlich des Kompetenzbegriffs. Erschwerend kommt hinzu, dass zahlreiche Begriffe, wie Fähigkeiten, Fertigkeiten und Können oftmals synonym zum Kompetenzbegriff verwendet werden.

Eine weitere Parallele zum Bürgerbegriff ist die Konjunktur, die auch den Kompetenzbegriff erfasst hat: Im Zuge der Diskussion um lebenslanges Lernen und dessen Zertifizierung ebenso wie in der Auseinandersetzung um Bildungsstandards und die damit verbundene Neuformulierung der Rahmenpläne in den allgemeinbildenden Schulen lautet das Schlagwort „Kompetenzorientierung“ (vgl. Klieme, 2003; ISB, 2006).

Ganz allgemein kann Kompetenz als die Fähigkeit definiert werden, „Anforderungen in bestimmten Bereichen zu entsprechen“ (Schaub & Zenke, 2000, S. 326). Diese kurze Definition macht bereits zwei zentrale Aspekte deutlich: (A) Kompetenzen müssen sich zunächst in *Handlungen* niederschlagen, um für andere sicht- bzw. messbar zu werden. Und (B) Kompetenz ist im Spannungsfeld zwischen *Sozialisation* und *Individuation* angesiedelt: Kompetenz ist das Resultat aus von außen an das Individuum herangetragenen Erwartungen (Anforderungen) und dem Wunsch des Individuums, diesen Anforderungen durch das Zeigen von (individuellen) Lösungsmöglichkeiten zu entsprechen.

Auf diese „Individualität“ der Handlung verweist auch die folgende Definition von Erpenbeck und Rosenstiel, wonach Kompetenzen „Dispositionen selbstorganisierten Handelns“ darstellen (Erpenbeck & Rosenstiel, 2003, XI).

Nicht jede Handlung zeugt demnach von Kompetenz, sondern erst dann, wenn eine Handlung „selbstorganisiert“ ist und daher auf das sie ausführende Individuum zurückzuführen ist, greift der Kompetenzbegriff.

### 2.1.5 Anmerkungen zu einem vorläufigen Arbeitsbegriff „demokratischer Bürgerkompetenzen“

Beginnen möchte ich die Anmerkungen zum Begriff der Bürgerkompetenzen mit einem Zitat von May, der konstatiert, „politisch-demokratische Kompetenz in den verschiedensten Formulierungsvarianten bildet nach wie vor eine Leerformel“ (May, 2007, 17). Er selbst schlägt vor, geleitet von einem eher pädagogischen Verständnis von Kompetenzen und dem Ziel, den Begriff für die Politikdidaktik nutzbar zu machen, unter politisch-demokratischer Kompetenz „das komplexe Gefüge von Dispositionen, das zur Bewältigung der Anforderungen demokratischer Gesellschaften notwendig ist“ (ebd. 16) zu verstehen. In diesem Verständnis wird die Auffassung deutlich, dass demokratische Gesellschaftssysteme bestimmte Anforderungen an die Bürger stellen. Im Sinne der Definition von Kompetenzen manifestieren sich diese „Bürgerkompetenzen“ letztlich in unterschiedlichen, noch näher zu bezeichnenden Handlungsformen. Die Ausdifferenzierung des Begriffs demokratischer Bürgerkompetenzen wird im weiteren Verlauf der Arbeit erfolgen. Allerdings ist für die nun folgenden Darstellungen zum Forschungsstand anzumerken, dass die Verwendung des Begriffs Bürgerkompetenzen zunächst nur im Sinne der jeweiligen Verfasser erfolgt. Es handelt sich hierbei in den verschiedenen theoretischen Ansätzen und empirischen Studien zum Teil um sehr unterschiedliche Auffassungen von Bürgerkompetenzen. Diese begriffliche Unschärfe stellt ein entscheidendes Forschungsdefizit dar und sollte nicht der Verfasserin dieser Arbeit angelastet werden. Die abschließende Eingrenzung und Ausdifferenzierung des facettenreichen Begriffs der demokratischen Bürgerkompetenzen kann und soll somit erst im Anschluss an die Darstellung des Forschungsstandes vorgenommen werden. In Kapitel 3 erfolgen eine theoretisch begründete Ausdifferenzierung des Begriffs demokratischer Bürgerkompetenzen sowie die Synthese verschiedener Facetten und Aspekte von Bürgerkompetenzen zu einem „Idealtypus demokratischer Bürger“.

## 2.2 Theoretische Überlegungen zu Bürgerkompetenzen

Der folgende Teil zu vorliegenden theoretisch-normativen Überlegungen zu Bürgerkompetenzen gliedert sich in zwei Abschnitte. *Erstens* werden demokratiethoretische Ansätze unter der Prämisse vorgestellt, welche Kompetenzen Bürger demokratischer Gemeinwesen benötigen, um den Anforderungen des Systems gewachsen zu sein. *Zweitens* werden politikdidaktische Überlegungen zu Bürgerleitbildern und Bürgerkompetenzen dargestellt.

### 2.2.1 *Demokratiethoretische Ansätze*

Im Rahmen *demokratiethoretischer Ansätze* wird die Frage, wodurch sich Bürgerinnen und Bürger von Demokratien auszeichnen sollten, um den Anforderungen des Systems gerecht zu werden, eher am Rande thematisiert, da Demokratiethoretiker in der Regel ausgehend von Überlegungen zu einer funktionierenden bzw. wünschenswerten Demokratie her argumentieren. Jedoch beruhen diese Ausführungen zum Teil auf sehr unterschiedlichen Menschenbildern, die sich im jeweiligen Demokratieverständnis wieder finden. Je nach zugrunde gelegten demokratiethoretischen Überlegungen fallen die Anforderungen an die Bürger somit ganz unterschiedlich aus (vgl. Himmelmann, 2001, May, 2008). Zwei zentrale demokratiethoretische Ansätze, die sich in Bezug auf das zugrunde liegende Menschenbild stark unterscheiden, sind repräsentative bzw. partizipative Demokratiemodelle. Am Beispiel dieser beiden demokratiethoretischen Strömungen sollen die unterschiedlichen Anforderungen an die Bürger im Folgenden verdeutlicht werden.

Theorien, die die *repräsentativen Elemente* von Demokratien betonen, legen ihren Schwerpunkt auf die Kompetenzen des politischen Führungspersonals. Ihre Anforderungen an die Kompetenzen der Bürger sind dagegen eher gering. Sie verlangen von den Bürgern „ein Mindestmaß an politischer Informiertheit, eine hinreichende Identifikation mit der ‚demokratischen Methode‘ sowie ausreichendes politisches Kompetenzbewusstsein für den Gang zur Wahlurne“ (Geißel, 2006, 5). Vertreter repräsentativer Demokratiemodelle (darunter z. B. Schumpeter (1950), Sartori (1993), Dahrendorf (1968), Fraenkel (1964)) sprechen den Bürgern relativ geringe Kompetenzen zu und meinen, die politische Apathie vieler Bürger sei die Voraussetzung für ein funktionierendes, entscheidungsorientiertes politisches System und trage zu dessen Stabilität bei, da basisorientierte Aushandlungsprozesse eine politische Entscheidungsfindung erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen würden (vgl. Beyme, 1972; Himmelmann, 1998). Die Vertreter repräsentativer Demokratiethorien gehen zudem davon aus, dass „die Komplexität der Regelungsmaterien das Fassungsvermögen der meisten Bürger, einschließlich der Politiker, übersteigt“ (Schmidt, 1997, 44) und die Bürger somit überfordere. Weiterhin liegt repräsentativen Demokratiethorien zumeist die Ansicht zugrunde, dass die Bürger in erster Linie ihre eigenen Interessen verfolgen und ihnen für politische Entscheidungen die notwendige Weitsicht fehlen würde (vgl. Detjen, 2000). Im Sinne repräsentativer Demokratiemodelle erfolgt die Stabilisierung des politischen Systems nicht durch kompetentes Handeln der Bürger, sondern über das Funktionieren der Institutionen und die Kompetenzen der politischen Führungselite. Repräsentative Demokratiemodelle

messen somit den Bürgern einer Demokratie nur eine geringe Bedeutung bei und erwarten von ihnen – abgesehen von der Beteiligung an Wahlen – keine Kompetenzen, sondern fordern zum Teil sogar ein politisches Desinteresse der Bürger, um die Stabilität der Demokratie sicherzustellen (vgl. Massing, 2002).

Unter den Vertretern *partizipativer Demokratiemodelle* herrscht hingegen „weitgehend Einverständnis darüber, daß die Lebensfähigkeit und Stabilität moderner Demokratien nicht (...) von der Effizienz ihrer institutionellen Grundstruktur abhängt, sondern von der Qualität und den Einstellungen ihrer Bürger“ (Massing, 2002, 98f.). Es wird von den Bürgern erwartet, dass sie in unterschiedlichen Lebensbereichen für ihre Interessen eintreten. Die Erwartungen reichen von einer aktiven politischen Partizipation bis hin zu umfassender Beteiligung an gesellschaftlichen Gruppen.<sup>3</sup>

Um den Zusammenhang zwischen unterschiedlichen Demokratiemodellen und den Anforderungen an die Beteiligung der Bürger zu verdeutlichen, wird im Folgenden ein partizipativer Ansatz einer repräsentativen Theorie gegenübergestellt. Zwei Extreme mit recht unterschiedlichen Erwartungen an die Bürger sind zum einen die liberalen Demokratietheorien (vgl. Schumpeter, 1950; Downs, 1957) und zum anderen republikanische Demokratiemodelle (vgl. z.B. Etzioni (1995) zum Kommunitarismus).

Der Hauptunterschied zwischen Liberalismus und Republikanismus betrifft die Stellung zwischen Individuum und Gesellschaft: Das liberale Denkmuster wird dadurch geprägt, dass das Individuum den Ausgangspunkt der Überlegungen bildet. In der republikanischen Tradition steht hingegen die Gemeinschaft im Mittelpunkt. Hierbei geht die liberale Demokratietheorie von einem negativen Freiheitsbegriff, also einer „Freiheit von etwas“, aus und betont somit die Schutzfunktion des Staates. Im Republikanismus steht die positive Freiheit, die „Freiheit zu etwas“, im Vordergrund und meint damit auch eine Freiheit weg von staatlicher Bevormundung hin zu politischer Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement (vgl. Münkler & Krause, 2002). Allein dadurch wird bereits deutlich, welche Rolle den Bürgern in den beiden unterschiedlichen demokratischen Ansätzen zukommt: Im liberalen Modell kann sich der Bürger in eine eher passive Rolle zurückziehen, denn die Aushandlung von Partikularinteressen wird – so die Vorstellung – durch Wahlen auf die institu-

---

<sup>3</sup> Den partizipationsorientierten Demokratietheorien werden z. B. die starke Demokratie (Barber, 1994) der Kommunitarismus (Etzioni, 1995), die assoziative (Hirst, 1994) und die deliberative Demokratie (Habermas, 1996) zugerechnet. Hierbei ist anzumerken, dass diese unterschiedlichen Ansätze durchaus verschiedene Schwerpunkte besitzen und somit eigenständig sind. Parallelen bestehen in Bezug auf ihre relativ hohen Anforderungen an die Beteiligung der Bürger (vgl. Massing & Breit, 2003).

tionelle Ebene verlagert. Die liberale Demokratietheorie „sieht den Bürger als mehr oder weniger rational seinen individuellen Nutzen verfolgenden Konsumenten, dessen Mitwirkungsmöglichkeiten in der Politik sich im wesentlichen auf die periodische Bestätigung bzw. Abwahl der Regierenden und ihrer (Partei-) Programme beschränken“ (Schultze, 2001a, 52). Im Gegenzug erwartet der Republikanismus von seinen Bürgern die aktive Aushandlung ihrer eigenen Interessen und somit eine wesentlich aktivere Mitgestaltung des Gemeinwesens (vgl. im Überblick Münkler & Loll, 2005). Nach Detjen „entspricht dem Republikanismus eine basisorientierte, dem politischen Liberalismus eine eher elitenorientierte Demokratietheorie“ (Detjen, 2000, 14).

Aus diesen unterschiedlichen Herangehensweisen resultieren weitere gegensätzliche Erwartungen an die Bürger: Zwar zeichnet sich der Liberalismus durch relativ geringe Anforderungen an die Bürger aus, doch ist er auf eine hohe Wahlbeteiligung angewiesen, um sich als Demokratie zu legitimieren. Eine sinkende Wahlbeteiligung und der Rückzug in völlige politische Apathie werden als Entzug des Vertrauens und somit als Krise der Demokratie gewertet.

Im republikanischen Modell gilt eine geringe Wahlbeteiligung als weniger problematisch, solange sich die Bürger durch eine hohe gesellschaftliche Aktivität in Form von bürgerschaftlichem Engagement auf lokaler Ebene auszeichnen. Hier wird ein Rückgang des gesellschaftlichen Engagements als demokratiegefährdend eingestuft (vgl. Putnam, 1996, 1999).

Insgesamt lässt sich zusammenfassen, dass repräsentative Demokratie-Modelle eher von einem skeptischen Menschenbild ausgehen und den Bürgern gegenüber misstrauisch in Bezug auf ihre politischen Fähigkeiten sind. Partizipative Demokratietheorien hingegen zeichnen sich durch ein deutlich höheres Vertrauen in die Kompetenzen der Bürger aus.

Fasst man die Ansprüche unterschiedlicher Demokratietheorien an die Kompetenzen der Bürger zusammen, so reichen sie von der Fähigkeit, sich an Wahlen zu beteiligen, über die Kompetenzen, politisch Einfluss zu nehmen und ihre Interessen zu vertreten bis hin zu den Fähigkeiten, die benötigt werden, um an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen teilhaben zu können. Demokratietheoretische Ansätze erwarten vom Bürger also einerseits *politische* und andererseits auch *gesellschaftliche Handlungsfähigkeit*. Offen bleibt bei den demokratietheoretischen Überlegungen jedoch, was die politische und gesellschaftliche Handlungsfähigkeit von Bürgern kennzeichnet. Deshalb sollen die demokratietheoretischen Erkenntnisse im Folgenden durch einen *politikdidaktischen Blickwinkel* ergänzt werden, um die Bürgerkompetenzen näher ausdifferenzieren zu können.

### 2.2.2 Politikdidaktische Ansätze

Während sich Demokratietheoretiker eher allgemein mit der Frage befassen, welche Anforderungen die Bürger einer Demokratie erfüllen sollten, befassen sich Vertreter der politischen Bildung damit, herauszuarbeiten, über welche konkreten Bürgerkompetenzen der Einzelne verfügen sollte, um den Anforderungen der Demokratie gewachsen zu sein.

Da auch politikdidaktische Überlegungen auf unterschiedlichen demokratietheoretischen Ansätzen basieren, finden sich auch hier unterschiedliche Anforderungen an die Kompetenzen der Bürger. Darüber hinaus unterliegen die Entwicklungen politikdidaktischer Leitbilder gesellschaftspolitischen Einflüssen und sind somit einem permanenten Wandel ausgesetzt (vgl. Massing, 2005; Slied, 2006).

Das Bürgerleitbild, das unter Politikdidaktikern aktuell breite Zustimmung findet, ist der *interventionsfähige Bürger*. Dieses Bürgerleitbild greift die kognitiven Kompetenzen des „urteilsfähigen Zuschauers“ aus den 1950er Jahren auf, wonach der Bürger dazu in der Lage sein sollte, das politische Geschehen zu verstehen (vgl. Hennis, 1957). Gleichzeitig werden im Leitbild des interventionsfähigen Bürgers Ansprüche an permanente Aktivität relativiert, wie sie im Leitbild des „Aktivbürgers“ in den 1970er Jahren formuliert wurden (vgl. Ackermann 1999). Im Leitbild des interventionsfähigen Bürgers bilden neben kognitiven Fähigkeiten auch so genannte prozedurale Kompetenzen die Grundlage gesellschaftlicher und politischer Handlungsfähigkeit. Die notwendigen Kompetenzen des interventionsfähigen Bürgers werden im folgenden Zitat verdeutlicht und ausdifferenziert:

„Das eigentliche Ziel politischer Bildung ist jedoch der interventionsfähige Bürger. Über die Kenntnisse und Fähigkeiten des reflektierten Zuschauers hinaus muss dieser über Qualifikationen verfügen, auf verschiedenen politischen Handlungsfeldern gegebenenfalls rational agieren zu können. Hierzu zählen einmal bestimmte schriftliche und gestalterische Fertigkeiten, wie die Gestaltung eines Leserbriefs, das Abfassen einer Beschwerde oder gar einer Petition und die Gestaltung eines Flugblattes oder eines Plakats. Dann gehören dazu organisatorische Fähigkeiten, wie das Werben von Gleichgesinnten für eine politische Intervention und die Durchführung einer Versammlung oder Kundgebung“ (Detjen, 2002, 35).

Die von Detjen bereits angedeuteten relevanten Kompetenzen eines interventionsfähigen Bürgers systematisiert Buchstein (2002), indem er drei Kompetenzaspekte unterscheidet:

Er differenziert zwischen kognitiven und prozeduralen Kompetenzen sowie habituellen Dispositionen.

Unter *kognitiven Kompetenzen* versteht Buchstein (2002) die sachliche Informiertheit in Bezug auf politische Prozesse und Verfahren.

Bei *prozeduralen Kompetenzen* handelt es sich nach Buchstein um „die Kenntnisse, die ein potenzieller politischer Akteur benötigt, um die im Rahmen der bestehenden institutionellen Ordnung gegebenen Partizipationschancen und Einflussmöglichkeiten auch tatsächlich wahrnehmen zu können“ (Buchstein 2002, 12). Zu den prozeduralen Kompetenzen gehören im Sinne Buchsteins auch die von Detjen (2002) erwähnten schriftlichen, gestalterischen und organisatorischen Fertigkeiten.

Um vorhandenes politisches Wissen und prozedurale Kompetenzen auch tatsächlich in politisches Handeln zu überführen, bedarf der interventionsfähige Bürger darüber hinaus gemeinsinnorientierter und affektiv verankerter *habituelle Dispositionen*. Diese Einstellungen sorgen dafür, dass das als sachlich richtig Erkannte und verfahrenstechnisch Durchsetzbare auch dann realisiert wird, wenn es nicht unmittelbar dem Eigeninteresse des Bürgers entspricht. Buchstein (2002) kennzeichnet diese Handlungsbereitschaft als ein Gefühl der tugendhaften Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwesen.

Bürgerkompetenzen im Sinne politikdidaktischer Überlegungen setzen sich somit *erstens* aus kognitiven Aspekten zusammen, die die Grundlage eines reflektierten Handelns bilden. Hinzu kommen *zweitens* bestimmte handlungsorientierte Fähigkeiten, die politische Handlungen erst ermöglichen. *Drittens* bilden *habituelle Dispositionen* einen Bestandteil von Bürgerkompetenz, da sie dafür sorgen, dass die kognitiven und prozeduralen Kompetenzen im Sinne der Demokratie und des Gemeinwohls zur Anwendung gelangen.

Diese drei Kompetenzebenen sind die Voraussetzungen für eine überlegte, am Gemeinwohl ausgerichtete politische und gesellschaftliche Teilhabe.

### *Zusammenfassung*

Führt man die theoretischen Ansätze mit den politikdidaktischen Überlegungen zusammen, so benötigen Bürger demokratische Kompetenzen, um sowohl politisch als auch gesellschaftlich handlungsfähig zu sein. Diese Handlungsfähigkeit setzt sowohl kognitive und prozedurale Kompetenzen als auch habituelle Dispositionen voraus. Problematisch an diesen theoretischen Überlegungen ist, dass weitgehend unklar bleibt, was unter politischer und gesellschaftlicher Teilhabe bzw. unter den verschiedenen Kompetenzaspekten zu verstehen ist. Dieses Defizit theoretisch-normativer Überlegungen fasst May (2007) im Folgenden zusammen:

„Formulierungen wie der ‚interventionsfähige Bürger‘ mögen für die politische Theorie ein angemessenes konkretes Bild und für die Didaktik ein notwendiges abstraktes Richtziel abgeben, sie bleiben aber (...) solange fruchtlos, wie die damit verbundenen konkreten Kompetenzen nicht systematisch bearbeitet und beschrieben werden“ (May, 2007, 202).<sup>4</sup>

Diese Problematik setzt sich auch in den empirischen Untersuchungen zu Bürgerkompetenzen fort, da auch hier – vermutlich aufgrund des eben dargelegten Theoriedefizits – keine klaren und erst recht keine einheitlichen Vorstellungen von Bürgerkompetenzen zugrunde liegen (vgl. Abschnitt 2.3).

## 2.3 Theoretische Überlegungen zur Bedeutung von Vereinen in der Demokratie

Neben den allgemeinen theoretischen Überlegungen zu den Kompetenzen von Bürgern in demokratischen Gemeinwesen wird auch die Bedeutung von Vereinen in diesem Zusammenhang diskutiert. Zur Bedeutung von Vereinen für die Demokratie und die Gesellschaft gibt es sowohl theoretische Überlegungen als auch empirische Untersuchungen.<sup>5</sup> Während die empirischen Ergebnisse zu den Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern in Abschnitt 2.4 dargestellt werden, wird im folgenden Teil zunächst der Forschungsstand theoretischer Arbeiten dargestellt.

Die Darstellung der theoretischen Überlegungen zur Bedeutung von Vereinen für demokratische Gemeinwesen erfolgt in drei Abschnitten. Im *ersten* Abschnitt werden Überlegungen zur Bedeutung von Vereinen als *Sozialisationsinstanzen* für Bürgerkompetenzen dargestellt. Im Rahmen solcher Überlegungen wird davon ausgegangen, dass Vereinsmitglieder Bürgerkompetenzen im Verein entwickeln würden. Im *zweiten* Abschnitt wird auf eher kritische Stimmen eingegangen, die positive Zusammenhänge zwischen Bürgerkompetenzen und Vereinsmitgliedschaften in Frage stellen und stattdessen auch auf mögliche *negative Effekte* hinweisen. Und im *dritten* Abschnitt werden kurz theoretische Annahmen in Bezug auf *Sportvereine* vorgestellt.

---

<sup>4</sup> May (2007) unternimmt selbst den Versuch, die fachdidaktische Diskussion durch eine Systematisierung und Konkretisierung „politisch-demokratischer Kompetenz“ zu bereichern. Da sein komplexes Modell jedoch stark an der schulischen Vermittlung und der Formulierung zukünftiger Kompetenzraster ausgerichtet ist und darüber hinaus stark in der politikdidaktischen Tradition der Urteilsbildung (vgl. Kayser & Hagemann, 2005; Sutor, 1997) steht, soll es an dieser Stelle nicht weiter aufgegriffen werden.

<sup>5</sup> Oftmals bilden die theoretischen Überlegungen den Ausgangspunkt für empirische Untersuchungen. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sollen sie jedoch getrennt dargestellt werden.

### 2.3.1 Vereine als Sozialisationsinstanzen für Bürgerkompetenzen

Vereinen werden aufgrund ihrer Struktur, ihrer Handlungslogiken bzw. ihrer sozialen Ausgestaltung Sozialisationsleistungen in Bezug auf die Bürgerkompetenzen ihrer Mitglieder zugeschrieben. Vertreter der Sozialisationsthese gehen davon aus, dass sich in Vereinen durch die Mitgliedschaft bestimmte Werthaltungen und Fähigkeiten bei den Mitgliedern entwickeln könnten. So würden „die Organisationen der Bürgergesellschaft (.) zu Lernorten für Bürgerkompetenzen und Generatoren für politisches Interesse“ (Krüger, 2004, 5).

Diese sozialisierenden Effekte werden mit unterschiedlichen Mechanismen begründet. So soll dies zum Beispiel durch *demokratisches Training aufgrund demokratischer Strukturen* in den Vereinen erreicht werden. Demnach würden die Mitglieder in Vereinen mit demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen konfrontiert, wodurch die Mitglieder demokratisch relevante Handlungsfähigkeit erwerben könnten (vgl. Simon, 1983; Rittner & Breuer, 2004; Müller, 2008). Auch durch *freiwilliges Engagement* in Vereinen könnten Fähigkeiten – so die Überlegungen – eingeübt werden, die in gesellschaftlichen Kontexten für die Vertretung eigener Interessen und eine politische Einflussnahme von Bedeutung sind (vgl. Simon, 1983, Himmelmann, 2001; Putnam, 1993, 2000). Durch den *Kontakt mit politisch aktiven Mitgliedern* könnten darüber hinaus andere Mitglieder zu politischer Partizipation angeregt werden (vgl. Olsen, 1972; Simon, 1983). Durch die politisch Aktiven würden zudem lokalpolitische Themen in den Verein hineingetragen, wodurch Vereinsmitglieder einen *Informationsvorsprung* erwerben könnten (vgl. Birkhölzer et al., 2005).

### 2.3.2 Kritische Stimmen zu Vereinen und Bürgerkompetenzen

Zwar sind Sozialisationszuschreibungen in der Literatur zu Vereinen am häufigsten anzutreffen, aber es gibt auch vereinzelte Stimmen, die vereinspezifische Sozialisationsmechanismen in Frage stellen und stattdessen Selektionsmechanismen anführen. Hier wird davon ausgegangen, dass Vereinsmitglieder im Zuge einer Mitgliedschaft keine Bürgerkompetenzen entwickeln, sondern dass Vereine Menschen mit ausgeprägten Bürgerkompetenzen an sich binden (vgl. im Überblick Braun, 2006; Braun & Nagel, 2003). So wird zum Beispiel angenommen, dass die verstärkte Neigung, mit anderen Kontakt aufzunehmen, zu kooperieren und Führungsaufgaben zu übernehmen dazu führt, dass sich Menschen Vereinen anschließen, um dort aktiv mitzuarbeiten. Der Mensch lerne „nicht im Verein politisch zu fliegen, er kommt vielmehr bereits dorthin geflogen, aber nur, wenn er auch politisch schon flügge ist“ (Simon, 1983, 256). Als ein weiteres Selektionskriterium wird der

Bildungsstand angeführt: Vereine würden ihre Mitglieder nicht aus allen Bevölkerungsschichten rekrutieren, sondern wirkten sozial selektiv. Somit seien vermehrt Menschen mit hohem bzw. mittlerem Bildungsstand Mitglieder in Vereinen. Da sich Menschen mit hohem Bildungsstand ohnehin durch ein höheres politisches Interesse und eine regere politische Beteiligung auszeichnen würden, käme Vereinen keine Bedeutung als Sozialisationsinstanzen zu, sondern Vereine fungierten vielmehr als *Reproduktionsinstanzen sozialer Ungleichheiten* (vgl. Roth, 2003). Solche sozialen Schließungsprozesse innerhalb von Vereinen und die damit einhergehende Reproduktion sozialer Ungleichheiten stehen, so Roth (2003), einer Ausbildung von Bürgerkompetenzen eher entgegen:

„Die Folgen sozialer Abgrenzungen und Schließungen für politische Lernprozesse dürften erheblich sein und markieren eine offene Flanke für das demokratische Potential von Zivilgesellschaften. Je stärker z. B. das Vereinswesen alltäglich als Ausdruck von Exklusivbürgerschaft erfahren wird, desto weniger kann es zur Entfaltung von Bürgertugenden beitragen“ (Roth, 2003, 64).

Einige Autoren stellen nicht nur Sozialisationsprozesse in Frage, sondern betonen die *Gefährdungen*, die von Vereinen im Hinblick auf die Bürgerkompetenzen der Mitglieder ausgehen könnten: So könnten Vereine auch ihre Mitglieder zu politischer Enthaltbarkeit bewegen (vgl. Weber, 1924) oder undemokratische, wenn nicht sogar antidemokratische Werthaltungen vermitteln (vgl. Roth, 2003; Horch, 1992). Unter dem Deckmantel eines Vereins könnten sich demnach Seilschaften formieren, die weniger auf demokratischen Prinzipien als vielmehr auf Klüngel und Vetternwirtschaft basieren und dadurch demokratische Strukturen untergraben (vgl. Emrich et al., 1996; Emrich & Papathanassiou, 2003). Demokratische Defizite könnten zum einen auf dieser strukturellen Ebene hervortreten, aber auch inhaltlich könnten Vereine sich gegen demokratische Werte wenden. So würden zum Teil rechtsradikale Gruppen als „soziale Hilfsorganisationen“ operieren, wobei sie die Vorteile eingetragener Vereine (vgl. Abschnitt 2.1.2) nutzen würden (vgl. Stecker & Nährlich, 2005).

Auch Roth (2003) vertritt die Auffassung, man könne Vereine nicht „pauschal als freiwillige Vereinigungen mit demokratischen Entscheidungsstrukturen und ehrenamtlichem Engagement beschreiben“ (Roth, 2003, 63). Vielmehr könnten Vereine auch relativ undemokratisch strukturiert sein. Und je weniger autonom und freiwillig Vereine organisiert sind, desto unwahrscheinlicher sei es, dass Vereine demokratische Lernorte darstellen.

### *2.3.3 Überlegungen zur Rolle von Sportvereinen*

Da es sich bei Sportvereinen um die größte Vereinsgruppe in Deutschland (knapp 24 Mio. Mitglieder) handelt, in denen in etwa jeder dritte Bürger organisiert ist (vgl. DOSB, 2008), geraten auch die Sportvereine in den Fokus, wenn es um erwartete positive bzw. befürchtete negative Effekte von Vereinsmitgliedschaften in Bezug auf die Bürgerkompetenzen geht. Allerdings konstatiert Zimmer, dass die Bedeutung des Sports in dieser Hinsicht bislang unterbelichtet geblieben sei (vgl. Zimmer, 2005). Sie selbst bescheinigt den Sportvereinen eine sehr gute Vernetzung in der Lokalpolitik, was im Sinne eines „Kontakts zu politisch aktiven Mitgliedern“ und eines „Informationsvorsprungs“ (vgl. Abschnitt 2.3.1) positiv im Hinblick auf mögliche Sozialisierungseffekte für Bürgerkompetenzen interpretiert werden kann. Allerdings spricht sie im selben Zusammenhang von einer „Sportmafia“ (Zimmer, 2005, 55), was wiederum eher an negative Effekte wie antidemokratische Tendenzen und Seilschaften denken lässt (vgl. Abschnitt 2.3.2).

Somit steht zur Diskussion, inwiefern Mitglieder in Sportvereinen im selben Maße über Bürgerkompetenzen verfügen wie die Mitglieder politischer Vereine. Hier führt Schäfer (2006) das Argument an, dass sich Sportvereinsmitglieder zumeist bewusst gegen eine politische Betätigung entscheiden würden und stattdessen ihre zeitlich begrenzten Ressourcen lieber in die unpolitische Tätigkeit im Sportverein einbringen würden. Demnach steht er den Erwartungen an ähnliche Bürgerkompetenzen unter Sport- und anderen Vereinsmitgliedern eher skeptisch gegenüber.

### *2.3.4 Zusammenfassung*

Es liegen theoretisch plausible Annahmen vor, warum Vereinsmitglieder aufgrund von Selektions- oder Sozialisierungsprozessen über Bürgerkompetenzen verfügen könnten. Es wird aber auch vor negativen Auswirkungen von Vereinsmitgliedschaften auf die Bürgerkompetenzen gewarnt. Daraus wird deutlich, dass es nicht möglich ist, generelle Wirkungsmechanismen einer Vereinsmitgliedschaft aufzudecken. Vielmehr müssen die Rahmenbedingungen der Vereine (Zielstellung, demokratische Struktur) ebenso ins Blickfeld genommen werden, wie die Besonderheiten der Mitgliedschaft (soziale Abgrenzung nach Außen). Somit gibt es verschiedene Erklärungsansätze, die die Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern betreffen. Hierbei ist zu beachten, dass Sozialisierungs- und Selektionseffekte immer auch eine negative Seite aufweisen können: Vereine geben einen Rahmen vor, in dem demokratische Werte gelebt werden können; sie können

aber auch „undemokratisch“ strukturiert sein oder „antidemokratische“ Werte vermitteln. Vereine können sozial aktive, statushohe Mitglieder an sich binden und deren gesellschaftliche Aktivität verstärken. Dies kann jedoch die soziale Ungleichheit sowohl innerhalb des Vereins als auch außerhalb des Vereins (Abgrenzungs- und Schließungsprozesse) verstärken.

Die Ansichten über die Bedeutung von Sportvereinen in diesem Kontext sind ambivalent. Zum einen gelten sie als Hoffnungsträger, da sie zahlenmäßig die mitgliederstärksten Vereine in Deutschland darstellen. Gleichzeitig erscheint es auf den ersten Blick nicht plausibel, dass unpolitische Sportvereine dieselben gesellschaftlichen Effekte aufweisen sollen wie beispielsweise politische Vereine.

## **2.4 Empirischer Forschungsstand zu Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern**

Im Folgenden werden zunächst empirische Ergebnisse zu Bürgerkompetenzen aus der *politischen Kulturforschung* dargestellt. Hierbei sollen insbesondere Ergebnisse berücksichtigt werden, die sich mit den Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern befassen. In einem zweiten Schritt werden Ergebnisse zu Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern aus der *Vereinsforschung* dargestellt. In einem dritten Abschnitt geht es um bisherige Forschungsergebnisse zu *Sportvereinen*.

### *2.4.1 Empirische Ergebnisse der politischen Kulturforschung*

Im Rahmen von Surveyuntersuchungen der politischen Kulturforschung werden Vereinsmitglieder Nicht-Mitgliedern vergleichend gegenübergestellt. Dies hat zur Folge, dass sich in der Stichprobe Mitglieder aus völlig unterschiedlichen Vereinen finden, wobei zumeist keine Hintergrundinformationen zu den Vereinen vorliegen. Aus der Gegenüberstellung von Mitgliedern und Nichtmitgliedern in Bezug auf bestimmte politische Fähigkeiten wird dann auf Sozialisations- bzw. Selektionswirkungen von Vereinen geschlossen. Verlässliche Aussagen über Entwicklungsprozesse aufgrund von Vereinsmitgliedschaften wären jedoch nur auf Basis längsschnittlich angelegter Untersuchungsdesigns zu zeigen und fehlen bisher (vgl. zu dieser Problematik auch Nobis, 2007). Dennoch wird im Folgenden auf empirische Ergebnisse der politischen Kulturforschung eingegangen.

Weitgehende Einigkeit im Rahmen der politischen Kulturforschung besteht dahingehend, dass Vereinsmitglieder im Vergleich zu Nicht-Mitgliedern über höher ausgeprägte politische Kompetenzen verfügen.

Hierbei unterscheiden sich die einzelnen Untersuchungen zum Teil hinsichtlich der untersuchten politischen Kompetenzen. Während in älteren Untersuchungen vor allem die verschiedenen Facetten politischer Beteiligungsformen von Vereinsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern gegenübergestellt wurden (vgl. Almond & Verba, 1963; Verba & Nie, 1972), rücken in neueren Untersuchungen kommunikative und organisatorische Fähigkeiten ins Zentrum der empirischen Analyse (vgl. Brady, Verba & Lehman Schlozman, 1995; Green & Brock, 2005).

Als Indikatoren politischer Aktivität werden zumeist Faktoren wie Wahlbeteiligung (vgl. Olsen, 1972; Dunckelmann, 1975) oder die Bereitschaft zu kommunalpolitischer Beteiligung (vgl. Dunckelmann, 1975) herangezogen.

Almond und Verba (1963) haben darüber hinaus politisches Interesse und Wissen sowie die Selbsteinschätzung der politischen Einflussmöglichkeiten berücksichtigt. In neueren Studien rücken als kommunikative und organisatorische Kompetenzen die Bereitschaft zu politischen Diskussionen (Dunckelmann, 1975) und die Fähigkeiten, Reden zu halten, Briefe zu schreiben und Versammlungen zu leiten (Brady, Verba & Lehman Schlozman, 1995) in den Mittelpunkt der empirischen Erhebungen.

Bei der Gegenüberstellung von Vereins- und Nicht-Vereinsmitgliedern hinsichtlich der genannten Indikatoren zeichnen sich Vereinsmitglieder durch eine höhere politische Beteiligung, Diskussionsbereitschaft und organisatorische Kompetenzen aus. So kommen zum Beispiel Almond und Verba (1963) zu dem Ergebnis, dass die Mitglieder von Vereinen eher „dem Modell eines demokratischen Bürgers“ entsprächen als Nicht-Mitglieder

„The organizational member, compared with the non-member, is likely to consider himself more competent as a citizen, to be a more active participant in politics, and to know and care more about politics. He is, therefore, more likely to be close to the model of the democratic citizen“ (Almond and Verba 1989, 265).

Ihr empirisches Ergebnis, nach dem Vereinsmitglieder die „besseren“ demokratischen Bürger seien, da sie höhere politische Kompetenzen aufweisen würden, erklären die Autoren damit, dass in Vereinen politische Kompetenzen trainiert würden, die von den Mitglieder auch auf politische Beteiligung übertragen werden könnten (vgl. Almond & Verba, 1989).

Als Erklärung für die höhere politische Aktivität von Vereinsmitgliedern führen Verba und Nie (1972) hingegen nicht nur den Trainingseffekt, sondern auch die Verbreiterung der Interessen aufgrund der Mitgliedschaft an. Dies gelte nach Meinung der Wissenschaftler auch für völlig unpolitische Sportvereine (vgl. Verba & Nie, 1972).

Dunckelmann stellt fest, dass Mitglieder von Vereinen durch die Mitgliedschaft bestimmte Werthaltungen verinnerlichen würden. Allerdings würden aus diesen Werthaltungen nicht unbedingt politische Handlungen resultieren (vgl. Dunckelmann, 1975).

Als wesentliche Einflussfaktoren, die in einem positiven Zusammenhang mit den Bürgerkompetenzen der Vereinsmitglieder stehen, werden der Aktivitätsgrad und der Bildungsstand genannt (vgl. Almond & Verba, 1963; Verba & Nie, 1972, Olsen 1972). Somit zeigen die Ergebnisse, dass die positiven Wirkungen von Vereinen zum Teil an bestimmte Bedingungen (vereinsinterne Aktivität) geknüpft sind und zudem auch auf sozialstrukturelle Selektionsprozesse zurückzuführen sind. Da Personen mit hohem Bildungsstand in Vereinen überrepräsentiert sind, können damit die überdurchschnittlichen Bürgerkompetenzen zum Teil erklärt werden.

Als ein weiterer Einflussfaktor werden politische Stimuli angeführt (vgl. Verba & Nie, 1972). Mitglieder von Vereinen, die sich mit politischen Sachverhalten auseinandersetzen oder in denen unter den Mitgliedern politische Diskussionen stattfinden, weisen höhere Bürgerkompetenzen auf als die Mitglieder anderer Vereine. Insgesamt kommen jedoch alle Studien zu dem Ergebnis, dass sich Vereinsmitglieder – auch Mitglieder aus völlig unpolitischen Vereinen – durch ein höheres Maß an politischer Aktivität, Diskussionsbereitschaft, Konflikt- oder Organisationsfähigkeit auszeichnen als Nicht-Mitglieder.

Da die Stichproben der vorliegenden Studien zumeist Bevölkerungsquerschnitte abbilden und in der Auswertung der Daten Vereinsmitglieder den übrigen Befragten gegenübergestellt wurden, fehlen genauere Informationen zur Mitgliedschaft und Struktur der Vereine.

So bedauern zum Beispiel Almond und Verba, dass die Daten eine differenzierte Auswertung nach unterschiedlichen Vereinstypen nicht erlauben (vgl. Almond & Verba, 1989, 250).

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass zahlreiche empirische Untersuchungen vorliegen, die sich mit unterschiedlichen Aspekten von Bürgerkompetenzen auseinandersetzen. Viele dieser Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass die als Indikatoren für „Bürgerkompetenzen“ untersuchten Merkmale unter Vereinsmitgliedern höher ausgeprägt sind als unter den übrigen Befragten. Dies wird in unterschiedlichem Maße auf Sozialisations- und Selektionsprozesse von Vereinen zurückgeführt. Für eine tiefere Interpretation der Ergebnisse im Hinblick auf die Bedeutung von Vereinen in diesem Zusammenhang fehlen in diesen Untersuchungen Hintergrundinformationen zu den Vereinen.

### 2.4.2 Empirische Ergebnisse der Vereinsforschung

Diesem Defizit der politischen Kulturforschung begegnet die Vereinsforschung durch die gezielte empirische Untersuchung einzelner Vereine und ihrer Mitglieder. Als Indikator für Bürgerkompetenz werden auch hier am häufigsten Aspekte politischer Partizipation wie die Beteiligung an Wahlen bzw. Demonstrationen, das Verfassen politischer Briefe und das Führen politischer Gespräche erfasst (vgl. Erickson & Nosanchuk, 1990; Leighley, 1996). Erlach (2005) berücksichtigt in seiner Studie allerdings ausschließlich die Organisations- und Kommunikationsfähigkeiten, wie das Verfassen von Texten, die Teilnahme an Entscheidungsprozessen, das Organisieren und Leiten von Sitzungen sowie die Beteiligung an Präsentationen und Vorträgen. Vortkamp (2005) legt seinen Schwerpunkt der Befragung auf die Zustimmung zu demokratischen Normen und Werten wie Toleranz und die Einstellung zur Lösung von Konflikten.

Somit ist auch in der Vereinsforschung zu erkennen, dass politische Kompetenzen durch sehr unterschiedliche Indikatoren eingefangen werden sollen. Während einige Forscher konkrete politische Handlungen (Wahlen, Demonstrationen) der Vereinsmitglieder analysieren, beschränken sich andere auf grundlegende Handlungskompetenzen (Organisations- und Kommunikationsfähigkeiten), die eine politische Teilhabe ermöglichen sollen.

Aufgrund der wesentlich engeren Perspektive der Vereinsforschung im Vergleich zu den breit angelegten Untersuchungen der politischen Kulturforschung gelangen Forscher zu wesentlich differenzierteren Ergebnissen im Hinblick auf die Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern und die Bedeutung der Vereine in diesem Zusammenhang. So stellen Erickson und Nosanchuk (1990) nach eingehender Analyse eines unpolitischen Vereins fest, dass der Kontakt mit politisch aktiven Mitgliedern und die Beteiligung an politischen Diskussionen insbesondere weniger aktive und integrierte Mitglieder zu politischer Partizipation anregen. Eine sehr hohe Vereinsaktivität der Mitglieder stehe hingegen politischer Aktivität eher entgegen. (Erickson & Nosanchuk, 1990).

Leighley (1996) kommt zu dem Ergebnis, dass nur Vereine mit einem klaren politischen Bezug die politische Partizipation der Mitglieder erhöhen würden. Unpolitische Vereine würden lediglich völlig unintendiert Werthaltungen verstärken, die den Eigennutz der Mitglieder einschränken und die Interaktion und Aktivität fördern.

Diese Interaktion und Aktivität im Verein sieht Erlach (2005) als Voraussetzung für die politisierende Wirkung von Vereinen. Nur aktive Mitglieder, die im Verein interagieren, könnten von einer Mitgliedschaft

profitieren. Allerdings nur dann, wenn der Verein die notwendigen Gelegenheitsstrukturen bietet, um Organisations- und Kommunikationsfähigkeiten einzuüben. Allerdings verweist Erlach auf die Möglichkeit einer Scheinkorrelation mit dem Bildungsstand.

Vortkamp (2005) identifiziert demokratische Strukturen des Vereins als Voraussetzung für positive Wirkungen, fasst aber sein Ergebnis ganz allgemein wie folgt zusammen:

„Die optimistische Annahme, die Mitgliedschaft in Vereinen an sich würde zivilgesellschaftliche und demokratische Werte fördern oder gar generieren, kann in dieser Allgemeinheit ganz offensichtlich nicht bestätigt werden“ (Vortkamp 2005, 78).

Untermauert werden die skeptisch stimmenden Ergebnisse aus der Vereinsforschung von aktuellen Debatten zum Bürgerengagement aus den USA. Auch hier wird ein positiver Zusammenhang zwischen Vereinsaktivität und Bürgerkompetenzen in Frage gestellt. Neuere Befunde zur Frage, ob „civic engagement“ tatsächlich in der Lage ist, die Demokratie durch die Generierung von Bürgerkompetenzen zu stützen, kommen zu dem Ergebnis, dass „civic engagement“ politischem Interesse eher entgegen steht und eine Überführung von bürgerschaftlichem Engagement in Vereinen in gesellschaftspolitisches Engagement allenfalls durch gezielte Projekte und Maßnahmen, die explizit auf die Erhöhung politischer Aktivität ausgerichtet sind, erreichbar ist (vgl. Ball 2005). Sowohl Galston (2004), Westheimer und Kahne (2004) als auch Ball (2005) konstatieren, dass die Gleichung „Bürgerengagement“ = „politisches Engagement“ nicht aufgeht. Auch Theiss-Morse und Hibbing (2005) kommen in ihrem aktuellen Überblicksartikel über Bürgerengagement zu einem ernüchternden Fazit hinsichtlich der politisierenden Wirkung von Vereinen:

„Voluntary groups perform wonderful services and have undeniable value to society, but their effect on democratic politics is tenuous and possibly negative“ (Theiss-Morse and Hibbing 2005, 244).

Sie betonen aber auch den nach wie vor bestehenden Forschungsbedarf hinsichtlich des „wahren Charakters“ freiwilliger Vereinigungen: „The real nature of voluntary groups is rarely investigated“ (Theiss-Morse & Hibbing 2005, 244).

### *2.4.3 Empirische Ergebnisse zur Bedeutung von Sportvereinen*

Bisherige empirische Ergebnisse zu den Bürgerkompetenzen von Sportvereinsmitgliedern deuten darauf hin, dass diese sich von den Mitgliedern anderer Vereine unterscheiden: Mitglieder von Sportvereinen stachen in bisherigen Untersuchungen zumeist durch schlechtere Ergebnisse im Vergleich zu anderen Vereinsmitgliedern hervor. So zeichneten sich Sportvereinsmitglieder

durch ein geringeres politisches Interesse und geringere politische Partizipation aus als die Mitglieder anderer Vereine. Darüber hinaus weisen Sportvereine öfter als andere Vereine eine oligarchische Vereinsstruktur auf (vgl. Braun & Nagel, 2003; Horch, 1992, Schlagenhauf, 1977; Schöb, 1999).

Für die politischen Sozialisationsleistungen von Sportvereinen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen kommen Mutz und Nobis in ihrer Re-Analyse des Datenmaterials von vier Surveyuntersuchungen (2007) zu ähnlichen Ergebnissen. So scheine die Mitgliedschaft in einem Sportverein „weniger politisch ‚sozialisierend‘ zu wirken als beispielsweise die Mitgliedschaft in einer politischen, konfessionellen oder kulturellen Vereinigung“ (Mutz & Nobis, 2007, 251). Stattdessen sehen die Autoren das Potential von Sportvereinen in ihrer gesellschaftlichen Streubreite, da über sie mehr Menschen erreicht werden könnten als über andere Vereinsformen.

#### *2.4.4 Zusammenfassung*

Als Ergebnis des Forschungsstandes aus der Vereinsforschung lässt sich zusammenfassen, dass die positiv stimmenden Ergebnisse aus der politischen Kulturforschung bei differenzierterer Betrachtungsweise von Vereinen in Frage gestellt werden müssen. Zum einen konnte festgestellt werden, dass nicht alle Mitglieder von Vereinen gleichermaßen betroffen sind. (Dies hatte sich auch in der politischen Kulturforschung bereits angedeutet, konnte aber durch Ergebnisse der Vereinsforschung weiter spezifiziert werden.) So ist vereinsinterne Aktivität eine wesentliche Voraussetzung für einen positiven Zusammenhang zwischen Bürgerkompetenzen und Mitgliedschaft. Allerdings steht eine besonders hohe Aktivität einem positiven Zusammenhang wieder entgegen.

Auch unterscheiden sich die Vereine, wie sich dies auch schon in der politischen Kulturforschung angedeutet hatte: demokratische Strukturen und gute Gelegenheitsstrukturen zu Kommunikation und Interaktion wirken sich ebenso positiv aus wie konkrete politische Bezüge des Vereins.

Die Ergebnisse zu Sportvereinen sind ebenfalls eher ernüchternd. Sie weisen im Vergleich zu anderen Vereinen in der Regel die schlechtesten Ergebnisse im Hinblick auf etwaige Bürgerkompetenzen ihrer Mitglieder auf.

Als Defizit der Arbeiten aus der Vereinsforschung muss jedoch angeführt werden, dass die Verwendung völlig unterschiedlicher Indikatoren für demokratische Kompetenzen die Interpretation und Vergleichbarkeit der Ergebnisse erschwert.

## 2.5 Fazit aus dem Forschungsstand

Die Aufarbeitung des theoretischen Forschungsstandes hat gezeigt, dass keine eindeutigen Vorstellungen über die notwendigen Kompetenzen von Bürgern einer Demokratie vorliegen. Es konnten jedoch zwei Ebenen herausgearbeitet werden, auf denen sich Bürger demokratischer Gemeinwesen als handlungsfähig erweisen sollten: Sowohl im Rahmen politischer Kontexte als auch in gesellschaftlichen Zusammenhängen sollten sich Bürger durch Kompetenzen auszeichnen (vgl. Abschnitt 2.2). Diese Kompetenzen setzen sich aus kognitiven und prozeduralen Fähigkeiten sowie habituellen Dispositionen zusammen (vgl. Abschnitt 2.3). Problematisch bei dieser begrifflichen Eingrenzung ist, dass diese Kompetenzaspekte theoretisch abstrakt bleiben.

Im Rahmen der Darstellung des empirischen Forschungsstandes konnte festgestellt werden, dass bisher keine eindeutigen Ergebnisse zum Zusammenhang zwischen Vereinsmitgliedschaft und Bürgerkompetenzen vorliegen. Während zahlreiche Autoren einen positiven Zusammenhang empirisch untermauern konnten, kommen insbesondere aktuelle Untersuchungen zu Ergebnissen, die einen solchen positiven Zusammenhang in Frage stellen. Somit gibt es einerseits Anhaltspunkte dafür, dass sich Vereinsmitglieder durch eine höhere politische Partizipation auszeichnen und häufiger an politischen Diskussionen beteiligt sind, und andererseits bestehen aufgrund anderer empirischer Ergebnisse berechtigte Zweifel an einem solchen Zusammenhang. Allerdings untersuchen bisherige Arbeiten zur Bedeutung von Vereinen nur die Ausprägung einzelner demokratischer Bürgerkompetenzen unter den Mitgliedern bestimmter Vereine (vgl. Bekkers, 2005; Erickson & Nosanchuk, 1990; Green & Brock, 2005; von Erlach, 2005; Vortkamp, 2005) oder sie stellen Vereinsmitglieder und Nicht-Mitglieder hinsichtlich ihrer politischen Partizipation gegenüber (vgl. Almond & Verba, 1963; Schlozman, 1999; Verba, Schlozman, Brady & Nie, 1993). Ausgeblendet wird in diesen Arbeiten jedoch weitgehend die Auseinandersetzung damit, welche Bürgerkompetenzen einen Bürger in einer Demokratie auszeichnen sollten und welche Bedeutung den Vereinen in Bezug auf die Ausprägung demokratischer Bürgerkompetenzen ihrer Mitglieder zukommt.

Auf der Grundlage des Forschungsstandes lassen sich insgesamt drei wesentliche Forschungsdefizite benennen.

*Erstens* hat die theoretische Auseinandersetzung mit dem Begriff der Bürgerkompetenzen gezeigt, dass derzeit keine einheitliche Vorstellung vom Begriff Bürgerkompetenzen vorliegt. Abhängig von der zugrunde gelegten

demokratiethoretischen Herangehensweise und dem Bürgerleitbild werden unter dem Begriff Bürgerkompetenzen ganz unterschiedliche Aspekte subsumiert.

*Zweitens* findet sich diese begriffliche Unschärfe auch in den empirischen Untersuchungen der politischen Kultur- und (Sport-) Vereinsforschung wieder. Da den verschiedenen Untersuchungen keine einheitlichen Vorstellungen von Bürgerkompetenzen zugrunde liegen, kommen Forschungen zu unterschiedlichen Ergebnissen, je nachdem, welchen Aspekt von Bürgerkompetenzen sie der Erhebung zugrunde legen. Eine dezidierte theoretische Auseinandersetzung mit dem Begriff Bürgerkompetenzen hat in bisherigen Untersuchungen nicht ausreichend stattgefunden.

*Drittens* fehlen Untersuchungen, die Hintergrundinformationen zu den Vereinen, aus denen sich die befragten Mitglieder rekrutieren, mit Informationen zu den Bürgerkompetenzen dieser Mitglieder verknüpfen. Bisher liegen entweder repräsentative Bevölkerungsquerschnitte vor (häufig Surveyuntersuchungen der politischen Kulturforschung), wobei Hintergrundinformationen zu den Vereinen fehlen, die es ermöglichen, die Bürgerkompetenzen der Mitglieder zur Mitgliedschaft in Beziehung zu setzen. In Untersuchungen der Vereinsforschung finden sich zwar zum Teil dezidierte Informationen zu dem Verein der untersuchten Mitglieder, jedoch wurden dann zumeist keine weiteren Vereine untersucht, so dass auch hier keine Vergleiche zwischen unterschiedlichen Vereinen möglich sind.

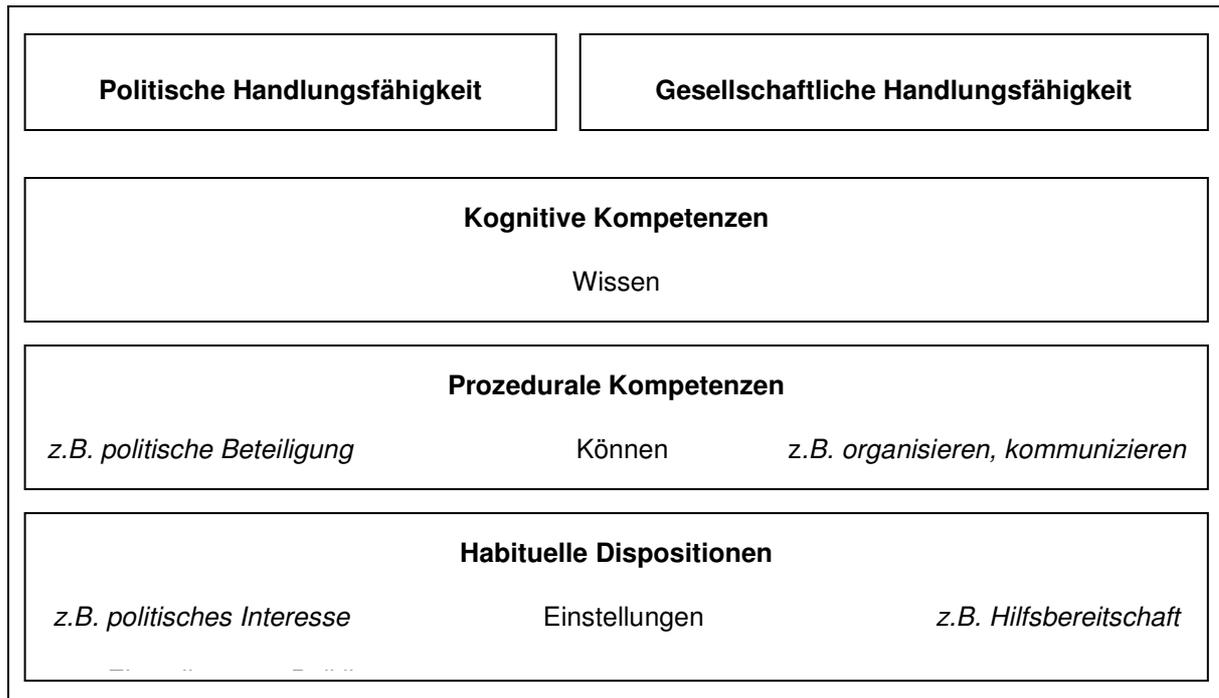
## **2.6 Konsequenzen aus dem Forschungsstand für die eigene Untersuchung**

Für die folgende Arbeit ergeben sich aus diesen Forschungsdefiziten folgende Konsequenzen:

*Erstens* muss die theoretische Diskussion um demokratische Bürgerkompetenzen weitergeführt und mit dem aktuellen politikdidaktischen Leitbild vom interventionsfähigen Bürger verknüpft werden.

Knüpft man an die demokratiethoretischen und politikdidaktischen Überlegungen an, wie sie im Forschungsstand dargestellt wurden, dann lassen sich diese Erkenntnisse folgendermaßen zusammenführen: Bürgerkompetenzen umfassen sowohl kognitive, prozeduralen als auch habituelle Aspekte (politikdidaktischer Ansatz) und sollen sowohl die politische als auch die gesellschaftliche Handlungsfähigkeit der Bürger sicherstellen (demokratiethoretischer Ansatz, vgl. Abb. 2).

Abb. 2: Zusammenfassende Darstellung der Bestandteile von Bürgerkompetenzen



*Zweitens* sollte eine mehrdimensionale Vorstellung von demokratischen Bürgerkompetenzen, wie sie in Abb. 2 skizziert wurde, die Grundlage für die empirische Untersuchung der Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern bilden, um mehr als nur willkürliche Ausschnitte von Bürgerkompetenzen zu erfassen und somit zu differenzierten Aussagen über die Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern zu gelangen. Bestandteile einer solchen komplexen Definition demokratischer Bürgerkompetenzen könnten in Anlehnung an bisherige empirische Untersuchungen sowohl Elemente politischer Partizipation als auch kommunikative und diskursive Kompetenzen der Mitglieder sein. Nur durch die Verknüpfung von theoretischen Überlegungen und empirischen Verfahren lassen sich Informationen über demokratische Bürgerkompetenzen empirisch erfassen und theoriegeleitet interpretieren.

*Drittens* sollen Hintergrundinformationen zu den Vereinen in die empirische Analyse mit einbezogen werden, um Rückschlüsse auf die Bedeutung des Vereins für die Bürgerkompetenzen seiner Mitglieder ziehen zu können. Diese Informationen sollten über die bloße Erfassung des Vereinsgegenstands hinausgehen und auch vereinsstrukturelle Besonderheiten umfassen.

Neben der Typisierung von Vereinen nach ihrer Zielstellung sollen Vereine auch nach weiteren Kriterien differenziert und auf den Einfluss auf die Bürgerkompetenzen ihrer Mitglieder untersucht werden. Hierbei sollen die von Leighley (1996) als wesentlich erachteten Gelegenheitsstrukturen zur Interaktion unter den Mitgliedern ebenso Berücksichtigung finden wie die von

Vortkamp (2005) geforderte Ausgestaltung der demokratischen Strukturen innerhalb der Vereine.

Darüber hinaus eröffnen die im Rahmen des Forschungsstands dargestellten Ergebnisse aktueller empirischer Untersuchungen Anknüpfungspunkte für das weitere Vorgehen. Zum einen lassen sich aus den vorliegenden Arbeiten Erkenntnisse für eine sinnvolle methodische Herangehensweise generieren. Zum anderen können aus den Ergebnissen Informationen zu den Mitgliedern abgeleitet werden, die auch für diese Untersuchung von Bedeutung sind.

#### *Methodische Konsequenzen.*

Zunächst soll in der Untersuchung der Empfehlung von Erickson und Nosanchuk (1990) gefolgt werden, indem unterschiedliche Vereinstypen in die Untersuchung mit einbezogen werden.

Für die Erfassung demokratischer Kompetenzen soll auf die von Brady, Verba und Schlozman (1995) angewandte Methode der „skill-acts“ zurückgegriffen werden: Hierbei wurden Kompetenzen über konkrete Handlungen abgefragt. Es wird davon ausgegangen, dass konkrete Handlungen bestimmte Kompetenzen seitens des Individuums erfordern. Handlungen gelten demnach als Ausdruck vorhandener individueller Kompetenzen. Ein solches methodisches Vorgehen wird auch durch die dieser Arbeit zugrunde liegende Auffassung des Kompetenzbegriffs (vgl. Abschnitt 2.1.4) nahegelegt.

#### *Hintergrundinformationen zu den Mitgliedern.*

Mehrfach haben sich in bisherigen Untersuchungen der Aktivitätsgrad und der Bildungsstand des Mitglieds als einflussreiche Kriterien in Bezug auf die Bürgerkompetenzen erwiesen. Diese beiden Faktoren sollen auch in dieser Untersuchung Berücksichtigung finden (vgl. Erickson & Nosanchuk, 1990; Erlach, 2005).

### **3. Der Idealtypus nach Max Weber als methodologischer Bezugsrahmen**

Die Auseinandersetzung mit dem Forschungsstand hat deutlich gemacht, dass einer empirischen Untersuchung von Vereinsmitgliedern zunächst eine fundierte theoriegeleitete Ausdifferenzierung des Begriffs der demokratischen Bürgerkompetenzen vorausgehen muss. Nur auf dieser Grundlage können die Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern empirisch untersucht sinnvoll interpretiert werden.

Ziel dieser Arbeit ist es, einen Beitrag zur Aufarbeitung der in Kapitel 2 skizzierten Forschungsdefizite zu leisten. Um die Lücke zwischen Theorie und Empirie zu schließen, ist das Forschungsprogramm dieser Arbeit nicht hypothesenprüfend sondern explorativ angelegt.

Der Schwerpunkt der theoretischen Arbeit liegt nicht auf der Formulierung von Hypothesen, sondern es gilt zunächst ein theoretisch fundiertes Raster zu formulieren, mit dessen Hilfe im zweiten Teil der Arbeit die empirische Analyse der Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern erfolgen kann. Erst ein solches theoretisch begründetes Raster ermöglicht durch seine Orientierungspunkte eine systematische empirische Analyse der komplexen Realität.

Ein sozialwissenschaftlich verbreitetes und akzeptiertes Vorgehen stellt die Methode des Idealtypus nach Max Weber dar. Diese Methode verknüpft die theoriegeleitete Begriffsbildung mit einer empirischen Analyse und ermöglicht darüber hinaus eine Typenbildung (vgl. Schmidt, 1995). Deshalb wird die Methode des Idealtypus nach Max Weber im folgenden Abschnitt ausführlich vorgestellt.

#### **3.1 Der Idealtypus als theoretisches Konstrukt**

Mit der Konstruktion von Idealtypen hat Max Weber bereits 1904 eine Methode entwickelt, die die empirische Analyse sozialwissenschaftlicher Phänomene erleichtert und darüber hinaus einer begründeten Typenbildung den Weg ebnet. Der Idealtypus im Sinne Webers ist ein theoretisches Konstrukt, das die Aufmerksamkeit auf bestimmte wesentliche (und zu begründende) Aspekte der Wirklichkeit lenkt. Ziel ist es, die soziale Wirklichkeit durch Gegenüberstellung mit dem konstruierten Idealtypus zu beschreiben und – im besten Falle – zu erklären. Wie die Konstruktion eines solchen Idealtypus erfolgen sollte, beschreibt Max Weber wie folgt:

„Er wird gewonnen durch einseitige Steigerung eines oder einiger Gesichtspunkte und durch Zusammenschluß einer Fülle von diffus und diskret, hier mehr, dort weniger, stellenweise gar nicht, vorhandenen Einzelercheinungen, die sich jenen einseitig herausgehobenen Gesichtspunkten fügen, zu einem in sich einheitlichen Gedankenbilde. In seiner Reinheit ist dieses Gedankenbild nirgends in der Wirklichkeit empirisch vorfindbar, es ist eine Utopie, und (...) [es] erwächst die Aufgabe, in jedem einzelnen Falle festzustellen, wie nahe oder wie fern die Wirklichkeit jenem Idealbilde steht“ (Weber, 1922, S. 191).

Der konstruierte Idealtypus ist somit „eine Utopie“ und dient als Maßstab, mit dessen Hilfe eine empirische Analyse zeigen kann, wie nah oder fern die Wirklichkeit dem Idealtypus steht (vgl. Schmidt, 1995). Somit bildet der Idealtypus eine Projektionsfläche, an der die (empirisch vorfindbare) Realität gespiegelt werden kann und mit dessen Hilfe sich die Realität beschreiben lässt. Der Idealtypus zielt nicht darauf ab, die Realität in vollem Umfang einzufangen, sondern seine Leistung liegt darin, dass er den Fokus auf die in einem theoretischen Zusammenhang bedeutsam erscheinenden Ausschnitte lenkt (vgl. Käsler, 1979).

Die Wortwahl „*Ideal*-Typus“ verleitet dazu, ein solches Konstrukt als Gütekriterium zu begreifen, welches eine Forderung an die „ideale Realität“ stellt. Allerdings muss es sich im Sinne Webers beim „Idealtypus“ nicht um eine ideale Realität in Form eines wünschenswerten bzw. anzustrebenden Zustandes handeln, sondern um eine „ideale Vorstellung von einem Handlungszusammenhang“ (Korte, 2004, 110). „Ein ‚Idealtypus‘ (...) ist (...) etwas gegenüber der wertenden Beurteilung völlig indifferentes, er hat mit irgend einer (sic!) anderen als einer logischen ‚Vollkommenheit‘ nichts zu tun“ (Weber 1922, 200).

Inwiefern der zur Erklärung sozialwissenschaftlicher Phänomene entwickelte Idealtypus wissenschaftlich ertragreich ist, kann im Vorfeld nicht festgestellt werden, sondern ist nur am Erkenntnisgewinn zu messen, der mit der Verwendung des Idealtypus einhergeht (vgl. Korte, 1995):

„Ob es sich um ein reines Gedankenspiel oder um eine wissenschaftlich fruchtbare Begriffsbildung handelt, kann a priori niemals entschieden werden: es gibt auch hier nur einen Maßstab: den des Erfolges für die Erkenntnis konkreter Kulturercheinungen in ihrem Zusammenhang, ihrer ursächlichen Bedingtheit und ihrer Bedeutung. Nicht als Ziel, sondern als Mittel kommt mithin die Bildung abstrakter Idealtypen in Betracht“ (Weber, 1922, S. 193).

Der Idealtypus im Sinne Webers dient als Methode zur Fortentwicklung theoretischer Erkenntnisse und erhebt nicht den Anspruch eines überdauernden Konstrukts, sondern er muss immer wieder den gegenwärtigen Gegebenheiten angepasst werden (iterativer Prozess). Dies ist notwendig, da gesellschaftliche Prozesse „nicht naturwissenschaftlichen bedeutsamen Gesetzen folgen, sondern im Strom der Geschichte stets individuell-einmalig ausgeprägt sind.“ (Hillmann, 1994, 348).

Im Folgenden soll die Methode des Idealtypus anhand von zwei Beispielen verdeutlicht werden. Im ersten Beispiel wendet Max Weber die von ihm entwickelte Methode selber an. Im zweiten Beispiel wird verdeutlicht, wie sich andere Forscher dieser sozialwissenschaftlichen Methode bedient haben. In der Gegenüberstellung beider Beispiele zeigt sich, dass die Methode auf die jeweilige Problemstellung zugeschnitten werden muss. Während es Weber (1922b) darum geht, den sehr weitreichenden Begriff der „Herrschaftsformen“ zu typisieren, und er hierfür drei verschiedene Idealtypen konstruiert, möchte Horch (1985) die „typischen“ Besonderheiten einer bestimmten Organisationsform, nämlich die „freiwilliger Vereinigungen“, herausarbeiten. Horch konstruiert hierfür lediglich einen „Idealtypus freiwilliger Vereinigungen“.

### 1. Fallbeispiel: Max Webers idealtypische Herrschaftsformen

Ein bekanntes Fallbeispiel für die Anwendung der Methode des Idealtypus durch Max Weber (1922b) ist seine Differenzierung von Herrschaftsformen auf der Basis ihres Legitimitätsanspruchs. Insofern rückt der Legitimitätsanspruch als entscheidendes Differenzierungskriterium in den Fokus seiner Analyse. Er arbeitet drei idealtypische Herrschaftsformen heraus, die sich auf unterschiedliche Weise legitimieren: Die *legale*, die *traditionale* und die *charismatische* Herrschaftsform.

Legale Herrschaftsformen stützen sich auf Ordnungen (z.B. Verfassungen), die durch die Beherrschten aufgrund ihrer formalen Legalität anerkannt und befolgt werden.

Traditionale Herrschaftsformen legitimieren sich über Traditionen. Es herrscht ein „Alltagsglaube“ an die Autorität der Herrschenden und deshalb wird diese Herrschaftsform tradiert und legitimiert.

Charismatische Herrschaftsformen zeichnen sich durch die Legitimation über den Glauben der Beherrschten an die Vorbildlichkeit einer charismatischen Führerpersönlichkeit aus (vgl. Weber, 1922b, 124).

Diesen drei Idealtypen lassen sich nun real existierende Herrschaftsformen vergleichend gegenüberstellen und gegebenenfalls zuordnen. Da wäre zum Beispiel die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland, welche sich dem Idealtypus der legalen Herrschaftsform zuordnen lässt, da sie sich über eine Verfassung und über Wahlen legitimiert.

Aufgrund der Tatsache, dass sich Demokratien grundsätzlich über Ordnungen legitimieren, können sie als eine bestimmte Ausprägung des Idealtypus der legalen Herrschaftsform angesehen werden. Max Weber bezeichnet diese aus der Realität abgeleiteten Sammelbegriffe als „Gattungen“. Es gibt weitere „Gattungen“ von Herrschaftsformen, die sich einem Idealtypus zuordnen lassen. So lassen sich Monarchien zumeist als traditionale Herrschaftsformen charakterisieren, da sich ihr Herrschaftsanspruch über Traditionen legitimiert. Fragen wirft allerdings die Einordnung der „Gattung parlamentarische Monarchie“ auf: Der Einfluss des „Monarchen“ ist auf repräsentative Zwecke beschränkt und das Parlament stützt sich auf Ordnungen. Monarch und Parlament legitimieren ihre Herrschaft auf unterschiedliche Weise zum einen über Traditionen und zum anderen über Ordnungen. Es handelt sich bei der Gattung der parlamentarischen Monarchie somit um einen „Mischtyp“.

Wiederum eindeutig zuordnen lässt sich die „Gattung Diktatur“, soweit sie auf dem Führungsanspruch einer charismatischen Führerpersönlichkeit beruht. Das Beispiel der charismatischen Herrschaftsform zeigt, dass Weber bei der Konstruktion seines Idealtypus nicht ausschließlich Staatsformen im Sinn hatte, sondern „Herrschaft“ auch in deutlich kleinerem Rahmen stattfinden kann: Die charismatische Herrschaftsform mit ihrer Legitimation über den Glauben an die Vorbildlichkeit der Führungsperson findet sich auch häufiger in „quasi-religiösen“ Gruppen, die sich unter dem Gattungsbegriff der Sekten zusammenfassen lassen.

## 2. Fallbeispiel: Der „Idealtypus freiwillige Vereinigung“ von Horch

Ein zweites Beispiel soll verdeutlichen, wie sich andere Sozialwissenschaftler der Methode des Idealtypus bedient haben. So hat Horch (1985) sich bemüht, einen „Idealtypus freiwillige Vereinigung“ zu entwickeln. Auf der Basis theoretischer Überlegungen entwickelt er „fünf idealtypische Charakteristika freiwilliger Vereinigungen“ (Horch, 1985, 259), mit deren Hilfe er die komplexe Realität der Vereinigungslandschaft zu strukturieren und einzuordnen versucht. Horchs Idealtypus der freiwilligen Vereinigung zeichnet sich aus durch

- die Interessenidentität zwischen der Vereinigung und ihren Mitgliedern,
- die Unabhängigkeit der Vereinigung von den Interessen Dritter,
- eine demokratische Entscheidungsstruktur,
- die freiwillige Mitgliedschaft der Mitglieder und
- das freiwillige Engagement der Mitglieder.

Anhand dieser Merkmale lassen sich freiwillige Vereinigungen nun charakterisieren und zu „idealtypischen Gattungsbegriffen“ zusammenfassen, die sich in bestimmter Hinsicht vom Idealtypus unterscheiden und ihm in anderer Hinsicht entsprechen. Ein Beispiel für einen solchen idealtypischen Gattungsbegriff könnten „verberuflichte Vereinigungen“ darstellen, die durch die Beschäftigung bezahlter, professioneller Mitarbeiter von dem Charakteristikum des freiwilligen (und unbezahlten) Engagements abweichen. Ein weiteres Beispiel bilden „oligarchische Vereinigungen“, die dem Kriterium der demokratischen Entscheidungsstruktur nicht (mehr) entsprechen, da sich die Führung der Vereinigung dem Einfluss der Mitglieder weitgehend entzieht. „Kommerzialiserte Vereinigungen“ bilden eine weitere idealtypische Gattung. Diese Vereinigungen sind von den Interessen Dritter abhängig, da sie auf deren finanzielle Unterstützung angewiesen sind.<sup>6</sup>

Diese drei Beispiele für idealtypische „Gattungen“ wurden relativ willkürlich herausgegriffen. Die Realität freiwilliger Vereinigungen stellt sich weit komplexer dar, da Vereinigungen den fünf Kriterien in unterschiedlichem Maß entsprechen und sich zahlreiche Kombinationsmöglichkeiten der verschiedenen Merkmale ergeben. Insofern sind die idealtypischen Gattungsbegriffe ein Stück von der Realität entfernt, da es „die professionalisierte Vereinigung“ an sich nicht gibt. Vereinigungen unterscheiden sich stark im Ausmaß der Professionalisierung und sind auch sonst unterschiedlich. So neigen „Großvereine“ eher zu Professionalisierung ihrer Angebotsstruktur als ein Zusammenschluss von nur 20 Mitgliedern. Vereinigungen, die sich hinsichtlich ihrer Charakteristika ähneln und weitgehend der empirisch erfassten Wirklichkeit entsprechen, können deshalb als Realtypen bezeichnet werden (vgl. auch Abb. 3).

### 3.2 Idealtypische Gattungsbegriffe und Realtypen

Wie auch schon aus den Beispielen zum Idealtypus hervorgeht, differenziert Weber zwischen dem zu theoretischen Vergleichszwecken konstruierten und wertungsfreien „Idealtypus“, den er mit einer Utopie gleichsetzt, und dem aus der Realität abgeleiteten „idealtypischen Gattungsbegriffen“. Diese wiederum lassen sich von empirisch vorfindbaren Realtypen abgrenzen, die eine Zusam-

---

<sup>6</sup> Es ist zu berücksichtigen, dass die Darstellung der Idealtypen Webers und Horch an dieser Stelle exemplarisch verkürzt und zur Veranschaulichung der komplexen Methode des Idealtypus erfolgt. Die Arbeiten Webers und Horchs können an dieser Stelle keinesfalls umfassend beschrieben und ausreichend gewürdigt werden. Dem interessierten Leser seien deshalb die Primärquellen (Horch, 1985; Weber, 1922b) empfohlen.

menfassung von Merkmalsausprägungen bezeichnen, welche einem in der Wirklichkeit vorkommenden Muster weitgehend entsprechen (vgl. Schmidt, 1995).

Demnach bilden der theoretisch konstruierte Idealtypus einerseits und die aus der Forschung gewonnenen Daten andererseits die Eckpunkte dieses Forschungsprogramms (vgl. Abb. 3). Durch Zusammenfassung der empirisch erfassten Einzelfälle können Realtypen gebildet werden. Durch die Gegenüberstellung dieser Realtypen mit dem Idealtypus lassen sich theoriegeleitet idealtypische Gattungsbegriffe entwickeln, die den Blick auf einen bestimmten „idealtypischen“ Ausschnitt lenken. Durch diese Verknüpfung von Theorie und Empirie können soziale Phänomene analysiert und interpretiert werden (vgl. Haller, 2003).

Abbildung 3 veranschaulicht die Annäherung und Gegenüberstellung der empirisch vorfindbaren Realität mit dem theoretischen Konstrukt des Idealtypus mit Hilfe von statistisch generierten Realtypen, aus denen wiederum theoriegeleitet idealtypische Gattungsbegriffe entwickelt werden können.

*Abb. 3: Annäherung von empirisch vorfindbarer Realität und dem Idealtypus als theoretisches Konstrukt nach der Methode von Max Weber*



### 3.3 Konsequenzen für das methodische Vorgehen

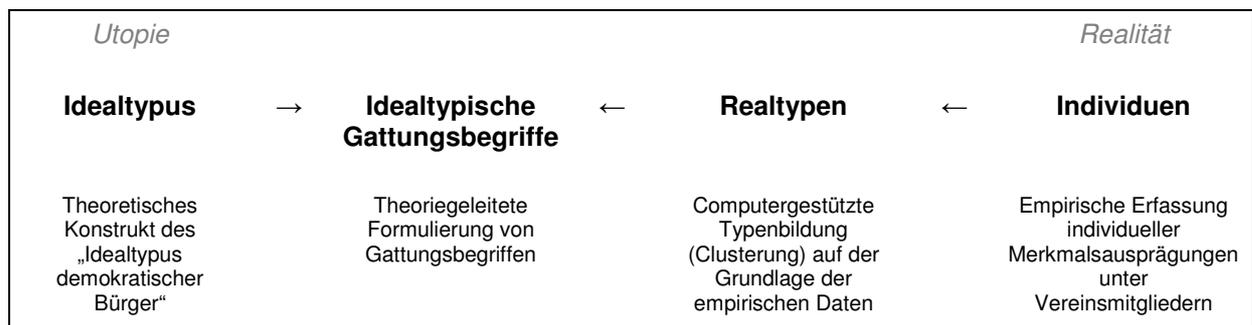
Die dieser Arbeit zu Grunde liegende Fragestellung nach den Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern soll mit Hilfe der Methode des Idealtypus beantwortet werden. Um diese Methode Webers auf die Fragestellung dieser Arbeit anzuwenden, werden Mitglieder verschiedener Vereine schriftlich befragt (vgl. zur Untersuchungsmethode ausführlich Kap. 6). Die Befragung der Vereinsmitglieder liefert die im Sinne Webers „empirisch erfasste Realität“ (vgl. Abb. 4).

Auf der anderen Seite bedarf es der Konstruktion eines Idealtypus, der in sich solche Kompetenzen vereinigt, die die Bürger demokratischer Systeme benötigen, um den Anforderungen der Demokratie entsprechen zu können. Dieses theoretisch zu begründende Konstrukt wird als „Idealtypus demokratischer Bürger“ bezeichnet.

Aus dem empirischen Datenmaterial werden mit Hilfe computergestützter statistischer Verfahren Typen gebildet, die sich in ihren Merkmalsausprägungen möglichst ähnlich sind (Realtypen; vgl. auch Abschnitt 6.3).

In einem abschließenden Schritt werden diese Realtypen dem Idealtypus gegenübergestellt, um auf der Grundlage theoretischer Überlegungen Gattungsbegriffe zu formulieren, die einen bestimmten Typ von Mitgliedern hinsichtlich seiner Bürgerkompetenzen kennzeichnen (vgl. Abb. 4). Durch die Kontrastierung der gattungsmäßigen Typen mit dem Idealtypus und durch eine Abgrenzung der verschiedenen Gattungstypen voneinander kann dargestellt werden, inwiefern die einzelnen Bürgertypen bestimmten Anforderungen demokratischer Gemeinwesen gerecht werden können.

Abb. 4: Annäherung von empirisch vorfindbaren Merkmalsausprägungen unter Vereinsmitgliedern und einem theoretisch konstruierten „Idealtypus demokratischer Bürger“ nach der Methode von Max Weber.



Das folgende Kapitel (vgl. Kap. 4) hat die Konstruktion eines „Idealtypus demokratischer Bürger“ zum Gegenstand. Auf der Grundlage theoretischer Überlegungen sollen Aspekte herausgearbeitet werden, die einen „Idealtypus demokratischer Bürger“ ausmachen können. Ist die Konstruktion des Idealtypus abgeschlossen, muss die empirisch vorfindbare Realität geordnet werden, um sie dem Idealtypus gegenüberstellen zu können. Dies geschieht durch die Zusammenfassung von Individuen mit möglichst ähnlichen Merkmalsausprägungen zu so genannten „Realtypen“ (vgl. Kap. 6). Aus der Gegenüberstellung von Realtypen und dem „Idealtypus demokratischer Bürger“ werden in Kapitel 7 idealtypische Gattungsbegriffe entwickelt, die bestimmte Aspekte des Idealtypus in exemplarischer Form aufweisen. Durch die Gegenüberstellung der empirisch erfassten Realität in Vereinen mit dem Konstrukt des Idealtypus soll deutlich gemacht werden, in wie fern die Mitglieder unterschiedlicher Vereine über demokratierelevante Bürgerkompetenzen verfügen.

## 4. Theoretische Grundlagen eines „Idealtypus demokratischer Bürger“

Um die Methode des Idealtypus nach Weber (vgl. Kap. 3) auf die Kompetenzen von Bürgern in demokratischen Gemeinwesen anwenden zu können, bedarf es zunächst der theoriegeleiteten Konstruktion eines solchen Idealtypus.

Wie durch die Aufarbeitung demokratiethoretischer und politikdidaktischer Überlegungen im Rahmen des Forschungsstandes deutlich geworden ist (vgl. Abschnitt 2.2), werden an die Bürger demokratischer Gemeinwesen unterschiedliche Anforderungen gestellt: Sie reichen von der Fähigkeit, sich an Wahlen zu beteiligen, über die Kompetenzen, politisch Einfluss zu nehmen und ihre Interessen zu vertreten, bis hin zu den Fähigkeiten, die benötigt werden, um an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen teilhaben zu können.

Somit sollten sich die Bürger demokratischer Gemeinwesen durch *gesellschaftliche* und *politische Handlungsfähigkeit* auszeichnen. Handlungsfähigkeit bildet die Grundlage für politische und gesellschaftliche Beteiligung, wobei im Folgenden theoretisch zu begründen sein wird, weshalb Demokratien auf die Partizipation der Bürger angewiesen sind. Darüber hinaus wird herausgearbeitet, inwiefern demokratische Systeme auf bestimmte Wertorientierungen ihrer Bürger angewiesen sind (vgl. Abschnitt 4.1).

In einem zweiten Teil des Kapitels (vgl. Abschnitt 4.2) wird darauf eingegangen, welche grundlegenden Kompetenzen Bürger demokratischer Gemeinwesen benötigen, um politisch und gesellschaftlich handlungsfähig zu sein und somit an demokratischen Entscheidungsprozessen partizipieren zu können.

Den Abschluss dieses Kapitels (vgl. Abschnitt 4.3) bildet die Synthese der theoretisch herausgearbeiteten Aspekte demokratisch relevanter Bürgerkompetenzen zum „Idealtypus demokratischer Bürger“.

### 4.1 Gesellschaftliche und politische Partizipation als Grundlage der Demokratie

Bereits das Wort „Demokratie“, das sich aus den griechischen Begriffen *demos* (Volk, Vollbürgerschaft) und *kratein* (herrschen, Macht ausüben) zusammensetzt, macht deutlich, dass das Volk bzw. die Bürger einer Demokratie an der Herrschaft beteiligt sind (vgl. Meier, 2000 und auch Abschnitt 2.1.1). Bei der Demokratie handelt es sich um eine Staatsform, in der im

„Idealfall“ die Beherrschten mit den Herrschenden „identisch“ sind und somit „jeder nur sich selbst gehorcht“ (Rousseau, 1977, 17).

Dieses Ideal „direkter Demokratie“, welches durch die Mitbestimmung aller in allen Fragen gekennzeichnet ist, lässt sich jedoch nur in überschaubaren Gemeinschaften verwirklichen. Deshalb werden Entscheidungsprozesse in modernen Demokratien nicht von „allen“, sondern von legitimierte(n) Vertretern getroffen. Gesellschaftliche Aushandlungsprozesse erfolgen nicht mehr in einer „Vollversammlung“, an der alle Mitglieder der Gesellschaft beteiligt sind, sondern es werden auf der Basis freier (Freiheit des Einzelnen bei der Wahlentscheidung) und gleicher (alle Stimmen haben dasselbe Gewicht) Wahlen Repräsentanten legitimiert, die im Namen ihrer Wähler allgemein verbindliche Entscheidungen treffen. Individuelle Freiheit und rechtliche Gleichheit gelten als die tragenden Prinzipien der Demokratie (vgl. Lenk, 1991).

Offe fasst die Kennzeichen repräsentativer Demokratien im folgenden Zitat zusammen:

„Demokratien sind institutionelle Formen des politischen Lebens, die nicht mehr und vor allem nicht weniger enthalten als die Garantie befristeter, unter fairen Wettbewerbsbedingungen erlangter Herrschaftsbefugnisse repräsentativer Akteure; deren Handeln ist an Gewaltenteilung und Gesetz gebunden und weiterhin durch die Freiheitsrechte der Bürger begrenzt, wobei alle Bürger auf der Grundlage gleicher Rechte kommunizierend und entscheidend am politischen Prozess teilnehmen können“ (Offe, 2003a, 229).

Zwischen direkter und repräsentativer Demokratie bestehen vielfältige Abstufungsmöglichkeiten, so dass es sich nicht um Alternativen, sondern vielmehr um die Pole eines Kontinuums handelt (vgl. Abb. 5). Auch findet häufig eine Durchmischung beider Modelle statt.<sup>7</sup>

Abb. 5.: Direkte versus repräsentative Demokratie

<b>Direkte Demokratie</b>	↔	<b>Repräsentative Demokratie</b>
Unmittelbare Beteiligung aller an politischen Entscheidungsprozessen		Bestimmung von Repräsentanten (auf der Grundlage freier und gleicher Wahlen), die für alle verbindliche Entscheidungen treffen

Das Schema (vg. Abb. 5) macht deutlich, dass Demokratien, auch repräsentative, immer auf eine Beteiligung der Bürger angewiesen sind. Diese Beteiligung reicht von unmittelbarer Beteiligung an allen politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen als Maximalanforderung direkter Demokratien, bis hin zur Beteiligung an Wahlen als Minimalanforderung repräsen-

<sup>7</sup> Als Beispiel können Plebiszite angeführt werden: Im Rahmen solcher Volksabstimmungen wird die Entscheidungsgewalt über bestimmte Themen von den gewählten Repräsentanten an die Bürger „zurückgegeben“.

tativer Demokratien. Dies ist der Fall, da es sich bei der Demokratie-Idee um ein normatives Konzept handelt, das auf der Idee einer Herrschaft aller über alle beruht. Deshalb sind Demokratien von ihrer Idee her auf die Legitimation durch die Beteiligung der Bürger angewiesen. Eine Demokratie, bei der sich alle Gesellschaftsmitglieder der Beteiligung entziehen, ist demnach keine Demokratie mehr (vgl. Deichmann, 2004).

Da die Demokratie die Freiheit des Einzelnen als grundlegendes Prinzip anerkennt<sup>8</sup>, gerät sie an diesem Punkt in ein Dilemma: Da die Demokratie die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen zum Grundsatz erhebt, stellt sie jedem Bürger frei, ob er sich für oder gegen eine Beteiligung entscheidet. Es wird also niemand zur Partizipation gezwungen: „Diese Entscheidungsfreiheit bildet ein konstitutives Element der freiheitlichen Demokratie: Sie lebt vom politischen Engagement der Bürger, zwingt diese allerdings nicht dazu“ (Deichmann, 2004, 31).

Ein zentrales Problem der Demokratie besteht somit darin, dass sie einerseits für ihren Fortbestand auf die politische Beteiligung der Gesellschaftsmitglieder angewiesen ist, andererseits aber niemanden zur Beteiligung zwingen kann (vgl. Lohmann, 2003).

Die Partizipation der Bürger stellt demnach die grundlegende Voraussetzung für den Fortbestand demokratischer Systeme dar und sollte deshalb bei der Konstruktion des „Idealtypus demokratischer Bürger“ berücksichtigt werden.

Im Rahmen dieser Arbeit soll unter Partizipation – angelehnt an unterschiedliche demokratiethoretische Herangehensweisen – sowohl die Beteiligung an gesellschaftlichen Zusammenschlüssen und Interessengruppen als auch die Beteiligung an politischen Entscheidungs- und Willensbildungsprozessen verstanden werden. Wenn im Folgenden der Begriff Partizipation verwendet wird, bezieht er sich immer auf beide Begriffsdimensionen.

Damit Menschen in Demokratien partizipieren können, müssen sie über „Handlungsfähigkeit“ verfügen. Eine solche Handlungsfähigkeit umfasst nicht allein die Kompetenz, politische Entscheidungsprozesse im eigenen Interesse zu beeinflussen (politische Handlungsfähigkeit), sondern beinhaltet ebenfalls die Fähigkeit zur Kommunikation- und Interaktion, wodurch Meinungen, Einstellungen und Werte gebildet und die Lebensbedingungen der Menschen verändert werden können (gesellschaftliche Partizipation; vgl. Deichmann,

---

<sup>8</sup> Schon die Wegbereiter der modernen Demokratie haben die Notwendigkeit der Freiheit aller im Staat vereinigter Individuen als oberstes Prinzip herausgehoben. So schreibt Rousseau: „Auf seine Freiheit verzichten, heißt auf seine Eigenschaft als Mensch (...) verzichten“ (Rousseau, 1977, 11). Auch Kant stellt fest, die Freiheit sei das „einzige, ursprüngliche, jedem Menschen, kraft seiner Menschlichkeit, zustehende Recht“ (Kant, 1956, 345; vgl. auch Speth, 2003).

2004). Die Art der Partizipation selbst wird wesentlich durch die Ausprägung eben solcher „Meinungen, Einstellungen und Werte“ (Deichmann, 2004, 31) bestimmt. Diese bestimmen somit die demokratische Tragweite der Handlungsfähigkeit. Im Rahmen soziologischer Erklärungsmodelle werden zwei Handlungstypen, der Homo Oeconomicus und der Homo Sociologicus, differenziert, die sich hinsichtlich ihrer Wertorientierungen unterscheiden. Mit Hilfe dieser beiden Handlungstypen soll die Bedeutung, die politische und gesellschaftliche Partizipation für die Demokratie hat, herausgearbeitet werden.

#### *4.1.1 Vorüberlegungen: Partizipation als zweck- bzw. wertrationales soziales Handeln*

Die Soziologie ist bemüht, menschliches Handeln zu analysieren und zu erklären. Wesentlich ist hierbei die klare Trennung von „sozialem Handeln“ und bloßem „sich Verhalten“. Soziales Handeln findet im Gegensatz zum Verhalten „absichtsvoll“ statt. „Absichtsvolles Handeln“ bedeutet, dass sich hinter den Handlungen bestimmte universelle und verfestigte Wertideen verbergen. Diese können sich zwar situativ verändern, aber es wird davon ausgegangen, dass ein Individuum aufgrund seiner verfestigten Wertideen in ähnlichen Situationen ähnlich handeln wird (vgl. Haller, 2003; Gukenbiehl, 2003).

Da die Partizipation im Rahmen demokratischer Gemeinwesen eine Form sozialen Handelns darstellt<sup>9</sup>, ist auch hier nach den „verfestigten Wertideen“ zu suchen, die diesem Handeln zu Grunde liegen. Ziel ist es, das Handeln auf eine „konkrete Ursache“ zurückzuführen (vgl. Haller 2003, 531). Um diese konkreten Ursachen für soziales Handeln nach wissenschaftlichen Kriterien zu analysieren, schlägt Weber (1922b, 2) vor, zunächst davon auszugehen, dass eine Handlung aufgrund zweckrationaler Überlegungen zu Stande kommt:

„Für die (.) wissenschaftliche Betrachtung werden nun alle (...) Sinnzusammenhänge des Sichverhaltens, die das Handeln beeinflussen (..) als ‚Ablenkungen‘ von einem konstruierten rein zweckrationalen Verlauf desselben erforscht und dargestellt“ (Weber 1922b, 2).

Zweckrationales Handeln bedeutet, dass es als Mittel dient, um „rational, als Erfolg, (sic!) erstrebte und abgewogene eigne (sic!) Zwecke“ (Weber, 1922b, 12) zu verfolgen. Der „Wert“, der einer zweckrationalen Handlung zu Grunde liegt, ist somit der persönliche Nutzen für das Individuum.

---

<sup>9</sup> Politische und gesellschaftliche Partizipation ist soziales Handeln, da sie a) in soziale Kontexte eingebettet ist und b) in ihren Konsequenzen Auswirkungen auf andere hat. Dieses sind die Voraussetzungen, die Max Weber anführt, um soziales Handeln von „Verhalten“ abzugrenzen (vgl. Weber, 1922b).

### Ackermann et al. definieren Zweckrationalität wie folgt:

„Zweckrationalität bezieht sich im wesentlichen auf die Frage nach den zweckmäßigen Mitteln für beliebige Ziele. Zweckrationalität ist zum Beispiel ein Charakteristikum von Planung. Diese ist dann zweckrational, wenn der Planungsakteur in seinem Handeln Zwecke, Mittel und Nebenfolgen gegeneinander abwägt und auf diese Weise zu einer verbesserten Zielverwirklichung gelangt“ (Ackermann, et al., 1995, 84).

Soziales Handeln kann aber auch noch auf weiteren „verfestigten Wertideen“ beruhen, wie z.B. auf wertrationalen Orientierungen, was bedeutet, dass das Handeln einen Eigenwert besitzt (vgl. Weber, 1922b). Neben Zweck- und Wertrationalität finden sich bei Weber weitere Erklärungsansätze für soziales Handeln. So kann Handeln auch auf Emotionen oder Traditionen zurückgeführt werden. Im ersten Fall handelt jemand „im Affekt“, also unter dem Einfluss starker Gefühle, im zweiten Fall unterliegt das Handeln stark verfestigten Gewohnheiten:

„Wie jedes Handeln kann auch das soziale Handeln bestimmt sein 1. zweckrational: durch Erwartungen des Verhaltens von Gegenständen der Außenwelt und von andren Menschen und unter Benutzung dieser Erwartungen als »Bedingungen« oder als »Mittel« für rational, als Erfolg, erstrebte und abgewogene eigne Zwecke, — 2. wertrational: durch bewußten Glauben an den — ethischen, ästhetischen, religiösen oder wie immer sonst zu deutenden — unbedingten Eigenwert eines bestimmten Sichverhaltens rein als solchen und unabhängig vom Erfolg, — 3. affektuell, insbesondere emotional: durch aktuelle Affekte und Gefühlslagen, — 4. traditional: durch eingelebte Gewohnheit“ (Weber, 1922b, 12).

Allerdings stellen sowohl affektuelles als auch traditionales Handeln Grenzformen sozialen Handelns dar, da sie nicht eindeutig sinnhaft orientiert sind. Emotionales Handeln erfolgt häufig spontan und unreflektiert, traditionales Handeln hingegen gewohnheitsmäßig. Beide Handlungsformen sind in der Klassifikation Webers an der Grenze zum bloßen „sich Verhalten“, da sie nicht „rational“ begründet sind. Dies macht auch schon die sprachliche Differenzierung der Handlungsformen durch Weber (1922b) deutlich. Aus diesem Grund sollen affektuelles und traditionales Handeln im Folgenden nicht für die Erklärung politischer und gesellschaftlicher Partizipation herangezogen werden. Stattdessen sollen Zweck- und Wertrationalität als „konkrete Ursache“ politischer und gesellschaftlicher Partizipation näher betrachtet werden.

Für politisches und gesellschaftliches Handeln bedeutet Wertrationalität, dass dieses an den „Grundwerten menschenwürdigen Zusammenlebens und der Demokratie“ orientiert sein sollte und daher solches Handeln ausschließt, dass den demokratischen Werten widerspricht (Ackermann et al., 1995, 86). Dies macht deutlich, dass die Demokratie auf wertrationale Orientierungen angewiesen ist. Was genau diese wertrationalen Orientierungen in einer demokratischen Gesellschaft ausmacht, ist einem permanenten gesellschaftlichen Diskurs unterworfen (vgl. Ackermann et al., 2005).

Zweck- und wertrationale Orientierungen finden sich auch in den zwei vorherrschenden Menschenbildern der Soziologie wieder; dem Homo Oeconomicus und dem Homo Sociologicus. Während das Handeln des Homo Sociologicus vorwiegend an Normen und Werten orientiert und im Sinne der Klassifikation Webers „wertrational“ orientiert ist, handelt der Homo Oeconomicus vorwiegend nutzenmaximierend und deshalb „zweckrational“. Diese unterschiedlichen Menschenbilder mit ihren zu Grunde liegenden Wertorientierungen sollen im Folgenden zur Erklärung politischer und gesellschaftlicher Partizipation herangezogen werden.

#### 4.1.2 Erklärung politischer Partizipation mit Hilfe des Akteurmodells „Homo Oeconomicus“

Inwiefern kann mit Hilfe des Modells vom Homo Oeconomicus politische und gesellschaftliche Beteiligung erklärt werden? Ein idealtypischer Homo Oeconomicus handelt in erster Linie zweckrational und nutzenmaximierend. Ziel seines Handelns ist die Verwirklichung eigener Interessen.<sup>10</sup> Der Homo Oeconomicus lässt sich bei seiner politischen und gesellschaftlichen Beteiligung demnach von Vernunftsprinzipien leiten, wobei er seine Ziele unter der Berücksichtigung der ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten gegen die Kosten der Zielverwirklichung abwägt (vgl. Schimank, 2002, Haller, 2003). Ein Homo Oeconomicus partizipiert immer dann, wenn dies der Verwirklichung seiner Ziele und Interessen dient und die damit verbundenen Kosten den Einsatz der dafür notwendigen Ressourcen in seinen Augen rechtfertigen.

Die Partizipation eines Homo Oeconomicus soll mit Hilfe eines Beispiels veranschaulicht werden:

*Herr A. wohnt in seinem ruhig gelegenen Haus am Stadtrand. Es steht zur Diskussion, ob in den nächsten Jahren in seiner unmittelbaren Nachbarschaft ein Flughafen gebaut werden soll. Dies ist nicht im Interesse Herrn A's, da er um seine Ruhe zu Hause fürchtet. Darüber hinaus würde der Bau des Flughafens eine Wertminderung seines Grundstücks bedeuten. Deshalb beschließt Herr A., sich in einer Bürgerinitiative gegen den Bau des Flughafens zu engagieren.*

In diesem Fall lohnt es sich für Herrn A., aktiv zu werden und eigene Ressourcen wie Zeit und auch Geld zu investieren, da er hofft, eine für ihn persönlich sehr negative Entwicklung abzuwenden.

Würde Herr A. nicht in einem Eigenheim sondern in einer Mietwohnung wohnen, würde seine Kosten-Nutzen-Rechnung möglicherweise anders aus-

---

<sup>10</sup> Das Menschenbild des Homo Oeconomicus geht auf wirtschaftswissenschaftliche Überlegungen im Rahmen der Rational-Choice-Theorie zurück, die ursprünglich darauf abzielte, menschliches Konsumverhalten zu erklären.

fallen: Statt eines Engagements in der Bürgerinitiative sucht Herr A. lieber nach einer neuen Wohnung und zieht um.

Das Akteurmodell des Homo Oeconomicus kann also erklären, warum sich Menschen in Situationen politisch bzw. gesellschaftlich beteiligen, in denen sie eigene Interessen verfolgen. Ein Gedankenexperiment macht jedoch deutlich, dass Partizipation nicht immer ausreichend mit Hilfe des Akteurmodells vom Homo Oeconomicus erklärt werden kann:

Die Minimalanforderung, die repräsentative Demokratien an ihre Bürger stellen, ist die Beteiligung an Wahlen. Ein Homo Oeconomicus wird sich dann an der Wahl von Repräsentanten beteiligen, wenn er ein bestimmtes Ziel verfolgt, das er mit Hilfe seiner Stimmabgabe meint erreichen zu können. Wenn sich also eine Partei in ihrem Programm gegen den Flughafenbau ausspricht, wird Herr A. dieser Partei wahrscheinlich seine Stimme geben. Somit braucht der Homo Oeconomicus in jedem Fall ein Ziel, das er mit der Beteiligung an der Wahl meint erreichen zu können. Dies setzt voraus, dass einer der zur Wahl stehenden Repräsentanten dasselbe Ziel verfolgt wie er selbst. Ist dies der Fall, kann der Wähler begründet davon ausgehen, dass der Repräsentant für die Interessen des Wählers eintreten wird.

Hat der Wähler jedoch kein politisches Ziel oder meint er, dass keine der zur Wahl stehenden Personen bzw. Organisationen seine Ziele angemessen verwirklicht, besteht für einen „Homo Oeconomicus“ kein Grund, sich an der Abstimmung zu beteiligen.

Aber selbst wenn ein „Homo Oeconomicus“ ein konkretes Ziel hat und sich von einem zur Wahl stehenden Repräsentanten in seinen Interessen angemessen vertreten sieht, kann die Kosten-Nutzen-Rechnung eines Homo Oeconomicus so ausfallen, dass sie eine Wahlbeteiligung verhindern müsste:

„Ein witziger Zeitgenosse hat einmal ausgerechnet, dass die mathematische Wahrscheinlichkeit, auf dem Weg zum Wahllokal tödlich zu verunglücken, bei weitem höher liegt als die Wahrscheinlichkeit, dass die eigene Stimme wahlentscheidend ist“ (Buchstein, 2002a, 9).

Da also die Wahrscheinlichkeit, dass die eigene Stimme die Wahl entscheidet, verschwindend gering ist und die Kosten, die mit dem Gang zur Wahlurne verbunden sind, den Nutzen übersteigen, würde ein „echter“ Homo Oeconomicus am Wahltag lieber zu Hause bleiben (vgl. Downs 1968; Pappi/Shikano, 2005).

Dass sich trotz dieser ungünstigen Kosten-Nutzen-Relation immer noch die Mehrheit der Wahlberechtigten an Wahlen beteiligt, wird in der Wahlforschung als „Wählerparadoxon“ bezeichnet (Pappi/Shikano, 2005, 22).

Für langfristige Stabilität sind Demokratien auf eine regelmäßige und dauerhafte Partizipation der Bürger angewiesen. Diese lässt sich nur bedingt mit den Wertvorstellungen des Homo Oeconomicus erklären. Deshalb muss – im Sinne Webers (1922b) – nach den Gründen für die „Abweichungen“ vom zweckrationalen Handeln gesucht werden. Deshalb wird im Folgenden das Akteurmodell des Homo Sociologicus zur Erklärung politischer und gesellschaftlicher Partizipation herangezogen.

#### *4.1.3 Erklärung politischer und gesellschaftlicher Partizipation mit Hilfe des Akteurmodells „Homo Sociologicus“*

Im Gegensatz zum Akteurmodell des Homo Oeconomicus, dessen Handeln durch Nutzenmaximierung gekennzeichnet ist, handelt der Homo Sociologicus auf der Grundlage gesellschaftlicher Normen und Werte. Es stellt sich somit die Frage, inwiefern beständige Partizipation als Grundlage demokratischer Stabilität mit Hilfe des Akteurmodells des Homo Sociologicus erklärt werden kann.

Das Akteurmodell des Homo Sociologicus geht auf Émile Durkheims Theorie zurück, wonach die soziale Umwelt die „Gussform“ für das Verhalten des Einzelnen bilde (vgl. Durkheim, 1961). Durch Erziehung tradierte Normen und Werte seien die Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration in die Gesellschaft. Bei der Verfolgung seiner Interessen sei der Einzelne nicht frei in seinen Entscheidungen. Zwar habe der Mensch möglicherweise das Ziel, seinen persönlichen Nutzen zu maximieren, doch gleichzeitig „normieren“ vorherrschende Wertvorstellungen und gesellschaftliche Erwartungen sein Handeln. Deshalb werden diese Überlegungen auch unter dem Schlagwort des „normativen Paradigmas“ zusammengefasst (vgl. im Überblick Schimank, 2002).

Weber bezeichnet, wie oben dargestellt, die Orientierung des Handelns an Normen und Werten als wertrationales Handeln.

„Rein wertrational handelt, wer ohne Rücksicht auf die vor auszusehenden Folgen handelt im Dienst seiner Überzeugung von dem, was Pflicht, Würde, Schönheit, religiöse Weisung, Pietät, oder die Wichtigkeit einer »Sache« gleichviel welcher Art ihm zu gebieten scheinen. Stets ist (im Sinn unserer Terminologie) wertrationales Handeln ein Handeln nach »Geboten« oder gemäß »Forderungen«, die der Handelnde an sich gestellt glaubt“ (Weber, 1922b, 12f.).

Überträgt man diese Überlegungen auf politische und gesellschaftliche Partizipation als eine Art des sozialen Handelns, partizipiert der Homo Sociologicus deshalb, weil dies den gesellschaftlichen Normen entspricht und weil er die gesellschaftlichen Normen und Werte so sehr verinnerlicht hat, dass die Partizipation dadurch einen Eigenwert erhält. Denn im Sinne Webers ist Wert-rationalität „durch bewußten Glauben an (...) den unbedingten Eigenwert

eines bestimmten Sichverhaltens rein als solchen und unabhängig vom Erfolg“ gekennzeichnet (Weber, 1922b, 12).

An dieser Stelle soll das wertrationale Handeln des Homo Sociologicus wiederum am Beispiel der Bürgerinitiative gegen den Flughafenbau verdeutlicht werden:

*Frau B. wohnt am anderen Ende derselben Stadt wie Herr A.. Obwohl sie keine Lärmbelästigung zu befürchten hat, engagiert auch sie sich in der Bürgerinitiative gegen den Flughafenbau. Ihr Anliegen ist es, die mit einem Flughafenbau verbundene Zerstörung der Natur zu verhindern.*

Es wird deutlich, dass für Frau B. die Partizipation einen Eigenwert darstellt, da sie ihr Handeln an der gesellschaftlichen Norm ausrichtet, wonach Menschen ihre Umwelt schützen und erhalten sollten.

Gesellschaftliche Normen und der damit im Zusammenhang stehende subjektiv empfundene Eigenwert einer Handlung können somit erklären, weshalb Menschen von rein nutzenorientiertem Handeln abweichen und politisch partizipieren, ohne dass sie Kosten-Nutzen-Bilanzen erstellen.

Allerdings handelt es sich bei der Differenzierung von zweck- und wertrationalem Handeln um eine analytische Trennung. In der Realität ist es selten so, dass Handlungen ausschließlich wert- bzw. zweckrational orientiert sind, sondern bei manchen Handlungen überwiegen Nutzenorientierungen, während in anderen Situationen wertrationales Handeln vorherrscht.<sup>11</sup> Somit stellen Wert- und Zweckrationalität theoretische Pole dar, zwischen denen Handeln zu analytischen Zwecken eingeordnet werden kann.

#### *4.1.4 Konsequenzen für die Konstruktion eines „Idealtypus demokratischer Bürger“*

Ausgangspunkt dieses Abschnitts war die Frage, wie Partizipation – als grundlegender Bestandteil von Bürgerkompetenz – erklärt und im Hinblick auf die Bedeutung für die Demokratie eingeordnet werden kann. Es wurde gezeigt, dass sowohl das Akteurmodell des Homo Oeconomicus als auch das Modell des Homo Sociologicus dazu beitragen können, politische und gesellschaftliche Partizipation zu verstehen und zu erklären. Allerdings konnte deutlich gemacht werden, dass eine demokratische Gesellschaft, in der alle zu jeder Zeit nutzenorientiert handeln, in ihrem Fortbestand gefährdet ist. Demokratien sind somit zur Sicherung ihrer Überlebensfähigkeit auf Individuen angewiesen,

---

<sup>11</sup> Darüber hinaus gibt es noch andere Handlungsorientierungen (vgl. auch Abschnitt 4.1.1: Weber 1922b zum traditionellen und affektuellen Handeln) und Akteurmodelle (vgl. Schimank 2002 zum Emotional Man und Identitätsbehaupter), die jedoch für die Erklärung politischer Partizipation von untergeordneter Bedeutung sind und deshalb nicht weiter berücksichtigt werden sollen.

die ihr Handeln nicht ausschließlich an ihrem persönlichen Nutzen sondern auch an Normen und Werten der Gesellschaft ausrichten (vgl. Ackermann et al, 1995). Dies korrespondiert auch mit den normativen politikdidaktischen Überlegungen zu Bürgerkompetenzen, wie sie im Forschungsstand ausführlich dargestellt wurden (vgl. Abschnitt 2.2.1). Demnach sollten die Bürger demokratischer Gemeinwesen bestimmte Werte internalisiert haben (habituelle Dispositionen, vgl. Buchstein 2002), die dafür sorgen, dass sie ihr Handeln an der Gemeinschaft ausrichten. Diese Vorstellungen, wonach Bürger in der Demokratie bestimmte „Werte“ aufweisen sollten, rekurriert somit auf das Menschenbild des normorientiert handelnden Homo Sociologicus. Die Tatsache, dass politische Beteiligung auch ohne die Wertorientierungen eines Homo Sociologicus erfolgen kann, hat zur Konsequenz, dass von der bloßen Tatsache politischer oder gesellschaftlicher Beteiligung noch keine Rückschlüsse auf die Wertorientierung des Bürgers gezogen werden können. Diese Tatsache wird in bisherigen empirischen Untersuchungen weitgehend ausgeblendet.

Für die Konstruktion des Idealtypus demokratischer Bürger bedeutet dies, dass die Orientierung an Normen und Werten neben der Partizipation, einen zentralen Bestandteil von Bürgerkompetenzen darstellt. Zwar konnte gezeigt werden, dass politische und gesellschaftliche Partizipation auch ohne internalisierte Normen und Werte, nämlich auf Grundlage individueller Nutzenverfolgung, stattfinden kann. Im Sinne demokratischer Stabilität ist Partizipation in Verbindung mit bestimmten Wertorientierungen jedoch als beständiger einzuschätzen als eine rein nutzenorientierte Beteiligung.

Im Folgenden muss somit herausgearbeitet werden, welches entsprechende Wertorientierungen sind, die die Demokratie stützen und die somit Bestandteil eines „Idealtypus demokratischer Bürger“ sein sollten.

#### *4.1.5 Wertorientierungen eines „Idealtypus demokratischer Bürger“*

Anhaltspunkte, über welche allgemeinen Wertorientierungen Bürger in einer Demokratie verfügen sollten, finden sich in der Politikwissenschaft und auch in der demokratietheoretischen Ideengeschichte. Hier wird zwischen dem eigennützig handelnden „Bourgeois“ und dem gemeinschaftsorientierten „Citoyen“ unterschieden (vgl. Schultze, 2001a, 52): Während der Bourgeois dem Akteurmodell des Homo Oeconomicus nahe kommt, da er bemüht ist, im Staat seine politischen Interessen durchzusetzen, entspricht der Citoyen weitgehend dem Homo Sociologicus, da sein Handeln am Gemeinwohl ausgerichtet ist. Der erstere strebt somit „in erster Linie nach Maximierung [seines] Anteils am gemeinsamen Gut“, letzter stellt „die Maximierung des Gesamtnutzens vor persönliche Verteilungsfragen“ (Braun, 2000, 127) und handelt deshalb ge-

meinwohlorientiert. Als gemeinwohlorientiert soll solches Handeln gelten, das nicht oder nicht in erster Linie am persönlichen Nutzen des Akteurs ausgerichtet ist, sondern der Gesellschaft im Allgemeinen, Teilen der Gesellschaft bzw. Anderen als dem Akteur und dessen Familie zu Gute kommt. Das bedeutet, dass sich gemeinwohlorientiertes Handeln somit auf der Makroebene auf die Gesellschaft als Ganzes beziehen (z. B. Umweltschutz), auf der Mesoebene bestimmte gesellschaftliche Gruppen betreffen (z. B. Wohlfahrtspflege für Arme, Alte oder Kranke) oder auf der Mikroebene einer eingrenz- baren Gruppe zu Gute kommen kann, wie z.B. den Mitgliedern eines Vereins, der Nachbarschaft oder der Gemeinde (vgl. Braun, 2000).

Gemeinwohlorientierung stellt einen grundlegenden Wert dar, der dafür verantwortlich ist, dass Individuen ihre individuellen Nutzenerwartungen zurückstellen und bereit sind, zum Wohle der Gemeinschaft zu handeln. Ein solcher Gemein Sinn stellt somit eine Ressource dar, „die für das Funktionieren demokratischer Gesellschaften bedeutsam ist und nicht versiegen darf“ (Adloff, 2005, 13). Somit handelt es sich bei Gemeinwohlorientierung um eine Wertorientierung, die bei der Konstruktion eines „Idealtypus demokratischer Bürger“ berücksichtigt werden soll.

## **4.2 Kompetenzen als Grundlage von Partizipation in demokratischen Gemeinwesen**

Die Beteiligung der Bürger – vor allem auf der Grundlage gemeinwohlorientierter Wertvorstellungen – stellt eine Voraussetzung für demokratische Stabilität dar. In den bisherigen Überlegungen ist jedoch ein zentraler Aspekt unberücksichtigt geblieben: Um überhaupt politisch partizipieren zu können, sind grundlegende Handlungskompetenzen von Nöten. Welche Kompetenzaspekte für die Bürger demokratischer Gemeinwesen von Bedeutung sind, soll im Folgenden herausgearbeitet werden.

### *4.2.1 Kompetenztheoretische Überlegungen*

Problematisch am Kompetenzbegriff ist, dass selbst in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung keine einheitliche Definition vorliegt (vgl. auch Abschnitt 2.1.4). So differenzieren z.B. Edelmann und Tippelt (2004) zwischen drei unterschiedlichen Kompetenzkonzepten: im pädagogischen Diskurs gelten Kompetenzen als Persönlichkeitsmerkmale, in der Diskussion um Bildungsstandards markieren Kompetenzen überprüfbare Leistungskategorien und im Rahmen der beruflichen Aus- und Weiterbildung sind Kompetenzen die vom Arbeitgeber geforderten Qualifikationen, die zur Bewältigung von Arbeitsaufgaben benötigt werden.

Ganz allgemein wurde Kompetenz als die Fähigkeit definiert, „Anforderungen in bestimmten Bereichen zu entsprechen“ (Schaub & Zenke, 2000, S. 326). Soziale Kompetenz bedeutet, „in sozialen, gesellschaftlichen und politischen Bereichen urteils- und handlungsfähig zu sein“ (ebd.). Diese Definition macht deutlich, dass sich Kompetenzen zum einen in *Handlungen* niederschlagen müssen, um für andere sicht- bzw. messbar zu werden. Und zum anderen, dass Kompetenz im Spannungsfeld zwischen *Sozialisation* und *Individuation* angesiedelt ist: Kompetenz ist das Resultat aus von Außen an das Individuum herangetragenen Erwartungen (Anforderungen) und dem Wunsch des Individuums, diesen Anforderungen durch das Zeigen von (individuellen) Lösungsmöglichkeiten zu entsprechen.

Der Kompetenzbegriff verweist somit einerseits auf menschliche Fähigkeiten, die dem Handeln zu Grunde liegen und dieses erst ermöglichen – aber erst durch Handlungen werden vorhandene Kompetenzen überhaupt „sichtbar“ (vgl. Reetz, 1999). Kompetenzen stellen somit eine Grundlage erfolgreichen Handelns dar. Auch Himmelmann (2005) verweist mit seiner Vorstellung von Kompetenzen als kognitiven Problemlösungsfähigkeiten auf das Zusammenspiel von kognitiven Grundlagen und praktischem Handeln (Problemlösen). Birkelbach (2005) differenziert zwei grundlegend unterschiedliche Arten von Kompetenzen: Zum einen benötigt das Individuum „Werkzeuge“, mit dessen Hilfe es eine Handlung ausführen kann. Hierunter fasst er sowohl *kognitive Wissensbestände*, auf die der einzelne in seinen Handlungen zurückgreift, sowie *praktische* und *soziale* Fähigkeiten zusammen. Die andere Kompetenzdimension, auf die Birkelbach verweist, sind „personale Dispositionen“, die die Richtung und die Dynamik des Handelns prägen (vgl. Abb. 6).

Erworben werden Kompetenzen als Folge von Entwicklungs- bzw. Lernprozessen. Diese geschehen im Spannungsfeld von Individuation und Sozialisation und münden letztendlich in der Ausprägung einer eigenständigen Identität. Das übergeordnete Ziel solcher Entwicklungsprozesse ist eine umfassende „Handlungskompetenz“, welche die Fähigkeit eines Individuums beinhaltet, in unterschiedlichen Situationen selbstständig, verantwortlich und sachgerecht Probleme und Aufgaben zu bearbeiten und zu lösen (vgl. Deichmann, 2004; May, 2007).

In Bezug auf diese Arbeit geht es um Kompetenzen, die eine gesellschaftliche und politische Handlungsfähigkeit der Bürger sicherstellen sollen.

Solche allgemeinen Handlungskompetenzen lassen sich in Anlehnung an Reetz (1999) weiter differenzieren in:

- Sachkompetenzen,
- Methodenkompetenzen,
- Sozialkompetenzen sowie
- Selbstkompetenzen.

Diesen Kompetenzdimensionen werden verschiedene „Schlüsselqualifikationen“ zugeordnet (vgl. auch im Überblick Edelmann/Tippelt, 2004). Während die Schlüsselqualifikationen der Sach-, Methoden- und Sozialkompetenz eher „*Werkzeugcharakter*“ haben und somit der Verwirklichung von Handlungszielen dienen, sind „Selbstkompetenzen“ eben jene *personalen Dispositionen*, die die Richtung des Handelns prägen.

Als Sach- und Methodenkompetenzen gelten Fachwissen und Strategien zur Problemlösung. Schlüsselqualifikationen der Sozialkompetenz sind kommunikative Fähigkeiten, Verhandlungs- und Kooperationsfähigkeit und die Fähigkeit zur situationsgerechten Selbstdarstellung, und als Schlüsselqualifikationen der Selbstkompetenz gelten Einstellungen wie Verantwortungsbewusstsein und Solidarität (vgl. zusammenfassend Abb. 6).

Abb. 6: Überblick über die Bestandteile von Handlungskompetenz (in Anlehnung an Birkelbach, 2005, Edelmann & Tippelt, 2004)

<b>Werkzeuge</b>	<b>Dispositionen</b>
„Können“	„Wollen“
Kognitive Wissensbestände (Sachkompetenz) <ul style="list-style-type: none"> <li>• Fachwissen</li> </ul> Praktische Fähigkeiten (Methodenkompetenz) <ul style="list-style-type: none"> <li>• Problemlösungsstrategien</li> </ul> Soziale Fähigkeiten (Sozialkompetenz) <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kommunikative Fähigkeiten</li> </ul>	Einstellungen (Selbstkompetenz) <ul style="list-style-type: none"> <li>• Fähigkeit zu solidarischem Handeln</li> </ul>

Wesentlich bei der Differenzierung zwischen „Werkzeugen“ und „Dispositionen“ ist, dass die personalen Dispositionen handlungsleitend werden können. Das heißt, *ob* und *wie* ein Individuum in einer bestimmten Situation handeln möchte, hängt mit seinen personalen Dispositionen zusammen. Die Dispositionen bestimmen somit das *Wollen* des Handelns. *Wie* letztlich jedoch gehandelt wird, hängt in entscheidendem Maße vom *Können* des Individuums ab: Es benötigt die entsprechenden „Werkzeuge“, um sein Handeln auszuführen. Damit ein Individuum im Rahmen zivilgesellschaftlicher bzw. politischer Institutionen sinnhaft handeln kann, benötigt es bestimmte grundlegende Kompetenzen, die ein absichtsvolles Handeln erst ermöglichen. Ob

jemand eher entsprechend dem Akteurmodell des Homo Oeconomicus handelt oder ob das Handeln eher dem eines Homo Sociologicus entspricht, hängt im Wesentlichen von den personalen Dispositionen des Individuums ab (vgl. May 2007). Dass überhaupt gehandelt werden kann, ist hingegen auf kognitive, methodische und soziale Kompetenzen zurückzuführen. Somit entscheiden die Selbstkompetenzen darüber, ob ein Bürger nach gemeinwohlorientierten Wertvorstellungen handelt, wie sie in Abschnitt 4.1.5 herausgearbeitet wurden.

Für die politische Partizipation bedeutet dies, dass die Einstellungen – also die „personalen Dispositionen“ – darüber entscheiden, ob jemand überhaupt politisch partizipiert bzw. ob dies aus individuellen Nutzenkalkülen oder aus Gemeinwohlorientierung geschieht. Letztlich entscheiden jedoch die Kompetenzressourcen in Form von Sach-, Methoden- und Sozialkompetenzen darüber, ob ein Handlungsziel erreicht werden kann oder nicht (vgl. Himmelmann, 2001).

Um die praxisorientierten Sach-, Methoden- und Sozialkompetenzen sprachlich klar von den handlungsleitenden personalen Dispositionen abzugrenzen, werden im Folgenden Sach-, Methoden- und Sozialkompetenzen unter dem Begriff der *Handlungskompetenzen* zusammengefasst. Demgegenüber werden die Selbstkompetenzen als *Handlungsdispositionen* bezeichnet.

Insofern gilt es im Folgenden zu klären, welche Handlungskompetenzen und -dispositionen für die Partizipation in demokratischen Gemeinwesen benötigt werden. Darüber hinaus soll an dieser Stelle eine inhaltliche Ausdifferenzierung dieser Kompetenz- und Handlungsdimensionen versucht werden, um die im Kapitel 6 anstehende Operationalisierung des „Idealtypus demokratischer Bürger“ vorzubereiten.

#### 4.2.2 Handlungskompetenzen als „Werkzeuge“ politischer Partizipation

Nach kompetenztheoretischen Überlegungen bilden Sach-, Methoden- und Sozialkompetenzen die grundlegenden „Werkzeuge“ für eine allgemeine Handlungsfähigkeit. Anhaltspunkte, welche Bedeutung diesen Handlungskompetenzen für die Partizipation in demokratischen Gemeinwesen zukommen, finden sich in der Politikdidaktik. Wie in Abschnitt 2.2.2 dargelegt wurde, wird im Rahmen politikdidaktischer Überlegungen zwischen kognitiven und prozeduralen Kompetenzen unterschieden. Zwischen den politikdidaktischen Ansätzen und den hier dargelegten kompetenz-theoretischen Überlegungen finden sich zahlreiche Anknüpfungspunkte. Die kognitiven Kompetenzen, wonach Bürger über politisches Wissen verfügen sollten, entsprechen beispielsweise den geforderten „Sachkompetenzen“ des kompetenztheoretischen Ansatzes (vgl. Abb. 6). Die prozeduralen Kompetenzen, die für ein aktives

Mitgestalten auf gesellschaftlicher und politischer Ebene notwendig sind (vgl. Münkler & Loll, 2005), finden sich im Rahmen der Kompetenzdiskussionen (vgl. Abschnitt 4.2.1) sowohl unter den Methoden- als auch unter den Sozialkompetenzen wieder (vgl. Abb. 6).

#### *Sachkompetenzen: Kognitive Kompetenzen*

Unter die kognitiven Kompetenzen bzw. Sachkompetenzen fallen all jene Fähigkeiten, die ein Bürger benötigt, um Strukturen und Prozesse in der Demokratie und somit das politische Geschehen verstehen und bewerten zu können. Der Einzelne muss Verfahrensabläufe kennen und politische Entscheidungen beurteilen können. Hierfür benötigt er Informationen über politische Belange, um informiert seine Wahlentscheidung treffen oder anderweitig seine politischen Interessen artikulieren zu können (vgl. Himmelmann, 2001; May, 2007; Scherb, 2003).

#### *Methodenkompetenzen: Organisatorische Fähigkeiten*

Methodenkompetenzen umfassen solche Kompetenzen, die eine politische aber auch eine gesellschaftliche Einflussnahme erst ermöglichen. Dasselbe galt auch für die prozeduralen Kompetenzen, die im Rahmen politikdidaktischer Überlegungen einen interventionsfähigen Bürger kennzeichnen sollten (vgl. Abschnitt 2.2.1). Besonders umfassend hat sich Detjen (2002) mit der Ausdifferenzierung der prozeduralen Fähigkeiten auseinandergesetzt. Er differenziert zwischen zwei Schlüsselqualifikationen, die einen interventionsfähigen Bürger in der Demokratie auszeichnen sollten. Um in gesellschaftlichen Organisationsgebilden handlungsfähig zu sein, benötige der Bürger zum einen *organisatorische* und zum anderen *diskursive* Fähigkeiten.

*Organisatorische* Fähigkeiten sind nach Detjen notwendig, um Vorhaben umsichtig zu planen, denn um Willensbildungsprozesse steuern und initiieren zu können, benötige das Individuum die Fähigkeit zur Selbstorganisation und zur Organisation von Allianzen (vgl. Detjen, 2002). Somit bilden organisatorische Fähigkeiten einen wesentlichen Bestandteil von Methodenkompetenz. Die diskursiven Fähigkeiten, die sich aus Präsentationstechniken und Kommunikationsfähigkeiten zusammensetzen, lassen sich im Sinne kompetenztheoretischer Überlegungen eher den Sozialkompetenzen zuordnen (vgl. im Überblick May, 2007).

### *Sozialkompetenzen: diskursive Fähigkeiten*

Die *diskursiven* Fähigkeiten im Sinne Detjens (2002) umfassen Sprech-, Schreib- und Dialogfähigkeiten und werden für die Aushandlung von Interessen und die Austragung von Konflikten benötigt. Um sich an demokratischen Willensbildungsprozessen beteiligen zu können, müsse das Individuum in der Lage sein, seine Interessen zu artikulieren. Hierfür benötige es Schreib-, Sprech- und Präsentationsfähigkeiten. Um Allianzen mit andern bilden zu können, damit die Chancen auf die Durchsetzung der eigenen Interessen vergrößert werden, seien darüber hinaus Diskussions-, Dialog-, Argumentations- und Konfliktfähigkeiten notwendig (vgl. auch Himmelmann, 2001).

Prozedurale Kompetenzen in Form von Methoden- und Sozialkompetenzen zeichnen sich immer durch eine klare Handlungsorientierung aus. Für den „Idealtypus demokratischer Bürger“ bedeutet dies, dass er, um gesellschaftlich und politisch handlungsfähig zu sein, prozedurale Kompetenzen benötigt, um seine Interessen einbringen und ggf. durchsetzen und mit anderen interagieren zu können. Diese prozeduralen Kompetenzen, bestehend aus organisatorischen und diskursiven Kompetenzen, sind in hohem Maße unspezifisch und unpolitisch und werden für jede Art der gesellschaftlichen oder politischen Beteiligung benötigt.

#### *4.2.3 Handlungsdispositionen als „Motor“ für Partizipation*

Da es sich bei den als Selbstkompetenzen bezeichneten personalen Dispositionen um Persönlichkeitseinstellungen handelt, die das Handeln bestimmen, kann hier an die theoretischen Überlegungen aus Abschnitt 4.1 angeknüpft werden. Hier wurde festgehalten, dass zu den Bürgerkompetenzen eines „Idealtypus demokratischer Bürger“ bestimmte Wertorientierungen gehören. Auch bei den personalen Dispositionen handelt es sich um Wertorientierungen, die dem Handeln – in diesem Fall der politischen Partizipation – zu Grunde liegen. Somit entscheiden personale Dispositionen darüber, ob ein Individuum ausschließlich nutzenmaximierend oder auch gemeinwohlorientiert handelt. Es ist somit zu klären, welche personalen Dispositionen bei der Konstruktion eines „Idealtypus demokratischer Bürger“ berücksichtigt werden sollten.

In Frage kommen solche Dispositionen, die eine Voraussetzung für gemeinwohlorientiertes Handeln darstellen oder die – in Anlehnung an die theoretischen Überlegungen zum Homo Sociologicus – als Ausdruck gemeinwohlorientierter oder demokratischer Wertorientierungen angesehen werden können.

Im Rahmen politikdidaktischer Überlegungen werden gemeinwohlorientierte personale Dispositionen und demokratische Werte konkretisiert und unter dem Begriff „habituelle Dispositionen“ zusammengefasst (vgl. Kap. 2.2.2).

### *Habituelle Dispositionen: Selbstkompetenzen*

Bei habituellen Dispositionen handelt es sich um verinnerlichte Wertorientierungen, die dem Handeln zu Grunde liegen. Unter Vertretern der Politischen Bildung herrscht weitestgehend Konsens, dass „habituelle Dispositionen“ einen wesentlichen Aspekt von Bürgerkompetenzen in der Demokratie darstellen (vgl. Buchstein, 2002b; Detjen, 2002; Massing, 2002; Münkler, 1997). Im Rahmen politikdidaktischer und politikwissenschaftlicher Überlegungen lassen sich zwei unterschiedliche Richtungen von Wertorientierungen differenzieren. Habituelle Dispositionen im Sinne demokratischer Bürgerkompetenzen umfassen zum einen gemeinwohlorientierte Persönlichkeitseigenschaften und zum anderen eine demokratische Gesinnung. Gemeinwohlorientierung wurde bereits im Rahmen der Diskussion um Wertorientierungen als Bestandteil von Bürgerkompetenzen herausgearbeitet (vgl. Abschnitt 4.1.5) und soll an dieser Stelle aufgegriffen und konkretisiert werden.

Habituelle Dispositionen seien notwendig, damit der Bürger das aufgrund seiner Sachkompetenz als wichtig Erkannte und aufgrund seiner Methodenkompetenzen auch verfahrenstechnisch Durchsetzbare tatsächlich zu realisieren versucht (vgl. Buchstein, 2002b). Dies stellt insbesondere dann eine Herausforderung für den Bürger dar, wenn das zu realisierende Ziel nicht dem unmittelbaren Eigeninteresse des Bürgers entspricht, sondern er sich aufgrund einer „moralischen Verpflichtung“ gegenüber dem Gemeinwesen zum Handeln entschließt. Habituelle Dispositionen umfassen zum einen die Einstellung, wonach die Demokratie als Wert an sich zu schätzen ist, den es zu schützen und zu verteidigen gilt und für den es sich einzusetzen lohnt. Zum anderen beinhalten habituelle Dispositionen in der politikdidaktischen Diskussion aber auch konkrete gemeinwohlorientierte Persönlichkeitseigenschaften wie Hilfsbereitschaft und Solidarität. Diese Wertorientierungen werden in der Politikdidaktik, aber auch in der politischen Ideengeschichte, mit dem Begriff der „politischen Tugend“ belegt und gelten als Kern eines anspruchsvollen Bürgerbegriffs. Erst mit der Verinnerlichung solcher Werthaltungen vollzieht sich der Übergang vom einfachen Bürger zum Bürger, der bereit ist, für die Gemeinschaft Verantwortung zu übernehmen, selbst dann, wenn seine eigenen Belange davon nicht unmittelbar berührt werden (vgl. Buchstein, 2002b; Himmelmann, 2001; May 2007).

Die Tatsache, dass Menschen bereit sind, ihren persönlichen Nutzen zu begrenzen, um dem Gemeinwohl zu nützen bzw. politisch zu partizipieren wird im Rahmen politikwissenschaftlicher Überlegungen mit dem Vorhandensein von Vertrauen begründet.

Vertrauen als Erwartung „generell wohlwollender, zumindest nicht feindseliger Absichten von Interaktionspartnern“ (Offe, 2001, 244) stellt eine Voraussetzung für gemeinwohlorientiertes Handeln im Sinne des wertrational handelnden Homo Sociologicus dar: Dadurch, dass Menschen anderen vertrauen, „zwingen“ sie sie gleichsam, die durch das Vertrauen in das Handeln der anderen gesetzten Erwartungen zu erfüllen, das eingesetzte Vertrauen zu rechtfertigen und ggf. selbst Vertrauen zu schenken. Offe (2001) bringt diesen zirkulären und sich selbst verstärkenden Prozess auf den Punkt: „Die Kraft der moralischen Verpflichtung, die daraus erwächst, dass Vertrauen geschenkt wird, kann Vertrauen zu einer sich selbst erfüllenden Erwartung machen“ (Offe, 2001, 254). Dieses reziproke Vertrauen – so die theoretische Annahme – führt dazu, dass die Angst vor Ausbeutung abnimmt und Akteure bereit sind, Leistungen zu erbringen, ohne unmittelbare Gegenleistungen zu erwarten. Vertrauen schaffe dadurch „eine Interaktionssituation, in der die strikte ökonomische Rationalität des Aufrechnens von Geben und Nehmen aufgeweicht wird“ (Braun, 2000, 135).

Es stellt sich die Frage, wie Vertrauen – als Grundlage gemeinwohlorientierten Handelns – gebildet werden kann. Vertrauen könne, so Offe (2001) „weder gekauft, noch befohlen oder im Rahmen eines formalen Lehrplans (wie Wissen) gelehrt werden.“ (ebd., 234). Es entstehe vielmehr im Rahmen längerfristiger Beziehung der Interaktionspartner und erleichtere die Interaktion zwischen den Individuen. Bestätigen sich die Erwartungen auf wohlwollendes Handeln der Interaktionspartner, erfährt das Vertrauen eine positive Verstärkung. Negative Erfahrungen könnten jedoch auch einen Vertrauensverlust zur Folge haben (vgl. Braun, 2000).

Putnam (1993) vertritt die Auffassung, dass Vertrauen durch die regelmäßige und aktive Mitarbeit in Vereinen erworben werden könne. Von diesem Vertrauen profitiere sowohl der Einzelne als auch die Gesellschaft.

Zimmer bringt diesen angenommenen Prozess auf den Punkt:

„Für den Einzelnen zahlt sich Engagement aus, da man eingebunden wird in soziale Netze und dadurch durch Mitgliedschaft Informationen erhält, die man für das persönliche Fortkommen nutzen kann. Für die Gesellschaft (...) [zeigen sich] positiv (.) Effekte, da man seinem gegenüber vertraut und dieser durch sein Verhalten das in ihn gesetzte Vertrauen auch nicht enttäuscht. Langwierige, mit hohen Transaktionskosten verbundene Kontrollen (...) werden daher überflüssig“ (Zimmer, 2005, 61f.).

Im Rahmen politischer Partizipation ist Vertrauen in zweifacher Hinsicht von Bedeutung: Zum einen erfordert das politische System Vertrauen als „Eingangsbedingung“ (vgl. Luhmann, 2001, 157), da Menschen nur dann bereit sind, als „Citoyen“ politisch zu partizipieren, wenn sie dem politischen System, seinen Regelungsmechanismen und Vertretern vertrauen (vgl. Zimmer, 2005). Erst Vertrauen führt somit zu Engagement und Aktivität und ein „Mangel an Vertrauen vermindert (.) schlicht das aktive Handeln“ (Luhmann, 2001, 158).

Zum anderen benötigen Individuen, um politisch zu partizipieren, Vertrauen in die Gemeinwohlorientierung ihrer Interaktionspartner. Denn ein Individuum wird sich nur dann politisch für das Gemeinwohl einsetzen, wenn es das Vertrauen hat, dass andere sein Engagement nicht – oder wenigstens nicht ausschließlich – zur Maximierung ihres eigenen Nutzens verwenden (Trittbrettfahrerverhalten).

Die Demokratie bedarf also eines generalisierten Vertrauens zu fremden Personen: „Verallgemeinertes Vertrauen, das heißt das Vertrauen, das großen und unspezifischen Kategorien von ‚fremden‘ Personen entgegengebracht wird (...), ist die Grundlage für politisches Vertrauen in Demokratien“ (Offe 2001, 262).

Vertrauen als Grundlage gemeinwohlorientierter Persönlichkeitseigenschaften und politischer Tugendhaftigkeit lässt sich somit als ein weiterer Aspekt „personaler Dispositionen“ theoretisch begründen und soll deshalb ebenfalls bei der Konstruktion eines „Idealtypus demokratischer Bürger“ berücksichtigt werden.

Abbildung 7 fasst Handlungskompetenzen zusammen, über die Bürger verfügen sollten, um gesellschaftlich und politisch handlungsfähig zu sein. Darüber hinaus werden Handlungsdispositionen angeführt, die benötigt werden, um die Stabilität demokratischer Gemeinwesen langfristig sicherzustellen.

Abb. 7: Zusammenfassende Darstellung der Kompetenzdimensionen

	<b>Handlungskompetenzen</b>	<b>Handlungsdispositionen</b>
<i>allgemein</i>	<p><i>Methodenkompetenz</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Organisationsfähigkeit</li> </ul> <p><i>Sozialkompetenz</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kommunikationsfähigkeit</li> </ul>	<p><i>Gemeinwohlorientierte Persönlichkeitseigenschaften</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vertrauen</li> <li>• Hilfsbereitschaft</li> <li>• Solidarität</li> </ul>
<i>politisch</i>	<p><i>Sachkompetenz: kognitive Kompetenzen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• politisches Fachwissen</li> </ul>	<p><i>Selbstkompetenz: habituelle Dispositionen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Demokratie als Wert (politische Tugend)</li> </ul>

### 4.3 Abschließende Konstruktion des „Idealtypus demokratischer Bürger“

Im Verlauf dieses Kapitels wurden wesentliche Aspekte von Bürgerkompetenzen herausgearbeitet. Hierbei konnte an die Erkenntnisse aus dem Forschungsstand angeknüpft werden. Im Folgenden sollen die theoretisch herausgearbeiteten Aspekte von Bürgerkompetenzen zu einem „Idealtypus demokratischer Bürger“ verknüpft werden.

Als wesentliche Anforderung demokratischer Systeme an die Bürger wurde deren *Partizipation* herausgearbeitet. Um in demokratischen Systemen überhaupt Handeln und Partizipieren zu können, benötigen die Mitglieder demokratischer Systeme grundlegende *Handlungskompetenzen*. Darüber hinaus konnte gezeigt werden, dass Demokratien auf *Handlungsdispositionen* angewiesen sind, die ein gemeinwohlorientiertes Handeln der Bürger ermöglichen.

Die drei Aspekte *Handlungskompetenzen*, *Handlungsdispositionen* und *Partizipation* bilden als zentrale Bürgerkompetenzen die Grundlage für die Konstruktion eines „Idealtypus demokratischer Bürger“.

Als Ergebnis des Forschungsstandes konnte herausgearbeitet werden, dass Demokratien sowohl auf die politische als auch auf die gesellschaftliche Handlungsfähigkeit der Bürger angewiesen sind (vgl. Abschnitt 2.5). An diese Erkenntnisse anknüpfend fasst das folgende Schaubild die grundlegenden Kompetenzaspekte eines „Idealtypus demokratischer Bürger“ zusammen (vgl. Abb. 8). Der Idealtypus setzt sich aus allgemeinen und politischen Bürgerkompetenzen in den drei beschriebenen Kompetenzdimensionen zusammen. Im weiteren Verlauf sollen die einzelnen Dimensionen von Bürgerkompetenz erläutert und zueinander in Beziehung gesetzt werden.

Abb. 8: Bürgerkompetenzen eines „Idealtypus demokratischer Bürger“

		Handlungskompetenzen	Handlungsdispositionen	Partizipation
<b>Bürgerkompetenzen</b>	allgemein	<p style="text-align: center;"><b>A</b></p> <p><i>Methodenkompetenz</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Organisationsfähigkeit</li> </ul> <p><i>Sozialkompetenz</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Diskursive Fähigkeiten</li> </ul>	<p style="text-align: center;"><b>B</b></p> <p><i>Gemeinwohlorientierte Persönlichkeitseigenschaften</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Vertrauen</li> <li>• Hilfsbereitschaft</li> <li>• Solidarität</li> </ul>	<p style="text-align: center;"><b>C</b></p> <p><i>soziale Aktivität</i></p> <p>z. B. aktive Mitgliedschaft in zivilgesellschaftlichen Organisationen; freiwilliges Engagement</p>
	politisch	<p style="text-align: center;"><b>D</b></p> <p><i>Sachkompetenz: kognitive Kompetenzen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• politisches Fachwissen</li> </ul>	<p style="text-align: center;"><b>E</b></p> <p><i>Selbstkompetenz: habituelle Dispositionen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Demokratie als Wert (politische Tugend)</li> </ul>	<p style="text-align: center;"><b>F</b></p> <p><i>politische Partizipation</i></p> <p>z. B. Mitarbeit in Bürgerinitiativen, Parteien</p>

#### 4.3.1 Allgemeine Bürgerkompetenzen

Allgemeine Bürgerkompetenzen weisen keinen explizit politischen bzw. demokratischen Bezug auf, bilden aber dennoch die Grundlage gesellschaftlicher und politischer Handlungsfähigkeit im Sinne eines „Idealtypus demokratischer Bürger“.

Ein Element allgemeiner Bürgerkompetenzen bilden die allgemeinen Handlungskompetenzen, die dem Einzelnen ermöglichen, innerhalb der Gesellschaft zu interagieren und somit die Voraussetzungen für soziale Aktivität und freiwilliges Engagement schaffen. Solche grundlegenden Fähigkeiten, wie Kommunikations- und Organisationsfähigkeiten, machen gesellschaftliche Aktivität erst möglich (vgl. Abschnitt 4.2.2 und Zelle A in Abb. 8).

„Gesellschaftliche Aktivität“ umfasst in diesem Zusammenhang zunächst alles, was der Durchsetzung eigener Interessen bzw. der Verwirklichung von Zielen in Zusammenarbeit mit anderen dient. Diese Form sozialer Aktivität ist an den eigenen Vorstellungen, Wünschen und Bedürfnissen ausgerichtet.

Allgemeine Handlungskompetenzen stellen die Basis jeglicher gesellschaftlicher Partizipation dar. Im Hinblick auf ihren Beitrag zur Stabilitätssicherung demokratischer Systeme sind sie jedoch insbesondere dann von Bedeutung, wenn sie mit gemeinwohlorientierten Handlungsdispositionen gepaart sind (vgl. Abschnitt 4.2.3 und Zelle B in Abb. 8). Um gemeinwohlorientiert zu handeln, benötigen die Bürger Werthaltungen und Persönlichkeitseigenschaften, damit sie die Bereitschaft entwickeln, im Interesse des Gemeinwohls

Verantwortung zu übernehmen und eigene Nutzenerwartungen zurückzustellen (vgl. Münkler & Loll, 2005). Im Einzelnen bedeutet dies, dass Bürger nicht nur aktiv werden, um eigene Bedürfnisse zu befriedigen, sondern sich auch für andere einsetzen. Um in gesellschaftlichen Kontexten die Bereitschaft zu gemeinwohlorientiertem Handeln jenseits von individuellen Nutzenerwartungen zu entwickeln, benötigen Bürger allgemeine Handlungsdispositionen wie Vertrauen, Solidarität und Hilfsbereitschaft (vgl. Abschnitte 4.2.3). Solche Persönlichkeitseigenschaften können dazu führen, dass Vereinsmitglieder zum Beispiel bereit sind, eine Chorreise des Nachwuchschores zu begleiten oder aber im Sportverein eine Gruppe zu leiten (vgl. Zellen A, B und C, Abb. 8). Demnach bilden gemeinwohlorientierte Handlungsdispositionen zusammen mit allgemeinen Handlungskompetenzen die Voraussetzung für freiwilliges Engagement zum Wohl der Allgemeinheit jenseits individueller Nutzenkalküle.

#### *4.3.2 Politische Bürgerkompetenzen*

Neben den allgemeinen Bürgerkompetenzen gehören zum „Idealtypus demokratischer Bürger“ auch Kompetenzaspekte, die in einem unmittelbaren Bezug zum politischen System stehen und deshalb als politische Bürgerkompetenzen bezeichnet werden sollen. Ein wesentliches Element stellen die kognitiven politischen Kompetenzen dar, denn um politische Entscheidungen treffen und politische Sachverhalte angemessen bewerten zu können, benötigen Bürger in der Demokratie politisches Fachwissen. Ein solches politisches Wissen ist die Grundvoraussetzung dafür, dass Wahlentscheidungen informiert und nicht nur „aus dem Bauch heraus“ getroffen werden können (vgl. Zelle D, Abb. 8).

Demokratische Systeme sind darüber hinaus auf Handlungsdispositionen der Bürger angewiesen, die in einer positiven Einstellung der Bürger gegenüber dem politischen System zum Ausdruck kommen (vgl. Zelle D, Abb. 8). Erst die Verknüpfung von politischem Wissen mit Wertorientierungen, die den demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten einen Eigenwert beimessen, bildet die Grundlage für dauerhafte politische Partizipation und damit verbundene demokratische Stabilität. Ein möglicher Indikator dafür, ob das politische Geschehen von den Bürgern als etwas Wichtiges betrachtet wird, über das sie sich informieren bzw. ggf. sogar engagieren, wäre das politische Interesse (vgl. Geißler, 2002).

Die Bedeutung von Handlungsdispositionen soll an einem Beispiel veranschaulicht werden: Der Bürger, der dann wählen geht, wenn gerade ein für ihn persönlich wichtiges Thema den Wahlkampf bestimmt, trägt unter theoretischen Gesichtspunkten in geringerem Maße zu politischer Stabilität bei als

ein Bürger, der aufgrund demokratischer Überzeugung seine politischen Partizipationsmöglichkeiten bei jeder Wahl in Anspruch nimmt (vgl. Zellen C, D und E, Abb. 8).

#### *4.3.3 Verknüpfung von allgemeinen und politischen Bürgerkompetenzen*

Dass es sich bei der theoretischen Differenzierung von politischen und allgemeinen Bürgerkompetenzen um eine analytische Trennung handelt, soll folgendes Gedankenexperiment veranschaulichen:

Möchte sich ein Bürger über die bloße Teilnahme an Wahlen hinaus an politischen Willensbildungsprozessen beteiligen, so wird er dafür über die kognitiven politischen Kompetenzen hinausgehend auch solche allgemeinen Handlungskompetenzen benötigen, die ihm die Teilhabe an Diskussions- und Aushandlungsprozessen ermöglichen. Diese allgemeinen Handlungskompetenzen bilden somit nicht nur die Grundlage für gesellschaftliche Aktivität, sondern werden auch für eine erweiterte politische Partizipation benötigt. An dieser Stelle käme es somit zu einer Verknüpfung von allgemeinen und politischen Bürgerkompetenzen (vgl. Zellen A und D, Abb. 8).

Darüber hinaus kann auch im Rahmen politischer Aktivität zwischen interessegeleiteter und gemeinwohlorientierter Aktivität differenziert werden. Um sich auch über die Verwirklichung unmittelbarer Eigeninteressen hinaus politisch zu engagieren, benötigt der Einzelne neben den politischen und allgemeinen Handlungskompetenzen auch gemeinwohlorientierte Handlungsdispositionen, wie Vertrauen, Solidarität und Hilfsbereitschaft (vgl. Zelle A, D und B, Abb. 8).

Politische bzw. gesellschaftliche Beteiligung benötigt somit bestimmte Kompetenzen in unterschiedlichen Bereichen. Um sich sozial oder politisch zu engagieren, reichen in der Regel bestimmte Handlungskompetenzen aus. Geht es jedoch darum, eigene Nutzenerwartungen zurückzustellen und zum Wohle der Allgemeinheit aktiv zu werden, sind Handlungsdispositionen im Sinne von Persönlichkeitseigenschaften und Einstellungen unerlässlich.

Eine Zielstellung dieser Arbeit war es, zu einem theoretisch begründeten Verständnis von Bürgerkompetenzen zu gelangen. Dies konnte mit der theoriegeleiteten Konstruktion eines „Idealtypus demokratischer Bürger“ erreicht werden, der verschiedene Aspekte von Bürgerkompetenzen miteinander verknüpft.

Dieser „Idealtypus demokratischer Bürger“ ermöglicht es, Bürgerkompetenzen anhand der in ihm zusammengefassten Kriterien zu erfassen und vergleichend

zu analysieren. Somit sind die Grundlagen für die empirische Untersuchung der Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern gelegt worden. Im Folgenden soll herausgearbeitet werden, inwiefern sich Zusammenhänge zwischen Besonderheiten von Vereinen und den Bürgerkompetenzen ihrer Mitglieder theoretisch begründen lassen.

## 5. Bürgerkompetenzen und Vereine

Ziel dieser Arbeit ist es, Vereinsmitglieder auf ihre Bürgerkompetenzen hin zu untersuchen und zu Typen zusammenzufassen, um so Anhaltspunkte für die Bedeutung von Vereinen für demokratische Gemeinwesen zu erhalten.

Als Forschungsdefizite bisheriger empirischer Untersuchungen zu diesem Themenbereich wurden uneinheitliche und undifferenzierte Vorstellungen über den Begriff der Bürgerkompetenzen sowie unzureichende Hintergrundinformationen zu den Vereinen herausgearbeitet (vgl. Kap. 2).

Anliegen des vorherigen Kapitels war es, den undifferenzierten Vorstellungen über Bürgerkompetenzen durch die theoriegeleitete Konstruktion eines „Idealtypus demokratischer Bürger“ entgegenzutreten und zu differenzierten Vorstellungen über notwendige Kompetenzen von den Bürgern demokratischer Gemeinwesen zu gelangen (vgl. Kap. 4).

Im Rahmen dieses Kapitels soll nun der Versuch unternommen werden, theoretisch zu begründen, inwiefern eine Mitgliedschaft in Vereinen in einem Zusammenhang mit den unterschiedlichen Aspekten von Bürgerkompetenzen der Mitglieder stehen kann (vgl. Abschnitt 5.1). Darüber hinaus soll der Einfluss struktureller Besonderheiten von Vereinen auf die Bürgerkompetenzen der Mitglieder diskutiert werden (vgl. Abschnitt 5.2).

Hierbei ist anzumerken, dass bereits im Rahmen der Aufarbeitung des Forschungsstands eine Vielzahl theoretisch-normativer Funktionszuschreibungen an Vereine in demokratischen Gemeinwesen herausgearbeitet wurde (vgl. Abschnitt 2.3). An dieser Stelle sollen die theoretischen Betrachtungen auf die im „Idealtypus demokratischer Bürger“ spezifizierten Bürgerkompetenzen eingegrenzt werden.

### 5.1 Theoretische Begründungszusammenhänge für Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern

Im Rahmen des Überblicks über den Stand der Forschung ist deutlich geworden, dass Vereinen zahlreiche Sozialisations- und Selektionsmechanismen zugeschrieben werden, die für eine überdurchschnittliche Ausprägung einzelner Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern verantwortlich gemacht werden (vgl. Abschnitt 2.2.2).

An dieser Stelle soll es darum gehen, die Kompetenzaspekte Partizipation, Handlungsdispositionen und Handlungskompetenzen des „Idealtypus demokratischer Bürger“ herauszugreifen und theoretisch zu beleuchten, inwiefern Vereine zu einer Entwicklung dieser Kompetenzen beitragen können.

### 5.1.1 Partizipation

Politische und gesellschaftliche Beteiligung stellen einen wesentlichen Bestandteil des „Idealtypus demokratischer Bürger“ dar (vgl. Kap. 4). Es konnte gezeigt werden, dass demokratische Gemeinwesen auf ein Mindestmaß an Bürgerbeteiligung angewiesen sind, um ihre Existenz langfristig zu sichern. Hier bestehen erstaunliche Parallelen zu Vereinen, die aufgrund ihrer formalen Struktur in zweifacher Hinsicht ebenfalls auf die Beteiligung ihrer Mitglieder angewiesen sind, um bestehen zu können.

Zum einen sind Vereine – ebenso wie Demokratien – auf die Legitimation ihrer Führungsgremien angewiesen. Diese Legitimation erfolgt in Vereinen in der Regel durch Wahlen im Rahmen von Mitgliederversammlungen (vgl. Bentem, 2006).

Zum anderen basiert die Leistungserstellung von Vereinen zumeist auf der freiwilligen Mitarbeit der Mitglieder.

Horch (1983, 1985, 1992) hat sowohl die formale demokratische Struktur als auch die freiwillige Mitarbeit als Strukturbesonderheiten idealtypischer freiwilliger Vereinigungen (vgl. auch Kap. 3) gekennzeichnet.

#### *Idealtypisch demokratische Struktur von Vereinen*

Geht man davon aus, dass Vereine idealtypischer Weise eine demokratische Struktur aufweisen und deshalb ebenso wie Demokratien auf Beteiligung angewiesen sind, dann ergeben sich daraus Konsequenzen für die Mitgliedschaft in Vereinen:

Vereine eröffnen Mitgliedern Partizipationsmöglichkeiten. Werden diese durch die Mitglieder wahrgenommen, kommen Vereinsmitglieder durch eine aktive Beteiligung mit demokratischen Strukturen in Berührung.

Eine Partizipationsmöglichkeit, die Vereine idealtypischerweise eröffnen, ist die Beteiligung an Mitgliederversammlungen. Auf diesen regelmäßig stattfindenden Versammlungen werden in formellem Rahmen die Entscheidungen getroffen und es erfolgt die Wahl der Vorstandsmitglieder statt. Auch Fragen, die die Ziele des Vereins betreffen, werden auf Mitgliederversammlungen behandelt. Die Entscheidungsfindung erfolgt idealtypisch auf der Basis von demokratischen Aushandlungsprozessen mit abschließender Mehrheitsentscheidung in Form von geheimen oder öffentlichen Abstimmungen (vgl. Bentem, 2006).

Darüber hinaus ist es theoretisch denkbar, dass Vereinsmitglieder durch ihre Partizipation auch mit Fragen allgemeiner politischer Bedeutung konfrontiert werden (vgl. Buchstein, 2002a). Durch die Auseinandersetzung mit politisch

relevanten Fragestellungen im Rahmen von Mitgliederversammlungen könnten sich auch Mitglieder unpolitischer Vereine politisch bedeutsames Fachwissen als Grundlage politischer Handlungskompetenz im Sinne des „Idealtypus demokratischer Bürger“ aneignen (vgl. Krüger, 2004; Rittner & Breuer, 2004).

In Bezug auf die Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern lässt sich also Folgendes schlussfolgern:

Vereinsmitglieder können durch ihre Mitgliedschaft

- mit demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen in Berührung kommen und dadurch Erfahrungen über den Ablauf solcher Abstimmungen sammeln,
- Erfahrungen über die Arbeit von Gremien sammeln, wie sie für eine Beteiligung auf (gesellschafts-) politischer Ebene ebenfalls notwendig wäre,
- Fachwissen durch die politische Relevanz behandelter Themen erwerben,
- ihre kommunikativen Fähigkeiten einbringen und verbessern, indem sie ihre eigenen Interessen artikulieren bzw. sich im Rahmen von Diskussionen für die Interessen anderer einsetzen.

Durch diese theoretischen Überlegungen lassen sich sowohl allgemeine als auch politische Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern begründen und erklären.

Allerdings gibt es auch zahlreiche theoretische Überlegungen, die gegen einen solchen Begründungszusammenhang sprechen. So sind Vereine nicht verpflichtet regelmäßige Mitgliederversammlungen durchzuführen (vgl. Horch, 1992). In der Regel finden Mitgliederversammlungen jedoch etwa einmal jährlich statt. Es ist natürlich fraglich, inwiefern mit dem Besuch einer jährlich stattfindenden Veranstaltung weitreichende Konsequenzen auf die Bürgerkompetenzen des jeweiligen Mitglieds begründet werden können.

Darüber hinaus ist die Teilnahme an Mitgliederversammlungen meistens nicht verpflichtend. Empirische Ergebnisse aus der Sportvereinsforschung deuten darauf hin, dass in etwa ein Drittel bis die Hälfte aller Vereinsmitglieder regelmäßig an Vereinsversammlungen teilnimmt (vgl. Baur, et al., 2003; Schlagenhaut, 1977).

Außerdem ist es fraglich, inwiefern Meinungsbildungs- und Abstimmungsprozesse in Vereinen überhaupt „demokratisch“ verlaufen. Die „Realität“ in Vereinen sieht nicht selten so aus, dass Entscheidungen im Vorfeld getroffen und dann durch „Abnicken“ in der Mitgliederversammlung entschieden werden. Auch die Nominierung der Kandidaten für Vorstandsämter wird häufig im

Voraus abgesprochen, so dass es in den seltensten Fällen zu einer „Wahlentscheidung“ kommt, da keine Alternativkandidaten antreten (vgl. Emrich & Papathanassiou, 2003, Schimank, 2005).<sup>12</sup>

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es zwar plausible Erklärungen dafür gibt, weshalb Vereinsmitglieder aufgrund vereinsinterner Partizipation Bürgerkompetenzen erwerben bzw. verbessern können, allerdings finden sich ebenso zahlreiche Argumente, die einen solchen Wirkungszusammenhang zwischen Vereinsmitgliedschaft und Bürgerkompetenzen in Frage stellen bzw. einschränken.

### *Idealtypische freiwillige Mitarbeit bei der Leistungserstellung*

Eine idealtypische Strukturbesonderheit von Vereinen im Sinne Horchs (1985) ist darüber hinaus das freiwillige Engagement der Mitglieder. Freiwilliges Engagement bedeutet in diesem Fall, dass die Mitglieder freiwillig und unentgeltlich oder gegen eine geringfügige Aufwandentschädigung Aufgaben im Verein übernehmen. Unter freiwilliges Engagement fällt auch die Ausübung so genannter „Ehrenämter“ im Vereinsvorstand (für eine umfassende Definition von freiwilligem Engagement vgl. Rosenblatt, 2000). Freiwilliges Engagement stellt eine wesentliche Ressource in den Vereinen für die Leistungserstellung dar. Ohne die freiwillige Mitarbeit (zum Mindest eines Teils) der Mitglieder können Vereine nicht längerfristig existieren, ohne sich finanziell von Dritten abhängig zu machen oder den Weg der Professionalisierung einzuschlagen.<sup>13</sup>

Je nach Art des Engagements eröffnen sich den Mitgliedern in den Vereinen unterschiedliche Möglichkeiten, Kompetenzen zu vertiefen bzw. zu erweitern. Im Bezug auf die im Idealtypus zusammengefassten Bürgerkompetenzen erscheint freiwilliges Engagement in mehrfacher Hinsicht bedeutsam:

- Freiwilliges Engagement in Vereinen stellt eine Form gesellschaftlicher Partizipation dar, wie sie im Rahmen partizipativer Demokratietheorien als wesentliches Merkmal von Bürgerkompetenzen gefordert wird (vgl. Abschnitt 2.2.1).

---

<sup>12</sup> An dieser Stelle sei an den „Eklat“ bei der Wahl des NOK-Präsidenten 2002 erinnert: Zum ersten Mal in der damals 107-jährigen Geschichte des NOK stand mehr als eine Person zur Wahl. Die Tatsache, dass der amtierende Präsident durch einen weiteren Kandidaten herausgefordert wurde, galt als Affront.

<sup>13</sup> Die Unabhängigkeit von Dritten stellt ein weiteres idealtypisches Strukturmerkmal von Vereinen im Sinne Horchs dar. Horch beschäftigt sich ausführlich mit Prozessen und Mechanismen, die dazu führen, dass Vereine diesen idealtypischen Zustand aufgeben (vgl. Horch, 1988).

- Freiwilliges Engagement eröffnet den Mitgliedern die Möglichkeit, allgemeine Handlungskompetenzen, wie Organisationsfähigkeit und diskursive Fähigkeiten anzuwenden. Dies kann zum Beispiel durch die Mitwirkung an Vereinsveranstaltungen oder durch Interaktion mit anderen Mitgliedern im Rahmen des Engagements erfolgen (vgl. dazu auch Abschnitt 5.1.3).
- Freiwilliges Engagement kann von den Mitgliedern gemeinwohlorientierte Handlungsdispositionen, wie Hilfsbereitschaft und Solidarität erfordern (vgl. dazu Abschnitt 5.1.2). Dies ist jedoch nur der Fall, wenn das Engagement nicht ausschließlich der Befriedigung eigener Interessen dient.

Die Bedeutung von Vereinsmitgliedschaften für die allgemeinen Handlungskompetenzen und die Handlungsdispositionen sollen in den folgenden Abschnitten ausführlich behandelt werden (vgl. Abschnitt 5.1.2 und 5.1.3).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich durch freiwilliges Engagement sowohl allgemeine Handlungskompetenzen als auch Handlungsdispositionen von Vereinsmitgliedern begründen lassen. Allerdings betrifft dies nicht alle Mitglieder von Vereinen gleichermaßen, sondern nur diejenigen, die sich auch tatsächlich freiwillig engagieren. Auch bestehen große Unterschiede in der Art des freiwilligen Engagements und in den Gründen für das Engagement, die die Bedeutung des Engagements für die Bürgerkompetenzen beeinflussen. Die Gleichung Freiwilliges Engagement = Bürgerkompetenzen ist in jedem Fall zu pauschal und für die Begründung bzw. Erklärung der Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern nur bedingt geeignet.

### *5.1.2 Handlungsdispositionen*

Es wird angenommen, dass sich durch die Teilhabe an zivilgesellschaftlichen Organisationen auch Handlungsdispositionen bei Vereinsmitgliedern entwickeln können, auf die die Demokratie angewiesen ist und welche sich in einer Solidarität mit den Mitmenschen und gegenseitiger Hilfsbereitschaft äußern (vgl. Klein, 2002 und Abschnitt 4.2.3).

Eine Handlungsdisposition, die dazu führt, dass Menschen bereit sind, nicht nur ihre individuellen Interessen durchzusetzen, sondern auch die Interessen anderer zu berücksichtigen, ist Vertrauen. Vereine werden auch als Orte diskutiert, in denen sich Vertrauen als gemeinwohlorientierte Handlungsdisposition herausbilden kann, da sie dauerhafte und regelmäßige face-to-face-Interaktionen ermöglichen (vgl. Putnam 1993, Zimmer & Priller, 2005). Durch die längerfristige Interaktion können sich Vertrauensbeziehungen unter den Mitgliedern herausbilden, die einen „Wechsel von Interessenorientierung zu einer kooperativen Allgemeinwohlorientierung“ (Braun, 2000, 135) ermöglichen. Dadurch kann die „Überwindung individualistisch-selbstbezüglicher

Nutzenkalküle, die ‚Trittbrettfahren‘ nahe“ legen, erreicht werden (Heinelt, 1997, 335). Die Interaktionen im Rahmen einer Vereinsmitgliedschaft schaffen somit das gegenseitige Vertrauen, das notwendig ist, damit Menschen gemeinwohlorientiert handeln, ohne dass einer von ihnen das Gefühl hat, ‚der Dumme‘ zu sein, auf dessen Kosten andere profitieren (vgl. Buchstein, 2002a). Durch das gegenseitige Vertrauen unter den Vereinsmitgliedern könnten „stabilisierende Muster von Freiwilligkeit und sozialer Verpflichtung entstehen“ (Adloff, 2005, 154).

Es besteht darüber hinaus die Hoffnung, dass Vereine nicht nur das Vertrauen unter den Mitgliedern fördern, sondern auch die „Verallgemeinerbarkeit von Vertrauen“ (Eisenstadt, 2001, 353) ermöglichen. Das zunächst auf der Ebene des Vereins aufgebaute Vertrauen soll letztlich auch auf Menschen außerhalb des Vereins übertragen und somit generalisiert werden können (vgl. Luhmann, 2001).

Vertrauen, das in Vereinen gebildet werden kann, schafft somit unter theoretischen Gesichtspunkten das Fundament für gemeinwohlorientiertes freiwilliges Engagement von Vereinsmitgliedern auch außerhalb des Vereins. Freiwilliges Engagement in Vereinen bietet die Möglichkeit, gemeinwohlorientierte Handlungsorientierungen zu fördern, wenn es sich nicht ausschließlich um ein Engagement aus zweckrationalen Gründen handelt. Erfolgt das Engagement aufgrund wertrationaler Überzeugungen und aus der Absicht heraus, Anderen etwas Gutes tun zu wollen, kann das Engagement als ein „symbolischer Beitrag zur Stärkung einer besseren, hilfsbereiten Gesellschaft“ interpretiert werden (Behr et al., 2000, 27). Hilfsbereitschaft und Solidarität, als gemeinwohlorientierte Handlungsdispositionen im Sinne des „Idealtypus demokratischer Bürger“ wären dann die Folge von geteilten Werten und sozialer Nähe im Verein.

Somit können gemeinwohlorientierte Handlungsdispositionen von Vereinsmitgliedern durch wertrationales freiwilliges Engagement begründet werden. Allerdings sind auch hier wieder Einschränkungen vorzunehmen: In vielen Vereinen ist eine aktive Teilnahme am Vereinsleben ohne freiwilliges Engagement nicht nur möglich sondern sogar die Regel. Insbesondere in Sportvereinen, die das Ziel haben, ihren Mitgliedern ein Sportangebot zu eröffnen, sind Mitglieder neben ihrer sportlichen Beteiligung häufig nicht freiwillig engagiert. Anders stellt sich die Situation in karitativen Vereinen dar, wo eine aktive Mitgliedschaft fast immer mit freiwilligem Engagement einhergeht.

Für die Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern bedeutet dies, dass sich die Möglichkeiten, gemeinwohlorientierte Handlungsdispositionen im Rahmen ihrer Mitgliedschaft zu erweitern, von Verein zu Verein unterscheiden.

Auch muss differenziert werden, inwiefern das Engagement aufgrund individueller Nutzenerwartungen bzw. aufgrund gemeinwohlorientierter Überzeugungen erfolgt. Individuelle Nutzenerwartungen liegen beispielsweise dann vor, wenn mit dem freiwilligen Engagement angestrebte Gratifikationen oder persönliche Vorteile, wie der Zugang zu Ressourcen, wie Netzwerke, Macht oder Prestige, verbunden sind. Positive Auswirkungen auf die gemeinwohlorientierten Handlungsdispositionen im Sinne des Idealtypus sind jedoch insbesondere dann zu erwarten, wenn sich das Mitglied aufgrund wertrationaler Überzeugungen freiwillig engagiert.

Es lassen sich somit eine Anzahl von Punkten zusammenfassen, die die Bedeutsamkeit von Vereinen für die Entwicklung von Handlungsdispositionen im Sinne des „Idealtypus demokratischer Bürger“ begründen können.

- Vereine können relativ stabile Strukturen für face-to-face-Interaktionen eröffnen.
- Durch längerfristige Interaktionen kann sich in Vereinen Vertrauen unter den Akteuren herausbilden.
- Vertrauen kann eine Grundlage für die Bereitschaft zu gemeinwohlorientiertem freiwilligen Engagement darstellen.
- Das personale Vertrauen kann auf unbekannte Personen außerhalb des Vereins übertragen und somit generalisiert werden.<sup>14</sup> Es kann dadurch die Bereitschaft zu gemeinwohlorientiertem Handeln auch außerhalb des Vereins gefördert werden.
- Vereine können Möglichkeiten zum gemeinwohlorientierten freiwilligen Engagement bieten.

Vereine können somit einen Rahmen bilden, in dem sich Vertrauen, Solidarität und Hilfsbereitschaft als gemeinwohlorientierte Handlungsdispositionen im Sinne eines „Idealtypus demokratischer Bürger“ entwickeln können. Dies gilt jedoch im Wesentlichen nur für Mitglieder, die ihre Möglichkeiten zu face-to-face Interaktionen im Verein nutzen. Die bloße Mitgliedschaft im Verein reicht nicht aus, um Handlungsdispositionen von Bürgern auf den Verein zurückführen zu können.

---

<sup>14</sup> Mit der Frage, inwieweit in Vereinen eine Generalisierung des Vertrauens stattfindet, hat sich die Studie zu Sozialkapital und Bürgerkompetenz von Braun et al. (i. E.) auseinandergesetzt. Diese Fragestellung soll an dieser Stelle nicht weiter verfolgt werden. Für diese Untersuchung ist lediglich von Bedeutung, dass Vertrauen ein Element von Bürgerkompetenzen im Sinne des „Idealtypus demokratischer Bürger“ (vgl. Abschnitt 4.2.) darstellt.

### 5.1.3 Handlungskompetenzen

Es konnte bereits gezeigt werden, dass allgemeine Handlungskompetenzen in Vereinen aufgrund der notwendigen Beteiligung der Mitglieder an Entscheidungsprozessen im Rahmen von Mitgliederversammlungen oder im Rahmen von freiwilligem Engagement entstehen können. Allerdings musste einschränkend bemerkt werden, dass dies nur für den Teil der Mitglieder gilt, die ihre formalen Möglichkeiten zur Interessenartikulation im Rahmen von Veranstaltungen bzw. freiwilliger Tätigkeiten nutzen. Aber auch für Mitglieder, die sich weder an Mitgliederversammlungen noch an freiwilligem Engagement beteiligen, bieten Vereine Möglichkeiten zur Anwendung allgemeiner Handlungskompetenzen im Sinne des „Idealtypus demokratischer Bürger“. Voraussetzung hierfür ist jedoch eine aktive Beteiligung des Mitglieds am Vereinsleben. Vereine, sofern sie auf lokaler Ebene agieren, eröffnen ihren Mitgliedern Möglichkeiten zur Interaktion. Gemeinsam mit anderen Mitgliedern sollen Ziele erreicht werden, die ein Einzelner ohne den Verein nicht ohne weiteres erreichen kann (vgl. Adloff, 2005). Somit schließen sich in Vereinen Menschen zusammen, die im Hinblick auf bestimmte Bereiche ähnliche Interessen verfolgen (vgl. Bentem, 2006). Trotz der relativen Interessenshomogenität sind Aushandlungsprozesse unter den Mitgliedern notwendig, um sich immer wieder über die Interessenlage zu verständigen. Bietet und fördert ein Verein nicht die Möglichkeiten zur Interessenartikulation und zum Meinungsaustausch besteht die Gefahr, dass sich ein Verein von den Interessen seiner Mitglieder entfernt. Die „Interessenshomogenität“ zwischen Verein und Mitgliedern ist jedoch ein weiteres idealtypisches Strukturmerkmal von Vereinen (vgl. Horch, 1992) und eine Voraussetzung für eine langfristige Existenz. Denn eine unzureichende Berücksichtigung der Mitgliederinteressen kann zur Folge haben, dass Mitglieder die „Exit-Option“ wählen und ihre Mitgliedschaft beenden. Deshalb sollten Vereine bemüht sein, die Interaktion ihrer Mitglieder zu fördern, um den Prozess der Interessenaushandlung in Gang zu halten und so die Zufriedenheit der Mitglieder und ihre langfristige Mitgliedschaft sicherzustellen. Für diese Interaktion im Rahmen einer aktiven Mitgliedschaft benötigen die Mitglieder diskursive Fähigkeiten (vgl. Wehling, 1998). Diese bilden auch einen Bestandteil allgemeiner Handlungskompetenzen im Rahmen des „Idealtypus demokratischer Bürger“.

Es lassen sich somit auch hier Punkte zusammenfassen, die die Bedeutsamkeit von Vereinen für die Entwicklung von Handlungskompetenzen im Sinne des „Idealtypus demokratischer Bürger“ begründen können:

- Im Rahmen ihres freiwilligen Engagements können Mitglieder Handlungskompetenzen, wie Organisationsfähigkeit und diskursive Fähigkeiten anwenden, verbessern bzw. erwerben.
- Im Rahmen aktiver Mitgliedschaften werden Aushandlungsprozesse unter den Vereinsmitgliedern notwendig. Hierfür benötigen Vereinsmitglieder diskursive Kompetenzen.

Somit können allgemeine Handlungskompetenzen von Vereinsmitgliedern unter der Voraussetzung einer aktiven Mitgliedschaft durch vereinsinterne Interaktionsprozesse begründet werden.

## **5.2 Hintergrundinformationen zu den Vereinen und ihre Bedeutung für die Bürgerkompetenzen**

Ein Defizit bisheriger Untersuchungen zu den Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern stellen die fehlenden Hintergrundinformationen zu den Vereinen dar (vgl. Abschnitt 2.4).

Bei der theoretischen Aufarbeitung der Begründungszusammenhänge bezüglich einer Mitgliedschaft in Vereinen und den Bürgerkompetenzen wurde die Bedeutung verschiedener idealtypischer Besonderheiten von Vereinen herausgearbeitet. Im Folgenden soll theoretisch begründet werden, welche zentralen Kriterien herausgegriffen werden sollen, um im weiteren Verlauf der Arbeit empirisch untersuchen zu können, inwiefern Zusammenhänge zwischen strukturellen Besonderheiten von Vereinen und den Bürgerkompetenzen der Mitglieder bestehen.

Als eine idealtypische Strukturbesonderheit von Vereinen wurde die *demokratische Vereinsstruktur* genannt. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass Vereine diesem normativen Anspruch in der Realität oftmals nicht genügen. Um einen Zusammenhang zwischen den Strukturen und den Bürgerkompetenzen untersuchen zu können, soll die Vereinsdemokratie als ein Kriterium zur Differenzierung von Vereinen in die empirische Untersuchung einbezogen werden.

Darüber hinaus wurde festgestellt, dass Vereine in unterschiedlichem Maße gemeinwohlorientierte Handlungsdispositionen ihrer Mitglieder erfordern. In diesem Zusammenhang wurde auf die Bedeutung des *Vereinstyps* hingewiesen (karitative versus andere Vereine, vgl. Abschnitt 5.1.2), der ebenfalls als Differenzierungskriterium in die empirische Untersuchung eingehen soll. Auch die *Interaktionsmöglichkeiten*, die Vereine ihren Mitgliedern eröffnen, wurden als wesentliches Kriterium für die Möglichkeit, allgemeine Handlungskompetenzen in Vereinen erwerben zu können, herausgearbeitet. Diese drei

Differenzierungskriterien sollen im Folgenden dargestellt und mögliche Zusammenhänge mit den Bürgerkompetenzen begründet werden.

### 5.2.1 Demokratische Vereinsstruktur

Idealtypisch sollten sich Vereine durch eine demokratische Struktur auszeichnen. Eine demokratische Vereinsstruktur ist dadurch gekennzeichnet, dass Entscheidungsprozesse nicht nur für die Mitglieder transparent gemacht werden, sondern dass die Mitglieder darüber hinaus an Entscheidungsprozessen des Vereins beteiligt sind. Horch schreibt hierzu:

„Als Demokratie kann man jenes Verfahren zur Erreichung verbindlicher Entscheidungen bezeichnen, das jedem Mitglied die gleichen Möglichkeiten zur Beteiligung und zur Durchsetzung seiner Interessen bietet“ (vgl. Horch 1988, 531).

Üblicherweise erfolgt die Beteiligung der Mitglieder auf regelmäßig stattfindenden Mitgliederversammlungen. Allerdings äußerte schon Weber 1924 die Befürchtung, dass in Vereinen häufiger einige Wenige Entscheidungen treffen, als dass es sich um Beschlüsse der Mehrheit handelt:

„Jeder Verein, zu dem man gehört, stellt dar ein Herrschaftsverhältnis zwischen Menschen. Zunächst, wenigstens der Regel nach, formal und offiziell ein Majoritätsherrschaftsverhältnis. (...) Wobei ich hier nur auf den Punkt zu sprechen kommen kann, der der entscheidende ist: daß selbstverständlich innerhalb jedes solchen Gremiums, wie es auch heiße, Partei, Verein, Klub oder was es ist; in Wirklichkeit die Herrschaft stets eine Minoritätsherrschaft, zuweilen eine Diktatur einzelner ist, die Herrschaft Eines oder einiger irgendwie im Wege der Auslese und der Angepaßtheit an die Aufgaben der Leitung dazu befähigter Personen, in deren Händen die faktische Herrschaft innerhalb eines solchen Vereins liegt“ (Weber 1924, 444).

Dieser Prozess, zu dem es insbesondere bei zunehmender Größe und Bestandsdauer des Vereins kommt, wird als „Oligarchie der Aktiven“ bezeichnet, wobei sich die Mitglieder in „Führer“ und „Geführte“ aufspalten (vgl. Heinemann, 2004):

„Diejenigen, die mehr am politischen Leben der Vereinigung interessiert sind, bewerben sich um die Stimmen der anderen, machen die Arbeit und werden dafür mit Entscheidungsspielräumen und Einflusschancen belohnt“ (Horch, 1992, 46).

An diesem Punkt besteht die Gefahr, der tatsächlichen Oligarchisierung ursprünglich demokratischer Entscheidungsstrukturen. Es droht das „eherne Gesetz der Oligarchie“, wenn mit der Größe der Organisation auch die Macht der Führungsgruppe zunimmt und diese sich zunehmend von der Vereinsbasis entfernt (vgl. Schubert & Klein, 1997, 201). Oligarchie im eigentlichen Sinne bedeutet, dass die Macht bzw. die Herrschaft in den Händen Weniger liegt. Dies muss nicht unbedingt auf undemokratische Intentionen der Vereinsführung zurückgehen, sondern kann ebenso in einer sich verstärkenden Trittbrettfahrer-Mentalität der Mitglieder begründet sein: „Was ehemals in schenkender Hingabe (...) bereitwillig geleistet wurde, wird nunmehr aus

eigensüchtigem Kalkül heraus verweigert“ (Kirsch, 1983, 115). Auch dieser Prozess der Distanzierung und Rückbesinnung auf eigene Nutzenkalküle wird als typischer Entwicklungsprozess von Organisationen angesehen.

Unabhängig davon ob die Distanzierung durch die Vereinsführung oder die Basis vorangetrieben wurde, können die daraus resultierenden oligarchischen Strukturen Auswirkungen auf die Bürgerkompetenzen der Mitglieder haben. Liegt die Führung des Vereins in den Händen immer derselben wenigen Mitglieder, sind darüber hinaus die Einflussmöglichkeiten der übrigen Mitglieder gering und herrscht zudem eine geringe Transparenz bezüglich der Entscheidungsprozesse im Vorstand, so sind die Möglichkeiten solcher Vereine, die Bürgerkompetenzen der Mitglieder im Sinne des „Idealtypus demokratischer Bürger“ zu stützen, als gering einzuschätzen.

### 5.2.2 Vereinstyp

Wie in Abschnitt 5.1.2 deutlich geworden ist, stellen Vereine unterschiedliche Anforderungen an die Aktivität bzw. das freiwillige Engagement ihrer Mitglieder. Während eine aktive Mitgliedschaft in Sportvereinen mit einer regen Teilnahme am Sportangebot verbunden sein kann, so ist eine aktive Mitgliedschaft in karitativen Vereinigungen fast immer mit einem freiwilligen Engagement verknüpft (vgl. Mutz & Nobis, 2007). Somit lässt sich eine aktive Mitgliedschaft in Sportvereinen weit häufiger mit individuellen Nutzenkalkülen begründen, als eine Mitgliedschaft in Vereinen, die Hilfeleistungen für bedürftige Personen bereitstellen. Es stellt sich die Frage, inwiefern sich die Bürgerkompetenzen der Mitglieder in verschiedenen Vereinen unterscheiden. Weber hält es für möglich, dass der Gesamthabitus eines Menschen durch den Inhalt seiner Vereinstätigkeit beeinflusst wird.

„In solchen und ähnlichen Fällen handelt es sich ja wesentlich um die unbewußte Beeinflussung des Gesamthabitus durch den Inhalt der Vereinstätigkeit. Aber es gibt die allerverschiedensten Abschattierungen in der Art des Übergreifens rein fachliche oder rein sachliche Ziele verfolgender Gemeinschaften auf das Gebiet der Beeinflussung und Reglementierung der praktischen Lebensführung. Sie kann auch ganz bewußt erfolgen, von rein fachlich-sachlichen Positionen aus, hinter denen wir sie an sich gar nicht vermuten würden“ (Weber 1924, 446).

Dies legt nahe, Vereine nach ihren Zielstellungen zu differenzieren.

In Anlehnung an Horch (1992) können Vereine in mitgliederbezogene, außenorientierte und fremdbezogene Vereine differenziert werden.

*Mitgliederbezogene* Vereine zeichnen sich dadurch aus, dass ihre Leistungen primär ihren Mitgliedern vorbehalten bleiben. Sportvereine sind Vertreter dieses Vereinstyps, da sie das Ziel verfolgen, ein Sportangebot für ihre Mitglieder bereitzuhalten. Auch solche Vereine sind auf das freiwillige Engagement ihrer Mitglieder angewiesen, um die Leistungen ihren Mitgliedern zur

Verfügung stellen zu können. Eine aktive Mitgliedschaft kann jedoch auch nur eine Inanspruchnahme der Leistungen des Vereins umfassen.

Den Gegenpol zu dieser Art der mitgliederorientierten Vereine stellen Vereine dar, die ihre Leistungen in erster Linie Nicht-Mitgliedern zur Verfügung stellen. Eine Mitgliedschaft in solchen Vereinen kann sich auf eine Fördermitgliedschaft beschränken, wobei das Mitglied den Verein zwar finanziell unterstützt aber selber nicht aktiv ist. Eine aktive Mitgliedschaft in solchen Vereinen ist mit einer aktiven Unterstützung des Vereinsziels, also der Leistungserstellung für Dritte, verbunden. Hierbei handelt es sich zumeist um karitative Vereine, die ein Hilfsangebot für Bedürftige bereitstellen. Dies verdeutlicht noch einmal, weshalb eine Mitgliedschaft in karitativen Vereinen zumeist gleichbedeutend mit freiwilligem Engagement ist. Da sich die Leistungen dieses Vereinstyps an Dritte richten, werden sie als *fremdbezogen* gekennzeichnet.

Eine Mischform zwischen mitglieder- und fremdbezogenen Vereinen, sind Organisationen, die sich zwar an ihre Mitglieder richten, jedoch auch offen für Nicht-Mitglieder sind. Hierzu gehören oftmals Vereine aus den Bereichen Kunst- und Kultur. Diese Vereine organisieren häufig Veranstaltungen, mit denen sie sich sowohl an Mitglieder als auch an Nicht-Mitglieder wenden. Zumeist streben sie neben einer Förderung ihrer Mitglieder gleichzeitig eine Außenwirkung an. Dieser Vereinstyp soll als *außenorientiert* bezeichnet werden.

Es ist davon auszugehen, dass die unterschiedlichen Zielstellungen von Vereinen in einem Zusammenhang mit den Bürgerkompetenzen, insbesondere den gemeinwohlorientierten Handlungsdispositionen der Mitglieder, stehen können. So werden Menschen, die in erster Linie nutzenmaximierend handeln seltener in karitativen Vereinen anzutreffen sein.

Somit lassen sich Zusammenhänge zwischen Handlungsdispositionen und Vereinsmitgliedschaft für fremdbezogene Vereine, die uneigennütziges freiwilliges Engagement quasi zur Voraussetzung einer Mitgliedschaft machen, besonders gut begründen.

### 5.2.3 Gelegenheitsstrukturen zur Interaktion

Damit sich allgemeine Handlungskompetenzen von Vereinsmitgliedern durch eine Mitgliedschaft begründen lassen, sind zwei Voraussetzungen nötig: Zum einen muss es sich um ein aktiv am Vereinsleben teilnehmendes Mitglied handeln und zum anderen muss der Verein den Mitgliedern Möglichkeiten zur Interaktion bieten.

Möglichkeiten zum gegenseitigen Austausch können auf verschiedenen Ebenen bestehen und Vereine lassen sich dahingehend differenzieren, inwiefern sie ihren Mitgliedern solche Gelegenheiten zur Interaktion eröffnen. Es lassen sich drei zentrale Ebenen für Interaktion in Vereinen differenzieren: Die Ebenen formeller und informeller Interaktion, sowie die Interaktionsebene im Rahmen freiwillig ausgeübter Tätigkeiten.

Zur *formellen* Ebene vereinsinterner Interaktionsmöglichkeiten zählen insbesondere offizielle Versammlungen und Sitzungen, die zur Entscheidungsfindung und zu Informationszwecken einberufen werden. Auch eine Geschäftsstelle bietet Mitgliedern die Möglichkeit zum formellen Austausch sowohl mit Funktionsträgern des Vereins als auch mit anderen Vereinsangehörigen. Hinsichtlich der Häufigkeit von solchen formellen Versammlungen und dem Vorhandensein einer „offiziellen“ Anlaufstelle für die Mitglieder, bestehen zwischen Vereinen erhebliche Unterschiede. Während in manchen Vereinen seltener als einmal pro Jahr eine Mitgliederversammlung einberufen wird, kommen die Mitglieder anderer Vereine monatlich zu solchen Veranstaltungen zusammen (vgl. Braun et al., i. E.). In Vereinen, die kaum formale Interaktionsmöglichkeiten eröffnen, können politische Handlungskompetenzen der Mitglieder nicht auf die Vereinsmitgliedschaft zurückgeführt werden.

Darüber hinaus können Vereine ihren Mitgliedern auch *informelle* Interaktionsmöglichkeiten eröffnen. Dies kann in Rahmen von Vereinsfesten oder kleineren geselligen Veranstaltungen erfolgen. Hierfür stellen Vereine in unterschiedlichem Maße eine Infrastruktur bereit: Während manche Vereine über ein eigenes Vereinsheim verfügen, wo Mitglieder unkompliziert in einen gegenseitigen Austausch treten können, sind Vereine ohne solche Räumlichkeiten hinsichtlich ihrer Gelegenheitsstrukturen für informelle Mitgliederinteraktion benachteiligt. Weitere vereinspezifische Gelegenheitsstrukturen für die Interaktion der Mitglieder betreffen zum Beispiel die Organisation von Festen und Mitgliederreisen: Während manche Vereine mehrere feste Termine für informelle Treffen und Reisen pro Jahr anbieten, gibt es diese Möglichkeiten in anderen Vereinen kaum. Verfügen Vereine über eine schlechte Infrastruktur für informelle Mitgliederinteraktion, so lassen sich Bürgerkompetenzen wie organisatorische und diskursive Kompetenzen nur sehr eingeschränkt mit der Mitgliedschaft im Verein begründen.

Eine dritte Interaktionsmöglichkeit, die Vereine ihren Mitgliedern in unterschiedlichem Maße bieten, ist die Möglichkeit, sich freiwillig zu engagieren. Auch im Rahmen von *freiwilligem Engagement* eröffnen sich den Mitgliedern Möglichkeiten zum Austausch. Ist der Verein so konstituiert, dass er nur auf die freiwillige Mitarbeit weniger Mitglieder angewiesen ist, so verringert sich für

das Gros der Mitglieder die Möglichkeit auf diesem Wege mit anderen zu interagieren und Bürgerkompetenzen zu erlangen, zu verbessern oder überhaupt anzuwenden. Somit gilt auch hier: Vereine, die nur geringe Möglichkeiten für freiwilliges Engagement eröffnen, mindern die Möglichkeiten, dass die Bürgerkompetenzen ihrer Mitglieder auf eine Mitgliedschaft zurückgeführt werden könnten.

Die drei Differenzierungskriterien Vereinsdemokratie, Vereinstyp und Interaktionsmöglichkeiten sollen im empirischen Teil als Hintergrundinformationen herangezogen werden, um die Interpretation der Bürgerkompetenzen zu erleichtern, indem die Kompetenzen der Vereinsmitgliedern zur Vereinsstruktur des jeweiligen Vereins in Beziehung gesetzt werden.

Im folgenden Kapitel soll die Methode der empirischen Untersuchung, die Operationalisierung der Indikatoren und Differenzierungskriterien sowie die Methode der Typenbildung ausführlich dargelegt werden.

## 6. Methodische Umsetzung

Im Mittelpunkt dieses Kapitels steht die Frage, wie die „empirische Realität“ erfasst werden kann, damit sie dem theoretischen Konstrukt des „Idealtypus demokratischer Bürger“ gegenübergestellt werden kann (vgl. Kap. 3). Ziel ist es, die Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern zu untersuchen, um zu differenzierten Erkenntnissen über den Beitrag von Vereinen zu demokratischer Stabilität zu gelangen. Nachdem die Aspekte eines „Idealtypus demokratischer Bürger“ in Kapitel 4 herausgearbeitet wurden und in Kapitel 5 die Bedeutung von Vereinen in diesem Zusammenhang theoretisch diskutiert wurde, folgen nun Überlegungen, wie sich die im Idealtypus zusammengefassten Kompetenzaspekte bei Vereinsmitgliedern empirisch erfassen und auswerten lassen.

In einem ersten Schritt wird die Anlage der Untersuchung, die sich aus einer Organisations- und einer Mitgliedererhebung zusammensetzt, dargestellt. In einem zweiten Schritt erfolgt die Operationalisierung des im Theorieteil (vgl. Kap. 4) herausgearbeiteten Idealtypus demokratischer Bürger für die empirische Untersuchung. Im dritten Teilabschnitt dieses Kapitels wird dargestellt, wie aus der „empirischen Realität“ der erfassten Bürgerkompetenzen „Realtypen“ gebildet werden können, die sich hinsichtlich ihrer Bürgerkompetenzen möglichst ähnlich sind (vgl. Kap 3).

### 6.1 Anlage der empirischen Untersuchung

Um der Forschungsfrage nach den Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern nachzugehen, wird auf das Datenmaterial des durch die DFG geförderten Forschungsprojekts „Sozialkapital und Bürgerkompetenz“ an der Universität Paderborn zurückgegriffen.<sup>15</sup> Unter der Leitung von Prof. Dr. Dr. Sebastian Braun wurden die sozialen und politischen Integrationsleistungen freiwilliger Vereinigungen umfassend untersucht (vgl. Braun et al., i. E.)<sup>16</sup>. Das breit angelegte Projekt legte den Schwerpunkt der Datenauswertung auf die binnenintegrativen Leistungen von Vereinen und die vereinsspezifischen Kompetenzen der Mitglieder. Um einer oftmals beklagten Unterauswertung vorhandener Datensätze entgegenzuwirken, soll eine detaillierte Re-Analyse

---

<sup>15</sup> Das Forschungsprojekt wurde von November 2002 bis Oktober 2006 unter dem Geschäftszeichen BR 2070/1-2/1-3 zunächst an der Universität Potsdam und ab Oktober 2003 an der Universität Paderborn durchgeführt.

<sup>16</sup> Die Verfasserin war von 2003 bis 2006 Mitarbeiterin im Forschungsprojekt und an der Erstellung der Erhebungsinstrumente beteiligt.

der Daten in Bezug auf die Bürgerkompetenzen der Mitglieder erfolgen. Da es sich bei der empirischen Erhebung zu „Sozialkapital und Bürgerkompetenz“ um ein sehr breit angelegtes Forschungsprojekt handelt, sollen im Folgenden nur die für diese Untersuchung relevanten Erhebungsschritte beschrieben werden.<sup>17</sup>

### *6.1.1 Festlegung der Erhebungsorte und Auswahl der Vereine: Die Vorstudie*

Die Wahl der Erhebungsorte erfolgte in erster Linie unter forschungspragmatischen Gesichtspunkten und fiel auf die Städte Potsdam und Münster.<sup>18</sup> Dieses Forschungsdesign hat die Konsequenz, dass die untersuchten Vereine keinen repräsentativen Querschnitt der deutschen Vereinslandschaft darstellen sondern lediglich für Vereine in urbanen Räumen stehen können. Sicherlich stellen sich die Vereinslandschaft und die individuelle Bedeutung von Vereinen für den Einzelnen im ländlichen Raum anders dar. Diese Tatsache sollte bei der Beurteilung der Reichweite der Untersuchungsergebnisse berücksichtigt werden.

Um die Vereinslandschaft an den Erhebungsorten zu erfassen, wurde auf der Grundlage von Informationen in Vereinsregistern, Telefonbüchern, Gelben Seiten, Stadtmagazinen, Freiwilligenagenturen, Stadtverwaltungen und im Internet eine Vereinsdatenbank erstellt. Auf der Grundlage von Telefongesprächen mit Funktionsträgern der Vereine wurden 24 Vereine nach folgenden Kriterien für die Untersuchung ausgewählt.<sup>19</sup>

#### (A) Vereine mit unterschiedlichen Zielstellungen

Um möglichst unterschiedliche Vereine in die empirische Untersuchung einzubeziehen, wurden anhand der satzungsmäßigen Zielstellung drei Typen

---

<sup>17</sup> Die Studie „Sozialkapital und Bürgerkompetenz“ umfasst zusätzlich zu den hier dargestellten Erhebungsinstrumenten eine qualitative Mitgliederbefragung. Dem interessierten Leser sei die umfassende Darstellung des Untersuchungsdesigns bei Braun et al. (i. E.): Sozialkapital und Bürgerkompetenz, empfohlen.

<sup>18</sup> Ein entscheidendes Kriterium für die Auswahl der Erhebungsorte stellten die Kooperationspartner vor Ort dar. Sowohl in Potsdam als auch in Münster erhielt die Forschungsgruppe Unterstützung durch zwei ausgewiesene Experten der Vereinsforschung, die darüber hinaus vertraut mit der Vereinslandschaft am jeweiligen Standort waren. An der Universität Potsdam unterstützte Prof. Dr. Jürgen Baur, Inhaber des Lehrstuhls für Sportsoziologie, die Untersuchung und in Münster kooperierte Prof. Dr. Annette Zimmer, Professorin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster und Leiterin des Zentrums für Nonprofit-Management mit den Wissenschaftlern des Forschungsprojekts (für eine ausführliche Begründung und für Städteportraits zu Potsdam und Münster vgl. Braun et al., i. E.).

<sup>19</sup> Es ist anzumerken, dass diese Kriterien insbesondere im Hinblick auf die binnenintegrativen Leistungen der Vereine ausgewählt wurden. Es sollte nicht davon ausgegangen werden, dass ein Zusammenhang mit den Bürgerkompetenzen der Mitglieder besteht. Um jedoch die Auswahl der Vereine transparent zu machen, sollen die Kriterien an dieser Stelle kurz erläutert werden. Der fehlende Bezug zu den Bürgerkompetenzen sei an dieser Stelle entschuldigt.

von Vereinen ausgewählt. Der Vereinstyp ist, wie in Abschnitt 5.2.2 dargestellt, auch als ein relevantes Differenzierungskriterium im Hinblick auf die Bürgerkompetenzen der Mitglieder zu betrachten. In Anlehnung an Horch (1992) erfolgte eine Differenzierung in mitgliederbezogene, außenorientierte und fremdbezogene Vereine. Einen Überblick über die Differenzierung nach Vereinstypen liefert Abbildung 9.

#### (B) Lokal agierende Vereine

Lokal agierende Vereine wurden ausgewählt, da sie im Vergleich zu Vereinen, die überregional ihre Ziele verfolgen, einen stärkeren Bezug zur Lebenswelt ihrer Mitglieder aufweisen (vgl. Horch, 1992; Strob, 1999). Dies erschien insbesondere im Bezug auf die binnenintegrativen Leistungen von Vereinen von Bedeutung.

#### (C) Kleinere Vereine unter 120 Mitgliedern

Um eine Vollerhebung, also die Befragung aller Vereinsmitglieder, zu ermöglichen und eine Vergleichbarkeit zwischen den Vereinen zu gewährleisten, wurden Vereine bis zu einer maximalen Mitgliederzahl von 120 Personen in die Untersuchung einbezogen.<sup>20</sup>

#### (D) Sozial offene Vereine

Um nicht im Vorfeld der Untersuchung bestimmte gesellschaftliche Gruppen auszuschließen, wurde bei der Auswahl der Vereine auf die formale soziale Offenheit der Vereine geachtet. Es wurden nur solche Vereine ausgewählt, die allen Interessierten offen stehen und Personen nicht aufgrund von Geschlecht, Einkommen oder ethnischer Zugehörigkeit von einer Mitgliedschaft ausschließen.

#### (E) Eingetragene Vereine

Um sicherzustellen, dass die Vereine im Hinblick auf ihre Struktur bestimmten Kriterien hinsichtlich einer formalen Organisationsstruktur genügen (demokratische Entscheidungsstrukturen, Satzung, Vereinsvorstand), wurden bei der Auswahl nur Vereine berücksichtigt, die in das Vereinsregister eingetragen sind.

#### (F) Längerfristige Existenz des Vereins

Da im Zuge des Forschungsprojekts „Sozialkapital und Bürgerkompetenz“ die sozialen Integrationsleistungen der Vereine im Fokus der Untersuchung standen, sollten die Vereine bereits länger als fünf Jahre bestehen, um sicher-

---

<sup>20</sup> Dies gilt für die Anzahl der volljährigen Mitglieder, da die empirische Erhebung nur unter den erwachsenen Mitgliedern der Vereine durchgeführt wurde.

zustellen, dass sich überhaupt längerfristige Prozesse im Verein abgespielt haben können. Somit wurden nur solche Vereine ausgewählt, die zum Erhebungszeitpunkt 2003 sechs Jahre und länger bestanden und somit spätestens 1997 gegründet worden sind.

Des Weiteren wurden die Vereinsvertreter auch nach ihrem Interesse und Ihrer Bereitschaft zur Teilnahme an der geplanten empirischen Untersuchung gefragt (für eine Ausführliche Begründung der Auswahlkriterien vgl. Braun et al. i. E.).

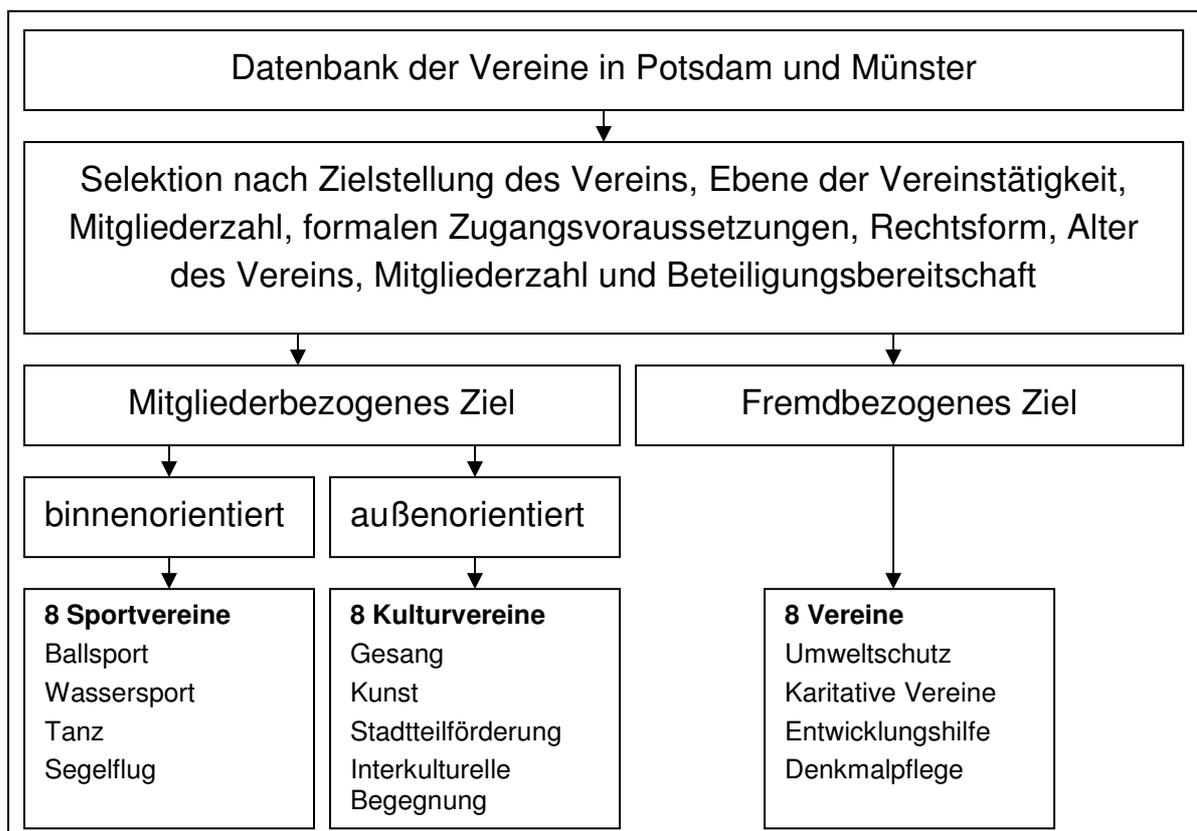
Auf der Grundlage der Vorstudie wurden letztendlich 24 lokal agierende, formal offene Vereine mit bis zu 120 Mitgliedern und unterschiedlichen Zielsetzungen ausgewählt, die sich seit längerem in der Vereinslandschaft etabliert haben. Die ausgewählten Vereine verfolgen zu jeweils einem Drittel unterschiedliche Zielstellungen und verteilen sich gleichmäßig auf die Befragungsorte Potsdam und Münster.

Bei den acht binnenorientierten Vereinen handelt es sich um Sportvereine aus den Bereichen Ballsport, Wassersport, Tanzsport und Segelflug.

Die mitgliederbezogenen Vereine sind in den Bereichen Musik und Kunst sowie Stadtteolförderung und interkulturelle Begegnungen angesiedelt.

Als fremdbezogene Vereine wurden Naturschutzvereine, Vereine mit Zielen im Bereich der Entwicklungshilfe bzw. der Kulturförderung sowie karitative Vereine ausgewählt. Die Auswahl der Vereine wird in Abbildung 9 verdeutlicht.

Abb. 9: Auswahl der Vereine für die empirische Untersuchung



### 6.1.2 Hintergrundinformationen zu den Vereinen: Die Organisationserhebung

Als Defizit bisheriger empirischer Untersuchungen zu Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern wurden unter anderem die fehlenden Hintergrundinformationen zu den Vereinen beklagt. Deshalb wurde im Vorfeld der schriftlichen Mitgliederbefragung eine Organisationserhebung durchgeführt. Um an Informationen über die strukturellen Besonderheiten der Vereine zu gelangen, wurde jeweils ein Funktionsträger jedes Vereins schriftlich befragt. Dieser eigens konstruierte standardisierte Fragebogen erfasst in erster Linie die von Horch (1985) als idealtypische Strukturbesonderheiten von Vereinen identifizierten Aspekte:

- Freiwillige Mitgliedschaft (Fragen zur Mitgliedergewinnung und -bindung)
- Orientierung an den Interessen der Mitglieder (Fragen zu den Zielen und Leistungen der Vereine)
- Demokratische Entscheidungsstrukturen (Fragen zur Vorstandszusammensetzung und Einflussmöglichkeiten der Mitglieder)
- Unabhängigkeit von Dritten (Fragen zur finanziellen Situation, zu Sponsoring und Förderungen)
- Leistungserstellung auf der Grundlage freiwilliger Mitarbeit (Fragen zur Arbeitersituation und zu hauptamtlichem Personal)

Alle an der Untersuchung teilnehmenden Vereine haben den Fragebogen vollständig ausgefüllt zurückgesandt, so dass auf der Grundlage der schriftlichen Angaben der Funktionsträger für jeden Verein genaue Rückschlüsse auf dessen strukturelle Besonderheiten gezogen werden konnten. Für die Untersuchung der Bürgerkompetenzen sind insbesondere die in Abschnitt 5.2 genannten Hintergrundinformationen von Bedeutung. Dazu gehören die *demokratischen Entscheidungsstrukturen* sowie die *Gelegenheitsstrukturen*, die Vereine ihren Mitgliedern zur Interaktion im Rahmen formeller, offizieller Versammlungen, informeller geselliger Veranstaltungen sowie durch Möglichkeiten zur freiwilligen Mitarbeit eröffnen (zur Operationalisierung vgl. Abschnitt 6.2.1).

### 6.1.3 Erhebung der Bürgerkompetenzen: Schriftliche Mitgliederbefragung

#### *Erhebungsverfahren*

Im Rahmen einer schriftlichen Mitgliederbefragung erhielten die volljährigen Mitglieder der 24 Vereine einen mehrseitigen, weitgehend standardisierten, Fragebogen. Die Verteilung bzw. Versendung der Fragebögen übernahmen die Vereine, um eine Herausgabe von Mitgliederadressen an Dritte zu vermei-

den. Jedem Fragebogen wurde ein frankierter Rückumschlag beigelegt, der die völlig anonyme Rücksendung der Fragebögen ermöglichen sollte. Die schriftliche Mitgliederbefragung fand im Zeitraum von Juli bis Oktober 2003 statt. Zwei Wochen nach Versendung der Fragebögen folgte (wiederum aus Gründen des Datenschutzes durch die Vereine) ein Erinnerungsschreiben. Von den 2.192 versendeten Fragebögen wurden 845 an die Universität zurück gesandt, was einer Rücklaufquote von 39% entspricht. Nach Bereinigung des Datensatzes<sup>21</sup> blieben 827 Fragebögen übrig.

Die Daten der Fragebögen wurden per Handeingabe in eine SPSS Datenbank überführt, um eine umfassende computergestützte statistische Analyse des Datenmaterials zu ermöglichen.

### *Erhebungsinstrument*

Bei der Erhebung zu „Sozialkapital und Bürgerkompetenz“ standen insbesondere die binnenintegrativen Leistungen von Vereinen im Fokus der Untersuchung. Deshalb wurden Vereinsmitglieder nach ihrem vereinspolitischen Interesse und Wissen, ihrer Beteiligung an Organisations- und Diskussionsprozessen im Verein, ihrer sozialen Einbindung, ihrem bürgerschaftlichen Engagement sowie nach Mitgliedschaftsmotiven gefragt. An dieser Stelle soll jedoch keine umfassende Darstellung des Erhebungsinstruments erfolgen, sondern es werden nur die Teile des Fragebogens vorgestellt, auf die für die Messung der Bürgerkompetenzen der Mitglieder zurückgegriffen wurde (für eine ausführliche Darstellung des Messinstruments vgl. Braun et al., i. E.).

Der Fragebogen beinhaltete zahlreiche Itembatterien über verschiedene Kompetenzaspekte der Mitglieder unabhängig von ihrer Vereinsmitgliedschaft. Weiterhin wurden das soziale und politische Engagement der Mitglieder erhoben, sowie Informationen über ihre Mitgliedschaft (Mitgliedschaftsdauer, Aktivität im Verein) abgefragt. Ein umfangreicher Komplex zur Soziodemographie schloss den Fragebogen ab.

Bei der Konstruktion des Fragebogens wurde, soweit möglich, auf bekannte Erhebungsinstrumente aus der Vereins- und politischen Kulturforschung zurückgegriffen. Zum Teil mussten jedoch Items angepasst, abgewandelt, übersetzt und in Einzelfällen auch neu konstruiert werden.

---

<sup>21</sup> Einige Fragebögen mussten ausgeschlossen werden, da sie zu lückenhaft ausgefüllt wurden. Zum Teil wurden die Fragebögen auch von Minderjährigen ausgefüllt. Diese Fragebögen wurden ebenfalls ausgeschlossen. Entweder lag hier ein Fehler bei den Vereinen vor, oder aber erwachsene Mitglieder haben den Fragebogen an jüngere Familienangehörige bzw. Freunde zum Ausfüllen weitergereicht.

## 6.2 Operationalisierung der Forschungsfrage

Ziel dieses Abschnitts ist es darzustellen, wie sich die im Idealtypus zusammengefassten Kompetenzaspekte auf der Grundlage des vorhandenen Datenmaterials operationalisieren lassen, um die Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern empirisch zu erfassen (vgl. Abschnitt 6.2.2).

Zunächst wird jedoch die Operationalisierung der Hintergrundinformationen, die auf der Grundlage der Funktionsträgerbefragung erhoben wurden, transparent gemacht (vgl. Abschnitt 6.2.1).

### *6.2.1 Operationalisierung der Hintergrundinformationen zu den Vereinen*

Da die Vereine bereits bei der Auswahl nach den Vereinszielen differenziert wurden (vgl. Abschnitt 6.1.1), sind nun noch die demokratischen Entscheidungsstrukturen und die Interaktionsmöglichkeiten zu operationalisieren.

Für die Überprüfung der Güte der Instrumente wurden Faktorenanalysen (Hauptkomponenten- bzw. Hauptachsenanalysen) sowie Reliabilitätstests durchgeführt.

#### *Demokratische Entscheidungsstrukturen*

Auf Basis der Funktionsträgerangaben wurden die Vereine danach differenziert, inwieweit sie eine offene Führungsstruktur aufweisen bzw. der Vorstand eher einen geschlossenen Führungszirkel bildet (vgl. Abschnitt 5.2.1).

Die Messung oligarchischer Tendenzen erfolgte in Anlehnung an die Indikatoren, die Horch in seiner Untersuchung von Oligarchisierungsprozessen in Vereinen herangezogen hat (Horch, 1988, 533). Es wurden vier Merkmale ausgewählt, an denen sich offene bzw. auch geschlossene Vereinsstrukturen manifestieren können: Gibt es bei Wahlen zum Beispiel keine Alternativkandidaten und sind die Vorstandsmitglieder alle schon sehr lange im Amt, spricht dies dafür, dass es sich um einen Verein mit relativ verfestigten Strukturen handelt. Haben jedoch auch relativ neue Mitglieder die Möglichkeit ein Vorstandsamt zu besetzen und fließen Anregungen der Mitglieder in die Vorstandsarbeit mit ein, dann spricht das für eine offene Struktur.

Die aus vier Merkmalen generierte Rohskala wurde zu einer dreistufigen Skala zusammengefasst: Werte bis 0,5 wurden als „wenig offen“ gewertet, Werte ab 1,5 als „offen“ und die übrigen Werte wurden zu einer mittleren Kategorie zusammengefasst.

Tab. 1: Skala „Demokratische Entscheidungsstruktur“ auf Basis der Funktionsträgerbefragung<sup>22</sup>

	M	SD
Bitte denken Sie an die letzte Vorstandswahl: Bei wie vielen Ämtern gab es mehr als einen Kandidaten / mehr als eine Kandidatin? <i>bei keinem Amt (0); bei einem Amt; bei zwei Ämtern; bei mehr als zwei Ämtern (4)</i>	,51	1,07
Anteil der Vorstandsmitglieder, die weniger als drei Jahre ihr Amt innehaben. <i>Keiner (0) bis alle (4)</i>	1,46	1,39
Anteil der Vorstandsmitglieder, die weniger als drei Jahre Vereinsmitglied sind. <i>Keiner (0) bis alle (4)</i>	,23	,54
In freiwilligen Vereinigungen können Anregungen bzw. Veränderungsvorschläge von ganz unterschiedlichen Personen und Gruppen kommen, z.B. vom Vorsitzenden, vom Geschäftsführer, anderen Vorstandsmitgliedern oder von Mitgliedern, die nicht dem Vorstand angehören. Wie ist das in Ihrer Organisation? Bitte kreuzen Sie an, wie häufig Anregungen von folgenden Mitgliedergruppen kommen. <i>andere Mitglieder: nie (0), selten, gelegentlich, häufig, sehr häufig (4)</i>	1,78	,67
Rohskala: N=22, Min.= 0, Max. = 2,75, M= 0,999, SD=0,660		

### Operationalisierung der Interaktionsmöglichkeiten

Bei der Analyse der Interaktionsmöglichkeiten für die Mitglieder wurden drei Aspekte berücksichtigt: Die Möglichkeiten zum formellen Austausch auf Mitgliederversammlungen, zum informellen Austausch im Rahmen von geselligen Veranstaltungen und zur Übernahme von Ämtern im Rahmen eines freiwilligen Engagements.

Zur Konstruktion der Skala wurde (A) die Häufigkeit von Mitgliederversammlungen herangezogen, wobei häufige Mitgliederversammlungen als gute formale Gelegenheitsstrukturen gewertet wurden. Es wurde eine sechsstufige Skala erstellt, bei der 1 für „Mitgliederversammlungen alle 2 Jahre“ steht und somit für geringe Möglichkeiten zum formellen Austausch unter den Mitgliedern und 6 für „monatliche Mitgliederversammlung“ und häufige Möglichkeiten zum Austausch.

Darüber hinaus wurde (B) das Vorhandensein von Strukturen für Vereinsgeselligkeit abgefragt, wie Räumlichkeiten für Veranstaltungen, Organisatoren für Veranstaltungen, Reisen für Mitglieder, finanzielle Zuschüsse für gesellige Veranstaltungen, technische Ausstattung für gesellige Veranstaltungen. Auch hier wurde durch Vergabe von Punkten eine sechsstufige Skala erstellt.

Zuletzt wurden (C) die organisationalen Gelegenheitsstrukturen für freiwilliges Engagement erhoben. Um dies zu quantifizieren wurde auf der Basis der Funktionsträgerangaben die Anzahl der im Verein zur Verfügung stehenden

<sup>22</sup> Alle Skalen wurden auf Werte zwischen 0 und 4 relativiert (nach Brosius, 2002, 763).

Ämter erhoben und auf die Anzahl der Mitglieder umgerechnet. Je mehr Möglichkeiten Vereine ihren Mitgliedern zum Engagement im Rahmen von Ämtern bieten, desto mehr Mitgliedern eröffnen sich Interaktionsmöglichkeiten im Rahmen von freiwilligen Tätigkeiten.<sup>23</sup> Hierbei gehen Vereine, in denen lediglich ein Amt auf 20 und mehr Mitglieder zu vergeben ist, mit dem Wert 1 in die Skala ein und Vereine, in denen ein Amt auf vier und weniger Mitglieder kommt, mit dem Wert 6.

Diese drei sechsstufigen Skalen wurden zu einer Gesamtskala für Gelegenheitsstrukturen zur Interaktion zusammengefasst.<sup>24</sup> Skalenwerte von 1,3 bis 2,5 werden als schlechte Gelegenheitsstrukturen gewertet. Skalenwerte von 2,6 bis 3,0 als mittlere, Werte von 3,1-3,9 als gute und Skalenwerte von 4,0 bis 4,3 als sehr gute Gelegenheitsstrukturen.

Tab. 2: Operationalisierung der Interaktionsmöglichkeiten für die Mitglieder

	<i>M</i>	<i>SD</i>
<p><i>formale Gelegenheitsstrukturen:</i></p> <p>„Wie häufig findet in der Regel die Mitgliederversammlung in Ihrer Organisation statt?“ Daraus sechsstufige Skala zur Häufigkeit von Mitgliederversammlungen (1= alle zwei Jahre, 6=monatlich) gebildet.</p>	2,63	1,31
<p><i>Geselligkeitsstrukturen:</i></p> <p>Freiwillige Vereinigungen gelten auch als Orte von geselligem Miteinander und Zusammensein. Wie ist das in Ihrer Organisation?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Wir besitzen eigene Räumlichkeiten für gesellige Veranstaltungen.</li> <li>- Für gesellige Veranstaltungen werden Räumlichkeiten angemietet.</li> <li>- Es gibt ein Stammlokal, in dem sich die Mitglieder regelmäßig treffen können.</li> <li>- Für die Organisation geselliger Veranstaltungen ist ein spezielles Gremium bzw. eine bestimmte Person zuständig.</li> <li>- Wir organisieren für unsere Mitglieder Reisen.</li> <li>- Wir stellen für Reisen Gelder zur Verfügung</li> <li>- Wir besitzen technische Geräte für Vorträge und sonstige Veranstaltungen.</li> <li>- Für Feste gibt es Zuschüsse von der Organisation.</li> <li>- Sonstiges: (Eintragen)</li> </ul> <p><i>Für jede zutreffende Antwort wurde 1 Punkt vergeben. Daraus konnte wiederum eine sechsstufige Skala zu den Gelegenheitsstrukturen zum informellen Austausch von 1 „sehr schlecht“ bis 6 „sehr gut“ erstellt werden.</i></p>	3,67	1,27

<sup>23</sup> Auf der Grundlage der zur Verfügung stehenden Daten konnte nur die Anzahl der formalen Ämter in Relation zur Mitgliederzahl berechnet werden. Genaue Angaben über die Möglichkeiten zum informellen freiwilligen Engagement lagen nicht vor.

<sup>24</sup> Das Minimum dieser Rohskala lag bei 1,33, das Maximum bei 4,33 Punkten.

Fortsetzung Tab. 2: Operationalisierung der Interaktionsmöglichkeiten für die Mitglieder

	M	SD
<p><i>Gelegenheitsstrukturen für die Übernahme von Ehrenämtern:</i></p> <p>„Bitte tragen sie hier alle Vorstandsämter, Ämter in weiteren Gremien und andere Positionen, die ehrenamtlich von Mitgliedern in ihrem Verein übernommen werden ein.“</p> <p><i>Daraus Berechnung der Anzahl von Mitgliedern, die auf jedes zu vergebende Amt kommen. Aufteilung in sechs gleichgroße Gruppen, um zu einer sechsstufigen Skala zur Anzahl von Ämtern pro Mitglied von 1 „ein Amt auf 20 und mehr Mitglieder“ bis 6 „ein Amt auf 4 und weniger Mitglieder“ zu gelangen.</i></p>	3,50	1,75
Rohskala: N=24, Min 1,33, Max=4,33, M= 3,22, SD=0,733		

### 6.2.2 Operationalisierung der Kompetenzaspekte des „Idealtypus demokratischer Bürger“

Im Folgenden soll die Operationalisierung der einzelnen Aspekte von Bürgerkompetenzen erfolgen, die im „Idealtypus demokratischer Bürger“ zusammengefasst sind (vgl. Abschnitt 4.4, Abb.8). Um noch einmal die im Idealtypus zusammengefassten Aspekte ins Gedächtnis zu rufen, wird an dieser Stelle Abbildung 8 erneut wiedergegeben.

Abb. 8: Bürgerkompetenzen eines „Idealtypus demokratischer Bürger“

		Handlungskompetenzen	Handlungsdispositionen	Partizipation
<b>Bürgerkompetenzen</b>	politisch	<b>D</b>	<b>E</b>	<b>F</b>
		<p><i>Sachkompetenz:</i></p> <p><i>kognitive Kompetenzen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>politisches Fachwissen</li> </ul>	<p><i>Selbstkompetenz</i></p> <p><i>habituelle Dispositionen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Demokratie als Wert (politische Tugend)</li> </ul>	<p><i>politische Partizipation</i></p> <p>z. B. Mitarbeit in Bürgerinitiativen, Parteien</p>
	allgemein	<b>A</b>	<b>B</b>	<b>C</b>
		<p><i>Methodenkompetenz</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Organisationsfähigkeit</li> </ul> <p><i>Sozialkompetenz</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Diskursive Fähigkeiten</li> </ul>	<p><i>Gemeinwohlorientierte Persönlichkeitseigenschaften</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Vertrauen</li> <li>Hilfsbereitschaft</li> <li>Solidarität</li> </ul>	<p><i>soziale Aktivität</i></p> <p>z. B. aktive Mitgliedschaft in zivilgesellschaftlichen Organisationen; freiwilliges Engagement</p>

Im Folgenden wird zunächst die Rohskala vorgestellt, wie sie in die Clusteranalyse zur Typenbildung einbezogen wurde. Darüber hinaus wurden diese Rohskalen jeweils zu einer dreistufigen Skala zusammengefasst, um in Kapitel 7 die Ausprägung der Bürgerkompetenzen in den einzelnen Bürgertypen auch in übersichtlichen Prozentwerten darstellen zu können.

*(A) Allgemeine Handlungskompetenzen*

Zu den allgemeinen Handlungskompetenzen zählen Methoden- und Sozialkompetenzen, die dem Individuum das Handeln in gesellschaftlichen und darüber hinaus auch in politischen Kontexten ermöglichen (vgl. Kapitel 4). Bürger sollten Vorhaben planen, mit Anderen kooperieren und gemeinsame Vorhaben verwirklichen können. Dafür werden neben organisatorischen Fähigkeiten auch Argumentations-, Diskussions- und Konfliktfähigkeiten benötigt. Neun Items aus der Befragung „Sozialkapital und Bürgerkompetenz“ (vgl. Abschnitt 6.1.), die von „trifft überhaupt nicht zu“ (1) bis „trifft voll und ganz zu“ (4) bewertet werden konnten, erfassen die oben genannten Kompetenzaspekte. Die Formulierung der Items erfolgte in Anlehnung an Vortkamp (2003), ZUMA (2002) und Erlach (o. J.). Die folgende Tabelle veranschaulicht die Items, die auf der Grundlage einer Faktorenanalyse (Hauptachsenanalyse) zur Skala „Allgemeine Handlungskompetenz“ zusammengefasst wurden.

Tab. 3: Skala zur allgemeinen Handlungskompetenz der Mitglieder

	M	SD
<i>Antwortmöglichkeiten bei allen Items von „trifft überhaupt nicht zu“ (1) bis „trifft voll und ganz zu“ (4)</i>		
Ich organisiere gerne Aktivitäten im Freundes oder Bekanntenkreis	2,49	1,082
Organisatorische Aufgaben liegen mir nicht (rekodiert) <sup>25</sup>	3,25	,951
Es fällt mir im Allgemeinen schwer, vor einer großen Gruppe zu sprechen (rekodiert)	2,94	1,063
Ich kann meine Meinung auch schriftlich gut in Worte fassen	3,15	,933
Ich halte Konflikte für konstruktiv und gewinnbringend	2,83	,911
Es fällt mir leicht, in meinem Freundeskreis eine Meinung zu vertreten, die nicht der Meinung der Mehrheit entspricht	3,17	,876
Ich schließe mich meistens der Meinung der Mehrheit an (rekodiert)	3,32	,775
Ich finde bei Problemen und Widerständen in der Regel Mittel und Wege mich durchzusetzen	2,80	,781
Mir gelingt es häufiger, andere von meiner Meinung zu überzeugen	2,20	,778
Rohskala: N=803, Min 1,4, Max=4, M= 2,91, SD=0,475, Cronbachs alpha: .66 <sup>26</sup>		

<sup>25</sup> Negativ formulierte Items werden für die Verwendung in der Skala umkodiert. Mittelwerte und Standardabweichungen beziehen sich auf die umkodierten Items.

<sup>26</sup> Bei Cronbachs alpha handelt es sich um einen Koeffizienten, der die interne Konsistenz von Multi-Item-Skalen bestimmt. Er gilt als Standardmethode zur Reliabilitätsbestimmung bei der Skalenbildung. Im Allgemeinen wird in der Literatur angegeben, dass ein Cronbachs alpha von  $\geq .6$  als befriedigendes Ergebnis gilt und ein Wert von  $\geq .70$  als guter Wert. Ein Problem von Cronbachs alpha ist, dass er mit der Anzahl der in der Skala verwendeten Items steigt. Für Skalen, die nur aus 2 Items bestehen, ist es deshalb schwierig ein „befriedigendes“ alpha zu erreichen (vgl. Brosius, 2002; Rammstedt, 2004).

Um die prozentuale Verteilung der allgemeinen Handlungskompetenzen in den einzelnen Bürgertypen deutlich machen zu können, wurde eine dreistufige Skala erstellt. Werte zwischen 1 und 2,4 wurden als geringe Ausprägung von Handlungskompetenzen gewertet. Hoch ausgeprägt sind die Handlungskompetenzen von Mitgliedern mit Werten zwischen 3,1 und 4. Werte zwischen 2,5 und 3 bilden eine mittlere Kategorie.

*(B) Allgemeine Handlungsdispositionen*

Auf der Grundlage der theoretischen Überlegungen in Kapitel 4 wurden für die empirische Analyse der allgemeinen Wertorientierungen die Indikatoren Vertrauen, Solidarität und Hilfsbereitschaft verwendet.

Das generalisierte Vertrauen wurde im Rahmen des Forschungsprojekts zu „Sozialkapital und Bürgerkompetenz“ (vgl. Abschnitt 6.1) mit Hilfe von drei Items auf einer elfstufigen Skala von 0 bis 10 erhoben, bei denen nur die Pole mit einer Aussage gekennzeichnet waren (vgl. Tab. 4). Die Formulierung der Items erfolgte in Anlehnung an den Wohlfahrtssurvey (vgl. ZUMA, 1998). Die drei Items wurden auf Grundlage einer Faktorenanalyse mit Varimax-Rotation zu einer Skala zusammengefasst und mit einer Reliabilitätsanalyse abgesichert.

Tab. 4: Skala zum Vertrauen in andere Menschen

	M	SD
Würden Sie sagen, dass man den meisten Menschen vertrauen kann, oder sollte man lieber vorsichtig sein mit anderen? Antwortmöglichkeiten: „Man kann den meisten Menschen vertrauen“ (10) bis „Man sollte lieber vorsichtig sein mit anderen“ (0).	5,12	2,16
Würden Sie sagen, dass die Leute die meiste Zeit hilfsbereit sind (10) oder nur ihre eigenen Interessen verfolgen (0)?	6,00	2,21
Glauben Sie, dass die die meisten Leute Sie ausnützen würden, falls sie eine Möglichkeit dazu hätten (0), oder versuchen würden, Ihnen gegenüber fair zu sein (10)?	5,18	2,32
Rohskala: N=815, Min 0, Max=10, M= 5,44, SD=1,82, Cronbachs alpha: .75		

Auch hier wurde wieder eine dreistufige Skala erstellt, um die Ausprägung des Vertrauens in den einzelnen Bürgertypen zu verdeutlichen. Werte zwischen 0 und 3.3 wurden zu „geringem Vertrauen“ zusammengefasst, 3.4 bis 6,6 bildet mittleres Vertrauen ab und Mitglieder mit Werten zwischen 6,7 und 10 zeichnen sich durch ein hohes allgemeines Vertrauen aus.

Um die Indikatoren Hilfsbereitschaft und Solidarität bei der empirischen Analyse berücksichtigen zu können, sollen zwei Items (vgl. Vester et al., 2001) aus der Erhebung „Sozialkapital und Bürgerkompetenz“ verwendet werden. Diese Items sollten auf einer vierstufigen Skala von „trifft überhaupt nicht zu“ bis zu „trifft voll und ganz zu“ beantwortet werden (vgl. Tab. 5 und 6).

Die Variablen zur allgemeinen Hilfsbereitschaft und Solidarität der Vereinsmitglieder konnten auf der Grundlage einer Faktorenanalyse einer gemeinsamen Hintergrundvariablen zugeordnet werden, deren schlechte Reliabilitätsanalyse jedoch keine Zusammenfassung in einer Skala erlaubt. Aus diesem Grund gehen Solidarität und Hilfsbereitschaft mit je einem Item getrennt in die Clusteranalyse ein.

Tab. 5.: Item zur allgemeinen Hilfsbereitschaft der Mitglieder

	M	SD
Ich helfe einem Freund auch dann, wenn ich dadurch Unannehmlichkeiten bekomme.	3,01	,82

Tab. 6.: Item zur Solidarität der Mitglieder mit anderen Menschen

	M	SD
Ich bin jederzeit bereit mich für andere einzusetzen, wenn mich das Anliegen überzeugt.	3,40	,76

Um auch Hilfsbereitschaft und Solidarität in einer dreistufigen Skala darstellen zu können, wurden die Werte 1 und 2 zur Kategorie „geringe Hilfsbereitschaft bzw. Solidarität“ zusammengefasst.

### (C) Gesellschaftliche Partizipation

Bestandteil allgemeiner gesellschaftlicher Partizipation ist die aktive Mitgliedschaft in Vereinen und das freiwillige Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in Vereinen (vgl. Abschnitt 4.4.1).

Um die gesellschaftliche Partizipation empirisch zu erfassen, wird zum einen die aktive Mitgliedschaft, zum anderen das freiwillige Engagement in dem Verein, in dem die Befragung durchgeführt wurde, einbezogen. Darüber hinaus sollen (aktive) Mitgliedschaften in anderen Vereinen bei der Analyse berücksichtigt werden<sup>27</sup>

Die Skala zur allgemeinen Aktivität im Verein setzt sich aus zwei Fragen zusammen, die wie in Tab. 7 dargestellt zusammengefasst wurden.

<sup>27</sup> Es muss nicht zwangsläufig ein Unterschied zwischen aktiver Mitgliedschaft und freiwilligem Engagement bestehen, denn in karitativen Vereinen kann eine aktive Mitgliedschaft mit freiwilligem Engagement gleichgesetzt werden. Allerdings kann beispielsweise in Sportvereinen eine aktive Mitgliedschaft bestehen (also rege Teilnahme am Angebot des Vereins) ohne dass das Mitglied auch freiwillig engagiert ist. Aus diesem Grund wird zwischen aktiver Mitgliedschaft und freiwilligem Engagement unterschieden (vgl. auch Abschnitt 5.1.2 und Gensicke et al., 2005).

Tab. 7: Skala zur Aktivität im Verein

	M	SD
Würden Sie sich eher als „passives“ oder „aktives“ Mitglied bezeichnen? (von 0 = passiv bis 10 = aktiv).	5,10	3,19
„Wie viel Zeit verbringen sie insgesamt in Ihrem und für ihren Verein?“ <sup>28</sup>	5,93	3,25

Skala: N = 753, M = 5,52, SD = 2,91, Min = 0, Max = 10; Cronbachs  $\alpha$  = .77

Auch hier wurde eine dreistufige Skala gebildet. Bei Mitgliedern mit Werten zwischen 0 und 3,3 handelt es sich eher um passive Mitglieder. Mitglieder mit Werten zwischen 3,4 und 6,6 zeichnen sich durch eine mittlere Vereinsaktivität aus und Mitglieder mit Mittelwerten zwischen 6,7 und 10 sind in ihrem Verein sehr aktiv.

Inwiefern sich die Mitglieder in ihrem Verein freiwillig engagieren, wurde wie in Tab. 8 dargestellt erhoben.

Tab. 8: Skala zum freiwilligen Engagement im Verein.

	M	SD
„Wir interessieren uns dafür, ob Sie sich in Ihrem oder für Ihren Verein freiwillig engagieren. Gemeint sind freiwillig übernommene Tätigkeiten, die man unbezahlt oder gegen geringe Aufwandsentschädigung ausübt, z.B. Mitarbeit bei Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit oder die Übernahme von Ämtern. Üben Sie in diesem Sinne gegenwärtig eine oder mehrere der folgenden Tätigkeiten in Ihrem oder für Ihren Verein aus?“ <sup>29</sup>		
„Wie viel Zeit widmen Sie monatlich Ihrem freiwilligen Engagement in Ihrem oder für Ihren Verein? Schätzen sie ggf. bitte.“		
Daraus wurde eine Skala entwickelt: fe4_4g: 0=kein freiwilliges Engagement, 1=Engagement bis zu einer Stunde pro Woche, 2= Engagement bis zu 2,5 Stunden pro Woche, 3=Engagement bis zu 5 Stunden pro Woche, 4=Engagement über 5 Stunden/Woche	1,36	1,299

Die ursprünglich fünfstufige Skala wurde so zusammengefasst, dass Engagement bis zu 2,5 Stunden in der Woche als mittleres Engagement gewertet wurde und Engagement über 2,5 Stunden als hohes Engagement. Die Nicht-Engagierten bilden auch in der dreistufigen Skala eine eigene Gruppe.

<sup>28</sup> Auf der Grundlage der angegebenen Stundenzahl wurde eine elfstufige Skala nach Perzentilen erstellt: 0=0 Stunden, 1= bis zu 1,7 Stunden, 2=bis zu 3 Stunden, 3= bis zu 5 Stunden, 4= bis zu 9 Stunden, 5= bis zu 10 Stunden, 6= bis zu 14 Stunden, 7= bis zu 18 Stunden, 8= bis zu 24 Stunden, 9= bis zu 36 Stunden, 10= 37 Stunden und mehr.

<sup>29</sup> Als Antwortmöglichkeiten stand eine umfangreiche Liste mit unterschiedlichen Tätigkeiten zur Auswahl (vgl. BMFSFJ, 2000): Geld sammeln/ Mittelbeschaffung (Fundraising), Arbeit im Vorstand, Büro- und Verwaltungsarbeit, Beratung, Öffentlichkeitsarbeit, Lehren und Ausbilden, pädagogische Betreuung oder Anleitung einer Gruppe, Transport-/ Fahrleistungen, Wartung oder Pflege von Anlagen/ Einrichtungen, Betreuung und Pflege von Personen, Unterstützung bei Vereinsveranstaltungen, Organisation und Durchführung von Treffen oder Veranstaltungen, Interessenvertretung und Mitsprache, Sonstiges (mit Möglichkeit zur Präzisierung) und als Filterfrage am Ende konnte angegeben werden: „Ich bin in meinem Verein nicht freiwillig engagiert“.

Die Skala zur allgemeinen gesellschaftlichen Aktivität in anderen Vereinen wurde ebenfalls über zwei Fragen erhoben, die zu einer Skala zusammengefasst wurden (vgl. Tab. 9).

Tab. 9: Skala zur Aktivität in anderen Vereinen

	M	SD
Neben der Mitgliedschaft in dem Verein, um den es in dieser Befragung geht: Beteiligen Sie sich derzeit auch aktiv in einer oder mehreren anderen freiwilligen Vereinigungen, d.h. Vereinen, Initiativen oder anderen Zusammenschlüssen? Bitte kreuzen Sie an, an welchen der genannten Bereiche Sie sich aktiv beteiligen.	1,25	1,11
<i>Antwortmöglichkeiten: Sport und Bewegung, Kultur und Musik, Freizeit und Geselligkeit, Umwelt, Soziales und Gesundheit, Politik, Religion, Berufsvereinigung, Ich beteilige mich in keiner Vereinigung aktiv.</i>		
Daraus wurde die Skala "Aktivität in anderen Vereinen" entwickelt: 0= keine weiteren Mitgliedschaften, 1= weitere Mitgliedschaften ohne Aktivität, 2= weitere aktive Mitgliedschaften in einem der oben genannten Bereiche, 3= weitere aktive Mitgliedschaften in mehreren der oben genannten Bereiche		

Um auch diese Skala zur besseren Vergleichbarkeit der Bürgerkompetenzen in den einzelnen Bürgertypen dreistufig darstellen zu können, wurden die Kategorien 0 und 1 zusammengefasst und stehen nun für „keine weitere Vereinsaktivität“.

#### *(D) Politische Kompetenzen*

Bestandteil politischer Bürgerkompetenzen ist das Wissen über politische Vorgänge und Inhalte. Dieses wurde in der schriftlichen Mitgliederbefragung über die subjektive Selbsteinschätzung des eigenen politischen Wissens in Anlehnung an Erlach (o. J.) und Verba et al. (2002) erfasst. Die Items konnten wieder von „trifft überhaupt nicht zu“ (1) bis „trifft voll und ganz zu“ (4) beantwortet werden.

Tab. 10: Skala Politisches Wissen

	M	SD
Ich habe einen ziemlich guten Einblick in die wichtigsten Probleme, denen die Bundesrepublik gegenübersteht.	2,68	,890
Die meisten Leute sind besser über Politik informiert als ich (rekodiert).	2,03	,883
Rohskala: N=818, Min= 1,00, Max=4,00, M=2,82, SD=.75, Cronbachs alpha=.61		

Die zwei Variablen wurden zu einer Skala „politisches Wissen“ zusammengefasst. Werte zwischen 1 und 2,4 gelten als eine geringe Ausprägung von Sachkompetenz. Werte zwischen 2,5 und 3 gelten als mittleres politisches Wissen und Werte zwischen 3,1 und 4 als hoch ausgeprägtes politisches Wissen.

*(E) Politische Wertorientierungen*

Im Rahmen der Untersuchung zu „Sozialkapital und Bürgerkompetenz“ wurde das politische Interesse der Mitglieder erhoben. Dieses soll in dieser Untersuchung als Indikator für eine positive Einstellung gegenüber politischen Prozessen verwendet werden. Die Operationalisierung erfolgte in Anlehnung an die allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS, vgl. ZUMA, 2002) sowie in Eigenkonstruktion.

Auf der Grundlage einer Faktorenanalyse (Hauptkomponentenanalyse mit Varimax Rotation) wurden drei Items (vgl. Tab. 11) zu einer Skala „politisches Interesse“ und zwei Items zu einer Skala „Politikverdrossenheit“ (vgl. Tab. 12) zusammengefasst.

Tab. 11.: Skala zum politischen Interesse

	M	SD
Wie sehr interessieren Sie sich – ganz allgemein gesprochen – für Politik? <i>Antwortmöglichkeiten von „gar nicht“ (1) bis „sehr stark“ (4)</i>	3,10	,81
Für mich gibt es wichtigere Dinge, als mich um Politik zu kümmern (rekodiert).	2,92	1,20
Politik langweilt mich (rekodiert) 1 „Trifft voll und ganz zu“ bis 4 „trifft überhaupt nicht zu“	3,25	,93
Rohskala: N=666, Min= 1, Max= 4, M=3,07 SD=,77, cronbachs alpha=.72		

Die positive Einstellung gegenüber der Politik über die beiden Items zur Politikverdrossenheit wurden in Anlehnung an Vester (vgl. Vester et al., 2001) abgefragt. Auch hier konnte wieder von trifft überhaupt nicht zu (1) bis trifft voll und ganz zu (4) abgestuft werden.

Tab. 12.: Skala zur Politikverdrossenheit

	M	SD
Politiker können versprechen was sie wollen, ich glaube ihnen nicht.	2,96	,91
Es ist egal, welche Partei man wählt, ändern wird sich doch nichts.	2,45	1,13
Rohskala: N=810, Min= 1, Max= 4, M=2,71, SD=,87, cronbachs alpha=.60		

Für die Erstellung der dreistufigen Skalen stehen Skalenwerte von 1 bis 2,4 für ein geringes politisches Interesse bzw. geringe Politikverdrossenheit und Mitglieder mit Werten zwischen 3,1 und 4,0 zeichnen sich durch ein hohes politisches Interesse bzw. hohe Politikverdrossenheit aus.

*(F) Politische Partizipation*

Die Skala zur politischen Partizipation wurde aus der Standardfrage zur Wahlbeteiligung (vgl. Brady et al., 1995) und dichotomen Items zur Beteiligung an politischen Protestformen generiert. Für die Erstellung der Gesamtskala „politische Partizipation“ wurden die Antworten zur Wahlbeteiligung ebenfalls dichotomisiert, indem die Antworten „habe an den meisten Wahlen teilgenommen“ bzw. „habe bei allen Wahlen gewählt“ zusammengefasst wurden. Auch die Beteiligung „bei gar keiner“ und „bei sehr wenigen“ Wahlen wurde zusammengefasst. Für die Beteiligung an politischen Protestformen wurden Punkte vergeben (vgl. Tab. 13). Insgesamt konnten 10 Punkte erreicht werden.

Tab. 13.: Skala zur politischen Partizipation

Wenn Sie an die Bundestags- und Landtagswahlen seit der Wiedervereinigung 1990 denken, haben Sie dann bei allen gewählt, bei den meisten, bei sehr wenigen oder bei gar keiner? (vgl. Verba et al., 1995)	<i>gar keiner /sehr wenigen</i>	<i>den meisten/ allen</i>
	(0 Punkte)	(1 Punkt)
Wenn Sie politisch in einer Sache Einfluss nehmen wollten, welche der folgenden Möglichkeiten haben Sie bisher genutzt?	nein	ja
meine Meinung offensiv vertreten (z.B. im Bekanntenkreis und am Arbeitsplatz)	0 Punkte	1 Punkt
Teilnahme an öffentlichen Diskussionen (z.B. auf Versammlungen) (doppelt gewichtet nach Expertenrating)	0 Punkte	2 Punkte
Mitarbeit in einer Partei bzw. Bürgerinitiative (dreifach gewichtet nach Expertenrating)	0 Punkte	3 Punkte
Beteiligung an Demonstrationen bzw. Unterschriftensammlungen (doppelt gewichtet nach Expertenrating)	0 Punkte	2 Punkte
Beteiligung an Diskussionsforen im Internet, Schreiben von Leserbriefen	0 Punkte	1 Punkt
Skala: N = 816, M = 4.00, SD = 2.45, Min = 0.0, Max = 10.0		

Für die Erstellung der dreistufigen Skala wurde die Rohskala zusammengefasst: Bei 0-2 Punkten partizipieren die Mitglieder nur wenig an politischen Abläufen, bei 3-5 Punkten weist das Mitglied eine mittlere politische Beteiligung auf und bei 6-10 Punkten wurde die politische Partizipation als hoch ausgeprägt gewertet.

*6.2.3 Operationalisierung soziodemographischer Merkmale*

Um die verschiedenen Bürgertypen auf soziodemographische Besonderheiten untersuchen zu können, werden auch einige soziodemographische Merkmale berücksichtigt.

So wird nicht nur zwischen den Befragungsorten Münster und Potsdam differenziert, sondern es werden auch Männer und Frauen gegenübergestellt.

Darüber hinaus werden drei Altersgruppen unterschieden: 18 bis 40-jährige, 41 bis 60-jährige und 60 bis 87-jährige Mitglieder<sup>30</sup>.

Der Bildungsstand wurde mit der Frage: „Welchen höchsten berufsqualifizierenden Abschluss haben Sie?“ in Anlehnung an Baur und Braun (2003) abgefragt. Einen Überblick über die verschiedenen Antwortmöglichkeiten gibt Tabelle 14. Die Antworten wurden zu fünf Gruppen zusammengefasst.

Tab. 14: Skala zum höchsten erreichten Bildungsabschluss.

	„Welchen höchsten berufsqualifizierenden Abschluss haben Sie?“
Keinen Abschluss/ Hauptschule	Keinen Schulabschluss, Hauptschulabschluss/ Polytechnische Oberschule 8. bzw. 9. Klasse ohne berufliche Ausbildung, Hauptschulabschluss/ Polytechnischen Oberschule 8. bzw. 9. Klasse und berufliche Ausbildung
Mittlere Reife	Mittlere Reife/ Polytechnische Oberschule 10 Klasse ohne berufliche Ausbildung, Mittlere Reife/ Polytechnische Oberschule und berufliche Ausbildung
Abitur	Abitur/ Fachhochschulreife ohne berufliche Ausbildung, Abitur/ Fachhochschulreife mit berufliche Ausbildung
FH	Fachhochschulabschluss,
Universität	Universitätsabschluss

Neben dem Bildungsabschluss hat auch das Berufsprestige einen Einfluss auf das gesellschaftliche Ansehen einer Person. Daher wird auch der berufliche Status der Mitglieder berücksichtigt. Dieser wurde in Anlehnung an Hoffmeyer-Zlotnik (1998) durch die Abfrage der beruflichen Stellung erhoben, wodurch die berufliche Handlungsautonomie der Mitglieder bestimmt werden konnte. Einen Überblick über die Frage zur beruflichen Stellung gibt Tab. 15.

Tab. 15: Frage zur beruflichen Stellung (nach Hoffmeyer-Zlotnik, 1998).

In welcher beruflichen Stellung sind Sie tätig? Falls Sie nicht mehr berufstätig sind, geben Sie bitte Ihre letzte berufliche Stellung an.
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Landwirt/in</li> <li>• Mithelfende/r Familienangehörige/r</li> </ul>
Akademiker/in in freiem Beruf (z.B. Arzt, Anwalt)
<ul style="list-style-type: none"> <li>• allein oder mit einem Mitarbeiter</li> <li>• mit 2-9 Mitarbeitern</li> <li>• mit 10 oder mehr Mitarbeitern</li> </ul>

<sup>30</sup> Das Alter der Mitglieder wurde über das Geburtsjahr der Mitglieder erhoben und dann in eine Skala zusammengefasst.

---

Fortsetzung Tab. 15: Frage zur beruflichen Stellung (nach Hoffmeyer-Zlotnik, 1998).

---

*In welcher beruflichen Stellung sind Sie tätig? Falls Sie nicht mehr berufstätig sind, geben Sie bitte Ihre letzte berufliche Stellung an.*

---

Selbstständige/r in Handel, Gewerbe, Handwerk, Industrie, Dienstleistungen usw.

- Industrie- und Werkmeister/in im Angestelltenverhältnis
- allein oder mit einem Mitarbeiter
- mit 2-9 Mitarbeitern
- mit 10 oder mehr Mitarbeitern

Beamter/in, Berufssoldat/in

- im einfachen Dienst
- im mittleren Dienst
- im gehobenen Dienst
- im höheren Dienst

Angestellte/r

- mit einfacher Tätigkeit, die nach Anweisung erledigt wird (z.B. Verkäufer/in, Stenotypist/in)
- mit schwierigen Aufgaben, die nach allgemeiner Anweisung selbstständig erledigt werden (z.B. Sachbearbeiter/in, Buchhalter/in, technische/r Zeichner/in)
- mit selbstständiger Leistung in verantwortlicher Tätigkeit oder mit begrenzter Verantwortung für die Tätigkeit anderer (z.B. wiss. Mitarbeiter/in, Prokurist/in, Abteilungsleiter/in)
- mit umfassenden Führungsaufgaben (z.B. Direktor/in, Geschäftsführer/in)

Arbeiter/in

- ungelernt/ angelernt
  - Facharbeiter/in
  - Vorarbeiter/in, Kolonnenführer/in,
  - Meister/in, Polier/in
  - Ich war (noch) nicht berufstätig
- 

Einen Überblick über die Transformation von beruflicher Stellung in die zunächst fünfstufige Skala „Berufsautonomie“ liefert Tab. 16.

Tab. 16: Transformation der beruflichen Stellung in die Skala „Berufsautonomie“ (nach Hoffmeyer-Zlotnik, 1998).

	„In welcher beruflichen Stellung waren bzw. sind Sie tätig?“ <sup>31</sup>			
	Selbständige	Beamte	Angestellte	Arbeiter
<i>sehr niedrig</i>				Un- und angelernte Arbeiter
<i>niedrig</i>	Landwirte	Einfacher Dienst	Einfache Tätigkeit wird nach Anweisung erledigt	Facharbeiter
<i>mittel</i>	Mit einem Mitarbeiter	mittlerer Dienst	Tätigkeit wird nach Anweisung selbständig erledigt	Vorarbeiter, Kolonnenführer
<i>hoch</i>	Mit 2-9 Mitarbeitern	Gehobener Dienst	Mit selbständiger Leitung in verantwortlicher Tätigkeit; Industrie- und Werkmeister	Meister, Poliere
<i>sehr hoch</i>	Mit mehr als 10 Mitarbeitern	Höherer Dienst	Mit umfassenden Führungsaufgaben	

Aufgrund der geringen Fallzahl in der Ausprägung „sehr geringe Berufsautonomie“ (N=5) wurde die ursprünglich fünfstufige Skala zu einer vierstufigen Skala zusammengefasst. Die endgültige Skala zur beruflichen Autonomie lautet somit niedrig (1; N = 46), mittel (2; N = 215), hoch (3; N =254) und sehr hoch (4; N = 82).

Darüber hinaus wurde das Haushaltsnettoeinkommen auf einer 15-stufigen Einkommensskala sowie die Haushaltskonstellation abgefragt, um auf dieser Grundlage das Äquivalenzeinkommen berechnen zu können (zur Abfrage des Haushaltsnettoeinkommens vgl. Tab. 17). Hierbei wird das zur Verfügung stehende Einkommen auf die Haushaltsmitglieder umgerechnet. Eine erwachsene Person pro Haushalt wird mit dem Faktor 1 gewichtet, jede weitere Person im Haushalt ab 14 Jahren wird mit dem Faktor 0,5 gewichtet, und jedes Kind unter 14 Jahren mit dem Faktor 0,3. Ausgehend von dem mittleren Wert der jeweiligen Einkommensklasse wurde dieser durch die Summe der jeweiligen Gewichtung der Haushaltsmitglieder geteilt. Eine Familie bestehend aus beiden Elternteilen und einem Kleinkind mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 1600 Euro hätte sich also in der Stufe 5 der Einkommensskala eingruppiert. Zur Berechnung des Äquivalenzeinkommens wird der mittlere Wert zwischen 1500 und 1750 herangezogen, in diesem Fall 1625

<sup>31</sup> Mithelfende Familienangehörige wurden der Kategorie mittlere berufliche Autonomie zugerechnet.

Euro.<sup>32</sup> Dieser Wert wird durch die Summe aus 1 (für den ersten Erwachsenen), 0,5 (für den zweiten Erwachsenen) und 0,3 für das Kind (insgesamt also durch 1,8) geteilt. Dies ergibt für diese Familie ein Äquivalenzeinkommen von 902,77 Euro.

Das Äquivalenzeinkommen wurde zu einer vierstufigen Skala zusammengefasst. Einkommen unter 955€ werden als niedriges Einkommen gewertet, Einkommen bis 1303€ als mittleres, bis 1757 als hohes und alle darüber liegenden Äquivalenzeinkommen werden als hohes Einkommen gewertet. Die Beispielfamilie gehört somit zur Gruppe mit einem geringen Einkommen.

*Tab. 17: Abfrage des Haushaltsnettoeinkommens.*

---

*Bitte geben Sie die Summe an, die nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge verbleibt. Auch Renten, Pensionen, Unterhaltszahlungen, Mieteinnahmen, Kindergeld u. ä. zählen zum Haushaltseinkommen.*

(1) unter 750 €, (2) 750 bis unter 1000 €, (3) 1000 bis unter 1250 €, (4) 1250 bis unter 1500 €; (5) 1500 bis unter 1750 €, (6) 1750 bis unter 2000 €, (7) 2000 bis unter 2250 €, (8) 2250 bis unter 2500 €, (9) 2500 bis unter 2750 €, (10) 2750 bis unter 3000 €, (11) 3000 bis unter 3250 €, (12) 3250 bis unter 3500 €, (13) 3500 bis unter 3750 €, (14) 3750 bis unter 4000 €, (15) über 4000 €.

---

Zuletzt wurde auch die Mitgliedschaftsdauer der Mitglieder mit der Frage „In welchem Jahr sind Sie in Ihren Verein eingetreten? Wenn Sie es nicht genau wissen, schätzen Sie bitte“ abgefragt.

## 6.3 Auswertungsverfahren

Die Analyse der Bürgerkompetenzen der Vereinsmitglieder erfolgt auf der Grundlage einer Typenbildung. Im Folgenden soll die Auswahl der statistischen Verfahren begründet und die Typenbildung transparent gemacht werden.

### 6.3.1 Bildung von Realtypen

Mit Hilfe der in Abschnitt 6.1 vorgestellten Skalen und Items sollen die befragten Vereinsmitglieder zu Gruppen zusammengefasst werden. Ziel dieser Typenbildung ist es, Mitglieder, die sich hinsichtlich ihrer Bürgerkompetenzen möglichst ähnlich sind, in einer Gruppe zusammenzuführen, die sich möglichst stark von anderen Mitgliedergruppen unterscheidet. Die Bildung der Realtypen

---

<sup>32</sup> Dieses Vorgehen hat natürlich Verzerrungen von bis zu 125 Euro bei der Berechnung des Äquivalenzeinkommens zur Folge. Da diese Abweichungen jedoch sowohl nach unten als auch nach oben auftreten können, ist letztendlich in der Gesamtstichprobe ein etwa ausgeglichenes Verhältnis zu erwarten.

erfolgt auf der Grundlage von Clusteranalysen mit Hilfe von SPSS. Clusteranalysen sind für diese explorativ angelegte Untersuchung besonders geeignet, da es sich um ein klassifizierendes, strukturentdeckendes Verfahren und nicht um ein Verfahren zur Hypothesenprüfung handelt. Da Clusteranalysen, je nach dem zu Grunde gelegten Proximitätsmaß, dem Fusionierungsalgorithmus und der gewählten Anzahl der Cluster zu unterschiedlichen Clusterlösungen gelangen, werden im Folgenden unterschiedliche Verfahren kombiniert, um die Clusterzuordnungen abzusichern (vgl. Backhaus et al., 2006).

Um die Mitglieder der Vereine zu Bürgertypen zusammen zu fassen, wird zunächst das hierarchisch agglomerative Verfahren<sup>33</sup> nach Ward verwendet, da es im Vergleich zu anderen Fusionierungsalgorithmen in der Regel zu sehr verlässlichen Clusterlösungen findet (vgl. Backhaus et al., 2006, 528). Ein weiterer Vorteil der Ward-Methode ist, dass sie weder zur Kettenbildung und somit zur Identifikation eines großen Clusters, noch zur Differenzierung in zu viele kleine Cluster neigt.

Das Ward-Verfahren führt nur dann zu verlässlichen Ergebnissen, wenn Ausreißer im Vorfeld der Clusteranalyse eliminiert werden. Bei Ausreißern handelt es sich um solche Fälle in der Stichprobe, die bezüglich ihrer Merkmalsausprägungen den anderen Fällen sehr wenig ähneln und somit sehr schwer einem Cluster zuzuordnen sind. Deshalb wurde als erstes eine Clusteranalyse nach dem Single-Linkage-Verfahren durchgeführt, um Ausreißer zu identifizieren und aus der weiteren Analyse ausschließen zu können.

Da die Ward-Methode darüber hinaus die Verwendung Euklidischer Distanzen als Proximitätsmaß voraussetzt, müssen die in die Clusteranalyse einbezogenen Skalen und Items zunächst standardisiert werden, damit den Berechnungen vergleichbare Maßeinheiten zu Grunde liegen. Darüber hinaus müssen die Variablen mindestens Intervallskalenniveau aufweisen. Es ist ein übliches Vorgehen bei Daten, die auf Ratingskalen basieren, von einem Intervallskalenniveau auszugehen. Die Daten sollten normalverteilt sein, was bei schwach gestuften Ratingskalen oftmals nicht der Fall ist. Bortz und Döring (2002) weisen jedoch darauf hin, dass sich die Forderung nach Normalverteilung bei Stichproben mit mehr als 30 Fällen erübrigt (vgl. Bortz & Döring, 2002, 217). Aus diesem Grund soll im Folgenden auf die Durchführung eines Tests auf Normalverteilung verzichtet werden.

---

<sup>33</sup> Bei hierarchisch agglomerativen Verfahren wird die Clusteranalyse mit einer Anzahl von Clustern begonnen, die der Zahl der in die Analyse einbezogenen Fälle entspricht. Sukzessive werden die Fälle zu Gruppen zusammengefasst, bis nach dem letzten Agglomerationschritt alle Fälle in einem Cluster zusammengefasst sind.

Die Ergebnisse der Clusteranalyse nach Ward werden in einem weiteren Schritt durch das partitionierende Verfahren der Clusterzentrenanalyse (k-means-Methode) abgesichert (vgl. Backhaus et al., 2006; Wiedenbeck & Züll, 2001).

Das methodische Vorgehen für die Bildung der Bürgertypen gliedert sich also in folgende Schritte.

1. Standardisierung der Daten
2. Eliminierung von Ausreißern durch das Single-Linkage-Verfahren
3. Clusteranalyse nach Ward
4. Überprüfung der Ergebnisse durch Clusterzentrenanalyse

### *Standardisierung der Daten*

In der folgenden Tabelle werden zunächst die nicht standardisierten Kennwerte der für die Operationalisierung des „Idealtypus demokratischer Bürger“ verwendeten Skalen und Items dargestellt (vgl. Tab. 18).

*Tab. 18: Deskriptive Statistik der verwendeten Skalen und Items (N=667, da listenweiser Fallauschluss)*

	Min	Max	M	SD	Schiefe	Exzess
Allgemeine Handlungskompetenzen	1	4	2,93	0,46	-,353	-,015
Allgemeine Wertorientierungen						
- Vertrauen	0	10	5,43	1,76	-,257	,005
- Hilfsbereitschaft	1	4	3,01	0,79	-,477	-,229
- Solidarität	1	4	3,38	0,75	-1,031	,482
Gesellschaftliche Beteiligung						
- Vereinsaktivität	0	10	5,53	2,95	-,306	-1,037
- Aktive Mitgliedschaften	0	3	1,28	1,11	,059	-1,456
- Freiwilliges Engagement	0	4	1,39	1,28	,532	-,831
Politische Kompetenzen	1	4	2,87	0,73	-,290	-,440
Politische Wertorientierungen						
- Politisches Interesse	1	4	3,11	,73	-,649	-,278
- Politikverdrossenheit	1	4	2,68	,86	,008	-,942
Politische Partizipation	0	10	3,69	2,37	,939	,142

Aus Tabelle 18 gehen die unterschiedlichen Skalierungen der verwendeten Skalen und Items hervor. Unterschiedliche Skalierungen der Variablen führen bei Clusteranalysen zu einer Verzerrung in der Distanzmatrix und somit zu verzerrten Proximitätsmaßen. Um eine Vergleichbarkeit der Daten zu gewähr-

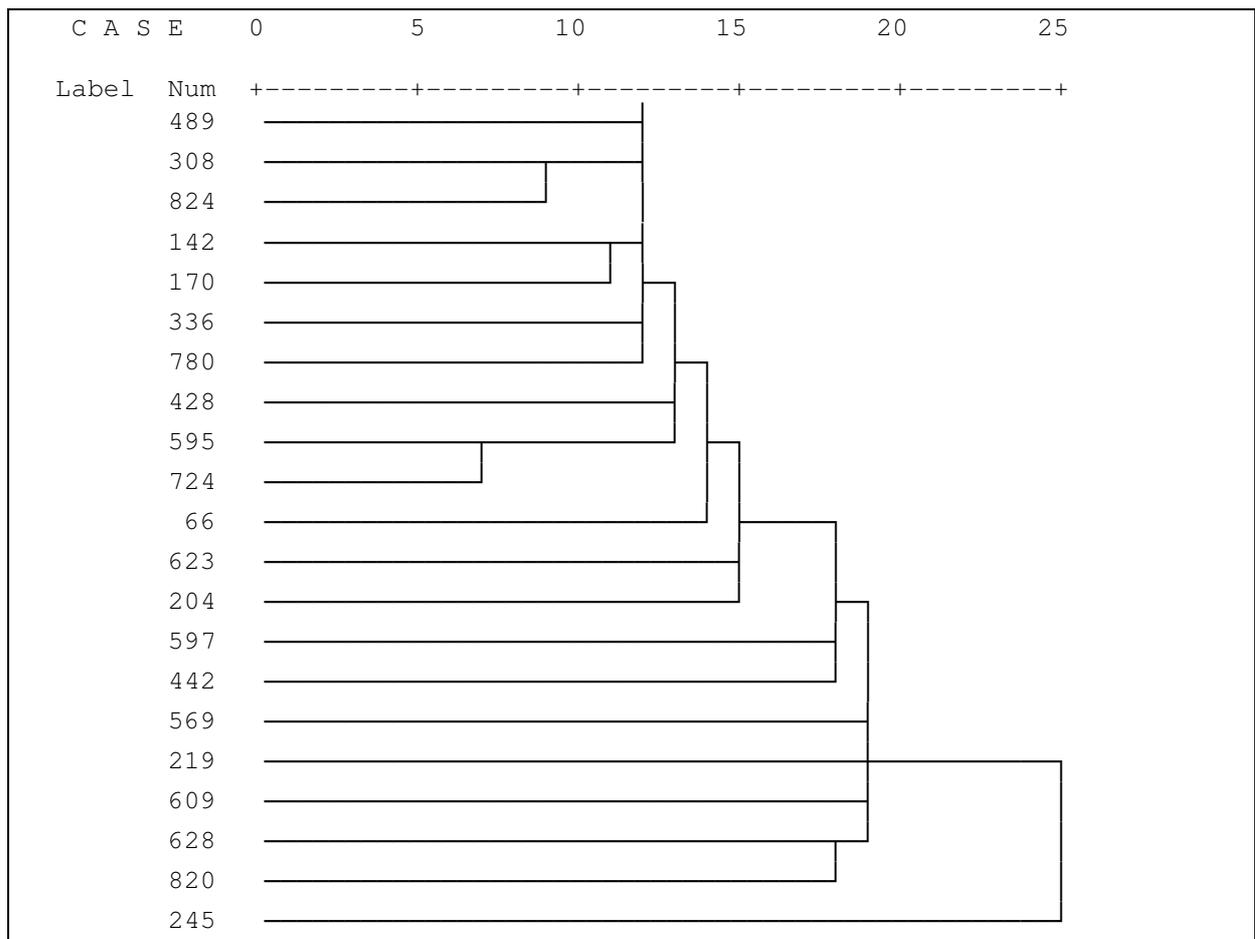
leisten, wird eine z-Standardisierung durchgeführt. Dadurch wird erreicht, dass alle Variablen einen Mittelwert von Null und eine Varianz von 1 aufweisen.

#### *Eliminierung von Ausreißern durch das Single-Linkage-Verfahren*

Durch die Anwendung des Single-Linkage-Verfahrens sollen Mitglieder mit extremem Antwortverhalten identifiziert werden. Einzelne Mitglieder, die sich in ihren Antworten von allen anderen Mitgliedern unterscheiden, erschweren eine sinnvolle Clusterzuordnung und sollen deshalb von der Typenbildung ausgeschlossen werden. Aufgrund der Tendenz des Single-Linkage-Algorithmus, möglichst viele Fälle in großen Gruppen zusammenzufassen (Kettenbildung), lassen sich Ausreißer mit diesem Verfahren identifizieren, da sie als letztes in das Cluster einbezogen werden.

Um die Ausreißer mit Hilfe des Single-Linkage-Verfahrens identifizieren zu können, wurde das Dendrogramm – also die graphische Darstellung des Fusionierungsprozesses – herangezogen. Das Dendrogramm macht auf einer normierten Skala von 0-25 die Heterogenitätsentwicklung bei den einzelnen Fusionierungsschritten deutlich. Sprunghafte Anstiege des Heterogenitätsmaßes am unteren Ende des Dendrogramm deuten auf Ausreißer in der Stichprobe hin. Abb. 10 zeigt die Zuordnung der letzten Mitglieder am unteren Ende des Dendrogramms nach der Durchführung einer Clusteranalyse mit dem Single-Linkage-Verfahren (vgl. Abb. 10).

Abb. 10: Dendrogramm (Ausschnitt) aus der hierarchischen Clusteranalyse (nach dem Single-Linkage-Verfahren<sup>34</sup>) zur Identifikation von Ausreißern.



Das Dendrogramm zeigt zwei sprunghafte Anstiege in der Heterogenitätsentwicklung. Der erste Anstieg beginnt mit Fall 597. Es findet ein Anstieg des Heterogenitätsmaßes von 15 auf 18 statt. Der zweite Anstieg betrifft Mitglied 245, bei dem das Heterogenitätsmaß von 19 auf 25 ansteigt (vgl. Abb. 10).

Betrachtet man das Mitglied 245 hinsichtlich seiner Merkmalsausprägungen genauer, wird deutlich, dass es bei sieben von elf Variablen Extremwerte aufweist. Das bedeutet, dass dieses Mitglied dazu neigt, Items entweder als immer zutreffend oder als überhaupt nicht zutreffend zu bewerten. Dieser Fall wird aus der Clusteranalyse ausgeschlossen.

Werden die anderen Fälle nach dem ersten kleineren Anstieg (beginnend mit Fallnummer 597) betrachtet, so treten auch dort Extremwerte im Antwortverhalten auf, jedoch deutlich seltener. Um die Zahl der Fälle nicht unnötig zu reduzieren, werden diese Mitglieder nicht von der Clusteranalyse ausge-

<sup>34</sup> Als Verfahren zur Distanzbestimmung wurde der quadrierte Euklidische Abstand gewählt. Die quadrierte Euklidische Distanz misst die Unähnlichkeit zweier Fälle durch die Bildung der Summe der quadrierten Differenzen zwischen den Variablenwerten dieser beiden Fälle (vgl. Brosius & Brosius, 1995, 865).

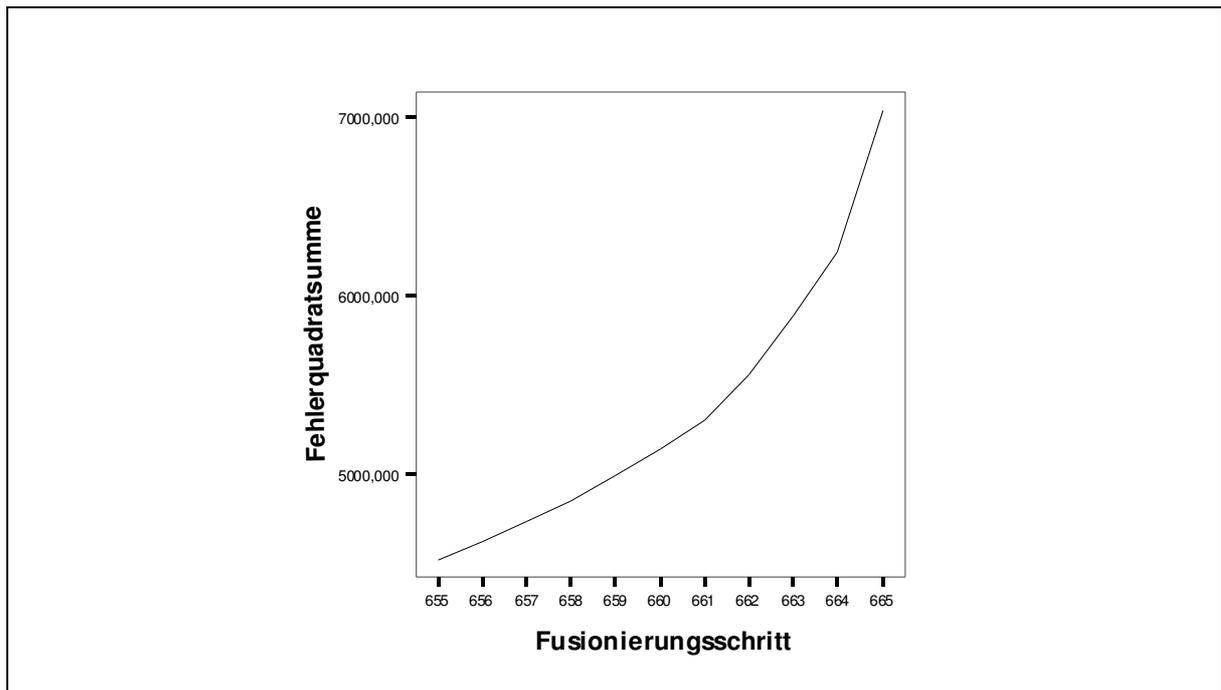
schlossen. Die Stichprobe für die Clusteranalyse besteht somit aus insgesamt 666 Mitgliedern.

### *Clusteranalyse nach Ward*

Das Ward-Verfahren unterscheidet sich von anderen Cluster-Methoden dadurch, dass nicht diejenigen Fälle zu Gruppen zusammengefasst werden, die die geringste Distanz aufweisen, sondern es werden die Fälle zu Gruppen zusammengefasst, die die Varianz in der Gruppe am wenigsten erhöhen. Als Varianzkriterium wird die Fehlerquadratsumme berechnet (zur Berechnung der Fehlerquadratsumme vgl. Backhaus et al., 2006). Als Proximitätsmaß wird die quadrierte euklidische Distanz verwendet, da die Ward-Methode die Verwendung von Distanzmaßen voraussetzt.

Zur Interpretation der Ergebnisse wird in diesem Fall die Zuordnungsübersicht herangezogen, da Dendrogramme bei größeren Stichproben äußerst unübersichtlich werden. Die Zuordnungsübersicht gibt für jeden Fusionierungsschritt den Anstieg der Fehlerquadratsumme an. Zu Beginn der Agglomeration nimmt die Heterogenität der Gruppen, und somit das Varianzkriterium, nur sehr langsam zu. Je mehr Mitglieder in einer Gruppe zusammengefasst werden, desto höher wird die Fehlerquadratsumme. Ab einer bestimmten Anzahl von Fusionierungsschritten steigt das Varianzkriterium sprunghaft an. Um die möglichst optimale Anzahl von Clustern zu ermitteln, wurde die Heterogenitätsentwicklung gegen die Fusionierungsschritte in einem Koordinatensystem abgetragen. Sprunghafte Anstiege in dieser Darstellung sind ein Hinweis auf die optimale Clusteranzahl. Hierbei kennzeichnet die Lösung vor dem sprunghaften Anstieg die Anzahl der zu wählenden Cluster (vgl. Abb. 11).

Abb. 11: Anstieg der Fehlerquadratsumme in Abhängigkeit von der Anzahl der Fusionierungsschritte. (Darstellung der letzten 10 Fusionierungsschritte, N=666).



Die grafische Darstellung der letzten zehn Fusionierungsschritte lässt zwei leichte Anstiege, den einen nach dem 661. und den anderen nach dem 664. Fusionierungsschritt, erkennen. Somit sind eine 2- und eine 5-Clusterlösung denkbar. Da bei der Entscheidung über die Clusterzahl auch sachlogische Überlegungen herangezogen werden können (vgl. Backhaus et al., 2006, 53), erscheint eine Lösung mit fünf Clustern als die bessere Variante. Zum einen weisen Backhaus et al. (2006) darauf hin, dass ein Anstieg beim Übergang von der Zwei- zur Einclusterlösung sehr häufig auftritt und daher nicht zwingend berücksichtigt werden muss, und zum anderen erscheint für die Generierung von Bürgertypen eine Lösung mit fünf Clustern aussagekräftiger als eine Zweicusterlösung.

Deshalb wird in einem weiteren Schritt die Zuordnung der Mitglieder zu den fünf Clustern vorgenommen, um anschließend Informationen über die Clusterzentren zu erhalten, die für die weitere Absicherung des Ergebnisses mit dem partitionierenden Verfahren der k-means bzw. Clusterzentrenanalyse benötigt werden.

#### *Überprüfung der Ergebnisse durch eine Clusterzentrenanalyse*

Bei der Clusterzentrenanalyse handelt es sich um ein partitionierendes Verfahren, welches sich von hierarchischen Clusteranalysemethoden dahingehend unterscheidet, dass eine einmal getroffene Clusterzuordnung nicht, wie bei den hierarchischen Verfahren, endgültig ist, sondern im Verlauf des Fusionierungsprozesses verändert werden kann. Bei den partitionierenden

Verfahren können Fälle somit von Cluster zu Cluster verschoben werden, so dass sich diese Verfahren durch eine höhere Variabilität als die hierarchischen Verfahren auszeichnen. Die höhere Variabilität erfordert jedoch auch eine höhere Rechnerleistung, da die Anzahl der denkbaren Tauschprozesse mit steigender Fall- und Variablenzahl stark zunimmt. Deshalb erfordern partitionierende Verfahren die Angabe einer Anfangspartition in Form einer vorgegebenen Anzahl von Clustern. Da die Clusteranzahl nicht nur auf sachlogischen Überlegungen sondern auf dem Ergebnis einer hierarchischen Clusteranalyse beruht, werden die Clusterzentren, also die Mittelwerte der Variablen in den einzelnen Clustern, im Vorfeld der Clusterzentrenanalyse angegeben.

Um zu überprüfen, ob sich die Homogenität der bestehenden Gruppen durch die Clusterzentrenanalyse verbessert, wird zunächst der F-Wert für alle Variablen in den fünf Clustern berechnet.<sup>35</sup> Je kleiner der F-Wert der jeweiligen Variable ist, desto homogener ist das Cluster im Bezug auf diese Variable. Liegt der F-Wert über 1, so ist die Streuung innerhalb des Clusters größer als in der Grundgesamtheit. Dies ist ein Anhaltspunkt für Heterogenität des Clusters in Bezug auf diese Variable. Tab. 19 macht deutlich, dass nach der Gruppierung mit dem Ward-Verfahren pro Cluster ein bis zwei Variablen innerhalb der Gruppen weniger homogen als in der Grundgesamtheit sind (kursive Werte).

In einem weiteren Schritt, werden die Clusterzentren der hierarchischen Clusteranalyse als Ausgangswerte für die Clusterzentrenanalyse verwendet. Die neue Clusterzugehörigkeit wird nach 7 Iterationsschritten erreicht. Werden auch für diese Clusterzentren die F-Werte berechnet, so zeigt sich, dass sich die Homogenität der Cluster in 38 von 55 Fällen verbessert hat (vgl. Tab. 19). Die Differenz der F-Werte, die jeweils in der dritten Spalte (vgl. Tab. 19) dargestellt ist, zeigt an, ob sich die Homogenität eines Clusters verbessert (negative Werte) oder verringert hat (positive Werte, fettgedruckt).

---

<sup>35</sup> Der F-Wert berechnet sich wie folgt: Die Varianz einer Variable innerhalb eines Clusters wird durch die Varianz der Variablen in der Grundgesamtheit dividiert (vgl. Backhaus et al. 2005).

Tab. 19: Darstellung der F-Werte nach der Clusteranalyse nach Ward und der Clusterzentrenanalyse (K-Means-Verfahren) sowie der Differenz beider Werte.

F-Werte	Cluster1			Cluster2			Cluster3			Cluster4			Cluster5		
	Ward	K-Means	Differenz	Ward	K-Means	Differenz	Ward	K-Means	Differenz	Ward	K-Means	Differenz	Ward	K-Means	Differenz
Allg. Handlungskompetenz	0,608	0,592	-0,016	0,615	<b>1,544</b>	<b>0,929</b>	0,798	<b>1,028</b>	<b>0,230</b>	0,623	0,545	-0,078	0,822	0,903	<b>0,081</b>
Vertrauen	0,956	0,954	-0,002	0,838	0,896	<b>0,058</b>	0,793	0,858	<b>0,065</b>	0,932	0,882	-0,050	0,878	<b>1,047</b>	<b>0,169</b>
Hilfsbereitschaft	0,927	<b>1,068</b>	<b>0,141</b>	0,937	0,800	-0,137	0,636	0,621	-0,015	0,918	0,812	-0,106	<b>1,504</b>	<b>1,057</b>	-0,447
Solidarität	<b>1,544</b>	<b>1,314</b>	-0,230	0,475	0,676	<b>0,201</b>	0,352	0,462	<b>0,110</b>	<b>1,008</b>	0,892	-0,116	<b>1,106</b>	<b>1,068</b>	-0,038
Aktivität im Verein	0,798	0,616	-0,182	0,577	0,490	-0,087	0,374	0,250	-0,124	0,378	0,306	-0,072	0,795	0,781	-0,014
Mehrfachmitgliedschaft	<b>1,028</b>	0,777	-0,251	0,682	0,524	-0,158	0,901	<b>1,031</b>	<b>0,130</b>	0,871	0,875	<b>0,004</b>	0,225	0,872	<b>0,647</b>
Freiwilliges Engagement	0,623	0,367	-0,256	0,290	0,230	-0,060	0,691	0,565	-0,126	0,927	0,585	-0,342	0,164	0,288	<b>0,124</b>
Politische Kompetenzen	0,545	0,416	-0,129	0,792	0,744	-0,048	0,79	0,579	-0,211	0,908	0,527	-0,381	0,644	0,542	-0,102
Politisches Interesse	0,822	0,561	-0,261	0,59	0,497	-0,093	0,497	0,386	-0,111	<b>1,101</b>	0,85	-0,251	0,928	0,75	-0,178
Politikverdrossenheit	0,903	0,755	-0,148	0,697	0,757	<b>0,06</b>	0,732	0,937	<b>0,205</b>	0,891	0,803	-0,088	0,894	0,778	-0,116
Politische Partizipation	0,772	0,541	-0,231	<b>1,267</b>	<b>1,244</b>	-0,023	0,984	<b>1,079</b>	<b>0,095</b>	0,425	0,411	-0,014	0,249	0,382	<b>0,133</b>

Die Homogenität der Cluster konnte bezüglich der meisten Variablen durch das K-Means-Verfahren weiter optimiert werden. Einige Merkmale sind innerhalb der Cluster jedoch weniger homogen als in der Grundgesamtheit.

Die folgende Tabelle (vgl. Tab. 20) veranschaulicht, wie sich die Zuordnung der Mitglieder zu den Clustern durch das K-Means Verfahren verändert hat. Die fettgedruckten Zahlen zeigen an, wie viele Fälle im selben Cluster verblieben sind.

Tab. 20: Kreuzvalidierung der Clusterzuordnungen durch die hierarchische Clusteranalyse nach Ward und die Clusterzentrenanalyse (partitionierendes K-Means Verfahren).

	K-Means					Gesamt
	Cluster 1	Cluster 2	Cluster 3	Cluster 4	Cluster 5	
<b>Cluster 1</b>	<b>77</b>	8	17	10	23	<b>135</b>
<b>Cluster 2</b>	23	<b>129</b>	12	1	11	<b>176</b>
<b>Ward Cluster 3</b>	13	10	<b>107</b>	22	1	<b>153</b>
<b>Cluster 4</b>	7	0	18	<b>92</b>	20	<b>137</b>
<b>Cluster 5</b>	6	1	0	2	<b>56</b>	<b>65</b>
<b>Gesamt</b>	<b>126</b>	<b>148</b>	<b>154</b>	<b>127</b>	<b>111</b>	<b>666</b>

Es wird deutlich, dass der größte Teil der Mitglieder sowohl durch das Ward-, als auch durch das K-Means-Verfahren denselben Gruppen zugeordnet wurde. Dies weist auf stabile Clusterlösungen hin. Allerdings sind auch deutliche Verschiebungen, insbesondere in Cluster 5, erkennbar.

Um die Merkmalsausprägungen innerhalb der Cluster zu analysieren, lässt sich der so genannte T-Wert berechnen. Dies ist ein normierter Wert, der für jede Variable in den fünf Clustern berechnet wird und deutlich macht, inwiefern eine Variable in ihrer Gruppe im Vergleich zur Erhebungsgesamtheit unter- bzw. überrepräsentiert ist.<sup>36</sup> Negative Werte zeigen an, dass ein Merkmal im jeweiligen Cluster unterrepräsentiert ist, positive Werte hingegen zeigen, dass ein Merkmal innerhalb des Clusters stärker vertreten ist als in der Grundgesamtheit (vgl. Tab. 21).

Tab. 21: T-Werte für die 5-Clusterlösung der Clusterzentrenanalyse

	Cluster 1	Cluster 2	Cluster 3	Cluster 4	Cluster 5
Allgemeine Handlungskompetenz	0,107	0,532	0,588	-0,529	-1,040
Vertrauen	-0,522	0,235	0,246	0,102	-0,178
Hilfsbereitschaft	-0,423	0,227	0,497	-0,499	0,059
Solidarität	-0,570	0,183	0,522	-0,316	0,040
Aktivität im Verein	-0,197	-0,975	0,780	0,824	-0,501
Mehrfachmitgliedschaften	-0,453	0,751	-0,007	-0,076	-0,391
Freiwilliges Engagement	-0,538	-0,689	0,896	0,897	-0,740
Politische Kompetenzen	0,503	0,399	0,554	-0,737	-1,028
Politisches Interesse	0,352	0,410	0,606	-0,639	-1,057
Politikverdrossenheit	0,349	-0,624	-0,231	0,093	0,649
Politische Partizipation	-0,230	0,718	0,272	-0,420	-0,593

Je unterschiedlicher die T-Werte in den einzelnen Clustern sind, desto besser lassen sich die Cluster hinsichtlich dieses Merkmals voneinander abgrenzen. Es zeigt sich, dass einige Cluster bezüglich der Bürgerkompetenzmerkmale eher unterdurchschnittliche andere eher überdurchschnittliche Ausprägungen aufweisen. Da die Analyse der T-Werte bereits zur inhaltlichen Interpretation der Cluster und zur Bildung von Bürgertypen überleitet, soll sie im folgenden Kapitel fortgesetzt werden (vgl. Abschnitt 7.2). Die computergestützte Bildung von Realtypen kann mit der Zuordnung zu den fünf Clustern als abgeschlossen betrachtet werden. Im folgenden Kapitel sollen die Realtypen dem „Ideal-

<sup>36</sup> Der T-Wert berechnet sich wie folgt: Die Differenz aus dem Mittelwert einer Variable in ihrem jeweiligen Cluster und in der Grundgesamtheit wird durch die Standardabweichung dieser Variable in der Grundgesamtheit dividiert (vgl. Backhaus et al., 2006).

typus demokratischer Bürger“ gegenübergestellt und auf dieser Grundlage Bürgertypen entwickelt werden (vgl. Kap. 7).

### 6.3.2 Weitere statistische Auswertungsverfahren

In einem ersten Schritt erfolgt im folgenden Kapitel (vgl. Abschnitt 7.1) eine sehr knappe deskriptive Auswertung der Daten auf der Grundlage der dreistufigen Skalen (vgl. Abschnitt 6.2), um einen Überblick über die Verteilung der Bürgerkompetenzen in der Gesamtstichprobe zu erhalten.

Um zu untersuchen, inwieweit sich die einzelnen Bürgertypen signifikant hinsichtlich soziodemographischer Merkmale, wie Geschlecht, Alter, Bildungsstand und beruflichem Status unterscheiden, wurden Chi<sup>2</sup>-Tests und, wo es das Datenmaterial zulässt, auch univariate Varianzanalysen auf der Grundlage der Rohskalen durchgeführt (vgl. Abschnitt 7.3)<sup>37</sup>. Die univariaten Varianzanalysen wurden um Post-Hoc-Tests (nach Scheffé bzw. Tamhane, je nach Varianz der Daten) und um die Berechnung der Effektstärke  $\eta^2$  ergänzt<sup>38</sup>.

Unterschiede zwischen einzelnen Vereinen bzw. Vereinstypen hinsichtlich der Bürgerkompetenzen ihrer Mitglieder, wurden ebenfalls mit Hilfe von Chi<sup>2</sup>-Tests auf ihre Signifikanz getestet (vgl. Kapitel 8).

---

<sup>37</sup> Ab einer Irrtumswahrscheinlichkeit von  $\leq 5\%$  ( $p \leq .05$ ) werden Unterschiede im Rahmen dieser Untersuchung als signifikant betrachtet und mit einem Sternchen (\*) gekennzeichnet.

Ab einer Irrtumswahrscheinlichkeit von  $1\%$  ( $p \leq .01$ ) werden die Ergebnisse mit zwei Sternchen (\*\*) und ab einer Irrtumswahrscheinlichkeit von  $0,1\%$  ( $p \leq .001$ ) mit drei Sternchen (\*\*\*) gekennzeichnet.

<sup>38</sup>  $\eta^2$  kennzeichnet den Anteil aufgeklärter Varianz, den eine Variable zur Erklärung einer anderen Variablen leisten kann. Ab einer aufgeklärten Varianz von  $1\%$  ( $\eta^2 = 0,01$ ) spricht man von einem kleinen Effekt, ab  $6\%$  ( $\eta^2 = 0,06$ ) von einem mittleren und ab  $13,8\%$  ( $\eta^2 = 0,138$ ) von einem starken Effekt (vgl. Cohen, 1988).

## 7. Bürgertypen in Vereinen

Durch die Konstruktion des „Idealtypus demokratischer Bürger“ in Kapitel 4 konnte gezeigt werden, welche Kompetenzen von Bürgern demokratischer Gemeinwesen für gesellschaftliches und politisches Handeln benötigt und aus diesem Grund als „Bürgerkompetenzen“ bezeichnet werden können. Bürgerkompetenzen umfassen demnach sowohl Handlungskompetenzen als auch Handlungsdispositionen, damit politische und gesellschaftliche Partizipation als sinnhaftes Handeln möglich wird. Denn demokratische Gemeinwesen sind, wie in Kapitel 4 ausführlich dargelegt wurde, nicht nur auf eine aktive Beteiligung der Bürger angewiesen, sondern diese sollte auf gemeinwohlorientierten und demokratischen Handlungsdispositionen und grundlegenden Handlungskompetenzen aufbauen (vgl. Abb. 8 in Abschnitt 4.3).

Vereinsmitglieder lassen sich, je nachdem über welche Aspekte von Bürgerkompetenzen sie verfügen, zu *Realtypen* zusammenfassen (vgl. Abschnitt 6.3.1). Im Folgenden werden die fünf in Vereinen vorkommenden Typen vorgestellt. Die Bürgerkompetenzen dieser empirisch vorfindbaren Realtypen werden dabei dem „Idealtypus demokratischer Bürger“ gegenübergestellt. Gleichzeitig werden die Ergebnisse unter Einbeziehung theoretischer Überlegungen zugespitzt, so dass aus den einzelnen Realtypen idealtypische *Gattungsbegriffe*, die *Bürgertypen*, abgeleitet werden können (vgl. Weber, 1922). Jeder Bürgertyp repräsentiert ein charakteristisches Kompetenzprofil (vgl. Abschnitt 7.2). Um einen genauen Einblick in die Bürgerkompetenzen der Mitglieder zu ermöglichen, verdeutlichen im Anhang Tabellen für jeden Bürgertyp die prozentuale Verteilung der Bürgerkompetenzen unter den Mitgliedern des jeweiligen Typs (vgl. Abschnitt 11.1 im Tabellenanhang).

Das folgende Kapitel gliedert sich in vier Abschnitte, die unterschiedliche Zielstellungen verfolgen:

- (1) Bevor die einzelnen Bürgertypen vorgestellt werden, wird zunächst die Verteilung der verschiedenen Kompetenzaspekte in der Gesamtstichprobe dargestellt um einen ersten Überblick über die Verteilung der verschiedenen Kompetenzen unter Vereinsmitgliedern zu erhalten (vgl. Abschnitt 7.1).
- (2) Im zweiten Abschnitt wird dargestellt, welche Bürgerkompetenzen die einzelnen Realtypen aufweisen und wie sich daraus Bürgertypen mit einem bestimmten Kompetenzprofil ableiten lassen (vgl. Abschnitt 7.2).
- (3) Im dritten Teil soll der Frage nachgegangen werden, *welche* Mitglieder sich hinter den einzelnen Bürgertypen verbergen. Es geht hier insbesondere um die Darstellung soziodemographischer Besonderheiten der Mitglieder in den

einzelnen Bürgertypen. Auch soll, soweit möglich, berücksichtigt werden, inwiefern sich die Mitglieder von Vereinen von der Gesamtbevölkerung unterscheiden (vgl. Abschnitt 7.3).

## 7.1 Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern

An dieser Stelle erfolgt ein kurzer Überblick über die Verteilung der im „Idealtypus demokratischer Bürger“ zusammengefassten Bürgerkompetenzen in der Gesamtstichprobe der befragten Mitglieder. Hierbei werden nur die Mitglieder berücksichtigt, die auch in die Konstruktion der Bürgertypen einbezogen worden sind, da von ihnen alle Kompetenzbereiche in der Befragung angegeben wurden (N=666; vgl. Kap. 6).

Eine ausführliche Analyse der Bürgerkompetenzen erfolgt in Abschnitt 7.2 wenn es um die Darstellung der fünf Bürgertypen geht. Die Überblicksdarstellung an dieser Stelle ermöglicht jedoch einen Vergleich mit den Bürgerkompetenzen der einzelnen Typen und erleichtert so die Einordnung der Ergebnisse.

Tab. 22: Übersicht über die Bürgerkompetenzen der befragten Vereinsmitglieder (N=666; Prozentwerte auf der Grundlage dreistufiger Skalierungen, vgl. Kap. 6.2.2).

	Prozentwerte		
	gering	mittel	hoch
Allgemeine Handlungskompetenzen	17,0%	41,4%	41,6%
Allgemeine Wertorientierungen			
- Vertrauen	13,4%	57,5%	29,1%
- Hilfsbereitschaft	23,1%	48,5%	28,4%
- Solidarität	12,2%	35,4%	52,4%
Gesellschaftliche Beteiligung			
- Vereinsaktivität	24,9%	34,7%	40,4%
- Freiwilliges Engagement	32,7%	45,8%	21,5%
- weitere aktive Mitgliedschaften	48,9%	36,8%	14,3%
Politische Kompetenzen	20,4%	47,6%	32,0%
Politische Wertorientierungen			
- Politisches Interesse	20,7%	27,5%	51,8%
- Politikverdrossenheit	33,8%	39,0%	27,2%
Politische Partizipation	33,0%	35,3%	31,7%

Die allgemeinen Handlungskompetenzen der befragten Mitglieder, wozu kommunikative und organisatorische Fähigkeiten gehören, sind in der Gesamtstichprobe hoch ausgeprägt. Nicht einmal jedes fünfte Mitglied weist in diesem Bereich geringe Kompetenzen auf. Auch Wertorientierungen als Grundlage gemeinwohlorientierten Handelns, wie ein generalisiertes Vertrauen in die

Mitmenschen, sowie Solidarität und Hilfsbereitschaft sind bei einem Großteil der Mitglieder vorhanden.

Die gesellschaftliche Partizipation der Mitglieder, wie sie mit dem Datenmaterial dieser Erhebung nachgezeichnet werden kann, ist in Bezug auf den Verein relativ hoch: Die meisten befragten Mitglieder nehmen ihre Mitgliedschaft aktiv wahr. Nur bei einem knappen Viertel der Stichprobe handelt es sich um eher passive bzw. wenig aktive Mitglieder. Zwei Drittel der Mitglieder engagieren sich über eine bloße aktive Mitgliedschaft hinaus auch noch freiwillig in ihrem Verein. Darüber hinaus ist mehr als die Hälfte der Mitglieder auch noch in weiteren Vereinen bzw. anderen gesellschaftlichen Bereichen aktiv. Tabelle 23 gibt eine Übersicht über die Bereiche in denen die Mitglieder neben ihrer Mitgliedschaft im Verein der Befragung noch aktiv sind.

*Tab. 23: Gesellschaftliche Aktivität der Mitglieder außerhalb des Vereins der Befragung (N=666).*

<i>Aktive Beteiligung im Bereich</i>	
Sport	20,4%
Kultur/Freizeit	20,3%
Politik/Umwelt	18,8%
Gesundheit/Soziales	11,7%
Religion	9,0%
Berufsvereinigung	6,9%

Somit handelt es sich bei den Befragten mehrheitlich um sehr aktive Mitglieder mit allgemeinen Handlungskompetenzen und -dispositionen. Hier ist davon auszugehen, dass sich insbesondere aktive Mitglieder die Zeit genommen haben, an der Befragung teilzunehmen und den Fragebogen vollständig auszufüllen, so dass sich vermehrt die besonders engagierten Mitglieder der befragten 24 Vereine in der Gesamtstichprobe der 666 Mitglieder wiederfinden. Dieser anzunehmende Selektionsmechanismus muss bei der weitergehenden Dateninterpretation berücksichtigt werden.

Die politischen Bürgerkompetenzen der Mitglieder sind im Vergleich zur gesellschaftlichen Partizipation eher mittelmäßig bis hoch ausgeprägt. Die Hälfte der Befragten gibt ein hohes Interesse am politischen Geschehen an. Das politische Wissen ist bei etwa jedem dritten Befragten hoch und die Politikverdrossenheit niedrig ausgeprägt. Ca. 20% zeichnen sich dagegen durch ein niedriges politisches Wissen und Interesse aus. Bei etwa 27% der Mitglieder ist das Vertrauen in das politische System gering und sie können als politikverdrossen betrachtet werden. Bei einem Drittel der Befragten beschränkt sich die politische Beteiligung in erster Linie auf die Beteiligung an

Wahlen und ist somit als gering einzustufen (vgl. Kap. 6 zur Operationalisierung).

Im Folgenden sollen die einzelnen Bürgerkompetenzen nicht länger separat betrachtet und analysiert werden, sondern ihr kombiniertes Auftreten soll untersucht werden. Aus diesem Grund wurden im vorhergehenden Kapitel mit Hilfe von Clusteranalysen *Realtypen* gebildet. Die Bürgerkompetenzen dieser Realtypen sollen im Folgenden vorgestellt und unter Berücksichtigung des „Idealtypus demokratischer Bürger“ und weiterer theoretischer Überlegungen zu *Bürgertypen* zugespitzt werden.

## 7.2 Konstruktion der Bürgertypen

Der theoretisch konstruierte „Idealtypus demokratischer Bürger“ vereinigt drei Kompetenzaspekte auf zwei verschiedenen Ebenen (vgl. Kap. 4). Im Folgenden soll untersucht werden, in welcher Kombination diese Aspekte bei Vereinsmitgliedern auftreten. Auf der Grundlage von Clusteranalysen konnten fünf Gruppen von Vereinsmitgliedern identifiziert werden, die sich hinsichtlich ihrer Bürgerkompetenzen unterscheiden. Aus diesen Realtypen wurden unter Zuspitzung der Ergebnisse in Hinblick auf den „Idealtypus demokratischer Bürger“ Bürgertypen herausgearbeitet.

An dieser Stelle sollen die fünf Bürgertypen und ihre Hauptkennzeichen zunächst kurz genannt werden, um einen Überblick zu geben und die Orientierung zu erleichtern. Im weiteren Verlauf dieses Abschnitts erfolgt eine ausführliche Vorstellung der Typen in der Reihenfolge ihrer Häufigkeit.

Überblick über die Bürgertypen:

(1) *Der Aktive*: Dieser Bürgertyp verfügt in fast allen Bereichen des „Idealtypus demokratischer Bürger“ über hohe Kompetenzen und ist sowohl politisch als auch gesellschaftlich sehr engagiert.

(2) *Der politisch Engagierte*: Hauptkennzeichen dieses Bürgertyps ist seine außerordentlich hohe politische Beteiligung gepaart mit einer geringen Aktivität im Verein.

(3) *Der Vereinsmeier*: Die zentralen Merkmale dieses Bürgertyps sind seine hohe Vereinsaktivität und seine gering ausgeprägten sonstigen Bürgerkompetenzen.

(4) *Der Misstrauische*: Dieser Typ zeichnet sich vor allem durch sein hohes gesellschaftliches Misstrauen und seine eher geringe gesellschaftliche und politische Beteiligung aus. Im Gegensatz dazu stehen seine relativ hohen politischen Handlungskompetenzen.

(5) *Der Desinteressierte*: Kennzeichen dieses Bürgertyps sind sein politisches Desinteresse und seine gesellschaftliche und politische Apathie. Er verfügt in fast allen Bereichen über stark unterdurchschnittlichen Kompetenzen.

Im Folgenden sollen die fünf Typen ausführlich vorgestellt werden. Abbildung 12 gibt zuvor einen Überblick über die im „Idealtypus demokratischer Bürger“ zusammengefassten Bürgerkompetenzen. Die farbliche Zuordnung soll die Differenzierung in den Diagrammen der folgenden Seiten erleichtern. Gelbe und rote Farben kennzeichnen die allgemeinen Bürgerkompetenzen, blaue und grüne Farbtöne hingegen die politischen Bürgerkompetenzen.

Die Besonderheiten des jeweiligen Typs sollen durch die graphische Darstellung der T-Werte (vgl. Kap. 6.3.1) visualisiert werden, die deutlich machen, inwiefern bestimmte Kompetenzen in einer Gruppe im Vergleich zur Erhebungsgesamtheit unter- bzw. überrepräsentiert sind. Tabellen, die die prozentuale Verteilung der Bürgerkompetenzen enthalten, finden sich im Tabellenanhang (vgl. Abschnitt 11.1).<sup>39</sup>

Abb. 12: Bürgerkompetenzen eines „Idealtypus demokratischer Bürger“

	Handlungskompetenzen	Handlungsdispositionen	Partizipation
<b>Bürgerkompetenzen</b>	<b>D</b> <i>Politisches Fachwissen</i>	<b>E</b> <i>Demokratische Tugend</i> • Politisches Interesse • Geringe Politikverdrossenheit	<b>F</b> <i>Politische Partizipation</i>
	<b>A</b> <i>Organisationsfähigkeit und diskursive Fähigkeiten</i>	<b>B</b> <i>Gemeinwohlorientierte Persönlichkeitseigenschaften</i> • Vertrauen • Hilfsbereitschaft • Solidarität	<b>C</b> <i>Soziale Aktivität</i> • Vereinsaktivität • Freiwilliges Engagement • Aktivität in anderen Vereinen

### 7.2.1 Der Aktive

Die Mitglieder dieser Gruppe, zu der 23% der befragten Vereinsmitglieder gehören, heben sich mit insgesamt stark überdurchschnittlichen Bürgerkompetenzen von der Gesamtstichprobe ab (vgl. Abb. 13).

<sup>39</sup> Die prozentuale Verteilung der Bürgerkompetenzen beruht auf den dreistufigen Skalen für jede Variable und hat lediglich illustrierenden Charakter (vgl. Kap. 6). Die Typenbildung erfolgte auf der Grundlage der Rohskalen.

### *Allgemeine Bürgerkompetenzen*

Die Mitglieder verfügen über hohe *allgemeine Handlungskompetenzen*, d. h., sie können ihre Interessen artikulieren und durchsetzen. Sie haben organisatorische Fähigkeiten ausgebildet und sind in der Lage, Konflikte auszutragen. Diese Handlungskompetenzen bilden im Sinne des Idealtypus die Grundlage für erfolgreiches gesellschaftliches und politisches Handeln.

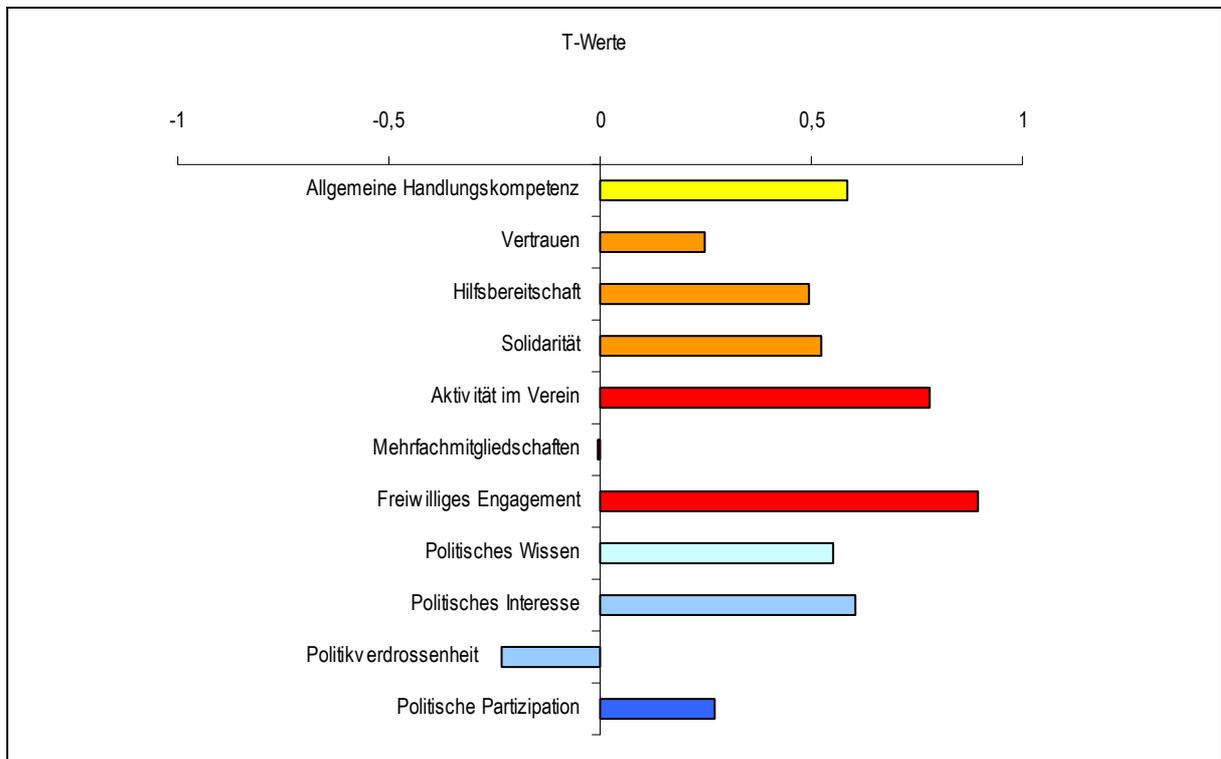
Darüber hinaus zeichnen sich die Mitglieder dieser Gruppe im Sinne des „Idealtypus demokratischer Bürger“ durch gemeinwohlorientierte *Handlungsdispositionen* aus. Sie sind hilfsbereit und setzen sich für die Interessen anderer ein. Somit verfügen die Mitglieder dieser Gruppe über gemeinwohlorientierte Wertorientierungen, die die Grundlage dafür bilden, dass sie ihre Handlungskompetenzen nicht nur im Sinne eines Homo Oeconomicus zur individuellen Nutzenmaximierung verwenden, sondern sich in ihrem Handeln auch am Gemeinwohl orientieren (vgl. Abschnitt 5.1.2). Die hoch ausgeprägten Handlungskompetenzen und die gemeinwohlorientierten Handlungsdispositionen dieser Mitglieder schlagen sich in einer hohen *gesellschaftlichen Partizipation* im Rahmen des Vereins nieder: Sie beteiligen sich aktiv am Vereinsleben und verbringen viel Zeit im Verein. Auch engagieren sie sich häufig freiwillig. Allerdings konzentriert sich dieses Engagement oftmals nur auf den Verein, in dem die Befragung durchgeführt wurde. Insofern nutzen die *Aktiven* nur selten in weiteren gesellschaftlichen Bereichen ihre hohen allgemeinen Bürgerkompetenzen. Die gesellschaftliche Beteiligung dieses Typs entspricht weitgehend der Partizipation der Mitglieder, die im Typ *Vereinsmeier* (vgl. 7.2.3) zusammengefasst sind.

### *Politische Bürgerkompetenzen*

Auch die *politischen Sachkompetenzen* dieses Typs sind hoch ausgeprägt. Die Mitglieder kennen sich in der Regel gut mit politischen Belangen aus. Ihre *politischen Handlungsdispositionen* sind aufgrund ihres sehr großen Interesses für die Politik und ihrer Überzeugung, politisch etwas bewirken zu können, hoch ausgeprägt. Anzeichen für politische Verdrossenheit bestehen bei diesem Typ eher selten. Auch die *politische Partizipation* dieses Bürgertyps ist (im Vergleich zu den anderen Typen) relativ hoch, das heißt, die Mitglieder vertreten offensiv ihre Meinung, beteiligen sich an Unterschriftensammlungen und nehmen auch gelegentlich an Demonstrationen teil. Allerdings beschränkt sich die politische Beteiligung bei etwa einem Viertel der Mitglieder dieser Gruppe im Wesentlichen auf die regelmäßige Beteiligung an Wahlen. Dass sich die Mitglieder dieser Gruppe nicht auch noch politisch engagieren, sich z. B. in Bürgerinitiativen oder Parteien beteiligen, ist vermutlich auf die hohe vereinsinterne Aktivität und das hohe freiwillige Engagement

dieser Gruppe zurückzuführen. Im Sinne des Ressourcenmodells (vgl. dazu Kap. 2 und Roth, 2003), wonach auch zeitliche Ressourcen über gesellschaftliche Beteiligung entscheiden, fehlt diesen Mitgliedern die Zeit für politische Betätigungen, die über eine Beteiligung an Wahlen hinausgehen sowie für weiteres gesellschaftliches Engagement.

Abb. 13: Visualisierung der Bürgerkompetenzen des Aktiven auf der Grundlage der T-Werte



Das Kompetenzprofil des *Aktiven* lässt sich wie folgt zuspitzen:

- hohe allgemeine Handlungskompetenzen und Handlungsdispositionen
- hohe gesellschaftliche Aktivität und hohes freiwilliges Engagement im Verein
- ausgeprägte politische Kompetenzen und Handlungsdispositionen
- vergleichsweise hohe politische Beteiligung

*Gegenüberstellung mit dem „Idealtypus demokratischer Bürger“*

Stellt man das Kompetenzprofil des *Aktiven* dem „Idealtypus demokratischer Bürger“ gegenüber, so wird deutlich, dass dieser Bürgertyp über ausgeprägte Kompetenzen in allen Bereichen des Idealtypus verfügt.

Insgesamt verfügen die Mitglieder dieser Gruppe sowohl über allgemeine als auch über politische Bürgerkompetenzen im Sinne des Idealtypus und sind somit mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet um im Rahmen demokratischer Gesellschaftssysteme politisch und sozial zu partizipieren. Da sich

dieser Bürgertyp darüber hinaus auch über gemeinwohlorientierte Wertorientierungen und politische Tugenden auszeichnet, ist davon auszugehen, dass die Vereinsmitglieder dieser Gruppe ihr Handeln in besonderem Maße am Allgemeinwohl und demokratischen Werten orientieren.

### *7.2.2 Der politisch Engagierte*

Die Hauptkennzeichen dieses Bürgertyps, dem 22% der befragten Mitglieder angehören, sind seine außerordentlich hohe politische Beteiligung gepaart mit einer geringen Aktivität im Verein.

#### *Allgemeine Bürgerkompetenzen*

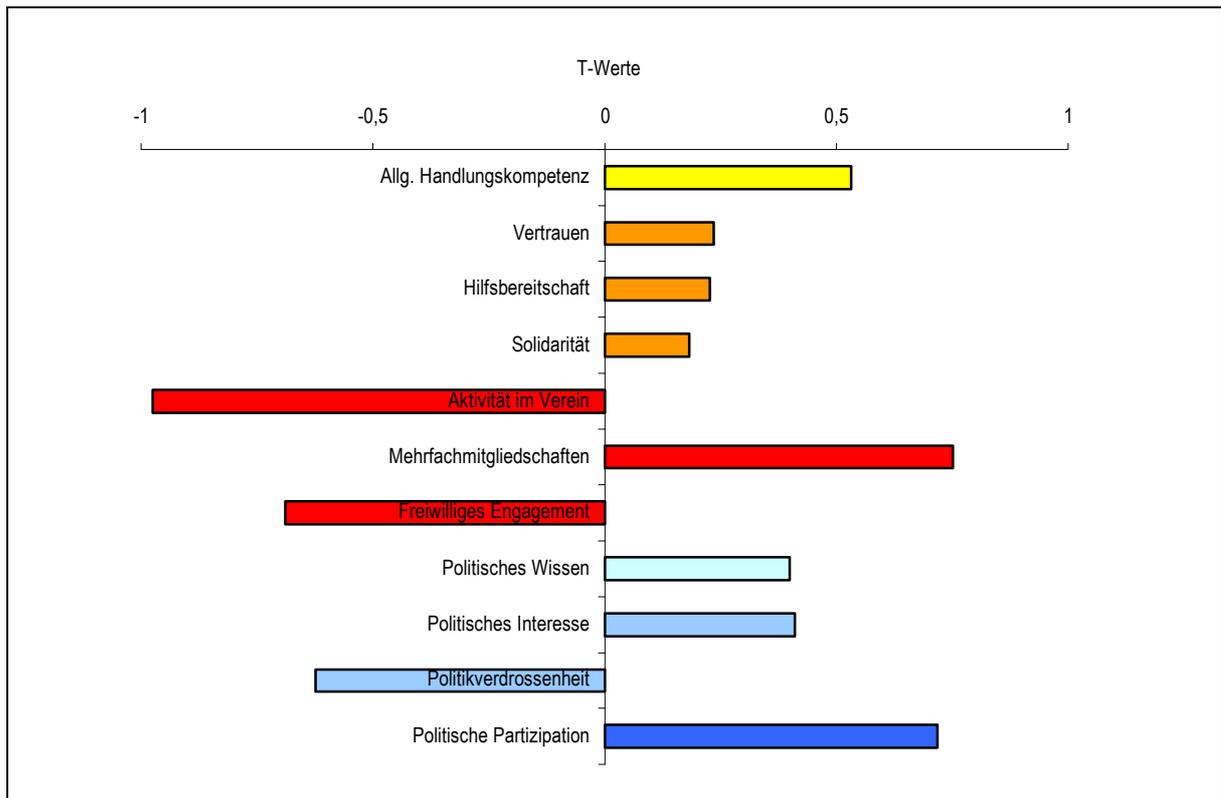
Die *allgemeinen Handlungskompetenzen* dieses Bürgertyps, wie organisatorische und kommunikative Fähigkeiten, sind in etwa so hoch wie beim *Aktiven*. Allerdings sind die gemeinwohlorientierten *Handlungsdispositionen* Hilfsbereitschaft und Solidarität dieses Bürgertyps etwas geringer. Zu diesen etwas geringeren gemeinwohlorientierten Handlungsdispositionen kommt eine sehr geringe *Partizipation* und fehlendes freiwilliges Engagement im Verein der Befragung. Stattdessen sind diese Mitglieder sehr häufig noch in einem oder mehreren anderen Vereinen aktiv. Allerdings geht aus den Daten der Untersuchung nicht hervor, inwiefern sie dort auch freiwillig engagiert sind.

#### *Politische Bürgerkompetenzen*

Die *politischen Sachkompetenzen* dieses Typs sind ebenso wie seine *politischen Handlungsdispositionen* hoch ausgeprägt. Ein hohes Politikwissen geht mit Interesse am politischen Geschehen einher. Politikverdrossene Mitglieder findet man in dieser Gruppe kaum. Besonders herausragend ist die *politische Beteiligung* dieser Mitglieder. Sie sind zu einem Großteil politisch, oft auch in Parteien oder Bürgerinitiativen, aktiv.

Insgesamt ist für diesen Bürgertyp die Bedeutung des Vereins, in dem die Befragung durchgeführt wurde, als gering einzuschätzen, da er sich in erster Linie in Bereichen außerhalb des Vereins bzw. in anderen Vereinen engagiert.

Abb. 14: Visualisierung der Bürgerkompetenzen des „politisch Engagierten“ auf der Grundlage der T-Werte



Das Kompetenzprofil des *politisch Engagierten* lässt sich wie folgt zuspitzen:

- hohe allgemeine Handlungskompetenzen
- mittelmäßige allgemeine Handlungsdispositionen
- geringe Vereinsaktivität und wenig freiwilliges Engagement im Verein; hohe gesellschaftliche Beteiligung in anderen Vereinen
- ausgeprägte politische Kompetenzen und Handlungsdispositionen
- sehr hohe politische Beteiligung

#### *Gegenüberstellung mit dem „Idealtypus demokratischer Bürger“*

Insgesamt zeichnet sich der *politisch Engagierte* durch überdurchschnittliche Bürgerkompetenzen aus. Es handelt sich bei diesem Typ um einen in erster Linie politisch engagierten Bürger, der in verschiedenen Bereichen aktiv ist. Seine etwas geringeren allgemeinen Handlungsdispositionen, insbesondere bei der Solidarität und Hilfsbereitschaft gegenüber seinen Mitmenschen, deuten darauf hin, dass dieser Bürgertyp sein Handeln etwas weniger am Gemeinwohl ausrichtet. Er scheint vielmehr aktiv zu sein, um seine Interessen zu verwirklichen. Durch seine hohe politische Beteiligung erfüllt dieser Bürgertyp die Anforderungen demokratischer Systeme in dieser Hinsicht in besonderem Maße. Darüber hinaus zeichnet sich der *politisch Engagierte* durch sein

überdurchschnittliches Interesse am politischen Geschehen und sein politisches Wissen aus.

### 7.2.3 Der Vereinsmeier

Die zentralen Merkmale dieses Bürgertyps sind seine hohe Vereinsaktivität und seine unterdurchschnittlichen sonstigen Bürgerkompetenzen. Als Bezeichnung dieses Bürgertyps kommt der charakteristische Begriff des „Vereinsmeiers“ in Frage, da ein „Vereinsmeier derjenige ist, der sich in der kuscheligen Enge und Wärme seines Vereins wohl fühlt und die Welt drumherum nicht mehr wahrnimmt“. Ein Vereinsmeier liebt das „behaglich Unpolitische“ und geht im Vereine seinen „geordneten Aktivitäten“ nach (Speth et al., 2004, 2). Rund jedes fünfte Mitglied (19%) erfüllt Merkmale eines Vereinsmeiers.

#### *Allgemeine Bürgerkompetenzen*

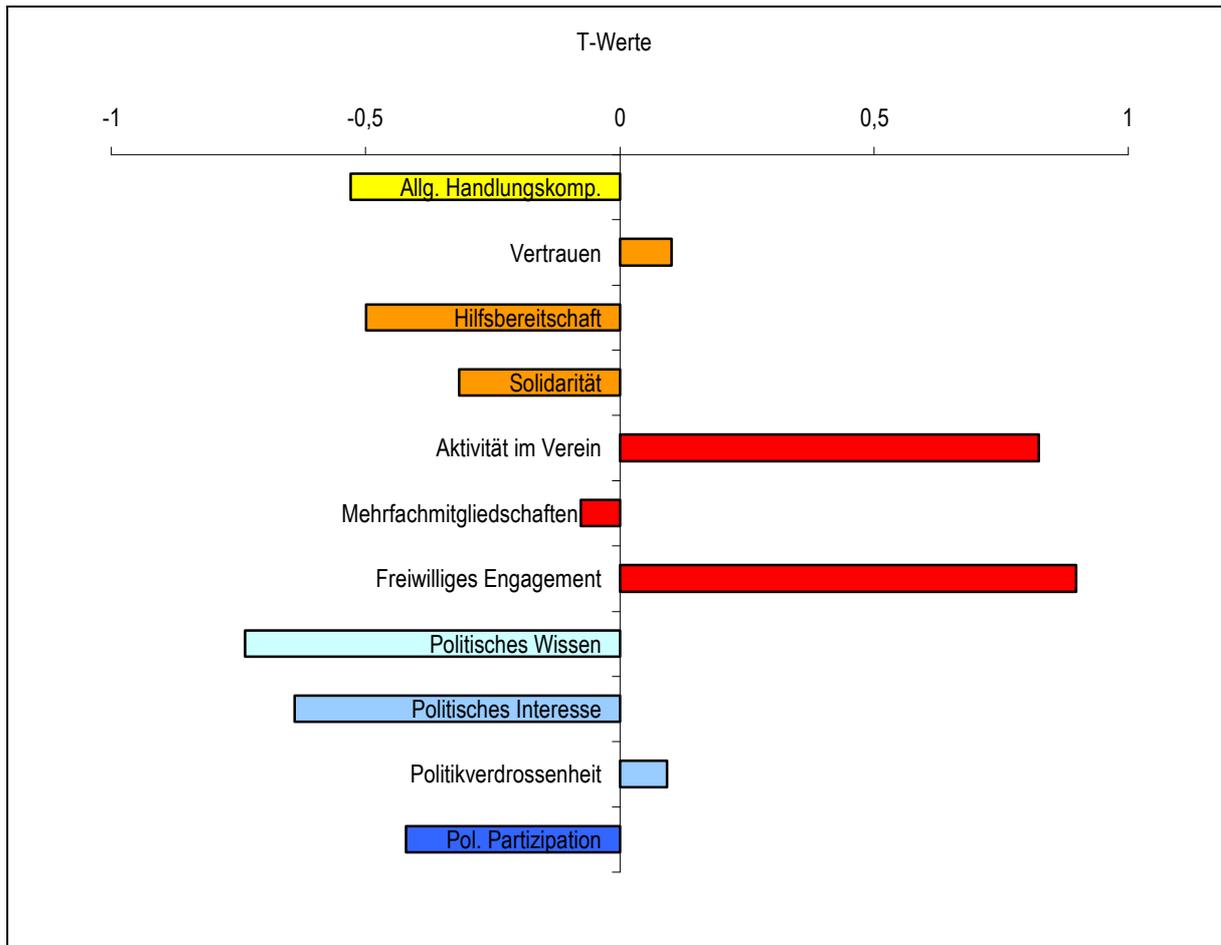
Die im „Idealtypus demokratischer Bürger“ unter *allgemeine Handlungskompetenzen* zusammengefassten organisatorischen und kommunikativen Fähigkeiten sind bei diesem Typ vergleichsweise gering ausgeprägt. Das Auftreten vor Gruppen, das Austragen von Konflikten und das Durchsetzen eigener Interessen sind nicht die Stärke des *Vereinsmeiers*. Auch gehört er bezüglich seiner *Handlungsdispositionen* nicht zu den Mitgliedern, die sich jederzeit für andere einsetzen und anderen hilfsbereit zur Seite stehen. Seinen Mitmenschen steht dieser Typ weder besonders misstrauisch noch besonders vertrauensvoll gegenüber. Von den fünf Typen ist der *Vereinsmeier* jedoch derjenige mit der höchsten Aktivität und dem größten freiwilligen Engagement. So engagieren sich mehr als die Hälfte der Mitglieder dieser Gruppe mehr als zehn Stunden im Monat freiwillig für ihren Verein. In seiner gesellschaftlichen Partizipation ähnelt der *Vereinsmeier* somit dem *Aktiven*. Bemerkenswert am *Vereinsmeier* ist, dass sein hohes freiwilliges Engagement mit einer relativ gering ausgeprägten Solidarität und Hilfsbereitschaft einhergeht. Vermutlich ist der Vereinsbezug dieses Bürgertyps so hoch, dass sich seine Bereitschaft zu uneigennützigem Handeln, wie sie aus seinem freiwilligen Engagement hervorgeht, nicht in einer generellen Gemeinwohlorientierung niederschlägt. Stattdessen scheinen sich die gemeinwohlorientierten Handlungsdispositionen wie Vertrauen, Hilfsbereitschaft und Solidarität in erster Linie auf die Mitglieder des Vereins zu beziehen.

#### *Politische Bürgerkompetenzen*

Im Gegensatz zu den beiden ersten Bürgertypen interessiert sich der *Vereinsmeier* relativ wenig für das politische Geschehen und schätzt auch sein politisches Wissen nicht sehr hoch ein. Stattdessen hat er politisch zum Teil stark resigniert und hält eine politische Beteiligung für sinnlos. Somit sind die

politischen Bürgerkompetenzen dieses Typs hinsichtlich der *Sachkompetenzen* und *Handlungsdispositionen* als gering einzustufen. Es verwundert nicht, dass die *politische Partizipation* eines Großteils dieser Mitgliedergruppe gering ist. Die politischen Bürgerkompetenzen des *Vereinsmeiers* sind stark unterdurchschnittlich und werden lediglich durch den desinteressierten Bürgertyp (vgl. Abschnitt 7.2.5) unterboten.

Abb. 15: Visualisierung der Bürgerkompetenzen des „Vereinsmeiers“ auf der Grundlage der T-Werte



Das Kompetenzprofil des *Vereinsmeiers* lässt sich wie folgt zuspitzen:

- geringe allgemeine Handlungskompetenzen und -dispositionen
- sehr hohe Vereinsaktivität und hohes freiwilliges Engagement
- geringe politische Kompetenzen und Handlungsdispositionen
- geringe politische Beteiligung

*Gegenüberstellung mit dem „Idealtypus demokratischer Bürger“*

Den Anforderungen demokratischer Systeme genügt der *Vereinsmeier* in deutlich geringerem Maße als der Aktive und der politisch Engagierte. Die Gegenüberstellung mit dem Idealtypus zeigt, dass wesentliche Kompetenz-

aspekte, vor allem die politischen Kompetenzen, bei ihm unterdurchschnittlich ausgeprägt sind. Betrachtet man den *Vereinsmeier*, so scheinen sich für diesen Fall die Befürchtungen Max Webers zu bewahrheiten, der bereits 1924 gewarnt hatte, dass Vereine gute Bürger „im passiven Sinn des Wortes“ (vgl. Weber, 1924, 445) generieren würden.

#### 7.2.4 Der *Misstrauische*

Hauptkennzeichen des *Misstrauischen* ist sein geringes Vertrauen in andere Menschen und seine gesellschaftliche und politische Passivität in Verbindung mit einem relativ hohen politischen Interesse und Wissen. Fast jedes fünfte befragte Vereinsmitglied (19%) gehört zu dieser Gruppe.

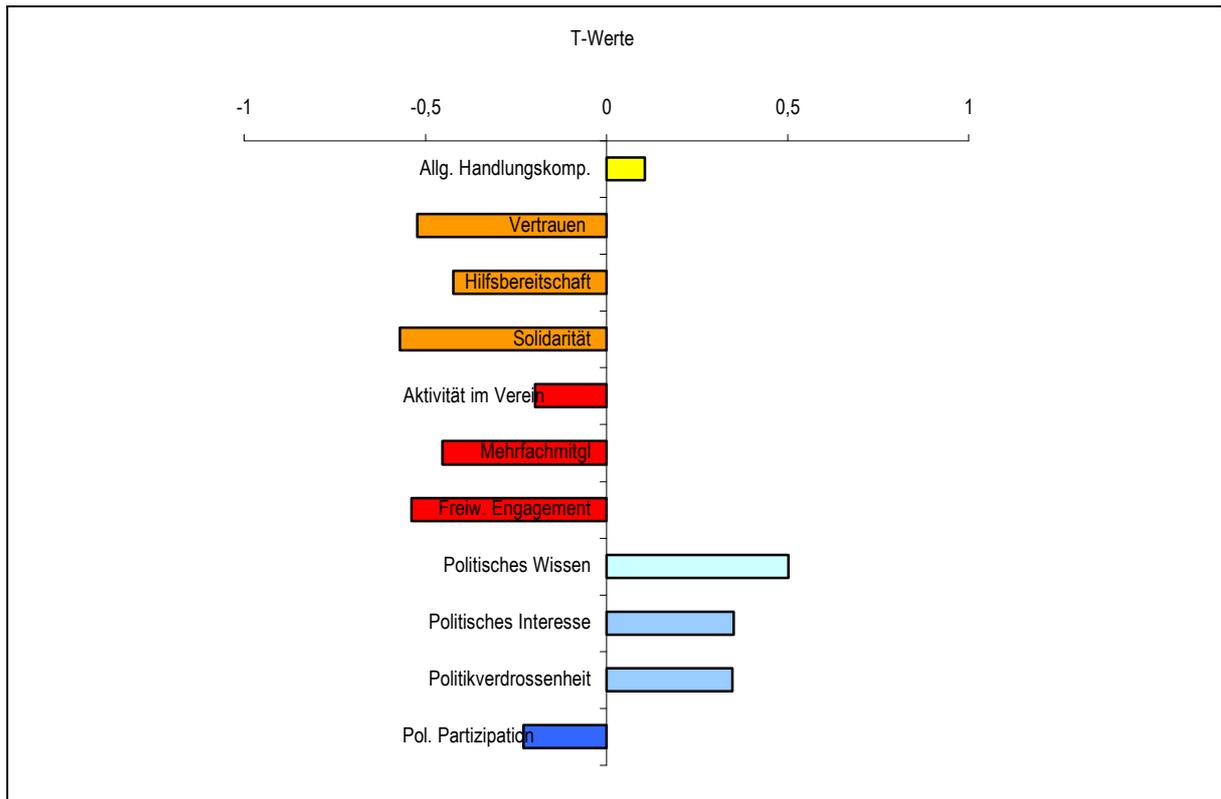
##### *Allgemeine Bürgerkompetenzen*

Während die allgemeinen *Handlungskompetenzen* des *Misstrauischen* noch als mittelmäßig bis recht gut eingeordnet werden können, so sind sein Vertrauen in die Mitmenschen und seine Solidarität unter allen Bürgertypen am geringsten ausgeprägt. Gemeinwohlorientierte *Handlungsdispositionen* sind somit bei einem Großteil der *Misstrauischen* kaum vorhanden. Zwar partizipiert er gelegentlich am Vereinsleben doch ist er nur sehr selten freiwillig engagiert. Die meisten Mitglieder dieser Gruppe sind auch nicht in weiteren Vereinen aktiv, so dass ihre gesellschaftliche *Partizipation* als gering bewertet werden kann.

##### *Politische Bürgerkompetenzen*

Auffallend ist, dass die politischen *Sachkompetenzen* des *Misstrauischen* besonders hoch sind und auch sein politisches Interesse deutlich über dem Durchschnitt liegt. Trotz seiner grundlegenden Sachkompetenzen beteiligt er sich jedoch wenig am politischen Geschehen.

Abb. 16: Visualisierung der Bürgerkompetenzen des „Misstrauischen“ auf der Grundlage der T-Werte.



Das Kompetenzprofil des *Misstrauischen* lässt sich wie folgt zuspitzen:

- mittelmäßige allgemeine Handlungskompetenzen
- sehr gering ausgeprägtes Vertrauen und andere Handlungsdispositionen; geringe gesellschaftliche Beteiligung
- hohe politische Kompetenzen gepaart mit relativ hoher Politikverdrossenheit
- geringe politische Beteiligung

#### *Gegenüberstellung mit dem „Idealtypus demokratischer Bürger“*

Ein Fünftel der Befragten verfügt zwar über grundlegende allgemeine und politische Handlungskompetenzen, wendet diese aufgrund politischer Verdrossenheit und starkem Misstrauen jedoch nur selten an. Aufgrund dessen erfüllt dieser Bürgertyp die Anforderungen demokratischer Systeme an die Bürger eher nicht. Allerdings besteht die Hoffnung, dass sich der misstrauische Bürgertyp in Situationen, in denen seine gesellschaftliche bzw. politische Beteiligung bedeutsam wird, auf seine durchaus vorhandenen Kompetenzen (wie bspw. politisches Interesse und Wissen) besinnt und diese anwendet. In der Gegenüberstellung mit dem Idealtypus ist dieser Bürgertyp als prinzipiell „interventionsfähig“ (vgl. Kap. 2.2.1) zu bewerten.

### 7.2.5 Der Desinteressierte

Kennzeichen dieses Bürgertyps sind seine stark unterdurchschnittlichen Kompetenzen in fast allen Bereichen des „Idealtypus demokratischer Bürger“. 17% der befragten Mitglieder gehören aufgrund ihres politischen Desinteresses und ihrer gesellschaftlichen Passivität zu dieser Gruppe.

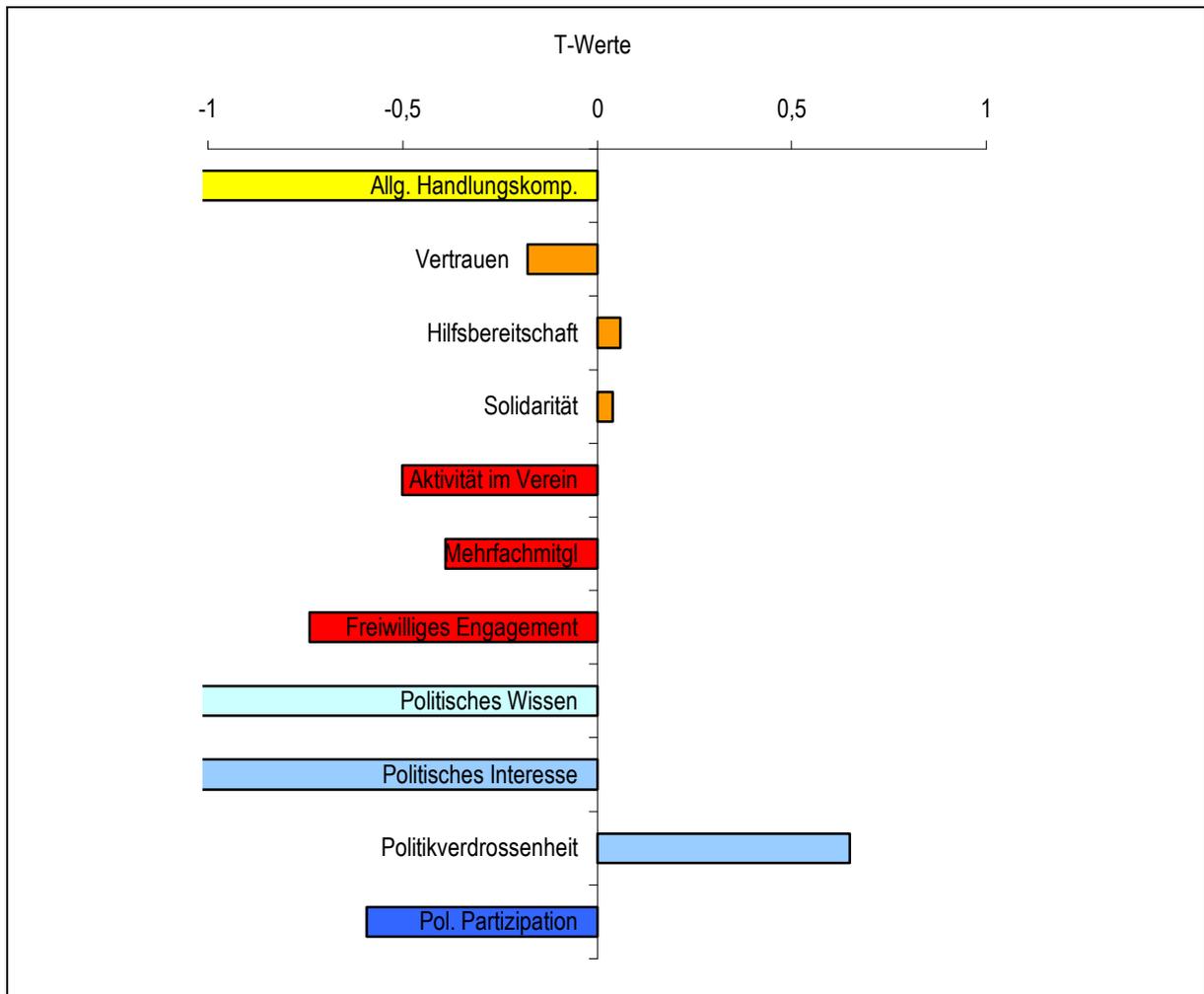
#### *Allgemeine Bürgerkompetenzen*

Die *Handlungskompetenzen* dieser Mitgliedergruppe sind außerordentlich gering. Die meisten Mitglieder geben an, organisatorische Aufgaben würden ihnen nicht liegen und sie hätten Probleme, sich gegenüber anderen zu artikulieren und durchzusetzen. Somit fehlen diesen Mitgliedern bereits grundlegende Kompetenzen für erfolgreiches gesellschaftliches und politisches Handeln. Allerdings verfügen diese Mitglieder über grundlegende *Handlungsdispositionen* wie Hilfsbereitschaft und Solidarität. Das heißt, sie sind prinzipiell bereit, andere zu unterstützen und nicht nur im Eigeninteresse zu handeln. Allerdings sind die desinteressierten Mitglieder kaum freiwillig engagiert. Mitgliedschaften in anderen Vereinen oder gar Parteien oder Bürgerinitiativen gehen sie nur sehr selten ein. Ihre gesellschaftliche *Partizipation* ist somit sehr gering.

#### *Politische Bürgerkompetenzen*

Besonders auffallend sind die geringen politischen Bürgerkompetenzen dieses Typs. In allen Bereichen, die im „Idealtypus demokratischer Bürger“ zu politischen Bürgerkompetenzen zusammengefasst sind, schneiden die Mitglieder dieser Gruppe am schlechtesten von allen fünf Typen ab. *Desinteressierte* verfügen über geringe *Sachkompetenzen* und ein geringes Interesse am politischen Geschehen. Dies geht einher mit einem hohen Maß an Politikverdrossenheit. Somit verfügen sie nicht über die politischen Tugenden, die im „Idealtypus“ als notwendige *Handlungsdispositionen* für die Mitglieder demokratischer Gemeinwesen aufgeführt sind. Analog dazu ist auch die *politische Partizipation* dieses Typs außerordentlich gering. Somit fehlen den *Desinteressierten* nicht nur grundlegende allgemeine Handlungskompetenzen, sondern darüber hinaus auch notwendige politische Kompetenzen und Tugenden, wie eine positive Einstellung zum demokratischen System.

Abb. 17: Visualisierung der Bürgerkompetenzen des „Desinteressierten“ auf der Grundlage der T-Werte



Das Kompetenzprofil des *Desinteressierten* lässt sich wie folgt zuspitzen:

- geringe allgemeine Handlungskompetenzen und gesellschaftliche Partizipation
- mittelmäßige Gemeinwohlorientierung
- geringe politische Kompetenzen, ausgeprägtes politisches Desinteresse und sehr hohe Politikverdrossenheit
- geringe politische Beteiligung

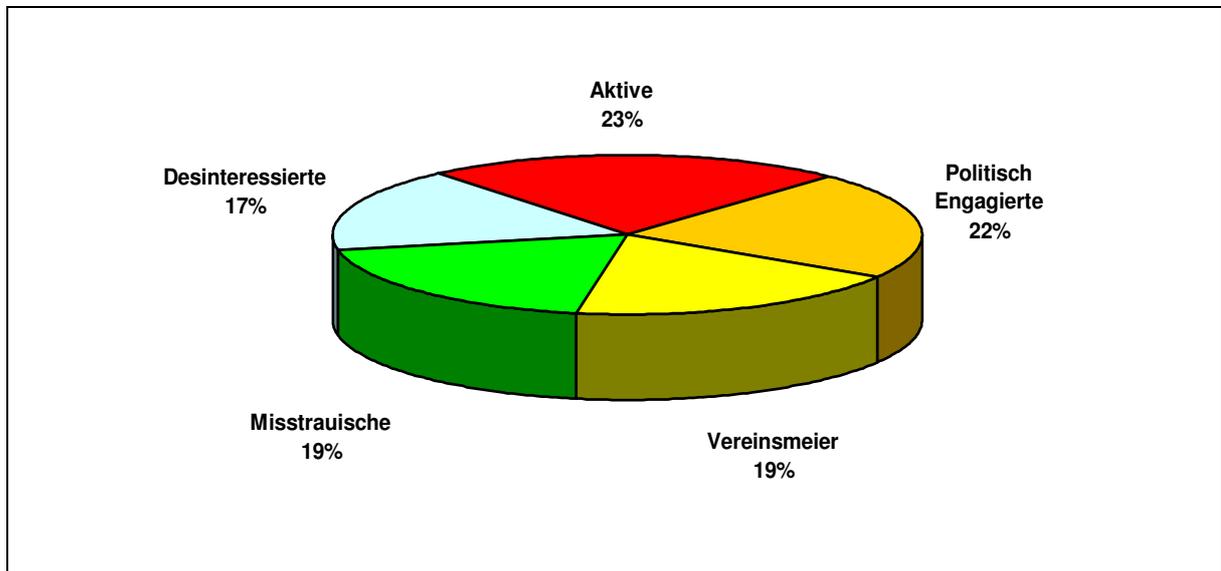
*Gegenüberstellung mit dem „Idealtypus demokratischer Bürger“*

Der Desinteressierte weist in fast allen Bereichen des Idealtypus stark unterdurchschnittliche Kompetenzen auf. Somit scheint er den Herausforderungen demokratischer Gemeinwesen an die Bürger am wenigsten von allen Bürgertypen gewachsen zu sein. Politische und gesellschaftliche Aktivitäten können von diesem Bürgertyp aufgrund seines Desinteresses und der fehlenden Handlungskompetenzen nicht erwartet werden.

### 7.2.6 Vergleichende Zusammenfassung der Bürgertypen

Die folgende Abbildung stellt die Häufigkeitsverteilung der Bürgertypen dar.

Abb. 18: Anteil der verschiedenen Bürgertypen an der Gesamtstichprobe (N=666).



Den größten Anteil an den befragten Mitgliedern haben mit 23,1% die *Aktiven*. Dieser Bürgertyp zeichnet sich durch hohe allgemeine und politische Bürgerkompetenzen sowie durch eine hohe Vereinsaktivität aus. Fast ebenso häufig (22,2%) ist in Vereinen ein Bürgertyp anzutreffen, der sich ebenfalls durch hohe allgemeine und politische Bürgerkompetenzen auszeichnet, jedoch durch seine hohe politische Partizipation und seine geringe Beteiligung am Vereinsleben hervorsteicht. Deshalb wird dieser Typ als der *politisch Engagierte* bezeichnet. Sowohl die *Aktiven* als auch die *politisch Engagierten* zeichnen sich dadurch aus, dass sie in allen Bereichen des „Idealtypus demokratischer Bürger“ über relativ hohe Kompetenzen verfügen. Somit weisen beide Bürgertypen grundlegende Handlungskompetenzen und Handlungsdispositionen auf, um sich in unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens aktiv zu beteiligen. Hier liegt dann auch der entscheidende Unterschied zwischen diesen beiden hoch-kompetenten Bürgertypen: Während die *Aktiven* ihre gesellschaftliche Aktivität auf den Verein konzentrieren sind die *politisch Engagierten* überwiegend in mehreren gesellschaftlichen Organisationen und auch auf politischer Ebene aktiv. Der folgende Abschnitt (vgl. 7.3) stellt dar, inwiefern sozio-demographische Unterschiede zwischen diesen beiden Bürgertypen bestehen, die ggf. erklären können, weshalb die eine Gruppe ihren Schwerpunkt auf die gesellschaftliche Beteiligung im Verein und die andere Gruppe ihren auf die politische Partizipation legt. Einen ersten Erklärungsansatz bietet in jedem Fall das Ressourcenmodell (vgl. Brady et al.,

1995; Roth, 2003) wonach die zur Verfügung stehende freie Zeit begrenzt ist und deshalb Schwerpunkte in der Aktivität gesetzt werden müssen.

Als wichtiges Resultat der Untersuchung ist festzuhalten, dass es sich sowohl bei den *Aktiven* als auch bei den *politisch Engagierten* um Bürger handelt, die mit umfassenden Kompetenzen im Sinne des „Idealtypus demokratischer Bürger“ ausgestattet sind. Somit verfügt knapp die Hälfte der befragten Vereinsmitglieder (45,3%) über Kompetenzen, die darauf schließen lassen, dass diese Bürger in der Lage sind, die Anforderungen, die Demokratien an ihre Bürger stellen, in hohem Maße erfüllen zu können. Diese Ergebnisse bestätigen somit die Resultate bisheriger Untersuchungen, wonach es sich bei Vereinsmitgliedern oftmals um besonders kompetente Bürger handelt. Allerdings sind in bisherigen empirischen Untersuchungen nur einzelne Aspekte von Bürgerkompetenzen eingeflossen (vgl. Almond & Verba, 1963; Verba & Nie, 1972; Brady, Verba & Lehman Schlozman, 1995; Dunckelmann, 1975; Green & Brock, 2005; Olsen, 1972 und im Überblick Kap. 2). Durch die Kombination verschiedener Kompetenzaspekte im Sinne des „Idealtypus demokratischer Bürger“ können erstmals kompetente vereinsbezogene Bürger von kompetenten politisch orientierten Bürgern abgegrenzt werden, die in den untersuchten Vereinen fast gleich stark vertreten sind. Inwiefern bestimmte Charakteristika von Vereinen mit diesen unterschiedlichen Orientierungen der Mitglieder in Verbindung stehen, soll in Kapitel 8 in den Blick genommen werden.

Fast jedes fünfte untersuchte Vereinsmitglied (19,1%) gehört zur Gruppe der *Vereinsmeier*. Dieser Bürgertyp zeichnet sich durch ein hohes Vereinsengagement in Verbindung mit relativ geringen allgemeinen und politischen Bürgerkompetenzen aus. Hinsichtlich des gesellschaftlichen und politischen Lebens außerhalb des Vereins verfügt dieser Bürgertyp über „Scheuklappen“. Bemerkenswert an diesem Bürgertyp sind seine hohe vereinsbezogene Aktivität und sein großes freiwilliges Engagement in Verbindung mit geringen allgemeinen Handlungskompetenzen und geringer Gemeinwohlorientierung. Diese Daten lassen an der häufig geäußerten Vermutung zweifeln, dass Vereinsaktivität und freiwilliges Engagement bei den Mitgliedern per se Bürgerkompetenzen generieren würden (vgl. Simon, 1983, Himmelmann, 2001; Putnam, 1993, 2000 und im Überblick Kap. 2). Hohe Aktivität in und für den Verein kann auch weitgehend unabhängig von allgemeinen und politischen Bürgerkompetenzen auftreten. Insofern bedeuten freiwilliges Engagement und aktive Mitgliedschaft im Verein nicht zwangsläufig dass Mitglieder den Anforderungen demokratischer Systeme gewachsen sind. Vielmehr muss hier zwischen Mitgliedern wie den *Aktiven* und Mitgliedern wie den *Vereinsmeiern* differenziert werden, die zwar gleichermaßen im Verein engagiert sind, deren Poten-

ziale, den Herausforderungen von Demokratien zu genügen, sich jedoch stark unterscheiden. Auch hier stellt sich die Frage nach soziodemographischen Besonderheiten der beiden Typen, welche die Unterschiede zwischen diesen Gruppen erklären helfen könnten (vgl. Abschnitt 7.3).

Den *Vereinsmeier* hatte möglicherweise Max Weber im Sinn, als er 1910 auf dem Deutschen Soziologentag die Befürchtung äußerte, dass man in Vereinen vor allem gute Staatsbürger „im passiven Sinn des Wortes“ (Weber, 1924, 445) antreffen würde. Er vermutete, dass die starke Konzentration dieser Mitglieder auf die Vereinsbelange gesellschaftliches bzw. politisches Handeln für diese Menschen überflüssig mache.

Die Ergebnisse der hier vorliegenden Untersuchung geben Max Weber nur teilweise Recht: Tatsächlich gibt es Menschen in Vereinen, die sich außerhalb des Vereins durch Passivität auszeichnen, allerdings trifft dies auf eine Vielzahl von Vereinsmitgliedern nicht zu.

Ein weiterer Bürgertyp, der in Vereinen fast genauso häufig anzutreffen ist, wie der *Vereinsmeier* ist der *misstrauische* Bürger, der 18,9% der befragten Mitglieder ausmacht. Im Gegensatz zum *Vereinsmeier* ist der *Misstrauische* jedoch in keinem gesellschaftlichen oder politischen Bereich besonders aktiv. Stattdessen weisen seine allgemeinen und politischen Handlungskompetenzen und sein relativ hohes politisches Interesse in Verbindung mit sehr geringem Vertrauen in die Mitmenschen und relativ hoher Politikverdrossenheit darauf hin, dass dieser Mensch resigniert hat bzw. stark enttäuscht ist. Auffallend sind auch seine fehlenden Dispositionen zum gemeinwohlorientierten Handeln. Es stellt sich die Frage inwiefern der Verein ein Ort ist, der dazu dienen kann, seine Enttäuschung zu überwinden und zu gesellschaftlicher Aktivität und zu Vertrauen zurückzufinden oder ob Resignation und Enttäuschung durch den Verein verstärkt bzw. ausgelöst wurden. Aufschlussreich könnte in diesem Zusammenhang die Berücksichtigung der Mitgliedschaftsdauer sein. Trotz seiner geringen gesellschaftlichen und politischen Aktivität kann dieser Bürgertyp aufgrund seiner vorhandenen allgemeinen und politischen Kompetenzen als prinzipiell interventionsfähig eingestuft werden.

Die kleinste Gruppe unter den Vereinsmitgliedern, die hinsichtlich ihrer Bürgerkompetenzen den größten Anlass zur Sorge bereitet, sind die *Desinteressierten*, die 16,5% der Mitglieder ausmachen. Dieser Bürgertyp ist durch äußerst geringe allgemeine und politische Handlungskompetenzen, politisches Desinteresse und sehr hohe Politikverdrossenheit gekennzeichnet. Auch im Verein zeigen *Desinteressierte* kein größeres Engagement. Darin unterscheiden sie sich maßgeblich von den *Vereinsmeiern*. Die *Desinteressierten* stellen hinsichtlich ihrer politischen Bürgerkompetenzen die negative

Steigerungsform des *Vereinsmeiers* dar: Sie interessieren sich noch weniger für Politik, wissen noch weniger über politische Belange, sind noch seltener politisch aktiv und in noch stärkerem Maße politikverdrossen.

In ihren allgemeinen Bürgerkompetenzen heben sich die *Desinteressierten* in einer Hinsicht positiv von den *Vereinsmeiern* und auch den *Misstrauischen* ab: Sie verfügen durchaus über ein gewisses Maß an gemeinwohlorientierten Persönlichkeitseigenschaften, das heißt sie zeigen Solidarität mit den Mitmenschen, sind hilfsbereit und haben in der Regel auch Vertrauen zu anderen Menschen.

Insgesamt geben die *Desinteressierten* eher Anlass zur Sorge, als dass sie im Sinne des „Idealtypus demokratischer Bürger“ den Anforderungen der Demokratie Genüge leisten könnten.

Es stellt sich die Frage, inwiefern soziodemographische Merkmale mit den unterschiedlichen Bürgerkompetenzen der Mitglieder in Verbindung stehen. Deshalb werden im Folgenden soziodemographische Besonderheiten der einzelnen Bürgertypen herausgearbeitet (vgl. Abschnitt 7.3).

### **7.3 Soziodemographische Besonderheiten der einzelnen Bürgertypen**

Nachdem die fünf Bürgertypen in Bezug auf ihre Bürgerkompetenzen ausführlich dargestellt wurden, wird nun untersucht, inwiefern sich die einzelnen Typen in Bezug auf soziodemographische Merkmale unterscheiden. Berücksichtigt werden als horizontale Ungleichheitsmerkmale das Geschlecht, das Alter und die regionale Herkunft. Als vertikale Ungleichheitsmerkmale finden der Bildungsabschluss, die berufliche Autonomie sowie das Einkommen Berücksichtigung (zur Operationalisierung vgl. Abschnitt 6.2.3, vgl. auch Abschnitt 11.2 im Anhang).

Hierbei stehen vier Fragen im Mittelpunkt, die in Abschnitt 7.2 durch die Gegenüberstellung der Bürgerkompetenzen der einzelnen Bürgertypen aufgeworfen wurden.

(1) Geben die soziodemographischen Merkmale Hinweise darauf, wie sich die *Aktiven* von den *politisch Engagierten* Mitgliedern unterscheiden? Gibt es bestimmte soziodemographische Merkmale, die entweder Vereinsaktivität oder politische Aktivität begünstigen?

(2) Gibt es soziodemographische Faktoren, die erklären können, weshalb sich die gleichermaßen in Vereinen aktiven Typen *Vereinsmeier* und *Aktive* hinsichtlich ihrer sonstigen Bürgerkompetenzen so stark unterscheiden?

(3) Worin unterscheiden sich *Desinteressierte* von *Vereinsmeiern*? Gibt es soziodemographische Merkmale, die erklären können, weshalb die eine Gruppe trotz geringer Bürgerkompetenzen den Verein als zentrales Betätigungsfeld gewählt hat, wohingegen die andere Gruppe in allen Bereichen eher desinteressiert und passiv ist, obwohl sie durchaus über gemeinwohlorientierte Handlungsorientierungen verfügt?

(4) Zuletzt soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern es Anzeichen gibt, dass die *Misstrauischen* im Zuge ihrer Vereinsmitgliedschaft zu gesellschaftlicher Aktivität und gemeinwohlorientierten Handlungsdispositionen, wie Vertrauen Solidarität und Hilfsbereitschaft (zurück-) finden könnten. Deshalb soll zusätzlich zu den soziodemographischen Merkmalen auch die Mitgliedschaftsdauer berücksichtigt werden (zur Operationalisierung vgl. Abschnitt 6.2.3).

Um die einzelnen Fragen beantworten zu können, werden im Folgenden die einzelnen Bürgertypen hinsichtlich soziodemographischer Merkmale differenziert und gegenübergestellt.

### 7.3.1 Horizontale Ungleichheitsmerkmale

#### *Geschlecht*

Unter den befragten Vereinsmitgliedern sind Männer mit 60% etwas überrepräsentiert (vgl. Abb. 19). Dieses Geschlechterverhältnis in Vereinen wird durch empirische Ergebnisse repräsentativer Untersuchungen bestätigt. So kommt die Forschungsgruppe Wahlen für Männer zu einem vergleichbaren Organisationsgrad von 61% (vgl. Bertelsmann Stiftung, 2004).

Dass dies eine für Vereine typische Verteilung ist, lässt sich auch für die Sportvereine mit Zahlen belegen. Nach den aktuellen Mitgliedschaftsstatistiken des Deutschen Olympischen Sportbundes für 2006 (vgl. DOSB, 2006) sind insgesamt 60,4% der Sportvereinsmitglieder männlich und 39,6% weiblich.

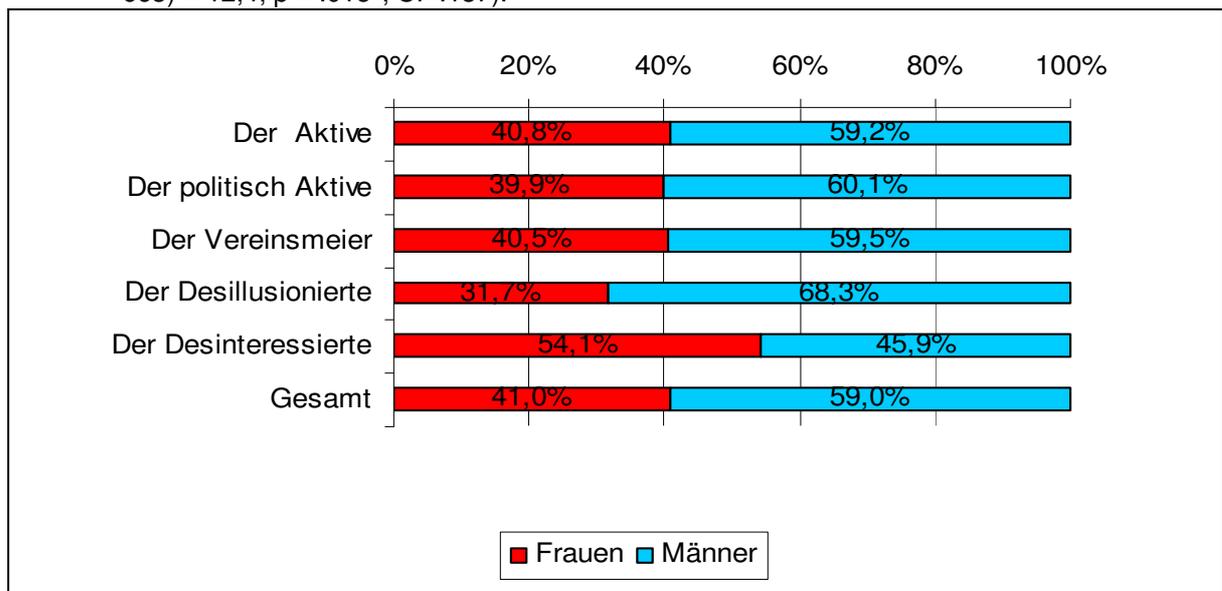
In drei der fünf Bürgertypen sind die Geschlechter ebenfalls in diesem Verhältnis vertreten. Unterschiede in der Geschlechterverteilung weisen jedoch die *Misstrauischen* und die *Desinteressierten* auf. Während Frauen signifikant seltener als Männer zum Bürgertyp der *Misstrauischen* gehören, sind sie wesentlich häufiger in der Gruppe der *Desinteressierten* zu finden. Dies korrespondiert mit Ergebnissen aus der politischen Kulturforschung, wonach Frauen, im Vergleich zu Männern, geringere politische Kompetenzen aufweisen und sich in geringerem Maße für Politik interessieren würden (vgl. Geißler, 2002, Greiffenhagen & Greiffenhagen, 1993; Kulke, 1996,). So zeigen Ergebnisse der allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften

von 2002, dass 41% der Männer ein starkes bzw. sehr starkes Interesse an Politik haben, wohingegen dies nur auf 23% der Frauen zutrifft (vgl. ZUMA, 2002). Begründet werden die „politischen Defizite“ von Frauen unter Anderem mit immer noch vorherrschenden gesellschaftlichen Strukturen und Normen, wonach Frauen die häuslichen Dinge regeln und Männer für die gesellschaftlichen Belange zuständig sind. Darüber hinaus werden bestimmte weibliche Persönlichkeitsmerkmale für ihr geringeres Interesse am politischen Geschehen verantwortlich gemacht. Politische Machtkämpfe und „männerbündisches Gehabe“ lehnten sie ebenso ab, wie politische Stammtischparolen und Ellenbogenmentalität (vgl. Greiffenhagen & Greiffenhagen, 1993).

Allerdings zeigen die Ergebnisse auch, dass bezüglich der politischen und gesellschaftlichen Aktivität von Frauen nicht mehr Anlass zur Sorge besteht, als bezüglich der von Männern. Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass weibliche Vereinsmitglieder ebenso häufig wie männliche gesellschaftlich und politisch aktive Bürger sind und somit beide Geschlechter gleichermaßen häufig den Anforderungen demokratischer Systeme an die Bürger genügen können.

Da desinteressierte und misstrauische Bürger diesen Anforderungen in wesentlichen Bereichen des Idealtypus demokratischer Bürger nicht entsprechen, spielen die bei diesen Bürgertypen auftretenden Geschlechterunterschiede unter demokratischen Gesichtspunkten eine vergleichsweise untergeordnete Rolle.

Abb. 19: Geschlechterverteilung in den Bürgertypen und in der Gesamtstichprobe in Prozent ( $\chi^2(4, 663) = 12,4; p = .015^*; CI=.137$ ).



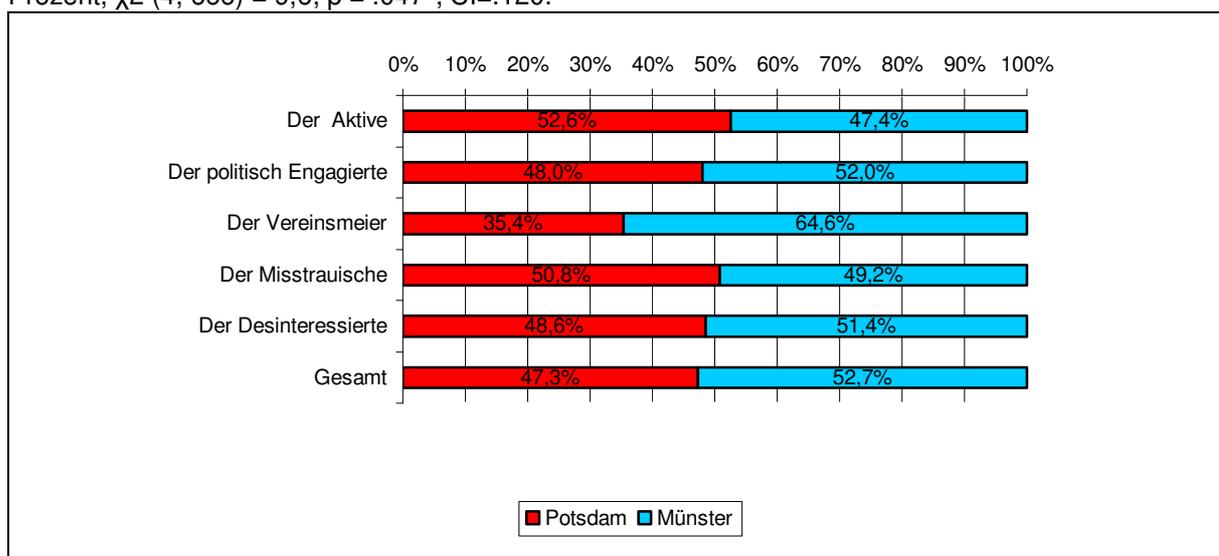
### Regionale Herkunft

In der Gesamtstichprobe kommen 47% der Mitglieder aus Potsdam und 53% aus Münster. Ein ähnliches Verhältnis von ost- und westdeutschen Vereinsmitgliedern findet sich auch in fast allen Bürgertypen (vgl. Abb. 20).

Ins Auge fallen jedoch die *Vereinsmeier*, die zu zwei Dritteln aus Münster und nur zu einem Drittel aus Potsdam stammen. Die *Vereinsmeier* zeichnen sich durch eine starke Orientierung am Verein aus, ihr politisches und gesellschaftliches Interesse ist dagegen eher gering ausgeprägt (vgl. Abschnitt 7.2.3). Somit handelt es sich bei diesem auch als „Minusvariante des Bürgers“ bezeichneten Typ (Speth et al., 2004, 2) möglicherweise um ein westdeutsches Phänomen.

In der Gruppe der *Aktiven* sind hingegen die Potsdamer Vereinsmitglieder mit 52% leicht überrepräsentiert. Dies korrespondiert mit Befunden zu Sport- und anderen Vereinen, wonach ostdeutsche im Vergleich zu westdeutschen Vereinsmitgliedern als „ernsthafte Demokraten“ bezeichnet werden können (vgl. Baur, 2003; Braun et al., i. E.). Es gibt jedoch andere Untersuchungen, die diesen Ergebnissen widersprechen und denen zu Folge „das politische Interesse der neuen Bundesbürger hinter den alten Ländern zurückbleibt und sich dieser Umstand auf die öffentliche aktive Beteiligung (...) in den neuen Ländern auswirkt“ (Gensicke, 2000, 177; vgl. auch Schöbel, 2002). Dies mag für die Gesamtbevölkerung zutreffen; die Ergebnisse für die Potsdamer Vereinsmitglieder weisen jedoch eine andere Tendenz auf.

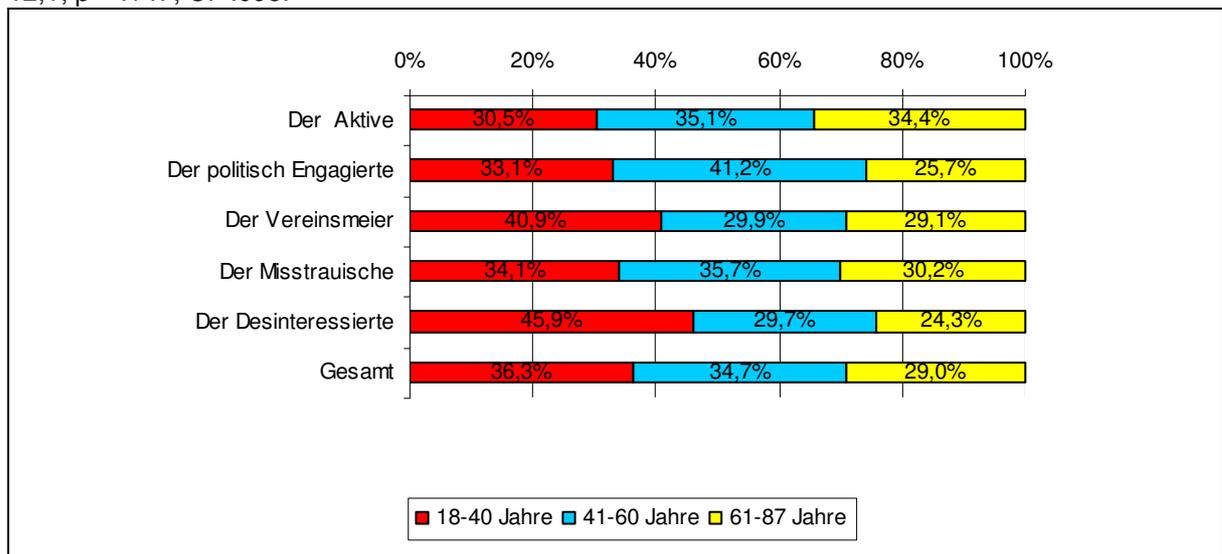
Abb. 20: Regionale Herkunft der Mitglieder in den Bürgertypen und in der Gesamtstichprobe in Prozent,  $\chi^2(4, 666) = 9,6$ ;  $p = .047^*$ ;  $CI = .120$ .



### Alter

Die Bürgertypen unterscheiden sich nicht signifikant ( $p=.142$ ) hinsichtlich der Altersstruktur der Mitglieder. Dennoch fällt ins Auge (vgl. Abb. 21), dass ein Großteil (46%) der desinteressierten Mitglieder jünger als 40 Jahre ist. Und auch bei den politisch eher wenig interessierten *Vereinsmeiern* ist die jüngere Altersgruppe mit 41% etwas überrepräsentiert. Bei den *Aktiven* und *politisch Engagierten* sind die Jüngeren eher unter-, ältere Mitglieder hingegen eher überrepräsentiert (vgl. Abb. 21). Dies kann entweder darauf hindeuten, dass die Bürgerkompetenzen mit dem Alter zunehmen oder aber, dass diese insbesondere in der jüngeren Generation erodieren. Empirische Untersuchungen weisen mit ihren Ergebnissen eher in die Richtung, dass politisches Interesse mit dem Alter zunimmt (vgl. Bertelsmann Stiftung 2004, Hradil, 2001).

Abb. 21: Alter der Mitglieder in den Bürgertypen und in der Gesamtstichprobe in Prozent,  $\chi^2(4, 666) = 12,1$ ;  $p = .147$ ;  $CI=.095$ .



### 7.3.2 Vertikale Ungleichheitsmerkmale

Zunächst ist anzumerken, dass die Vereinsmitglieder in Potsdam und Münster im Vergleich zu repräsentativen Bevölkerungsstichproben einen überdurchschnittlich hohen Bildungsstand aufweisen.

Während in der Gesamtbevölkerung etwa 39% keine Schulausbildung vollendet bzw. die Hauptschule abgeschlossen haben, trifft dies nur für jedes zehnte Vereinsmitglied zu. In Vereinen haben 71% der Mitglieder das Abitur oder einen noch höheren Bildungsabschluss erworben. In der Gesamtbevölkerung liegt dieser Anteil bei 31%. Insofern ist zu berücksichtigen, dass Vereinsmitglieder bezüglich ihres Bildungsabschlusses nur einen kleinen Teil der Gesamtbevölkerung widerspiegeln, nämlich vorrangig den der hoch Gebil-

deten. Insofern wirken Vereine trotz ihrer formalen Offenheit hoch selektiv. Dieses Problem soll an dieser Stelle jedoch nicht weiter thematisiert werden.<sup>40</sup>

Tab. 24: Höchste Bildungsabschlüsse (in Prozent) auf der Grundlage des ALLBUS 2002, N=2820 (vgl. ZUMA, 2002) und der Mitgliederbefragung, (N= 665).

	Ohne Schulabschluss	Hauptschulabschluss	Mittlere Reife	Abitur	Fachhochschule	Universität
Gesamtbevölkerung (ALLBUS 2002)	2,6	36,0	30,4	13,6	6,0	11,4
Vereinsmitglieder	0,6	9,5	18,8	21,8	17,0	32,3

### *Bildungsabschluss, beruflicher Status, Äquivalenzeinkommen*

Die fünf Bürgertypen unterscheiden sich hoch signifikant ( $p < .001^{***}$ ) hinsichtlich der Bildungsabschlüsse und des beruflichen Status ihrer Mitglieder (vgl. Abb. 22 und 23).

Die Ergebnisse spiegeln bekannte gesellschaftliche Phänomene wider: Es zeigt sich, dass politische Aktivität und politisches Interesse eng mit einem hohen Bildungsstand verknüpft sind (vgl. Hradil, 2001). Darüber hinaus gibt es interessante Details in den einzelnen Bürgertypen: Knapp 70% der *politisch Engagierten* besitzen einen Hochschulabschluss. Dies ist auch die Gruppe mit dem höchsten beruflichen Status. Ein Viertel der Mitglieder weist eine sehr große Autonomie im beruflichen Handeln auf (vgl. Hoffmeyer-Zlotnik, 1998), das heißt sie sind zum Beispiel Selbständig und beschäftigen zahlreiche Angestellte, stehen in einem höheren Beamtenverhältnis oder sind als Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben betraut. Dies schlägt sich auch in einem überdurchschnittlich hohen Äquivalenzeinkommen dieser Gruppe nieder (vgl. Abb. 24). Dies ergänzt die bereits vorhandenen Informationen zu diesem Bürgertyp. Aufgrund der beruflichen Verantwortung fehlt den *politisch Engagierten* möglicherweise die Zeit für mehr Aktivität und ein intensives Engagement im Verein (vgl. Ressourcenmodell; Kap. 2 und Roth, 2003). Stattdessen sind sie oftmals in verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Bereichen aktiv.

Die *Aktiven*, die sowohl politisch interessiert als auch im Verein sehr aktiv sind, weisen zur Hälfte einen Hochschulabschluss auf. Diesem Typ zugehörig sind überwiegend Mitglieder, die eine hohe berufliche Autonomie aufweisen, zum Beispiel als Selbständige mit mehreren Mitarbeitern oder als Angestellte und Beamte im gehobenen Dienst (vgl. Kap. 6.2.3). Allerdings sind in diesem Typ auch Mitglieder mit einem relativ geringen Einkommen überrepräsentiert. Das

<sup>40</sup> Zur sozialen Ungleichheit durch Vereine vgl. z. B. Nagel (2003, vor allem für Sportvereine).

deutet darauf hin, dass es sich bei den *Aktiven* teilweise um Idealisten handeln könnte, denen soziales Engagement wichtiger ist, als ihre berufliche Karriere bzw. ein hohes Einkommen.

*Vereinsmeier* und *Desinteressierte* zeichnen sich hingegen durch vergleichsweise niedrigere Bildungsabschlüsse aus. Mitglieder mit Hauptschulabschlüssen und Mittlerer Reife sind in diesen Bürgertypen überrepräsentiert. Die *Misstrauischen* verfügen hingegen noch häufiger als die *Aktiven* über einen Hochschulabschluss.

Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen: Je höher der Bildungsstand eines Mitglieds ist, desto höher fällt in den meisten Fällen seine politische Beteiligung aus; je geringer der Bildungsstand eines Mitglieds ist, desto geringer ist oftmals auch seine politische Partizipation.

Die Vereinsaktivität steht nicht in einem solchen deutlichen Zusammenhang zum Bildungsstand. Allerdings zeigt sich, dass sowohl ein sehr hoher, als auch ein sehr niedriger Bildungsabschluss eher in einem negativen Zusammenhang zu Vereinsaktivität und freiwilligem Engagement stehen.

Abb. 22: Prozentuale Verteilung von Bildungsabschlüssen in den Bürgertypen und in der Gesamtstichprobe ( $\chi^2(8, 665) = 61,2; p < .001^{***}; CI = .152$ ).

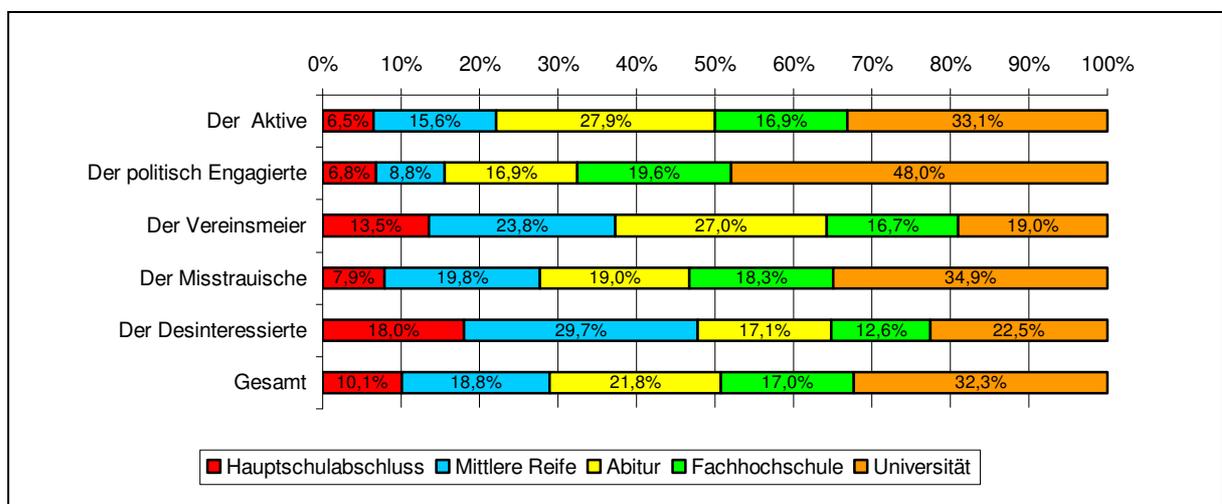


Abb. 23: Prozentuale Verteilung der beruflichen Autonomie in den Bürgertypen und in der Gesamtstichprobe ( $\chi^2(12, 597) = 50,3, p < .001^{***}; CI=.168$ ).

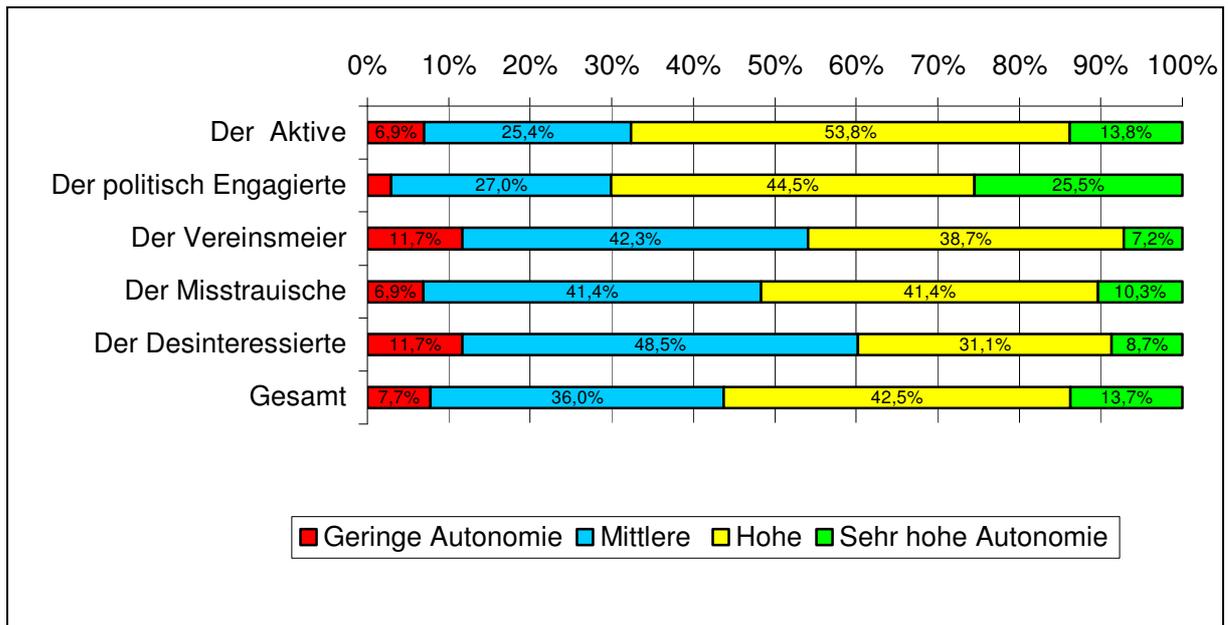
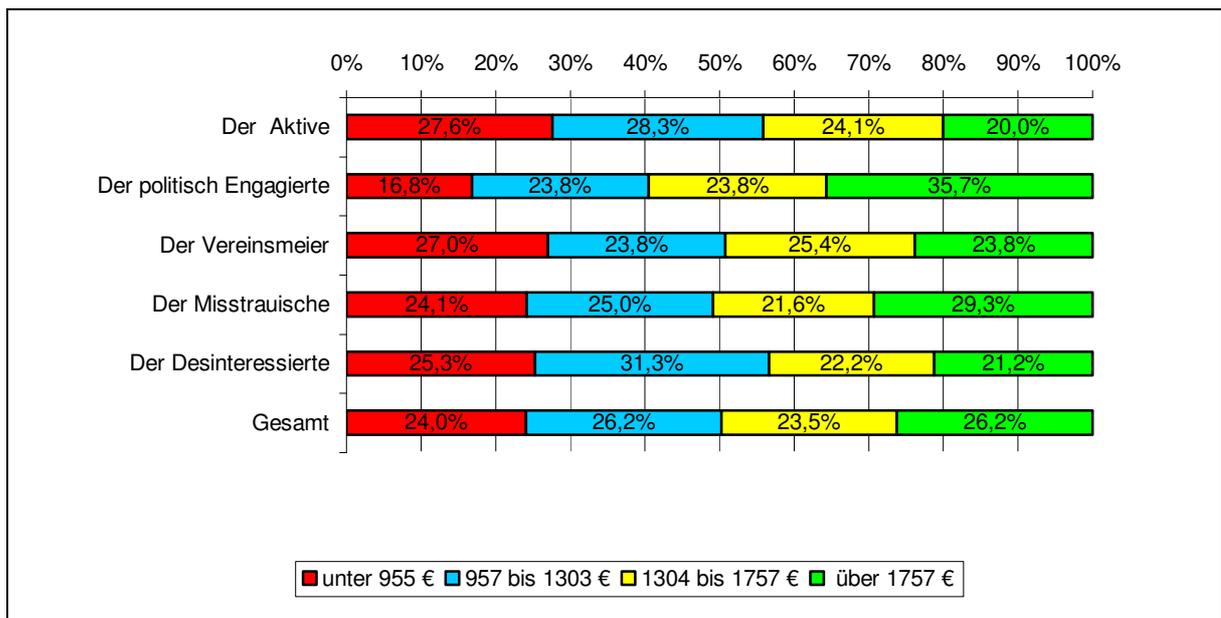


Abb. 24: Prozentuale Verteilung des Äquivalenzeinkommens in den Bürgertypen und in der Gesamtstichprobe ( $\chi^2(12, 625) = 15,4; p = .219, CI=.091$ ).



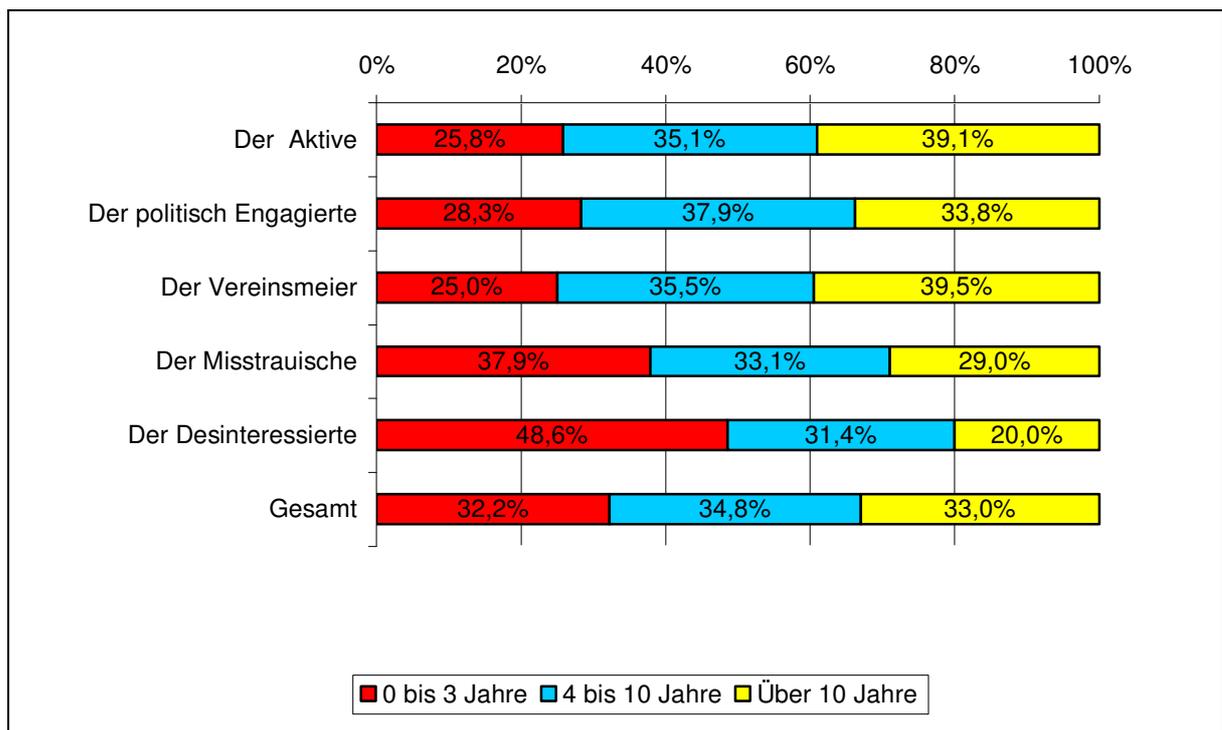
### 7.3.3 Weitere Merkmale der Bürgertypen

#### Mitgliedschaftsdauer

Die Mitglieder der verschiedenen Bürgertypen unterscheiden sich signifikant ( $p=.002^{**}$ ) hinsichtlich der Dauer ihrer Mitgliedschaft. So besteht die Gruppe der *Desinteressierten* zu fast 50% aus Mitgliedern, die weniger als drei Jahre dem Verein angehören. Bürgertypen wie der *Aktive* und der *Vereinsmeier*, die sich durch eine hohe Vereinsaktivität auszeichnen, bestehen zu fast 40% aus langjährigen Vereinsmitgliedern. Auch unter den *Misstrauischen* sind Mit-

glieder mit kurzer Mitgliedschaftsdauer überrepräsentiert. Das könnte darauf hin deuten, dass diese Mitglieder im Zuge einer länger andauernden Mitgliedschaft entweder aus dem Verein ausscheiden oder ihre Aktivität im Verein erhöhen und sich ihr Misstrauen dann ggf. verringert und sie dadurch aus diesem Typ hinausfallen. Allerdings bleibt ein solcher Zusammenhang spekulativ und kann nur mit Hilfe von Längsschnittuntersuchungen abgesichert werden (vgl. zu dieser Problematik auch Nobis, 2007).

Abb. 25: Dauer der Vereinsmitgliedschaft der Bürgertypen und in der Gesamtstichprobe in Prozent ( $\chi^2(8, 649) = 24,8; p = .002^{**}; CI=.138$ ).



#### 7.3.4 Soziale Ungleichheiten zwischen den Bürgertypen

Es stellt sich die Frage, welches die zentralen soziodemographischen Merkmale sind, in denen sich die Bürgertypen unterscheiden. Deshalb wurden die Ergebnisse der Chi<sup>2</sup>-Tests durch univariate Varianzanalysen ergänzt. Hierfür wurden bei den Variablen Alter, Mitgliedschaftsdauer und Äquivalenzeinkommen die Ursprungswerte (metrisches Skalenniveau) und nicht die zusammengefassten Skalen verwendet. Tabelle 25 gibt einen Überblick über die Ergebnisse.

Tab. 25: Ergebnisse einer univariaten Varianzanalyse zur Ermittlung signifikanter Gruppenunterschiede zwischen den Bürgertypen (N= 538, DF=4).

	F	p	Eta <sup>2</sup>
Alter	1,458	,214	,011
Bildungsabschluss	8,130	<.001***	,057
Berufsautonomie	12,066	<.001***	,082
Äquivalenzeinkommen	3,957	,004**	,029
Mitgliedschaftsdauer	9,769	<.001***	,068

Die Ergebnisse der Varianzanalysen zeigen, dass für die Variablen Bildungsabschluss, Berufsautonomie, Mitgliedschaftsdauer und Äquivalenzeinkommen signifikante Unterschiede zwischen den einzelnen Bürgertypen bestehen. Die stärksten Effekte weist mit einer aufgeklärten Varianz von 8,2% die Variable Berufsautonomie auf, gefolgt von der Mitgliedschaftsdauer mit 6,8% und dem Bildungsabschluss mit 5,7% aufgeklärter Varianz (vgl. Tab. 25). Dies bestätigt im Wesentlichen die Ergebnisse der Chi<sup>2</sup>-Tests, weist jedoch zusätzlich auf die Bedeutung des Äquivalenzeinkommens hin. Es zeigt sich somit, dass mit steigender beruflicher Autonomie und steigendem Bildungsstand Vereinsmitglieder signifikant häufiger den Anforderungen, die demokratische Systeme an ihre Bürger stellen, genügen.

Die Vereinsaktivität nimmt mit der Länge der Mitgliedschaft zu. Das bedeutet, dass Vereinsmitglieder, wenn sie aktiv sind, ihrem Verein lange treu bleiben und dass sie sich bei geringer Aktivität schon nach kurzer Zeit häufiger gegen eine Mitgliedschaft entscheiden. Hierbei ist zu beachten, dass die Vereinsaktivität eines Bürgertyps nicht immer mit ausgeprägten Bürgerkompetenzen einhergeht (vgl. 7.2.6).

(1) Um die eingangs aufgestellte Frage (vgl. Abschnitt 7.3) zu beantworten, worin sich die Gruppe der *Aktiven* von den *politisch Engagierten* unterscheidet, müssen vor allem die vertikalen Ungleichheitsmerkmale Bildungsabschluss, Berufsautonomie und Äquivalenzeinkommen betrachtet werden. Der größte Anteil an Mitgliedern mit Universitätsabschluss, sehr hoher beruflicher Autonomie und hohem Äquivalenzeinkommen findet sich unter den *politisch Engagierten*. In dieser Gruppe hat jeder Zweite ein Universitätsstudium abgeschlossen, jeder Dritte verfügt über ein monatliches Äquivalenzeinkommen über 1750€ und jeder Vierte arbeitet in einer Position, die mit dem größtmöglichen beruflichen Prestige verbunden ist. Diese drei Variablen zusammengenommen zeigen deutlich, dass es sich bei den politisch Aktiven vorrangig um Personen mit einem hohen gesellschaftlichen Status handelt. Die *Aktiven* entsprechen hingegen, was ihre Statusvariablen betrifft, eher dem durchschnittlichen Vereinsmitglied. Personen mit einem geringen Äquivalenz-

einkommen von unter 950€ sind unter den Aktiven sogar leicht überrepräsentiert.

Somit scheint der Status ein entscheidendes Kriterium dafür zu sein, ob ein Vereinsmitglied seine Bürgerkompetenzen vorrangig im Verein anbringt oder ob es gesellschaftspolitisch aktiv wird. Zugespitzt kann man resümieren, dass Akademiker in gut bezahlten hohen beruflichen Positionen am ehesten dem Bürgertyp des *politisch Engagierten* entsprechen, wohingegen die *Aktiven* eher die ganze Bandbreite der Vereinsmitglieder widerspiegeln.

(2) Auch um die Unterschiede zwischen den beiden Typen mit hoher Vereinsaktivität, den *Vereinsmeiern* und den *Aktiven* deutlich zu machen, sind die Statusvariablen Bildungsabschluss und Berufsautonomie geeignet. *Vereinsmeister* weisen im Gegensatz zu den *Aktiven* wesentlich häufiger einen niedrigeren bzw. mittleren Bildungsabschluss und eine geringere berufliche Autonomie auf. Hinzu kommt, dass *Vereinsmeister* deutlich häufiger in Münster und *Aktive* häufiger in Potsdam anzutreffen sind. Insofern lässt sich auch in diesem Fall wieder schlussfolgern, dass mit dem Status auch das Potenzial zunimmt, die komplexen Anforderungen der Demokratie besser erfüllen zu können. Dieser Zusammenhang zwischen vertikalen Ungleichheitsmerkmalen und Bürgerkompetenzen trifft vor allem für Münsteraner Vereinsmitglieder zu.

(3) *Desinteressierte* und *Vereinsmeister* unterscheiden sich vor allem hinsichtlich ihrer Mitgliedschaftsdauer. Während jedes zweite Mitglied der Gruppe der *Desinteressierten* erst seit weniger als vier Jahren Mitglied des Vereins ist, sind fast 40% der *Vereinsmeister* seit über zehn Jahren Mitglied. Bei den *Vereinsmeiern* handelt es sich besonders häufig um jüngere Mitglieder mit einer langen Mitgliedschaftsdauer. Denkbar ist, dass dieser Typ daran interessiert ist, berufliche Defizite durch eine starke Fokussierung auf den Verein auszugleichen. Seine geringe berufliche Autonomie versucht er durch starkes freiwilliges Engagement im Verein zu kompensieren.

Weitere Unterschiede zwischen *Desinteressierten* und *Vereinsmeiern* bestehen hinsichtlich des Bildungsstandes, der bei den *Vereinsmeiern* etwas höher ausfällt als bei den *Desinteressierten*. Insgesamt ist festzuhalten, dass mit der Höhe des Bildungsstandes eines Bürgertyps auch die politischen Bürgerkompetenzen des Bürgertyps zunehmen.

(4) Auch in der Gruppe der *Misstrauischen* sind Kurzzeitmitglieder über- und langjährige Mitglieder leicht unterrepräsentiert. Insofern ist es möglich, dass Mitglieder im Zuge einer länger andauernden Mitgliedschaft Bürgerkompetenzen entwickeln bzw. gesellschaftlich oder politisch aktiv werden. Allerdings ist es auch denkbar, dass *Misstrauische* und *Desinteressierte* ihre Mitgliedschaft nach nur einigen Jahren wieder aufgeben.

## 8. Bürgertypen in Sport- und anderen Vereinen

In Kapitel 7 konnte gezeigt werden, dass sich die Mitglieder von Vereinen hinsichtlich ihrer Bürgerkompetenzen stark unterscheiden. Während sich ca. die Hälfte der Vereinsmitglieder in hohem Maße durch allgemeine und politische Bürgerkompetenzen auszeichnet, gehört die andere Hälfte der befragten Mitglieder zu einem der drei Bürgertypen, die in einigen Bereichen des „Idealtypus“ nur geringe Kompetenzen aufweisen.

Auch wenn die Frage, ob Vereine Bürgerkompetenzen bei ihren Mitgliedern generieren, durch diese Arbeit nicht beantwortet werden kann, so kann, durch die empirische Untersuchung der Bürgerkompetenzen der Mitglieder eines Vereins, geklärt werden, inwiefern die Mitglieder von Vereinen bestimmten Anforderungen demokratischer Systeme an die Bürger genügen bzw. in welchen Bereichen sie mit demokratischen Bürgerkompetenzen ausgestattet sind.

Bisherige empirische Ergebnisse zu Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern deuten in die Richtung, dass manche Vereine demokratiekompetentere Mitglieder aufweisen als andere. Allerdings konnte dieser Fragestellung bisher nur unzureichend nachgegangen werden, da in vorliegenden Untersuchungen nur einzelne Mitglieder von Vereinen erfasst und einer bestimmten Gruppe von Vereinen zugeordnet werden konnten (vgl. Kap. 2). Im Rahmen dieser Untersuchung ist es möglich, aufgrund der durchgeführten Vollerhebung der Mitglieder ausgewählter Vereine mit unterschiedlichen Zielstellungen detaillierte Aussagen über die Bürgerkompetenzen der Mitglieder einzelner Vereine, bestimmter Vereinstypen sowie von Vereinen mit ähnlichen strukturellen Besonderheiten zu machen (Tab. vgl. Abschnitt 11.3 im Anhang).

Das Kapitel gliedert sich in vier Abschnitte mit unterschiedlichen Schwerpunkten.

(1) Zunächst werden Vereine nach ihren Zielstellungen und nach ihren Inhalten differenziert. An dieser Stelle geht es vor allem um die Frage, inwiefern sich Sportvereinsmitglieder von den Mitgliedern anderer Vereine unterscheiden. So werden zunächst die Bürgerkompetenzen von Mitgliedern binnenorientierter Sportvereine den Bürgerkompetenzen von Mitgliedern außenorientierter und fremdbezogener Vereine gegenübergestellt (vgl. Abschnitt 8.1.1). Darüber hinaus werden die Kompetenzen von Mitgliedern in Sport-, Politik-, Kultur- und karitativen Vereinen verglichen (vgl. Abschnitt 8.1.2).

(2) In einem zweiten Schritt werden Vereine nach ihren Strukturbesonderheiten differenziert und hinsichtlich der Bürgerkompetenzen ihrer Mitglieder

gegenübergestellt. Es wird die Frage beantwortet, inwiefern sich in Vereinen mit guten Gelegenheitsstrukturen zur Interaktion der Mitglieder andere Bürgertypen zusammenfinden als in Vereinen, die ihren Mitgliedern diese Möglichkeiten nicht eröffnen. Auch soll dargestellt werden, inwiefern die Mitwirkungsmöglichkeiten an Entscheidungsprozessen mit den Bürgerkompetenzen der Mitglieder in einem Zusammenhang stehen (vgl. Abschnitt 8.2).

(3) In einem dritten Schritt wird am Beispiel einzelner Vereine analysiert, was Vereine auszeichnet, deren Mitglieder sich durch besonders umfassende Bürgerkompetenzen auszeichnen bzw. deren Mitglieder eher zu den Bürgertypen mit gering ausgeprägten Bürgerkompetenzen gehören. Hierbei werden Vereine vorgestellt, in denen ein bestimmter Bürgertyp stark überrepräsentiert ist (vgl. Abschnitt 8.3).

(4) Im vierten Abschnitt wird auf der Grundlage der vorangegangenen Ergebnisse zusammengefasst, inwiefern die Mitglieder bestimmter Vereine den Anforderungen demokratischer Systeme in besonderer Weise gerecht werden. Hierbei wird versucht, vorsichtig über bestimmte Zusammenhänge zwischen Vereinsbesonderheiten und Bürgerkompetenzen der Mitglieder nachzudenken (Vgl. Abschnitt 8.4).

## **8.1 Vereine mit unterschiedlicher Zielstellung und inhaltlicher Ausrichtung**

In Anlehnung an Horch (1992) wurden die befragten Vereine nach ihren Zielstellungen differenziert (vgl. Abschnitt 5.2.2). Insgesamt wurden acht binnenorientierte Vereine untersucht, bei denen es sich ausnahmslos um Sportvereine handelt. Darüber hinaus wurden sechzehn andere Vereine untersucht, die sich zu gleichen Teilen aus außenorientierten und fremdbezogenen Vereinen zusammensetzen. Allerdings musste die ursprüngliche Zuordnung der Vereine (vgl. Abschnitt 6.1.1) auf der Grundlage der Funktionsträgerangaben korrigiert werden: In drei Fällen, bei denen ursprünglich von einer fremdbezogenen Zielstellung ausgegangen worden war, stellte sich nach der Befragung der Funktionsträger heraus, dass es sich um Vereine handelt, die vielmehr eine außenorientierte Zielstellung verfolgen. An der Befragung haben sich somit elf Vereine mit außenorientierten Zielen beteiligt, sowie fünf Vereine, die sich mit Ihren Leistungen an Dritte richten und somit fremdbezogene Ziele verfolgen.

Prozentual machen die Sportvereine in der Stichprobe mit 36% die größte Mitgliedergruppe aus (N=241), gefolgt von den außenorientierten Vereinen mit 34% (N=227) und den fremdbezogenen Vereinen mit 30% (N=198).

Um die Vergleichbarkeit mit anderen empirischen Daten zu erhöhen, werden die Vereine darüber hinaus auch nach ihrer inhaltlichen Ausrichtung differenziert. Hierbei werden Vereine aus den Bereichen Sport, Politik, Freizeit/Kultur und Soziales/Gesundheit unterschieden. Diese Differenzierung ist angelehnt an eine repräsentative Bevölkerungsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen zu politischer Partizipation (vgl. Bertelsmann Stiftung, 2004, 106).

Tabelle 26 gibt einen Überblick über die Zuordnung der Vereine in der Stichprobe.

Tab. 26: Zuordnung der Vereine zu den Bereichen Sport, Politik, Freizeit/Kultur und Soziales/Gesundheit.

Verein aus dem Bereich	Zielstellung des Vereins	Art des Vereins
Sport	binnenorientiert (8)	Sportvereine (8)
Politik	fremdbezogen (2)	Umweltschutzverein (1) Politischer Verein (1)
Freizeit/Kultur	außenorientiert (9) fremdbezogen (1)	Kunst- und Kulturvereine (6) Musikvereine (2) Freizeit-/Geselligkeitsvereine (2)
Soziales/Gesundheit	außenorientiert (2) fremdbezogen (2)	Selbsthilfeverein (1) Wohltätigkeitsvereine (2) Gesundheitsverein (1)

Sowohl bei der Differenzierung nach Zielstellungen als auch bei der Unterscheidung nach Inhalten bilden Sportvereine eine eigene Gruppe (vgl. Tab. 25). Aus diesem Grund werden Sportvereinsmitglieder im Folgenden den Mitgliedern anderer Vereine hinsichtlich ihrer Bürgerkompetenzen gegenübergestellt.

### 8.1.1 Vereine mit unterschiedlichen Zielstellungen

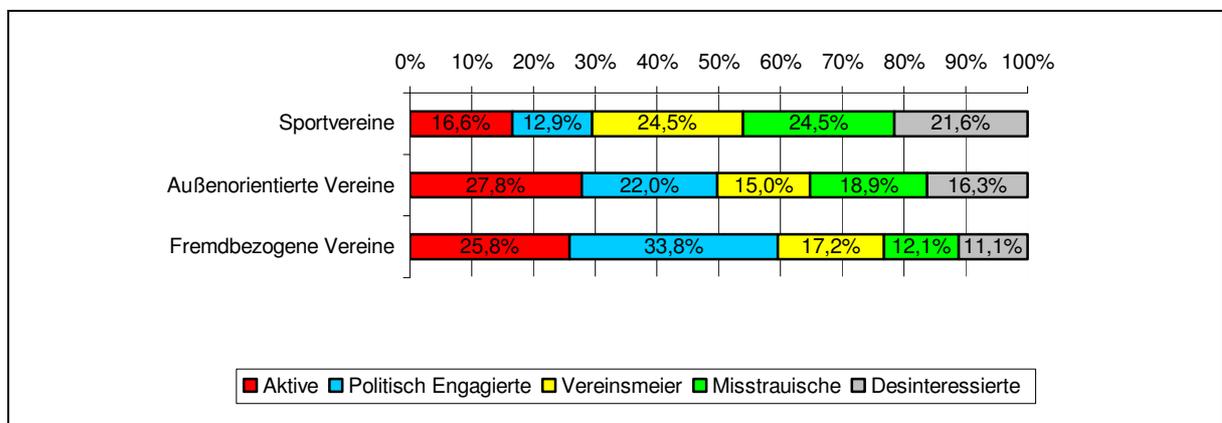
Betrachtet man die Bürgerkompetenzen der Mitglieder in Sport- und anderen Vereinen, so wird deutlich, dass sich Vereine mit unterschiedlichen Zielstellungen und inhaltlichen Ausrichtungen signifikant voneinander unterscheiden (vgl. Abb. 26 und 27). Insbesondere Sportvereine unterscheiden sich in ihrer Mitgliederzusammensetzung deutlich von den Mitgliedern anderer Vereine. Während in den binnenorientierten Sportvereinen die hochkompetenten Bürgertypen der *Aktiven* und *politisch Engagierten* ein knappes Drittel der Mitglieder ausmachen, sind dies in Vereinen mit anderen Zielstellungen 50 bis 60%. Hierbei wird deutlich, dass mit der Stärke des Außenbezugs eines Vereins auch der Anteil an Mitgliedern mit allgemeinen und politischen Bürgerkompetenzen zunimmt. Somit scheinen die Bürgerkompe-

tenzen der Mitglieder von Vereinen in einem engen Zusammenhang mit der Zielstellung eines Vereins zu stehen. Vereine, die sich mit ihren Leistungen auch oder vor allem an Außenstehende richten, weisen unter demokratischen Gesichtspunkten die mit umfassenderen Kompetenzen ausgestatteten Mitglieder auf, als Vereine, die sich ausschließlich an ihren Mitgliedern und deren Interessen orientieren, wie dies bei Sportvereinen in der Regel der Fall ist.

Die starke Binnenorientierung von Sportvereinen kann auch begründen, weshalb jedes vierte Mitglied in Sportvereinen dem Typ *Vereinsmeier* zugeordnet werden kann. Dadurch, dass Sportvereine in erster Linie bemüht sind, die Interessen ihrer Mitglieder in Bezug auf das Sporttreiben zu befriedigen, gibt es in diesen Vereinen viele freiwillig engagierte und hoch aktive Mitglieder, die in ihrer Aktivität stark auf den Verein konzentriert sind. Während freiwilliges Engagement in anderen Vereinen häufig auch ein Interesse an gesellschaftlichen und politischen Prozessen voraussetzt, steht in Sportvereinen die Arbeit für den Verein und dessen Mitglieder im Mittelpunkt.

Auch *Misstrauische* und *Desinteressierte* sind in Sportvereinen überrepräsentiert und machen zusammen fast die Hälfte (46,1%) der Mitglieder aus (vgl. Abb. 26).

Abb. 26: Bürgertypen in Sport-, außenorientierten und fremdbezogenen Vereinen ( $\chi^2(8, 666) = 50,7$ ,  $p < .001^{***}$ ,  $CI = .195$ ).



Dieses Ergebnis kann zum Teil mit dem geringeren Bildungsstand und der geringeren Berufsautonomie der Sportvereinsmitglieder erklärt werden. Hier liegt gleichzeitig auch das Potenzial von Sportvereinen: Während außenorientierte und fremdbezogene Vereine in hohem Maße sozial selektiv wirken, da sie fast ausschließlich überdurchschnittlich gebildete und somit mit besonders hohen Ressourcen ausgestattete Mitglieder aufweisen, finden sich in Sportvereinen am ehesten auch Mitglieder mit einem durchschnittlichen Bildungsstand. Auch liegt der berufliche Status von Sportvereinsmitgliedern unter dem der Mitglieder von Vereinen mit außenorientierten bzw. fremdbezogenen

Zielstellungen. Somit weisen Sportvereine im Vergleich zu anderen Vereinen die geringste soziale Selektivität auf und scheinen somit am ehesten auch Menschen aus bildungsfernen Schichten einen Zugang zu einer Vereinsmitgliedschaft zu ermöglichen (vgl. Tab. 27).

Tab. 27: Bildungsabschlüsse und berufliche Autonomie der Mitglieder differenziert nach Zielstellung des Vereins (Prozentwerte).

	<i>Binnenorientiert</i>	<i>Außenorientiert</i>	<i>Fremdbezogen</i>
<i>Bildungsabschluss</i>			
Ohne bzw. Hauptschulabschluss	8,7%	14,2%	7,1%
Mittlere Reife	23,7%	21,2%	10,1%
Abitur	29,0%	11,1%	25,3%
Hochschulabschluss	38,6%	53,5%	57,6%
<i>Berufsautonomie</i>			
Gering	10,6%	7,0%	5,1%
Mittel	45,7%	31,5%	30,1%
Hoch	33,7%	47,9%	46,6%
Sehr hoch	10,1%	13,6%	18,2%

Sportvereinsmitglieder scheinen die komplexen Anforderungen demokratischer Systeme an die Kompetenzen der Bürger in geringerem Maße zu erfüllen als die Mitglieder anderer Vereine. Während in Sportvereinen *Vereinsmeier* und *Misstrauische* am stärksten vertreten sind, machen in anderen Vereinen *Aktive* und *politisch Engagierte* die Mehrheit der Mitglieder aus. Allerdings könnten Sportvereine andere soziale Funktionen erfüllen. So deuten die Ergebnisse darauf hin, dass anscheinend vor allem Sportvereine Menschen, die im Beruf weniger verantwortungsvolle Tätigkeiten ausführen, die Möglichkeit bieten, dieses Defizit durch umfangreiches freiwilliges Engagement im Verein zu kompensieren.

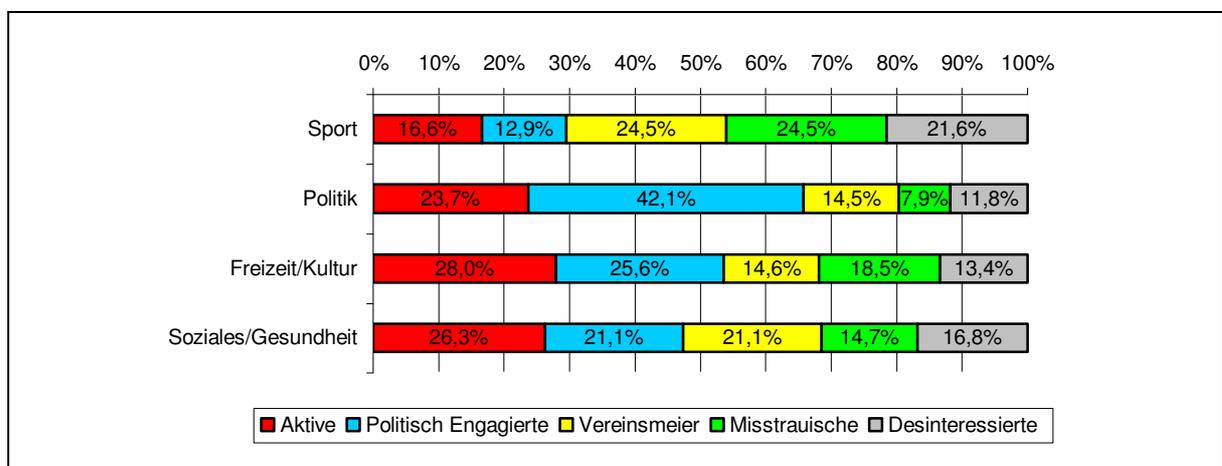
### 8.1.2 Vereine aus unterschiedlichen Bereichen

Die Gegenüberstellung von Bürgertypen in Vereinen aus unterschiedlichen Bereichen führt zu weiteren Erkenntnissen: Handelt es sich nicht nur um fremdbezogene Vereine, sondern noch dazu um Vereine, die politische Ziele verfolgen, so steigt der Anteil hochkompetenter *Aktiver* bzw. *politischer Engagierter* auf zwei Drittel an (vgl. Abb. 27). Darüber hinaus findet man in Vereinen mit einem Politikbezug nur noch wenige *misstrauische* bzw. *desinteressierte* Mitglieder. Nur jedes fünfte Mitglied gehört einem dieser beiden Typen an.

Kultur- und Freizeitvereine weisen den größten Anteil an *Aktiven* auf, das heißt 28% der Mitglieder solcher Vereine verfügen über umfassende Bürgerkompetenzen und sind noch dazu im Verein sehr stark engagiert.

Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass sich in Vereinen aus den Bereichen Soziales und Gesundheit ähnlich wie in Sportvereinen zahlreiche Mitglieder des Typs *Vereinsmeier* zusammenfinden. Dieser hohe Wert geht im Wesentlichen auf einen Verein in dieser Gruppe zurück, in dem der Anteil der *Vereinsmeier* bei 42% liegt. Der Verein soll in Abschnitt 8.3.3 noch genauer betrachtet werden.

Abb. 27: Bürgertypen in Vereinen aus den Bereichen Sport, Politik, Freizeit und Geselligkeit sowie Gesundheit und Soziales ( $\chi^2(12, 666) = 55,2, p < .001^{***}, CI=.166$ ).



Aufgrund der Tatsache, dass sich die Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern in unterschiedlichen Vereinen stark unterscheiden, sind Rückschlüsse möglich, inwiefern die Mitglieder bestimmter Vereine den Anforderungen demokratischer Systeme in besonderem Maße gerecht werden. Je mehr Kompetenzbereiche im Sinne des „Idealtypus demokratischer Bürger“ ein Bürgertyp abdeckt, desto eher ist er potenziell in der Lage, in verschiedenen gesellschaftspolitischen Bereichen kompetent zu Handeln. Durch besonders umfangreiche Kompetenzen zeichnen sich die *aktiven* und die *politisch Engagierten* Mitglieder aus. Diese sind vor allem in Vereinen mit politischem Bezug anzutreffen, aber auch in Freizeit- und Kulturvereinen. Insofern ist ein klarer Bezug zwischen Vereinsziel und Vereinsinhalt und den Bürgerkompetenzen der Mitglieder auszumachen. Zwar können Kultur- und Freizeitvereine als unpolitische Vereine eingestuft werden, doch reicht der gesellschaftliche Außenbezug dieser Vereine, um Mitglieder mit einem breiten Spektrum an Bürgerkompetenzen an sich zu binden.

Die Möglichkeiten von Sportvereinen, dort nur zum Sporttreiben „vorbeizuschauen“ fördert hingegen die Mitgliedschaft nicht nur politisch sondern auch

gesellschaftlich mit geringeren Kompetenzen ausgestatteter Bürger. Diese Menschen nutzen den Sportverein möglicherweise in erster Linie, um ihr Interesse an sportlicher Bewegung zu befriedigen. Allerdings bieten Sportvereine auch den *Desinteressierten* und *Misstrauischen* ein Wirkungsfeld, in dem sie sozial aktiv werden können. Dass dies in Sportvereinen von wesentlicher Bedeutung ist, zeigt der große Anteil von Mitgliedern, die ausschließlich für den Verein engagiert sind (*Vereinsmeier*). Insofern kommt Sportvereinen als Möglichkeit, Personen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen den Anschluss an soziale Aktivitäten zu ermöglichen, eine wesentliche Bedeutung zu.

Im Folgenden soll untersucht werden, welche Bedeutung vereinspezifische Besonderheiten, wie Gelegenheitsstrukturen zur Interaktion und die demokratische Struktur eines Vereins, für die Bürgerkompetenzen der Mitglieder haben.

## 8.2 Vereine mit unterschiedlichen Strukturen

### 8.2.1 Gelegenheitsstrukturen zur Interaktion

Vereine unterscheiden sich nicht nur in Bezug auf ihre Zielstellung und ihre inhaltliche Ausrichtung, sondern auch hinsichtlich der vereinsinternen Strukturen. Während in manchen Vereinen ein großer Teil der Mitglieder in freiwilliges Engagement eingebunden ist, sind in anderen Vereinen eher wenige Mitglieder engagiert. Auch die Häufigkeit von Mitgliederversammlungen ist in den Vereinen sehr unterschiedlich und schwankt zwischen alle zwei Jahre und monatlich. Hinzu kommen die Möglichkeiten, die die Vereine für gesellige Veranstaltungen eröffnen. Diese Faktoren wurden in einer Skala zu den Interaktionsmöglichkeiten der Mitglieder in Vereinen zusammengeführt. Vereine, die ihren Mitgliedern im Rahmen von Mitgliederversammlungen, geselligen Veranstaltungen und freiwilligem Engagement die Möglichkeit zum Austausch geben, weisen somit gute Gelegenheitsstrukturen auf. Vereine, die nur selten formelle oder informelle Zusammenkünfte organisieren und nur wenig freiwillig engagierte Mitglieder haben, bieten stattdessen schlechtere Interaktionsmöglichkeiten für ihre Mitglieder. Hierbei ist anzumerken, dass die Mitglieder eines Vereins die Strukturen ihres Vereins mitbestimmen. So können sie sich bestehenden Strukturen anpassen und sie so erhalten oder durch ihr Handeln die Strukturen des Vereins verändern. Somit stellen die Vereinsstrukturen jeweils nur eine Momentaufnahme dar. Zum Zeitpunkt der Befragung stellten sich die Gelegenheitsstrukturen für die Interaktion der Mitglieder in fünf der befragten Vereine als sehr gut (N=91), in acht Vereinen als gut (N=235), in

sieben Vereinen als mittelmäßig (N=215) und in vier Vereinen als eher schlecht dar (N=125).

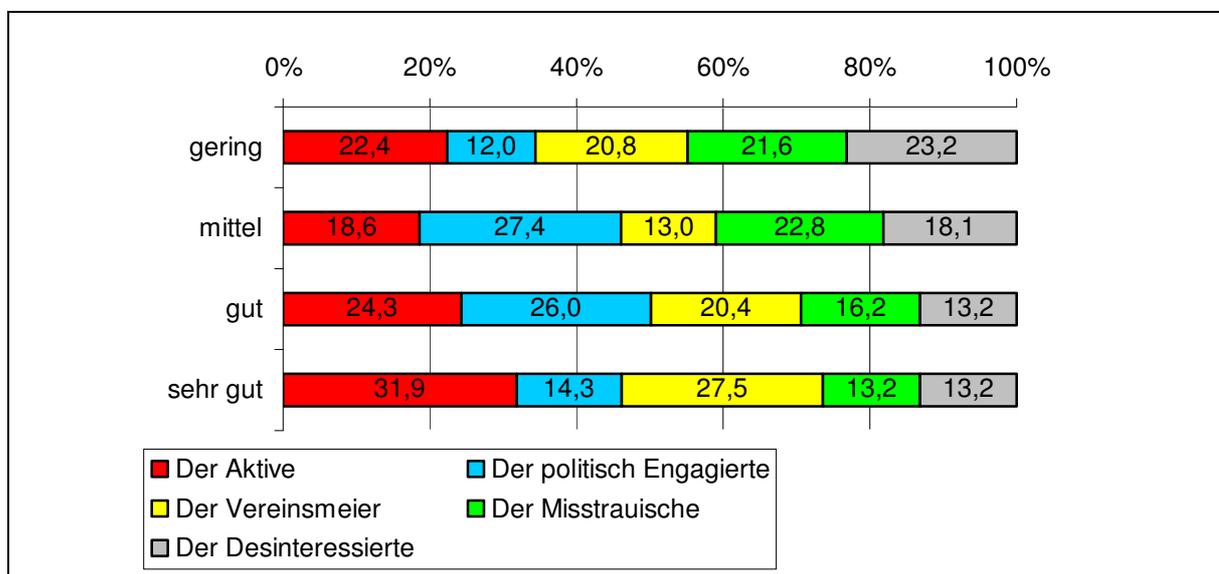
Aus welchen Bereichen die Vereine mit unterschiedlichen Gelegenheitsstrukturen zur Interaktion stammen, zeigt Tabelle 28.

Tab. 28: Anzahl der Vereine mit geringen bis sehr guten Gelegenheitsstrukturen zur Interaktion aufgeteilt nach Bereich des Vereins (N=24 Vereine).

	gering	mittelmäßig	gut	sehr gut
Sport	2	2	2	2
Politik	0	1	0	1
Freizeit/Kultur	2	2	5	2
Soziales/Gesundheit	0	2	1	1

Es stellt sich die Frage, inwiefern solche strukturellen Besonderheiten von Vereinen in einem Zusammenhang mit den Bürgerkompetenzen ihrer Mitglieder stehen. Einen Überblick über die Verteilung der Bürgertypen in Vereinen mit unterschiedlichen Gelegenheitsstrukturen zur Interaktion gibt Abbildung 28.

Abb. 28: Bürgertypen in Vereinen differenziert nach den Gelegenheitsstrukturen zur Interaktion im Rahmen von Mitgliederversammlungen, geselligen Veranstaltungen und bürgerschaftlichem Engagement ( $\chi^2(12, 666) = 36,1; p < .001^{***}, CI=.134$ ).



Die Abbildung zeigt deutlich, dass sich die Bürgertypen in Vereinen je nach den Interaktionsmöglichkeiten, die ein Verein seinen Mitgliedern bietet, signifikant unterscheiden. Je schlechter die Gelegenheitsstrukturen sind, die ein Verein seinen Mitgliedern eröffnet, desto größer ist der Anteil an misstrauischen und desinteressierten Bürgern mit eher geringen allgemeinen und politischen Bürgerkompetenzen. Während in Vereinen mit geringen Interak-

tionsmöglichkeiten fast jedes zweite Mitglied (45%) zum Bürgertyp der *Misstrauischen* und *Desinteressierten* zu zählen ist, betrifft dies in Vereinen mit guten Gelegenheitsstrukturen nur etwa jedes vierte Mitglied (26%). Auch der Anteil der *Aktiven* ist in Vereinen mit sehr guten Gelegenheitsstrukturen mit 32% besonders hoch. Ebenfalls zahlreich ist in diesen Vereinen die Gruppe der *Vereinsmeier* (27,5%) vertreten, die sich ebenso wie die *Aktiven* durch eine hohe Vereinsaktivität auszeichnen.

Somit stellen die Strukturen von Vereinen neben ihrer Zielstellung und ihren Inhalten einen weiteren Aspekt dar, der in einem Zusammenhang mit den Bürgerkompetenzen der Mitglieder steht.

Der hohe Anteil an *Vereinsmeiern* in Vereinen mit sehr guten Gelegenheitsstrukturen legt die Vermutung nahe, dass solche Vereine in der Lage sind, politisch wenig interessierte Mitglieder in ihre Arbeit einzubinden, so dass sie eine sehr hohe Aktivität und einen starken Bezug zum Verein entwickeln. Für Sportvereine lässt sich daraus ableiten, dass sie sich um gute Interaktionsstrukturen bemühen sollten, um so misstrauische und desinteressierte Mitglieder aus ihrer Passivität zu „locken“.

### 8.2.2 Demokratische Struktur

Wie in Abschnitt 6.2.1 bereits dargestellt wurde, unterscheiden sich Vereine auch im Hinblick auf die Möglichkeiten der Mitglieder, an Entscheidungsprozessen des Vereins zu partizipieren. So kann es vorkommen, dass der Vorstand eines Vereins einen geschlossenen Zirkel bildet und die Möglichkeiten zur Mitwirkung für die Mitglieder begrenzt sind (vgl. Abschnitt 5.2.1).

Deshalb wurden auf der Grundlage der Funktionsträgerangaben Vereine mit eher offenen Strukturen und guten Einflussmöglichkeiten für die Mitglieder von Vereinen unterschieden, die sich eher durch einen geschlossenen Führungszirkel auszeichnen. Insgesamt verfügen sechs der untersuchten Vereine (N=149) über gute Einflussmöglichkeiten für die Mitglieder und eine offene Vereinsstruktur. In acht Vereinen zeichnen sich hingegen oligarchische Tendenzen ab (N=228) und acht weitere Vereine (N=227) gehören zu einer mittleren Kategorie.

Wie sich die Vereine mit ihren unterschiedlichen demokratischen Strukturen auf die verschiedenen Bereiche verteilen zeigt Tabelle 29.

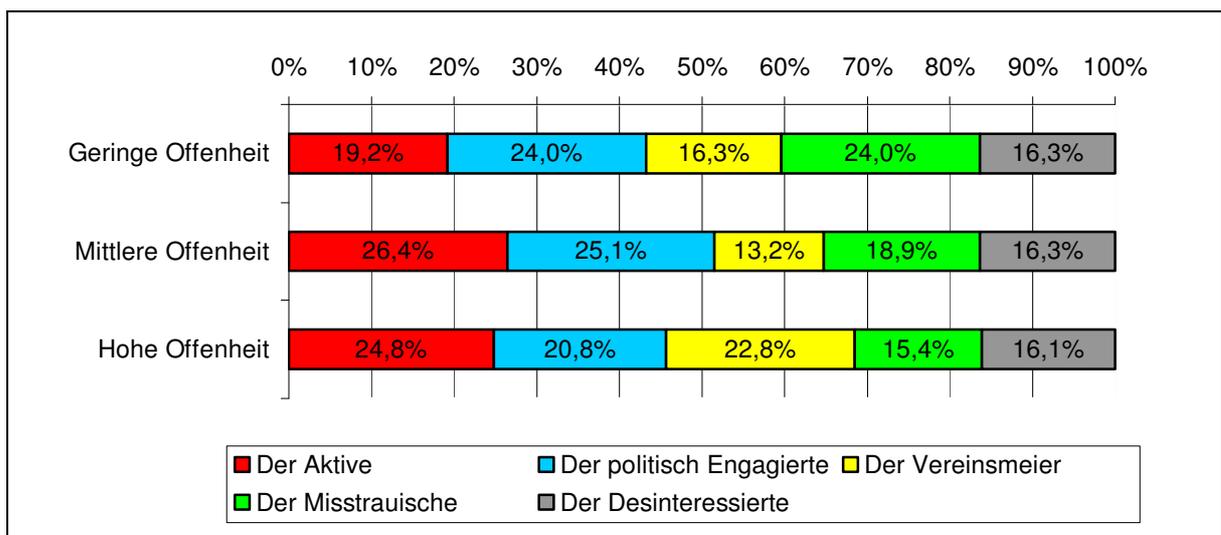
Tab. 29: Anzahl der Vereine mit geringen bis guten Einflussmöglichkeiten der Mitglieder aufgeteilt nach Bereich des Vereins (N=22 Vereine).

	<i>gering</i>	<i>mittel</i>	<i>gut</i>
Sport	4	2	2
Politik	0	1	1
Freizeit/Kultur*	3	3	3
Soziales/Gesundheit*	1	2	0

\* Jeweils ein Verein ohne Angaben.

Es stellt sich die Frage, inwieweit auch hier ein Zusammenhang zwischen Vereinsstruktur und den Bürgerkompetenzen der Vereinsmitglieder besteht. Abb. 29 zeigt, dass die verschiedenen Bürgertypen in Vereinen mit offener und geschlossener Vereinsstruktur zum Teil voneinander abweichen. Der Chi<sup>2</sup>-Test zeigt jedoch, dass die Abweichungen zwischen erwarteten und tatsächlichen Häufigkeiten zufällig und nicht signifikant sind.

Abb. 29: Bürgertypen in Vereinen differenziert nach der Offenheit des Vereins für die Einflussnahme durch die Mitglieder ( $\chi^2(8, 584) = 11,7; p = .167, CI = 100$ ).



Es erscheint plausibel, dass ausgeprägte demokratische Strukturen eines Vereins in einem positiven Zusammenhang mit den Bürgerkompetenzen der Mitglieder stehen (vgl. Abschnitt 5.2.1). Allerdings zeigen die Daten, dass die Bürgerkompetenzen der Mitglieder nicht in signifikantem Maße mit der Offenheit der Vereinsstrukturen zusammenhängen. Entscheidend für die demokratische Bedeutung eines Vereins sind somit weniger vereinsinterne demokratische Strukturen, wie Transparenz und Mitwirkungsmöglichkeiten in der Vereinsführung, als vielmehr allgemeine Interaktionsmöglichkeiten für die Mitglieder untereinander.

## 8.3 Vereine mit unterschiedlichen Bürgertypen

In den Abschnitten 8.1 und 8.2 wurde versucht, Zusammenhänge zwischen Vereinszielen, -inhalten und -strukturen auf der einen und den Bürgerkompetenzen der Vereinsmitglieder auf der anderen Seite aufzudecken. Es ist deutlich geworden, dass Zusammenhänge zwischen der Zielstellung, den Inhalten und auch den Interaktionsmöglichkeiten eines Vereins und den Bürgerkompetenzen der Mitglieder bestehen. Bisher sind die untersuchten Vereine anhand bestimmter charakteristischer Merkmale zu Gruppen zusammengefasst worden. Eine Stärke dieser empirischen Untersuchung liegt jedoch auch darin, dass sie einen Blick auf die Bürgertypen in einzelnen Vereinen ermöglicht. So ist in Abschnitt 8.1 zum Beispiel deutlich geworden, dass der relativ hohe Anteil an *Vereinsmeiern* in Vereinen aus den Bereichen Soziales und Gesundheit im Wesentlichen auf einen Verein zurückgeführt werden kann. Aus diesem Grund sollen an dieser Stelle die Vereine nicht länger zu Gruppen zusammengefasst werden, sondern stattdessen die Einzelfälle, also die einzelnen Vereine, betrachtet werden. Es soll der Frage nachgegangen werden, was einen Verein auszeichnet, in dem ein bestimmter Bürgertyp stark überrepräsentiert ist. Hierbei wird auch untersucht, inwiefern sich die folgenden bisherigen Erkenntnisse bestätigen lassen (vgl. Abschnitt 8.1 und 8.2):

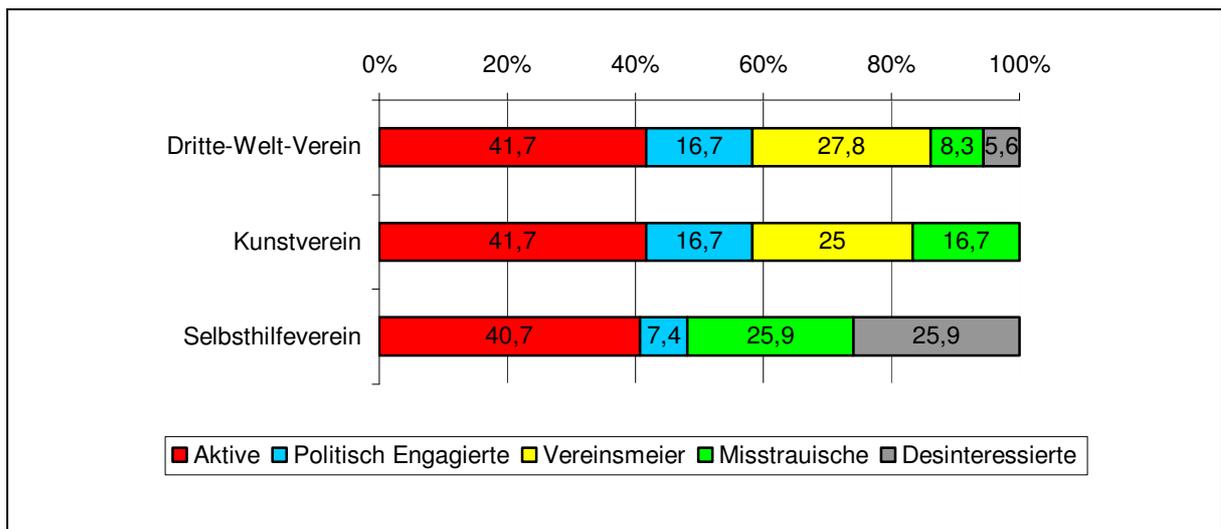
- (1) Vereine, in denen viele zum Bürgertyp der *Aktiven* zählen, verfügen über gute Gelegenheitsstrukturen zur Interaktion.
- (2) *Politisch Engagierte* findet man in Vereinen mit politischem Themenbezug und eher geringen Gelegenheitsstrukturen zur Interaktion.
- (3) *Vereinsmeier* findet man in Vereinen, die in ihrer Vereinspraxis sehr stark am Vereinszweck orientiert sind.

### 8.3.1 Vereine mit einem hohen Anteil von Aktiven

Von allen befragten Vereinsmitgliedern gehören 23% zum Bürgertyp der *Aktiven*. Es gibt jedoch einige Vereine, in denen der Anteil der *Aktiven* bei über 40% liegt. Es stellt sich die Frage, wodurch sich diese Vereine auszeichnen.

Bei den Vereinen in denen der Bürgertyp der *Aktiven* stark überrepräsentiert ist, handelt es sich um einen Verein, der sich für fairen Handel mit Dritte-Welt-Ländern einsetzt (41,7%), um einen Kunstverein (41,7%) und um einen Verein, der sozial Benachteiligten Hilfe zur Selbsthilfe anbietet (40,7%).

Abb. 30: Prozentualer Anteil der verschiedenen Bürgertypen in Vereinen mit überdurchschnittlich vielen Aktiven (N=74).



### Vereinsstrukturelle Besonderheiten

Auffallend ist, dass es sich bei zwei dieser Vereine um relativ kleine Gruppen mit weniger als 50 Mitgliedern handelt<sup>40</sup>. Kleine Vereine bieten demnach besonders günstige Bedingungen für eine aktive Vereinsmitgliedschaft. Die „Gefahr“, dass sich in solchen kleinen Gruppen so genannte „Trittbrettfahrer“ zusammenfinden, die in erster Linie von den „Dienstleistungen“ anderer Mitglieder profitieren möchten, ist eher gering (vgl. Horch, 1985). In Kleinvereinen sind die Strukturen überschaubar, da sich die Mitglieder untereinander kennen und dadurch eine Ungleichverteilung anfallender Arbeiten auffallen würde. Dies kann die hohe vereinsinterne Aktivität der Mitglieder in kleinen Vereinen erklären (vgl. auch Michels, 1970).

Die hohen politischen Kompetenzen der Mitglieder dieser drei Vereine lassen sich mit dem Interesse der Mitglieder an den gesellschaftlichen und zum Teil politischen Zielstellungen der Vereine begründen. Alle Vereine weisen eine mehr oder weniger ausgeprägte Außenorientierung und politische Bezüge auf. So schreibt der Funktionsträger des Dritte-Welt-Vereins, dass das Ziel seiner Organisation die „Förderung des Verständnisses für Probleme der so genannten Dritten Welt unter Berücksichtigung des Welthandels und der Auswirkungen“ sei.<sup>41</sup> Der Selbsthilfeverein versucht die private und öffentliche Situation sozial benachteiligter Gesellschaftsmitglieder durch Beratungsange-

<sup>40</sup> Die Informationen zu den Mitgliederzahlen beruhen auf den Angaben aus der schriftlichen Funktionsträgerbefragung. Die dort angegebenen Zahlen stehen zum Teil im Gegensatz zu den ersten mündlichen Aussagen, wonach der Verein mind. 80 Mitglieder haben sollte, um an der Befragung teilzunehmen.

<sup>41</sup> Aus Gründen der Anonymität werden die Namen der Vereine und der Funktionsträger nicht veröffentlicht.

bote und die Förderung des Meinungs- und Erfahrungsaustauschs zu verbessern. Der Kunstverein verfolgt nach eigenen Angaben das Ziel „kultureller Jugendbildung“, bietet Förderprogramme für Kinder und Jugendliche an und versucht darüber hinaus auch kulturpolitisch Einfluss zu nehmen. Unter den zentralen Aktivitäten dieser Organisationen werden unter anderem Protestveranstaltungen (Selbsthilfeverein), Informationsveranstaltungen und Verkauf fair gehandelter Produkte (Dritte-Welt-Verein) sowie Internationale Projekte (Kulturverein) genannt. Alle Vereine benötigen für ihre Tätigkeiten freiwillig engagierte Mitglieder. Für die anfallenden Verkaufs-, Beratungs- und Kursleitertätigkeiten benötigen engagierte Mitglieder diskursive und organisatorische Fähigkeiten und somit wesentliche allgemeine Bürgerkompetenzen. Insofern scheinen die Anforderungen, die ein Verein im Rahmen freiwilliger Tätigkeiten an seine Mitglieder stellt, in einem engen Bezug zu den Bürgerkompetenzen der Mitglieder zu stehen.

Darüber hinaus zeigt sich, dass sich zwei der Vereine durch sehr gute Gelegenheitsstrukturen zur Interaktion auszeichnen und durch eine demokratische Vereinsstruktur gekennzeichnet sind. Eine Ausnahme bildet hier der Selbsthilfeverein, der über mittelmäßige Interaktions- und Einflussmöglichkeiten verfügt.

### *Soziale Zusammensetzung*

In den drei Vereinen fällt auf, dass die weiblichen Mitglieder überwiegen und 60-80% der Gesamtmitgliederzahl ausmachen. Auch die Vereinsvorstände bestehen mindestens zur Hälfte aus Frauen und das freiwillige Engagement wird von Frauen dominiert.<sup>42</sup>

Bereits in Abschnitt 7.3.1 wurde gezeigt, dass Frauen unter den *Aktiven* häufiger zu finden sind als unter den *politisch Engagierten*. Das deutet darauf hin, dass für Frauen bei einer Mitgliedschaft die Vereinsaktivität das zentrale Anliegen ist. Selbst wenn der Verein zum Teil politische Zielstellungen verfolgt, nehmen Frauen ihre Aktivität nicht vordergründig aufgrund eines politischen Interesses auf.

Insofern scheinen Vereine, die ihren Mitgliedern gute Interaktionsmöglichkeiten und herausfordernde Tätigkeiten bieten und die noch dazu nicht von Männern dominiert werden, besonders die aktive Mitgliedschaft von Frauen zu fördern. Ein weiterer Erklärungsansatz ist, dass Frauen häufiger als Männer eine Mitgliedschaft aufnehmen, um eine verantwortungsvolle soziale Aufgabe

---

<sup>42</sup> Die Zahlen beruhen auf den schriftlichen Angaben der Funktionsträger zur Mitgliederstruktur des Vereins.

zu übernehmen (vgl. Picot & Gensicke, 2005). Dies kann mit der noch immer unterschiedlichen Erwerbsstruktur von Männern und Frauen begründet werden. Frauen haben aufgrund geringerer beruflicher Belastungen oftmals mehr Ressourcen für ein umfangreiches freiwilliges Engagement (vgl. Dressel, 2005).

In der Stichprobe der Vereinsmitglieder zeigt sich, dass die Mehrzahl der Mitglieder in diesen Vereinen nicht erwerbstätig sind (63%).

Die Altersstruktur der drei Vereine ist hingegen recht unterschiedlich. Während es sich bei dem Kunst- und dem Dritte-Welt-Verein um Vereine mit eher jüngeren Mitgliedern handelt (ein Großteil der Mitglieder ist zwischen 18 und 30 Jahren) sind die Mitglieder des Selbsthilfevereins zumeist 50 Jahre und älter. Dies kann möglicherweise darauf zurückgeführt werden, dass insbesondere Frauen mit Kindern, die ein hohes Maß an den zur Verfügung stehenden zeitlichen Ressourcen beanspruchen, ihre Vereinsaktivität einschränken bzw. in anderen Bereichen gesellschaftlich aktiv sind, die eher im Zusammenhang mit ihren familiären Beanspruchungen liegen (vgl. Zierau, 2001).

#### *Weitere Hintergrundinformationen*

Ebenfalls unterschiedlich ist das Ausmaß, in dem die drei Vereine auf die Mitarbeit hauptamtlich Beschäftigter setzen. Während der Selbsthilfeverein ausschließlich auf freiwilliges Engagement angewiesen ist, setzt der Kunstverein in hohem Maße auf Hauptamtliche. Der kleine Verein mit seinen 25 erwachsenen Mitgliedern beschäftigt neben vier Vollzeitkräften noch fünf weitere Hauptamtliche, zum Beispiel Zivildienstleistende und Personen, die ein freiwilliges soziales Jahr ableisten. Im Dritte-Welt-Verein kommen hingegen nur zwei Teilzeitbeschäftigte auf über 100 Mitglieder. Insofern liefert diese Untersuchung keine Anhaltspunkte dafür, dass die Anzahl der hauptamtlichen Mitarbeiter eines Vereins im Zusammenhang mit den Bürgerkompetenzen der Mitglieder steht. In Vereinen mit vielen Hauptamtlichen können sich ebenso wie in rein ehrenamtlich geführten Vereinen äußerst kompetente Mitglieder zusammenfinden.

Die Tatsache, dass die Mitglieder von zwei Vereinen keinerlei Aufwandsentschädigungen erhalten, zeigt, dass bei den Mitgliedern keine materiellen Gründe für die hohe Aktivität bestehen. Stattdessen stellt der Wunsch, gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken, ein wichtiges Mitgliedschaftsmotiv dar. So finden unter den Vereinsmitglieder Statements wie „Ich bin Mitglied meines Vereins, weil ich als Mitglied daran mitarbeiten kann gesellschaftliche Probleme zu lösen“ oder „weil ich mich als Bürger um etwas kümmern will“ eine hohe Zustimmung.

### *Zusammenfassende Bemerkungen*

Durch die Einzelanalyse der drei Vereine gelingt es, die bisherigen Ergebnisse zu untermauern und auszudifferenzieren. Der Anteil von Vereinsmitgliedern, die sich sowohl durch hohe allgemeine als auch politische Kompetenzen auszeichnen und dadurch den Anforderungen demokratischer Gemeinwesen an die Bürger gerecht werden, hängt entscheidend von der Zielstellung und der inhaltlichen Ausrichtung eines Vereins ab. Ein gesellschaftlicher Bezug des Vereins scheint ebenso positiv für die Bürgerkompetenzen zu sein wie eine inhaltliche Ausrichtung an politischen Themen. Hinzu sollten jedoch auch noch gute Gelegenheitsstrukturen für die Interaktion der Mitglieder kommen, die ebenfalls in einem positiven Zusammenhang mit dem Anteil von hoch kompetenten Bürgern stehen.

Über diese bekannten Ergebnisse hinaus deutet die Verteilung der Geschlechterstrukturen darauf hin, dass Vereine mit überwiegend weiblichen Mitgliedern besonders hohe Anteile hoch kompetenter Aktivbürger aufweisen. Dies ist ein bemerkenswertes Ergebnis und es wäre zu untersuchen, inwiefern weibliche Dominanz in Vereinen mit guten Interaktionsmöglichkeiten und offenen Vereinsstrukturen einhergeht und solche Vereine somit ein „günstiges Klima“ für vereinsaktive Menschen mit hohen Bürgerkompetenzen bereitstellen. Darüber hinaus sind die Ergebnisse bemerkenswert, weil es sich bei den drei Vereinen nicht um Vereine handelt, von denen bekannt ist, dass sie in erster Linie weibliche Mitglieder ansprechen (wie beispielsweise bei karitativen Vereinen), sondern auch um in der Regel männlich dominierte Vereine (wie beispielsweise politische Vereine; vgl. Gensicke, Picot & Geiss, 2005).

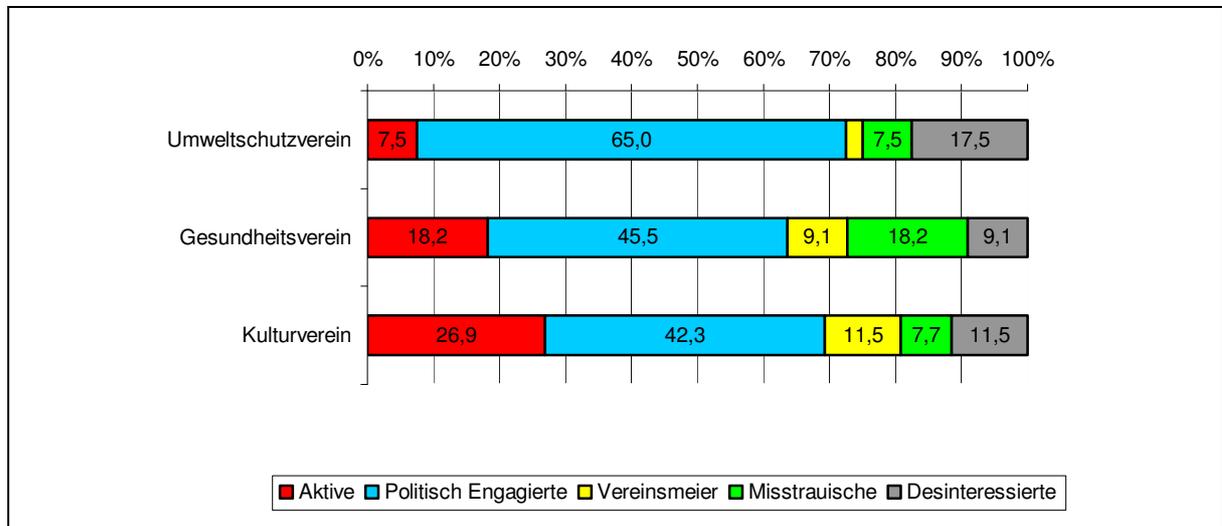
#### *8.3.2 Vereine mit einem hohen Anteil politisch Engagierter*

Etwa 22% der befragten Vereinsmitglieder gehören zur Gruppe der *politisch Engagierten*, das heißt, es handelt sich um sowohl gesellschaftlich als auch politisch aktive Bürger, die häufig in mehreren Vereinen Mitglied sind. Allerdings sind sie im Verein der Befragung nicht besonders aktiv, verfügen jedoch über ein starkes allgemeines politisches Interesse und Wissen. Auch diese Vereinsmitglieder haben aufgrund ihrer Bürgerkompetenzen das Potenzial, den Anforderungen der Demokratie gerecht zu werden.

Auch hier stechen wiederum drei Vereine hervor, in denen dieser Bürgertyp überrepräsentiert ist. In einem Umweltschutzverein machen die *politisch Engagierten* zwei Drittel der Mitglieder aus (65%). In einem Gesundheitsverein, der sich für die Erforschung und Dokumentation einer im Mittelalter verbreiteten Seuche einsetzt, liegt der Anteil der *politisch Engagierten* bei 46%. In einem Kulturverein, der sich um die „Pflege der niederdeutschen

Sprache mit künstlerischen Mitteln“ bemüht, gehören 42% der Mitglieder zur Gruppe der *politisch Engagierten*.

Abb. 31: Prozentualer Anteil der verschiedenen Bürgertypen in Vereinen mit überdurchschnittlich vielen *politisch Aktiven* (N=88).



### Vereinsstrukturelle Besonderheiten

Auch bei diesen drei Vereinen handelt es sich – wie auch schon bei den *Aktiven* – um Gruppen, die außenorientierte oder fremdbezogene Zielstellungen verfolgen. Wesentliche Unterschiede zwischen *Aktiven* und *politisch Engagierten* bestehen zum einen in der geringeren Vereinsaktivität der politisch Aktiven und zum anderen in ihren häufigen Mehrfachmitgliedschaften. Eine Erklärung dafür, weshalb die Gruppe der politisch Engagierten ihre Kompetenzen eher in anderen Vereinen einsetzt, könnte die geringe Bedeutung geselliger Aktivitäten in den Vereinen der Befragung sein. In zweien dieser Vereine spielen gesellige Veranstaltungen im Rahmen des Vereinslebens so gut wie keine Rolle. Im Kulturverein gibt es zwar ein Stammlokal und andere Strukturen, die ein geselliges Miteinander fördern, aber aufgrund der wechselnden Mitwirkung unterschiedlicher Mitglieder bei den künstlerischen Projekten, werden gesellige Rahmenveranstaltungen nur schlecht angenommen. Die Daten zeigen, dass vielen Mitgliedern dieser Vereine andere Mitgliedschaften wichtiger sind (vgl. Tab. 30).

Tab. 30: Verbundenheit der Vereinsmitglieder mit dem Verein der Befragung im Vergleich zu anderen Vereinen, in denen eine Mitgliedschaft besteht (Prozentwerte, N=48).

	Naturschutzverein	Gesundheitsverein	Kulturverein
schwächer	42,4	44,4	40,0
genauso stark	45,5	38,9	45,0
stärker	12,1	16,7	15,0

Aber nicht nur der Stellenwert geselliger Veranstaltungen ist in diesen Vereinen eher mittelmäßig, sondern die Interaktionsmöglichkeiten allgemein sind weniger gut, als in den Vereinen, in denen die *Aktiven* die stärkste Mitgliedergruppe ausmachen. Auch die Führungsstrukturen in diesen Vereinen sind weniger mitgliederorientiert als bei Vereinen mit vielen Aktiven. Stattdessen zeigen sich bei allen drei Vereinen oligarchische Tendenzen, was bedeutet, dass der Vorstand seit Jahren aus denselben Mitgliedern besteht, demokratische Entscheidungsstrukturen durch fehlende Alternativkandidaten unterwandert werden und sich den Mitgliedern wenig Einflussmöglichkeiten auf die Vorstandsarbeit bieten.

### *Soziale Zusammensetzung*

Hinsichtlich der Alterstruktur werden zwei der Vereine fast ausschließlich von Mitgliedern über 50 Jahren aufgesucht. Die Mitglieder der Umweltschutzorganisation sind hingegen fast alle zwischen 30 und 50 Jahren alt. Somit sind die Mitglieder von Vereinen, in denen viele *politisch Engagierte* anzutreffen sind, älter als die Mitglieder der Vereine mit vielen *Aktiven*. Dies könnte darauf zurückgeführt werden, dass mit höherem Lebensalter auch eine Zunahme des politischen Interesses verknüpft ist. Darüber hinaus führt die Aufnahme einer Berufstätigkeit und ggf. die Familiengründung dazu, dass im mittleren Lebensalter weniger Zeit für aktive Vereinsmitarbeit zur Verfügung steht bzw. ein Engagement bevorzugt wird, das in einem Zusammenhang mit den familiären Verpflichtungen steht (vgl. Dressel, 2005). Deshalb sind in Vereinen, in denen die Mitgliedschaft nicht mit einer hohen aktiven Beteiligung, sondern vielmehr mit einer ideellen Unterstützung der Vereinsziele einhergeht, mehr Mitglieder aus diesen Altersgruppen anzutreffen.

Im Gegensatz zu den drei Vereinen, in denen die *Aktiven* überrepräsentiert waren, sind in diesen drei Vereinen 58-68% der Mitglieder Männer und auch die Vereinsvorstände sind stark männlich dominiert.

### *Weitere Hintergrundinformationen*

Auffällig ist, dass in zwei der drei Vereine die Mehrheit der Mitglieder schon sehr lange (länger als 10 Jahre) Mitglied des Vereins ist. Dies macht deutlich, dass lange Vereinskarrerien auch unter den *politisch Engagierten* vorkommen, obwohl ihre vereinsinterne Aktivität deutlich hinter der der Aktiven zurücksteht (vgl. Abschnitt 7.2). Auffallend ist darüber hinaus, dass die drei Vereine trotz des hohen Anteils an wenig aktiven *politisch Engagierten* unter den Mitgliedern gänzlich ohne hauptamtliche Mitarbeiter auskommen. Dies spricht dafür, dass alle wesentlichen Aufgaben von einem aktiven Kern der Mitglieder übernommen werden. Darauf deuten auch die tendenziell eher oligarchischen Vereinsstrukturen und die langen Mitgliedschaftsdauern hin (Oligarchie der Aktiven; vgl. Michels 1970).

### *Zusammenfassende Bemerkungen*

Es ist deutlich geworden, dass auch bei Vereinen mit vielen *politisch Engagierten* die Zielstellung des Vereins im Zusammenhang mit den politischen Bürgerkompetenzen der Mitglieder steht. Je stärker der politische Bezug dieser Vereine ist (z. B. Umweltschutzverein), desto größer ist der Anteil *politisch Engagierter*. Aber auch die Vereinsstrukturen stehen mit den Bürgerkompetenzen der Mitglieder im Einklang: In Vereinen, die ihren Mitgliedern weniger Raum für den Austausch mit anderen Mitgliedern lassen und wo die Möglichkeiten der Mitglieder, Einfluss auf das Vereinsgeschehen zu nehmen eher gering sind, sind die Mitglieder seltener aktiv. Sie sehen die Vereine hingegen oftmals nur als „Zweitvereine“. Das heißt, sie stehen zwar hinter den Zielen der Organisation, setzen sich aber nicht aktiv für diese Ziele im Rahmen des Vereins ein. Interessant ist, dass solche Vereine eher von Männern dominiert werden, als Vereine mit vielen *Aktiven* unter den Mitgliedern. Daraus könnte man schlussfolgern, dass Frauen eher aktive Mitgliedschaften bevorzugen, Männer hingegen ihren Vereinen auch über die Jahre treu bleiben wenn sie sich dort nicht (mehr) aktiv beteiligen.

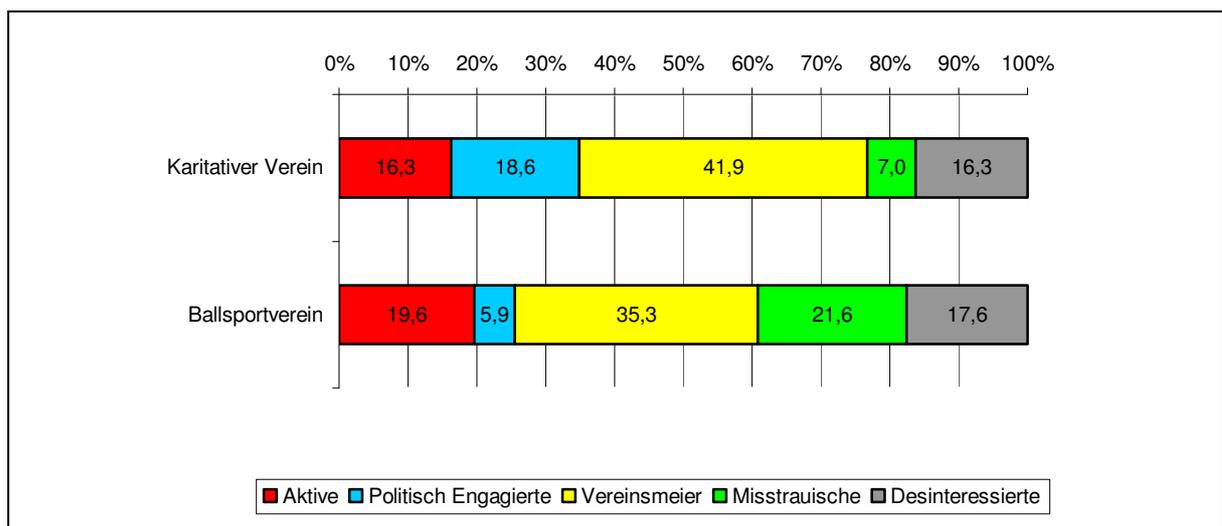
Letztlich stellt sich die Frage in welchem Zusammenhang Vereinstruktur und Aktivität der Mitglieder zueinander stehen: Während in Vereinen mit überdurchschnittlich vielen aktiven Mitgliedern eher offene Strukturen vorherrschen, sind in Vereinen mit vielen *politisch Engagierten* oligarchische Tendenzen anzutreffen. Unklar bleibt, inwiefern oligarchische Tendenzen auf die Passivität eines Großteils der Mitglieder zurückzuführen sind, oder ob die schlechten Beteiligungsmöglichkeiten den Großteil der Mitglieder in die Passivität drängen. Um die Wirkungsweise in Vereinen aufdecken zu können, besteht weiterer Forschungsbedarf.

### 8.3.3 Vereine mit einem hohen Anteil Vereinsmeier

In etwa jedes fünfte befragte Mitglied (19%) gehört zur Gruppe der *Vereinsmeier*. *Vereinsmeier* zeichnen sich hinsichtlich ihrer Bürgerkompetenzen durch eine hohe Vereinsaktivität und ausgeprägtes freiwilliges Engagement aus, jedoch ohne dass sie dabei über allgemeine oder politische Bürgerkompetenzen verfügen (vgl. Abschnitt 7.2.3). Sie sind somit zwar gesellschaftlich aktiv, aber um den Anforderungen demokratischer Systeme im Sinne des Idealtypus gerecht werden zu können, fehlen ihnen politische Kompetenzen sowie gemeinwohlorientierte Handlungsdispositionen.

Im Folgenden sollen zwei Vereine, in denen *Vereinsmeier* stark überrepräsentiert sind, vorgestellt werden. Dieses sind ein karitativer Verein, in dem 42% der Mitglieder zu den *Vereinsmeiern* gehören, und ein Ballsportverein mit 35% *Vereinsmeiern*.

Abb. 32: Prozentualer Anteil der verschiedenen Bürgertypen in Vereinen mit überdurchschnittlich vielen Vereinsmeiern (N=94).



#### Vereinsstrukturelle Besonderheiten

Bei den beiden Vereinen mit einem weit überdurchschnittlichen Anteil von *Vereinsmeiern* unter den Mitgliedern handelt es sich um Vereine mit ganz unterschiedlichen Zielstellungen und Inhalten. Während in einem Verein der Sport im Mittelpunkt steht und somit die Bedürfnisse der Mitglieder befriedigt werden, ist der andere Verein sozial ausgerichtet und wendet sich mit seinen Leistungen an Nicht-Vereinsmitgliedern. Insofern scheinen weder die Zielstellung eines Vereins noch die Inhalte, mit denen sich der Verein auseinandersetzt, darüber zu entscheiden, inwiefern ein Verein besonders viele *Vereinsmeier* aufweist oder nicht.

Auch scheinen *Vereinsmeier* nicht von besonders ausgeprägten Interaktionsmöglichkeiten angezogen zu werden. Die Möglichkeiten, die die beiden Vereine zum Austausch mit anderen Mitgliedern bieten, sind in beiden Vereinen nur mittelmäßig.

### *Soziale Zusammensetzung*

Auch die Altersstruktur und die Geschlechterzusammensetzung beider Vereine liefert ein uneinheitliches Bild, so dass davon auszugehen ist, dass auch diese beiden Faktoren nicht für die hohe Konzentration von *Vereinsmeiern* in den Vereinen verantwortlich gemacht werden können. Während im Ballsportverein überwiegend Männer (67%) unter 50 Jahren Mitglied sind, sind die Mitglieder des karitativen Vereins zumeist Frauen (83%) über 65 Jahren.

### *Weitere Hintergrundinformationen*

Hauptamtliche Mitarbeiter sind in beiden Vereinen nur von untergeordneter Bedeutung. Der Sportverein beschäftigt keine Hauptamtlichen und der karitative Verein hat einen hauptamtlichen Mitarbeiter als Lagerwart angestellt.

Somit geben die in der Funktionsträgerbefragung erfassten Informationen zu den beiden Vereinen keine Anhaltspunkte dafür, warum in diesen Vereinen besonders viele *Vereinsmeier* anzutreffen sind. Allerdings wurden im Rahmen der qualitativen Mitgliedererhebung des Forschungsprojekts (vgl. Abschnitt 6.1) Mitglieder der Vereine zu ihrer Mitgliedschaft befragt. Aus diesen Gesprächen ist deutlich geworden, dass es sich beim Sportverein um einen Verein handelt, der aus einem Freundeskreis hervorgegangen ist und dass diese engen Freundschaften bis heute bestehen und auf neue Mitglieder ausgeweitet wurden. Dies kann erklären, weshalb der Verein für einige Mitglieder von so zentraler Bedeutung ist. Dass die Mitglieder trotz ihrer hohen Vereinsaktivität nur wenige Bürgerkompetenzen aufweisen, kann (zumindest für die politischen Bürgerkompetenzen) mit dem zumeist unpolitischen Inhalten binnenorientierter Sportvereine erklärt werden.

Anders stellt es sich beim karitativen Verein dar: Durch die aktive Mitarbeit in diesem Verein werden die Mitglieder mit akuten gesellschaftlichen Problemlagen und politischen Missständen konfrontiert. Dennoch ist es so, dass ein großer Teil der Mitglieder trotz der aktiven Mitarbeit nur über geringe allgemeine und politische Bürgerkompetenzen verfügt. Dies ist dadurch zu erklären, dass für viele Mitglieder des Vereins eindeutig im Vordergrund steht,

Bedürftigen zu helfen<sup>43</sup>. Dieses Motiv findet sich häufig in weiblich dominierten karitativen Vereinen (vgl. Beher et al., 2000). Aus den Interviews mit den Vereinsmitgliedern wird deutlich, dass die freiwillige Mitarbeit in diesem Verein für sie eine sinnvolle Tätigkeit im Anschluss an ihr Erwerbsleben darstellt. An der politischen Dimension der Vereinsarbeit zeigen die Mitglieder des Vereins nur wenig Interesse. Auch Geselligkeit und soziales Miteinander spielen in diesem Verein nur eine untergeordnete Rolle.

### *Zusammenfassende Bemerkungen*

Im Rahmen dieser Untersuchung lassen sich zwei Besonderheiten von Vereinen kennzeichnen, die die Mitgliedschaft von *Vereinsmeiern* zu fördern scheinen. Eine Besonderheit, die sich für binnenorientierte (Sport-) Vereine abzeichnet, ist ein hoher Stellenwert von Vereinsgeselligkeit und engen sozialen Bindungen.

Eine zweite Besonderheit, die die Mitgliedschaft von *Vereinsmeiern* fördern kann, sind freiwillige Tätigkeiten, die für die Mitglieder in erster Linie einen Selbstzweck darstellen: Sie streben durch ihr freiwilliges Engagement die Befriedigung individueller Bedürfnisse durch die Ausübung einer sinnstiftenden Tätigkeit an. Dadurch liegt ihr Fokus ganz auf der freiwilligen Mitarbeit. Andere Kompetenzen oder „Blicke über den Tellerrand“ scheinen für viele Mitglieder nicht von Bedeutung zu sein.

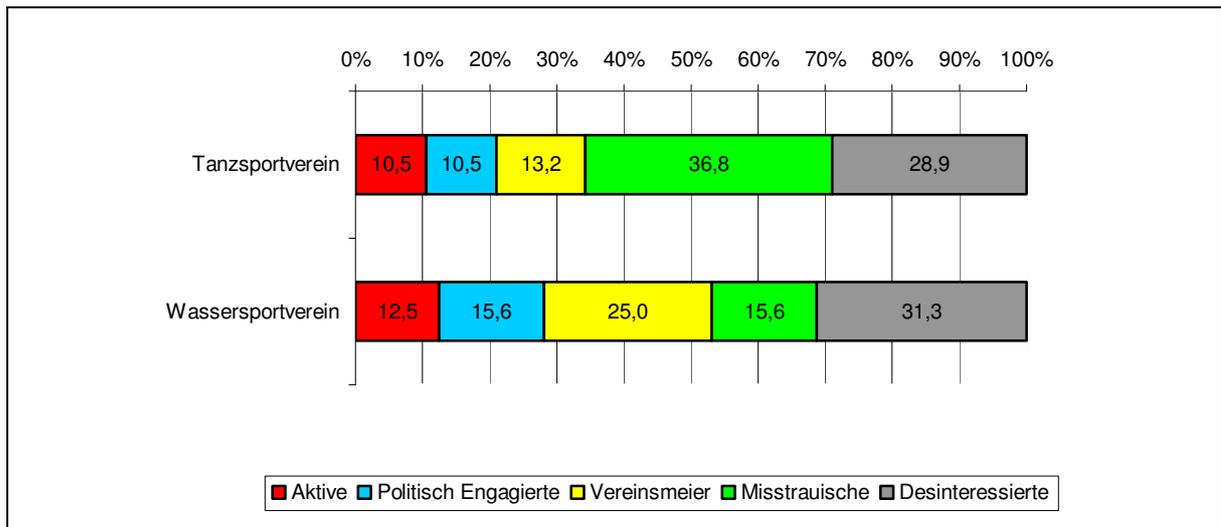
#### *8.3.4 Vereine mit einem hohen Anteil misstrauischer bzw. desinteressierter Bürger*

Während in der Gesamtstichprobe 19% der Mitglieder dem Bürgertyp der *Misstrauischen* und 17% den *Desinteressierten* zugerechnet werden können, sind in einem Tanzsportverein 37% misstrauische und 29% desinteressierte Mitglieder anzutreffen. Dies bedeutet, dass in diesem Verein zwei Drittel der Mitglieder nur geringe Bürgerkompetenzen im Sinne des Idealtypus aufweisen. In einem weiteren Sportverein, in dem Wassersport betrieben wird, machen die *Desinteressierten* sogar 31% der Mitglieder aus.

---

<sup>43</sup> 92,5% der Mitglieder stimmen der Aussage zu, dass sie Mitglied des Vereins sind, weil sie sich für andere einsetzen möchten. Dies stellt für die Mitglieder dieses Vereins das wichtigste Mitgliedschaftsmotiv dar.

Abb. 33: Prozentualer Anteil der verschiedenen Bürgertypen in Vereinen mit überdurchschnittlich vielen Misstrauischen bzw. Desinteressierten (N=70).



### Vereinsstrukturelle Besonderheiten

Während der Tanzsportverein seinen Mitgliedern nur mittelmäßige Möglichkeiten zum gegenseitigen Austausch bietet, sind die Interaktionsmöglichkeiten für die Mitglieder des Wassersportvereins äußerst vielfältig.

Im Tanzsportverein gibt es keine Räumlichkeiten zur Durchführung geselliger Veranstaltungen oder ein Stammlokal, Feste werden nicht finanziell bezuschusst. Allerdings richtet der Verein einmal im Jahr einen großen Ball aus und gesellige Veranstaltungen kommen hin und wieder auf Initiative einzelner Mitglieder zu Stande.

Die Mitgliederversammlungen finden in diesem Verein einmal im Jahr in angemieteten Räumlichkeiten statt. Darüber hinausgehend bietet sich den Mitgliedern kaum die Möglichkeit, ihre Interessen in die Vereinsarbeit einzubringen.

Der Wassersportverein ist hingegen einer der wenigen Vereine, die sich sowohl durch sehr gute Interaktionsmöglichkeiten für die Mitglieder als auch durch eine sehr offene Vereinsstruktur auszeichnen. Die Mitglieder treffen sich viermal im Jahr zu Mitgliederversammlungen, die allerdings nur von einem Viertel der Mitglieder besucht werden. Der Verein besitzt eigene Räumlichkeiten für gesellige Veranstaltungen, es gibt einen Mitgliederstammtisch und ein eigenes Gremium, das für Feste und Feierlichkeiten verantwortlich ist. Gesellige Aktivitäten werden auch vom Verein finanziell unterstützt und Mitgliederreisen finden mehrmals im Jahr statt.

Während der Fokus des Tanzsportvereins in erster Linie auf der Förderung des Wettkampfsports, der Teilnahme an Wettkämpfen und der Ausrichtung von Wettkampfveranstaltungen liegt, setzt der Wassersportverein seine

Schwerpunkte auf das soziale Miteinander und die breitensportliche Betätigung seiner Mitglieder.

### *Soziale Zusammensetzung*

Auch im Hinblick auf sozialstrukturelle Besonderheiten zeigen die beiden Vereine keine Gemeinsamkeiten. Während die Geschlechterstruktur des Tanzsportvereins ausgewogen ist, sind im Wassersportverein nur etwa ein Drittel der Mitglieder Frauen. Hinsichtlich der Altersstruktur zeigt sich der Tanzsportverein äußerst heterogen, wohingegen im Wassersportverein die meisten Mitglieder zwischen 30 und 50 Jahre alt sind.

### *Weitere Hintergrundinformationen*

Auch bezüglich der Mitgliedschaftsdauer ihrer Mitglieder unterscheiden sich die beiden Vereine erheblich. Während der Großteil der Mitglieder des Tanzsportvereins kürzer als 3 Jahre Mitglied ist, besteht der Wassersportverein zur Hälfte (53%) aus langjährigen Mitgliedern mit einer Mitgliedschaftsdauer von über zehn Jahren.

Was die Mitgliedschaftsmotive angeht, zeigen sich die Mitglieder des Tanzsportvereins etwas nutzenorientierter als die Mitglieder des Wassersportvereins. Zwar ist in beiden Vereinen der persönliche Nutzen das vordergründige Mitgliedschaftsmotiv, doch im Tanzsportverein ist die Zustimmung mit 97% gegenüber 80% im Wassersportverein deutlich höher. Als zweites wichtiges Motiv für die Mitgliedschaft nennen 83% der Tänzer den Wunsch nach einem Ausgleich zum Beruf bzw. Alltag. Bei den Wassersportlern hingegen ist das zweite wichtige Motiv die Gemeinschaft mit Gleichgesinnten (75% Zustimmung).

Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass der Funktionsträger des Tanzsportvereins bei der Übergabe der Fragebögen berichtete, dass sich der Verein bei den politischen Gremien der Stadt für den Erhalt einer Veranstaltungshalle einsetzen würde, damit dort weiterhin Tanzsportveranstaltungen stattfinden könnten. Trotz dieses politischen Vorstoßes sind die Bürgerkompetenzen der Vereinsmitglieder eher gering. Dies deutet darauf hin, dass von den politischen Belangen, von denen auch unpolitische Vereine wie Sportvereine berührt werden, nur ein kleiner Teil der Mitglieder, nämlich der aktive Kern, Notiz nimmt.

### *Zusammenfassende Bemerkungen*

Bei den beiden hier vorgestellten Sportvereinen handelt es sich um sehr unterschiedliche Vereine mit verschiedenen Schwerpunkten. Während die Hintergrundinformationen zum Tanzsportverein darauf hindeuten, dass die Mitglieder in erster Linie wettkampforientierten Tanzsport ausüben möchten und der Verein diese Bedürfnisse der Mitglieder befriedigt, ohne sich darüber hinaus besonders für das soziale Miteinander der Mitglieder einzusetzen, liegen die Schwerpunkte des Wassersportvereins eindeutig auf dem geselligen Miteinander. Die Wettkampforientierung des Tanzsportvereins führt dazu, dass Mitglieder, sobald sie dem Wettkampfsport den Rücken kehren, auch die Mitgliedschaft im Verein beenden. Dies wird dadurch begünstigt, dass in diesem Verein, wie die Funktionsträgerbefragung zeigt, kein Status für „passive Mitglieder“ bzw. eine Fördermitgliedschaft vorgesehen ist. Im Wassersportverein wird eine Mitgliedschaft hingegen auch bei geringer Aktivität über Jahre aufrechterhalten.

Beiden Vereinen gemeinsam ist ihr hoher Anteil an desinteressierten Mitgliedern. Hier kann nur geschlussfolgert werden, dass vorrangiges Ziel von Sportvereinen die Befriedigung individueller Bedürfnisse ist (Sport treiben) und hierfür weder soziales noch politisches Engagement bzw. Interesse von Nöten ist.

## **8.4. Zusammenfassung: Bürgertypen in Vereinen**

Anliegen dieses Kapitels war es darzustellen, inwiefern sich die Mitglieder verschiedener Vereine hinsichtlich ihrer Bürgerkompetenzen unterscheiden.

Im Rahmen dieses Kapitels wurden *erstens* die Bürgerkompetenzen der Vereinsmitglieder in Vereinen mit unterschiedlichen Zielstellungen (mitglieder- bzw. außenorientiert oder fremdbezogen) und Inhalten (Sport, Politik, Kultur/-Freizeit oder Gesundheit/Soziales) gegenübergestellt. *Zweitens* wurden Vereine hinsichtlich ihrer Gelegenheitsstrukturen zur Interaktion der Mitglieder und ihrer Organisationsstruktur verglichen und *drittens* wurden Vereine mit ihren Besonderheiten vorgestellt, in denen ein bestimmter Bürgertyp stark überrepräsentiert ist.

Die Ergebnisse dieses Kapitels lassen sich wie folgt zusammenfassen:

### *Außenorientierung*

Es hat sich gezeigt, dass der Außenbezug eines Vereins in einem engen Zusammenhang mit den Bürgerkompetenzen der Vereinsmitglieder steht. Je

stärker die Außenorientierung eines Vereins ist, desto eher finden sich in diesen Vereinen Mitglieder mit hohen Bürgerkompetenzen.

Da sich Sportvereine zumeist ausschließlich an den Bedürfnissen und Interessen ihrer Mitglieder orientieren und somit eine starke Binnenorientierung aufweisen, sind hier insbesondere solche Bürgertypen anzutreffen, die eher über geringe Bürgerkompetenzen im Sinne des Idealtypus verfügen.

#### *Politikbezug*

Unter den Vereinen, die einen Außenbezug aufweisen zeichnen sich insbesondere solche Vereine durch Mitglieder mit ausgeprägten politischen Bürgerkompetenzen aus, die auch ein politisch bedeutsames Vereinsziel wie Umweltschutz, fairen Handel oder Ähnliches verfolgen.

#### *Interaktionsmöglichkeiten*

Auch in Bezug auf die Gelegenheitsstrukturen zur Interaktion, die Vereine ihren Mitgliedern bieten, deutet sich ein positiver Zusammenhang mit den Bürgerkompetenzen der Mitglieder an. Je günstiger und vielfältiger die Möglichkeiten sind, die ein Verein seinen Mitgliedern zum gegenseitigen Austausch eröffnet, desto eher finden sich unter den Mitgliedern solche mit umfassenden Bürgerkompetenzen.

Diese zentralen Ergebnisse finden sich auch in den einzelnen Vereinen wieder, in denen bestimmte Bürgertypen überrepräsentiert sind und die in Abschnitt 8.3 portraitiert wurden. Über diese Ergebnisse hinaus offenbart der Blick auf einzelne Vereine jedoch weitere interessante Ergebnisse:

Der Bürgertyp der *Aktiven* findet sich auffallend häufig in Vereinen, die nicht nur im Hinblick auf die Mitgliederzahl von Frauen dominiert werden, sondern in denen Frauen auch in der Vereinspolitik Verantwortung übernehmen. Diese Vereine sind zudem häufig durch gute Gelegenheitsstrukturen zur Interaktion gekennzeichnet.

Im Gegensatz dazu sind Vereine, in denen der Bürgertyp der *politisch Engagierten* übermäßig stark vertreten ist, eher von Männern dominiert und die Gelegenheitsstrukturen sind weniger gut ausgeprägt.

Mitglieder, die sich zwar durch eine hohe Vereinsaktivität, jedoch durch eher geringe Bürgerkompetenzen auszeichnen (*Vereinsmeier*), finden sich in solchen Vereinen, in denen die Bedürfnisbefriedigung der Mitglieder an erster Stelle steht. Auch eine ausgeprägte Vereinsgeselligkeit scheint diesen Bürgertyp anzuziehen. *Vereinsmeier* findet man insbesondere in Sportvereinen häufig. Aber auch in karitativen Vereinen, in denen die soziale Hilfeleistung für

die Vereinsmitglieder einen Selbstzweck darstellt, die der Befriedigung individueller Bedürfnisse dient, sind *Vereinsmeier* überrepräsentiert.

Insgesamt sind in Sportvereinen vermehrt solche Bürgertypen anzutreffen, deren Bürgerkompetenzen im Sinne des Idealtypus eher gering ausgeprägt sind. In Sportvereinen steht zumeist eindeutig das Sporttreiben im Mittelpunkt, wofür den Mitgliedern eher geringe allgemeine und politische Bürgerkompetenzen abverlangt werden.

Allerdings scheinen Sportvereine politisch *Desinteressierten* und Menschen mit Vorbehalten gegenüber der Gesellschaft (*Misstrauische*) ein Wirkungsfeld zu eröffnen, in dem sie sich gesellschaftlich engagieren können.

Nachdem in Kapitel 7 umfassend dargestellt wurde, welche Bürgertypen in Vereinen anzutreffen sind und welche soziodemografischen Merkmale die einzelnen Bürgertypen kennzeichnen, wurde in diesem Kapitel gezeigt, inwiefern Bürgertypen in unterschiedlichen Vereinen überrepräsentiert sind.

Am Ende dieses Kapitels soll deshalb abschließend der Versuch unternommen werden, die einzelnen Bürgertypen mit ihren jeweils spezifischen Besonderheiten in aller Kürze lebendig werden zu lassen. Ziel ist es, ein „typisches“ Exemplar jeden Typs vorzustellen. Dieses Vorgehen hat den Vorteil, dass einzelne wichtige Ergebnisse noch einmal plastisch dargestellt werden können. Der Nachteil liegt in der damit zwangsläufig verbundenen Reduktion der Ergebnisse. Wenn z.B. einem Bürgertyp mehr Frauen als Männer zugeordnet sind, wäre der „typische“ Bürger demnach eine Frau, obwohl dennoch auch zahlreiche Männer diesem Typ angehören. Um zu verdeutlichen, dass es sich bei den folgenden Darstellungen um eine Art illustrierenden Exkurs handelt, der jedoch keineswegs wissenschaftlichen Ansprüchen genügt, werden die einzelnen Typenbeschreibung kursiv gedruckt.

#### *Ein typischer „Aktiver“*

*Der (bzw. die<sup>44</sup>) typische Aktive ist langjähriges Mitglied eines ostdeutschen Kunstvereins, der sich für die Förderung der Kunst und des künstlerischen Austausches in der Kommune einsetzt. Nach seinem Studium war dieses Mitglied beruflich mit verantwortungsvollen Tätigkeiten betraut und steht jetzt aber am Übergang zur Rente. Der Aktive zählt zum Kern des Vereins, dessen Belange ihm außerordentlich wichtig sind und für die er sich sehr engagiert. Er*

---

<sup>44</sup> Bei den Typen „Aktiver“ und „politisch Engagierter“ ist eine „typische“ Geschlechterzuordnung nicht möglich, da kein Geschlecht im Vergleich zur Gesamtstichprobe überrepräsentiert ist. Da jedoch etwa 60% der beiden Typen Männer sind, erfolgt im Weiteren die Darstellung in männlicher Form.

*übernimmt ehrenamtliche Funktionen aber auch sonstige anfallende Aufgaben. Auch am gesellschaftlichen und politischen Geschehen außerhalb seines Vereins zeigt er Interesse. Die Beteiligung an Wahlen zählt für ihn zur Bürgerpflicht, darüber hinaus ist er jedoch nicht weiter politisch aktiv.*

#### *Ein typischer „politisch Engagierter“*

*Der typische politisch Engagierte ist Mitglied einer Umweltschutzorganisation, der er sich vor einigen Jahren aus Überzeugung angeschlossen hat. Nach seinem Studium hat er inzwischen die Karriereleiter erklommen und steht nun mitten im Berufsleben in verantwortlicher Position. Die Mitgliedschaft in Vereinen ist für ihn Ausdruck seines gesellschaftlichen Engagements und Interesses. Er versteht sich als Netzwerker, der den verschiedensten Gruppierungen und freiwilligen Vereinigungen angehört und sich hier und da mit seinem umfassenden politischen Wissen einbringt, Entscheidungen vorantreibt und Aktivitäten initiiert. Um sich jedoch darüber hinaus in den Vereinen zu engagieren, fehlen ihm aufgrund seiner verantwortlichen beruflichen Position die zeitlichen Ressourcen. Aber durch sein überdurchschnittlich hohes Einkommen ist es dem politisch Engagierten möglich, ihm sinnvoll erscheinende Organisationen mit seinem Mitgliedsbeitrag zu unterstützen, auch wenn er in den Vereinen nicht selbst aktiv ist. Politisches Engagement, das über die reine Beteiligung an Wahlen hinausgeht, wie die Beteiligung an Bürgerinitiativen und auch die Mitgliedschaft in Parteien, ist für ihn selbstverständlich.*

#### *Ein typischer „Vereinsmeier“*

*Einen typischen Vereinsmeier könnte man z. B. in einem westdeutschen Fußballverein finden. Er ist schon seit Jahrzehnten Mitglied des Vereins und empfindet den Verein als seine Familie. Er verbringt sehr viel Zeit auf dem Vereinsgelände, bereitet die Mitgliederversammlungen und Vereinsfeiern vor und tauscht sich rege mit seinen Vereinskollegen, die er als seine Freunde bezeichnet, während des gemeinsamen Sporttreibens oder im Rahmen geselliger Veranstaltungen aus. Somit erfüllt der Verein seine Bedürfnisse nach sozialen Kontakten und sportlicher Betätigung, so dass er auch in keinem weiteren Verein Mitglied ist. Er ist durch seine Tätigkeiten im Verein ausgelastet, so dass er auch wenig Interesse an anderen gesellschaftlichen oder politischen Bereichen hat. Im Verein fühlt er sich wohl, für seine Arbeit erfährt er Wertschätzung und Anerkennung. Dies ist eine Erfahrung, die ihm in seiner beruflichen Tätigkeit fehlt.*

*Ein typischer „Misstrauischer“*

*Der typische Misstrauische ist erst seit kurzer Zeit Mitglied eines Sportvereins. Dem Vereinsleben gegenüber ist er distanziert und scheut vor Aufgaben und freiwilligem Engagement zurück. Er ist dort in erster Linie Mitglied, um seinem Hobby nachzugehen und nicht, um sich in die Vereinsarbeit einzubringen. Er hat zwar durchaus eigene Überzeugungen und politische Ansichten, behält sie jedoch anderen gegenüber lieber für sich. Er akzeptiert die Strukturen, die er vorfindet, da er nicht davon überzeugt ist, durch eigenes Engagement etwas ändern zu können. Dies ist auch der Grund, weshalb er nur unregelmäßig zur Wahl geht und sich nicht politisch engagiert.*

*Eine typische „Desinteressierte“*

*Die Desinteressierte findet man in einem Sportverein, in dem sie Mitglied ist, um ihrem Hobby nachzugehen. Sie ist noch relativ jung und auch noch nicht lange Mitglied des Vereins. Bisher ist sie nicht sonderlich am Vereinsleben interessiert bzw. engagiert. Auch außerhalb des Vereins zeigt sie wenig Interesse an gesellschaftlichen und politischen Belangen. Sie traut sich insgesamt wenig zu, meint schlecht vor Gruppen sprechen zu können, organisiert und argumentiert ungern. Ihr ist es lieber, sich der Meinung der Mehrheit anzuschließen, als zu versuchen, gegen Widerstände anderer ihre Interessen durchzusetzen.*

An dieser Stelle ist das Ende der Darstellung der empirischen Ergebnisse erreicht. Im nun folgenden Fazit werden die dieser Arbeit zu Grunde liegenden Fragestellungen und deren Ergebnisse zusammenfassend dargestellt.

## 9. Fazit

Im Rahmen dieser Arbeit sollten die demokratischen Kompetenzen von Vereinsmitgliedern in den Blick genommen werden. Diese Zielstellung knüpft an aktuelle Diskussionen zur Bedeutung von Vereinen in demokratischen Gemeinwesen an (vgl. u. A. Zimmer, 1996). In der Darstellung des Forschungsstandes konnte gezeigt werden, dass bisherige Forschungsergebnisse zu dieser Thematik ambivalent sind. Während ältere Studien nahe legen, dass Vereinsmitglieder die „besseren Demokraten“ seien (vgl. Almond & Verba, 1963), kommen aktuelle Forschungsarbeiten zu dem Ergebnis, dass eine Vereinsmitgliedschaft keinen Einfluss auf die demokratischen Kompetenzen habe (vgl. Vorkamp, 2005). Als eine Ursache für diese gegenläufigen Ergebnisse wurden u. A. die uneinheitlichen Vorstellungen über demokratische Bürgerkompetenzen identifiziert.

Auf der Grundlage des Forschungsstandes konnten insgesamt drei zentrale Forschungsdefizite benannt werden, die richtungweisend für den weiteren Verlauf des Forschungsprozesses waren.

A) Die theoretische Auseinandersetzung mit dem Begriff der Bürgerkompetenzen zeigte, dass auch im Rahmen normativer Arbeiten kein Konsens über einzelne Aspekte von Bürgerkompetenzen besteht. Je nachdem, welche demokratietheoretische Herangehensweise und welches Bürgerleitbild zu Grunde gelegt werden, umfassen Bürgerkompetenzen ganz unterschiedliche Facetten.

B) Diese Unklarheit auf der begrifflichen Ebene behindert auch die empirische Forschung. So kommen Untersuchungen zu unterschiedlichen Ergebnissen, je nachdem welcher Aspekt von Bürgerkompetenzen in der Erhebung berücksichtigt wird. Eine dezidierte theoretische Auseinandersetzung mit dem Begriff Bürgerkompetenzen lassen bisherige Untersuchungen weitgehend vermissen.

C) In bisherigen Untersuchungen fehlen Hintergrundinformationen zu den Vereinen, die es ermöglichen, die Bürgerkompetenzen der Mitglieder zur Mitgliedschaft in Beziehung zu setzen. Dies hat zur Folge, dass Aussagen über die Bedeutung bestimmter Vereinsstrukturen und Vereinsinhalte für die Bürgerkompetenzen der Mitglieder bisher nur begrenzt möglich sind.

Auf der Grundlage des Forschungsstandes und der herausgearbeiteten Forschungsdefizite ergaben sich für den weiteren Verlauf der Untersuchung zwei Stränge: Einerseits die *theoretische Auseinandersetzung* mit dem Begriff der demokratischen Bürgerkompetenzen und andererseits die *empirische Unter-*

*suchung* von Vereinsmitgliedern im Hinblick auf die Ausprägung ihrer Bürgerkompetenzen.

Die der Arbeit zu Grunde liegenden Fragestellungen lauteten somit:

- (1) Durch welche Bürgerkompetenzen sollten sich die Mitglieder demokratischer Gemeinwesen auszeichnen, um den Anforderungen, die demokratische Systeme an sie stellen, gerecht werden zu können?
- (2) Inwieweit zeichnen sich Vereinsmitglieder allgemein durch Bürgerkompetenzen aus?
- (3) Durch welche Bürgerkompetenzen zeichnen sich Sportvereinsmitglieder im Vergleich zu Mitgliedern anderer Vereine aus?

Diese drei zentralen Fragestellungen sollen auch im Fazit der Reihe nach aufgegriffen werden.

Als Herangehensweise zur Verknüpfung der theoretischen Überlegungen mit einer empirischen Untersuchung wurde die idealtypische Methode von Max Weber (vgl. Weber, 1922) gewählt. Mit Hilfe dieser Methode lässt sich die theoriegeleitete Begriffsbildung in Bezug auf Bürgerkompetenzen mit einer empirischen Analyse der Kompetenzen von Vereinsmitgliedern verknüpfen. Darüber hinaus ist die Methode so angelegt, dass sie eine Typenbildung – und somit die Konstruktion von Bürgertypen – ermöglicht (vgl. Kap. 3).

Die theoriegeleitete inhaltliche Ausdifferenzierung von Bürgerkompetenzen erfolgte im Rahmen dieser Methode durch die Konstruktion eines „Idealtypus demokratischer Bürger“ (vgl. Kap. 4). Hierbei handelt es sich im Sinne Webers um ein theoretisches Konstrukt, welches einzelne Aspekte von Bürgerkompetenzen zu einem in sich einheitlichen Gedankenbild zusammenfasst. Dieser „Idealtypus demokratischer Bürger“ vereinigt in sich Kompetenzen, die Bürger benötigen, um Anforderungen demokratischer Systeme gerecht werden zu können.

Diesem „Idealtypus demokratischer Bürger“ wurde die empirisch vorfindbare Realität der Bürgerkompetenzen von Vereinsmitgliedern gegenübergestellt, um festzustellen, inwiefern die Wirklichkeit dem Idealtypus entspricht. Aus dem empirischen Datenmaterial, welches aus der Untersuchung „Sozialkapital und Bürgerkompetenz“ an der Universität Paderborn resultiert, sind mit Hilfe clusteranalytischer Verfahren Realtypen generiert worden (vgl. Kap. 6). Auf der Grundlage dieser Realtypen konnten fünf Bürgertypen herausgearbeitet werden (Weber bezeichnet diese als Gattungsbegriffe), die sich im Hinblick auf ihre Bürgerkompetenzen unterscheiden. Durch die Gegenüberstellung der Bürgertypen mit dem „Idealtypus demokratischer Bürger“ waren Rückschlüsse möglich, inwiefern die einzelnen Bürgertypen den komplexen Anforderungen

demokratischer Systeme auf der Grundlage ihrer Bürgerkompetenzen in unterschiedlichem Maße gewachsen sind. Die zentralen Ergebnisse der Arbeit sollen im Rahmen des Fazits in drei einzelnen Abschnitten zusammengefasst werden. Jeder Abschnitt bezieht sich auf eine der oben genannten Fragestellungen.

## 9.1 Der „Idealtypus demokratischer Bürger“

Zentrale Fragestellung: Durch welche Bürgerkompetenzen sollten sich die Mitglieder demokratischer Gemeinwesen auszeichnen, um den Anforderungen, die demokratische Systeme an sie stellen, gerecht werden zu können?

Grundlegend für die theoriegeleitete Auseinandersetzung mit dem Begriff der Bürgerkompetenzen war die Frage nach notwendigen Kompetenzen von Bürgern in demokratisch organisierten Gemeinwesen. Daher wurden in die Konstruktion des „Idealtypus demokratischer Bürger“ solche Kompetenzaspekte einbezogen, die die Bürger dazu befähigen, die Anforderungen der Demokratie an die Bürger erfüllen zu können. Um sich dieser Frage anzunähern wurden sowohl demokratietheoretische als auch politikdidaktische Überlegungen herangezogen. Aber auch soziologische und kompetenztheoretische Herangehensweisen sind bei der Konstruktion des „Idealtypus demokratischer Bürger“ berücksichtigt worden.

### *Partizipation als Voraussetzung für Demokratie*

Als Voraussetzung für den Bestand von Demokratien wurde die Beteiligung der Bürger herausgestellt, da diese das zentrale Merkmal der Demokratie als Staats- aber auch als Lebensform darstellt. Eine Demokratie hört ohne die Beteiligung der Bürger auf zu existieren.

Über das in Demokratien notwendige Ausmaß der Bürgerbeteiligung herrscht jedoch keine einheitliche Auffassung. Dieses hängt vielmehr von der zu Grunde gelegten Demokratietheorie ab. Während repräsentative demokratietheoretische Ansätze die politische (Wahl-) Beteiligung in den Vordergrund stellen, wird in eher partizipationsorientierten Ansätzen die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Beteiligung der Bürger betont. Darunter kann zum Beispiel das freiwillige Engagement in Vereinen oder die aktive Beteiligung im Rahmen anderer gesellschaftlicher Zusammenschlüsse, in denen es um die Verwirklichung gemeinsamer Interessen geht, verstanden werden. Um den „Idealtypus demokratischer Bürger“ nicht ausschließlich auf einen demokratietheoretischen Ansatz zuzuschneiden sondern die in ihm zusammengefassten Bürgerkompetenzen als Grundlage einer allgemeinen demokratischen Hand-

lungsfähigkeit zu betrachten, wurden im „Idealtypus demokratischer Bürger“ Kompetenzen berücksichtigt, die sowohl eine gesellschaftliche als auch eine politische Beteiligung ermöglichen.

Im Sinne Webers (vgl. Weber 1922b) kann Partizipation im Rahmen demokratischer Gemeinwesen als soziales Handeln charakterisiert werden, da sie zum einen ein absichtsvolles Tun darstellt (im Gegensatz zu bloßem „sich Verhalten“) und zum anderen in soziale Kontexte eingebettet ist und in ihren Konsequenzen Auswirkungen auf Andere hat.

Partizipation als soziales Handeln erfordert einerseits bestimmte grundlegende Kompetenzen, die ein Handeln erst ermöglichen, andererseits aber auch eine bestimmte Handlungsabsicht, die die Richtung des Handelns bestimmt und es vom bloßen Verhalten abgrenzt. Daraus ergeben sich zwei wesentliche Teilbereiche eines „Idealtypus demokratischer Bürger“: Zum einen der Bereich der *Handlungskompetenzen*, zum anderen der Bereich der *Handlungsdispositionen*. Diese beiden Teilbereiche sollen nacheinander in ihrer Relevanz für den Idealtypus kurz dargestellt werden.

#### *Handlungskompetenzen als Grundlage gesellschaftlicher und politischer Partizipation*

Um in der Demokratie gesellschaftlich bzw. politisch handlungsfähig zu sein, benötigen Individuen bestimmte grundlegende Handlungskompetenzen.

Um zu durchdringen, welche Handlungskompetenzen im Rahmen des „Idealtypus demokratischer Bürger“ von Bedeutung sind, wurde auf kompetenztheoretische Überlegungen zurückgegriffen. Demnach lassen sich Kompetenzen ganz allgemein in vier Dimensionen unterteilen: Sach-, Methoden-, Sozial- und Selbstkompetenzen.

Während Sachkompetenzen die für das gesellschaftliche und politische Handeln notwendigen kognitiven Wissensbestände beinhalten, geht es bei Methodenkompetenzen um Strategien zur Lösung von Problemen und Durchsetzung von Interessen. Die sozialen Kompetenzen umfassen vor allem kommunikative Fähigkeiten, die eine Artikulation eigener Interessen und den Diskurs mit Anderen ermöglichen. Somit haben diese drei Kompetenzebenen „Werkzeugcharakter“, da sie Instrumente darstellen, die ein erfolgreiches Handeln im Rahmen gesellschaftlicher Zusammenhänge – also auch in demokratischen Gemeinwesen – ermöglichen. Bürgerkompetenzen umfassen demnach sowohl Sachkenntnisse, methodische Fähigkeiten als auch soziale Kompetenzen, um informiertes und zielgerichtetes Handeln zu ermöglichen.

Die Selbstkompetenzen hingegen beinhalten personale Dispositionen, wie Hilfsbereitschaft und Solidarität. Dies unterscheidet sie von den übrigen Kompetenzebenen und lässt sie näher an die bereits erwähnten Handlungsdispositionen heranrücken. Daher soll ihre Bedeutung für den „Idealtypus demokratischer Bürger“ im nächsten Abschnitt näher ausgeführt werden.

### *Handlungsdispositionen als Grundlage demokratisch bedeutsamer gesellschaftlicher und politischer Partizipation*

Handeln als absichtsvolles Tun verbindet grundlegende Handlungskompetenzen, die ein Handeln erst ermöglichen, mit individuellen Handlungsdispositionen, die über die Richtung des Handelns entscheiden. Um die demokratischen Bürgerkompetenzen eines „Idealtypus“ herauszuarbeiten, wurde gefragt, welche Handlungsdispositionen für demokratische Stabilität sorgen. Hierbei wurden die soziologischen Akteurmodelle des nutzenmaximierenden „Homo Oeconomicus“ und des gemeinwohlorientierten „Homo Sociologicus“ gegenübergestellt.

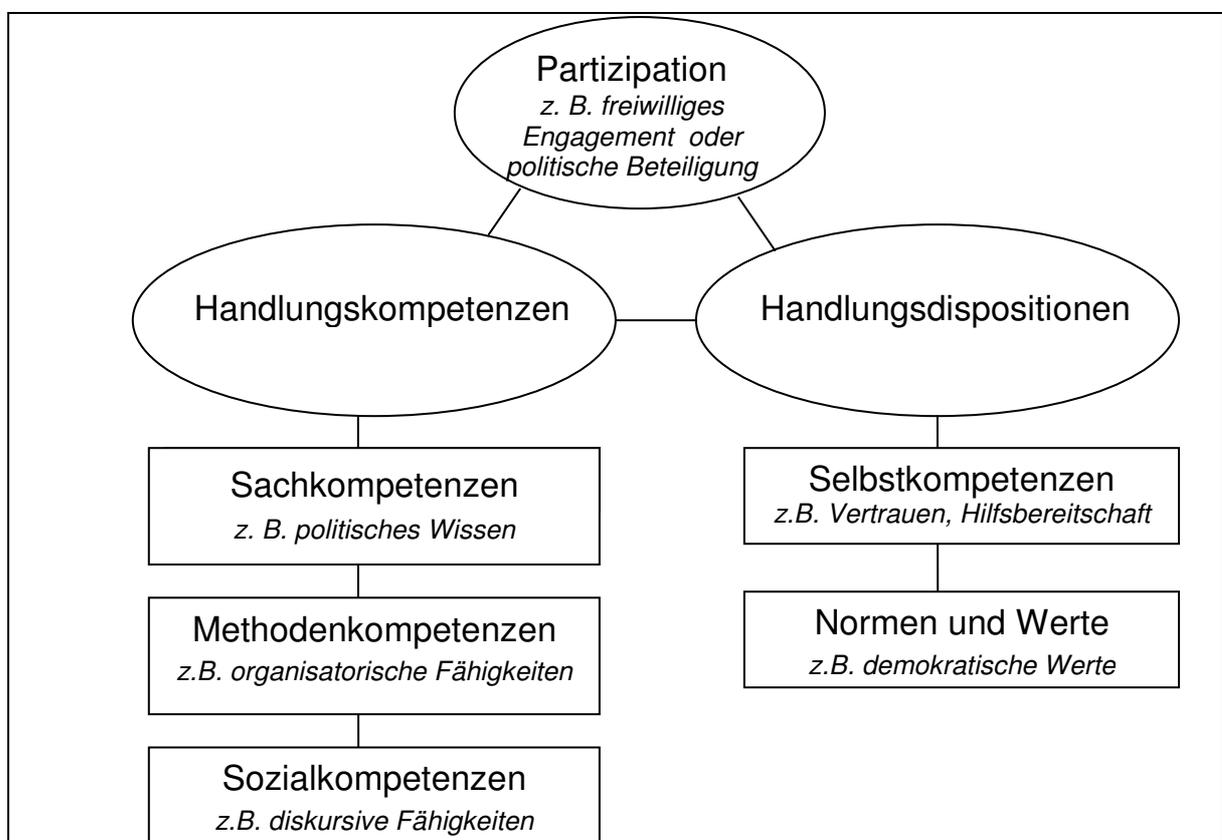
Beide Akteurmodelle sind in der Lage gesellschaftliches und politisches Handeln zu erklären: Ein Homo Oeconomicus partizipiert dann gesellschaftlich bzw. politisch, wenn der Nutzen, den er mit seiner Handlung verbindet, größer als die damit verbundenen Kosten sind. Er handelt, um eigene Interessen durchzusetzen. Seine Handlungsabsicht ist somit rein zweckrational. Der Homo Sociologicus orientiert sein Handeln an gesellschaftlichen Normen und Werten, die er soweit verinnerlicht hat, dass sein normorientiertes Handeln für ihn zu einem Wert an sich geworden ist. Sein gesellschaftliches bzw. politisches Handeln entzieht sich Kosten-Nutzen-Rechnungen, da es nicht in erster Linie am Erfolg der Handlung ausgerichtet ist.

Am Beispiel des Wählerparadoxons konnte gezeigt werden, dass Demokratien für ihren Bestand auf die Partizipation wertrational handelnder Bürger im Sinne eines Homo Sociologicus angewiesen sind. Demokratien brauchen Bürger, deren gesellschaftliches und politisches Handeln nicht ausschließlich durch die Befriedigung individueller Bedürfnisse bestimmt ist. Stattdessen sind sie auf Bürger angewiesen, die Demokratie als Wert an sich betrachten und ihr Handeln danach ausrichten und für die nicht der individuelle Nutzen einer Handlung sondern ihr Wert für das Allgemeinwohl handlungsleitend ist. Somit stellt Gemeinwohlorientierung und die Ausrichtung an demokratischen Normen und Werten einen weiteren wesentlichen Bestandteil von Bürgerkompetenzen im Sinne des „Idealtypus demokratischer Bürger“ dar.

Demokratische Bürgerkompetenzen umfassen somit grundlegende Handlungskompetenzen, die den Bürgern die politische und gesellschaftliche

Beteiligung ermöglichen sowie Handlungsdispositionen, die die Richtung der Partizipation bestimmen. Während die Handlungskompetenzen sicherstellen, dass überhaupt gehandelt werden kann, entscheiden die Handlungsdispositionen über den Beitrag zu demokratischer Stabilität, wobei gemeinwohlorientierte Handlungsabsichten unter den Bürgern für den Bestand von demokratischen Gemeinwesen von existenzieller Bedeutung sind. Einen Überblick über die Bestandteile des „Idealtypus demokratischer Bürger“ liefert Abbildung 34. Alle Aspekte des Idealtypus sind in Abbildung 8 (Abschnitt 4.3) anschaulich dargestellt worden.

Abb. 34: Bestandteile von Bürgerkompetenzen im Sinne des „Idealtypus demokratischer Bürger“, sowie Beispiele für ihre Operationalisierung im Rahmen der empirischen Untersuchung zu „Sozialkapital und Bürgerkompetenz“.



Durch die Konstruktion des „Idealtypus demokratischer Bürger“ ist es gelungen, den schillernden Begriff der Bürgerkompetenzen inhaltlich zu durchdringen, zu strukturieren und theoriegeleitet auszudifferenzieren.

Auf der Grundlage des Idealtypus wurden aus dem umfassenden Datenmaterial der Erhebung zu „Sozialkapital und Bürgerkompetenz“ Items ausgewählt, mit denen sich die verschiedenen Aspekte von Bürgerkompetenzen operationalisieren lassen. Mit Hilfe clusteranalytischer Verfahren (vgl. Kap. 6) konnten fünf Gruppen von Vereinsmitgliedern (Realtypen) identifiziert werden, die sich

im Hinblick auf ihre Bürgerkompetenzen ähneln und deshalb als Bürgertypen bezeichnet werden.

## 9.2 Fünf Bürgertypen in Vereinen

Zentrale Fragestellung: Inwieweit zeichnen sich Vereinsmitglieder allgemein durch Bürgerkompetenzen aus?

Um nicht nur die einzelnen Merkmalsausprägungen der unterschiedlichen Bestandteile von Bürgerkompetenzen unter den befragten Vereinsmitgliedern wiederzugeben, wurden die Mitglieder mit Hilfe clusteranalytischer Verfahren zu fünf Gruppen zusammengefasst, die sich hinsichtlich ihrer Bürgerkompetenzen ähneln (vgl. Kap. 6). Dadurch lassen sich charakteristische Kompetenzprofile unter Vereinsmitgliedern erstellen, die Aussagen über die Bürgerkompetenzen der jeweiligen Gruppe zulassen. Aus diesem Grund werden die Gruppen als Bürgertypen bezeichnet. Durch die Gegenüberstellung der fünf Bürgertypen mit den im „Idealtypus demokratischer Bürger“ zusammengefassten Kompetenzen, konnten die einzelnen Typen dahingehend analysiert werden, inwiefern sie den komplexen Anforderungen demokratischer Systeme an die Bürger gerecht werden. Hierbei zeigt sich, dass knapp die Hälfte der Vereinsmitglieder (45%) aufgrund der Ausprägungen ihrer Bürgerkompetenzen in der Lage ist, den Anforderungen in hohem Maße zu genügen. Die beiden Bürgertypen wurden mit den Gattungsbegriffen (vgl. Weber 1922) *Aktive* (23%) und *politisch Engagierte* (22%) versehen und zeichnen sich in allen Bereichen des „Idealtypus demokratischer Bürger“ durch hohe Kompetenzen aus.

Das heißt, diese Vereinsmitglieder besitzen sowohl allgemeine als auch politische Handlungskompetenzen, wie organisatorische und diskursive Fähigkeiten und politisches Fachwissen. Darüber hinaus zeichnen sich beide Bürgertypen auch durch gemeinwohlorientierte Handlungsdispositionen und demokratische Wertorientierungen aus. Der Unterschied zwischen beiden Bürgertypen liegt in ihrer gesellschaftlichen bzw. politischen Aktivität. Während die *Aktiven* in erster Linie im Verein, in dem die Befragung stattfand, aktiv sind, sind die *politisch Engagierten* in mehreren Vereinen Mitglied und halten sich im Verein der Befragung, was ihre Beteiligung angeht, eher zurück. Stattdessen sind sie vermehrt politisch aktiv. Somit unterstützen die beiden Bürgertypen die Demokratie auf unterschiedlichen Ebenen: Während die *politisch Engagierten* durch ihre Beteiligung am politischen Geschehen eher den Anforderungen auf der politischen Ebene entsprechen können, liegt der

Beitrag der *Aktiven* in ihrer ausgeprägten gesellschaftlichen Beteiligung im Rahmen ihres Vereins.

Ob ein Mitglied eher zur Gruppe der *Aktiven* oder *politisch Engagierten* gehört, hängt in entscheidendem Maße mit seinem Bildungsstand zusammen. So zeichnen sich die *politisch Engagierten* durch signifikant höhere Bildungsabschlüsse aus als die übrigen Vereinsmitglieder. Auch ihr beruflicher Status und ihr Einkommen liegen höher als die der meisten anderen Mitglieder. Somit zeigt sich auch hier der schon vielfach belegte Zusammenhang zwischen politischer Beteiligung und dem Bildungsstand (vgl. Abschnitt 7.3.2).

Zugespitzt kann man resümieren, dass Akademiker in gut bezahlten hohen beruflichen Positionen am ehesten dem Bürgertyp des *politisch Engagierten* entsprechen, wohingegen die *Aktiven* eher die ganze Bandbreite der Vereinsmitglieder widerspiegeln.

Neben diesen zwei im Sinne des Idealtypus sehr umfassend mit Kompetenzen ausgestatteten Bürgertypen finden sich in Vereinen noch drei weitere Typen mit unterschiedlichen Bürgerkompetenzen.

Einer dieser Typen, zu dem fast jedes fünfte Mitglied (19%) gehört, ist der *Vereinsmeier*. Das zentrale Merkmal dieses Bürgertyps ist seine außerordentlich hohe Vereinsaktivität und sein freiwilliges Engagement. Seine allgemeinen und politischen Handlungskompetenzen und -dispositionen sind hingegen gering ausgeprägt. Somit widerspricht die Existenz dieses Bürgertyps dem verbreiteten Argumentationsgang, dass Vereinsmitglieder durch aktive Mitarbeit im Verein Bürgerkompetenzen erwerben würden (vgl. dazu z.B. Buchstein, 2002). Die Untersuchung zeigt vielmehr, dass es auch Vereinsmitglieder gibt, bei denen eine hohe aktive Beteiligung im Verein nicht mit Gemeinwohlorientierung, kognitiven Fähigkeiten oder organisatorischen bzw. diskursiven Kompetenzen einhergeht. Den Anforderungen demokratischer Gemeinwesen im Sinne des Idealtypus werden sie trotz ihrer hohen gesellschaftlichen Beteiligung im Verein aufgrund fehlender sonstiger Bürgerkompetenzen (insbesondere demokratischer Werte und gemeinwohlorientierter Handlungsdispositionen) nur in geringem Maße gerecht.

Der Bürgertyp des *Vereinsmeiers* findet unter Münsteraner Vereinsmitgliedern (65%) erheblich mehr Verbreitung als unter Potsdamer Mitglieder (35%). Somit könnte es sich um ein primär westdeutsches Phänomen handeln, welches vor allem aus den etablierten Vereinsstrukturen der alten Bundesländer hervorgeht. Auffallend ist auch hier wieder der Zusammenhang mit dem Bildungsstand. Die *Vereinsmeier* zeichnen sich im Vergleich zur Gesamtstichprobe durch niedrigere Bildungsabschlüsse und einen geringeren beruflichen Status aus.

Ein weiterer Typ, der in den Vereinen ebenso häufig anzutreffen ist wie der Vereinsmeier (19%) ist der *Misstrauische*. Dieser Typ verdankt seine Bezeichnung dem hohen gesellschaftlichen Misstrauen, mit dem er anderen Menschen gegenübertritt. Seine demokratischen Wertorientierungen fallen ebenso gering aus, wie seine gesellschaftliche und politische Beteiligung. Im Gegensatz dazu stehen seine relativ hohen politischen Handlungskompetenzen.

Dieser Bürgertyp verfügt also über grundlegende Kompetenzen, die ihm eine politische Beteiligung ermöglichen könnten, aber möglicherweise aufgrund seines Misstrauens und seiner negativen Einstellungen zum demokratischen System, sieht er sowohl von gesellschaftlicher als auch von politischer Partizipation ab. Auffallend ist der überproportionale Anteil von Männern unter den Misstrauischen (68%).

Der letzte Bürgertyp, der in den befragten Vereinen anzutreffen ist, ist mit 18% der *Desinteressierte*. Dieser zeichnet sich durch sein ausgeprägtes politisches Desinteresse, gepaart mit einer außerordentlich geringen Ausprägung demokratischer Werte und hoher gesellschaftlicher und politischer Apathie aus. Seine gemeinwohlorientierten Handlungsdispositionen liegen jedoch im mittleren Bereich. In diesem Bürgertyp sind Frauen mit 54% deutlich überrepräsentiert (in der Mitgliederstichprobe machen Frauen nur 41% aus). Auch zeigt sich hier wieder die nicht unerhebliche Bedeutung des Bildungsstandes. Die Schulabschlüsse sind im Vergleich zu den anderen Vereinsmitgliedern unter den *Desinteressierten* deutlich niedriger, auch der berufliche Status liegt unter dem Durchschnitt der Gesamtstichprobe. Zum Beispiel verfügt fast jedes zweite Mitglied in der Gruppe der *Desinteressierten* über einen Haupt- bzw. Realschulabschluss. In der Gesamtstichprobe liegt der Anteil dieser Bildungsabschlüsse unter 30%.

Fast jedes zweite Mitglied der untersuchten Vereine verfügt somit über umfassende Kompetenzen im Sinne des „Idealtypus demokratischer Bürger“ und es ist anzunehmen, dass diese Mitglieder in besonderem Maße fähig sind, gesellschaftliche und politische Anforderungen der Demokratie zu meistern. Sie sind in der Lage, ihr Interesse zu artikulieren und zu vertreten, richten ihr Handeln aber auch an den Belangen des Gemeinwohls aus.

Die andere Hälfte der Mitglieder besteht hingegen aus Bürgern, denen in Teilen wesentliche Kompetenzen fehlen, um am gesellschaftlichen und/oder politischen Leben demokratischer Gemeinwesen umfassend partizipieren zu können. Hierbei zeigten sich signifikante Zusammenhänge mit vertikalen sozialen Ungleichheitsfaktoren wie dem Bildungsstand und dem beruflichen Status.

Es stellt sich die Frage nach Zusammenhängen zwischen den Vereinen und den Bürgertypen unter den Mitgliedern.

### 9.3 Bürgerkompetenzen und Vereinsstrukturen

Zentrale Fragestellung: Durch welche Bürgerkompetenzen zeichnen sich Sportvereinsmitglieder im Vergleich zu Mitgliedern anderer Vereine aus?

Als drei für die Bürgerkompetenzen der Mitglieder bedeutsame Differenzierungskriterien zwischen Vereinen wurden in Abschnitt 5.2 der Vereinstyp, die demokratische Vereinsstruktur sowie die Möglichkeiten zur Interaktion herausgearbeitet.

Zusammenhänge zwischen den Bürgerkompetenzen der Vereinsmitglieder und bestimmten vereinstrukturellen Besonderheiten zeigen sich beim Vereinstyp, wobei hier sowohl die Zielstellung des Vereins (mitgliederbezogen, außenorientiert oder fremdbezogen) als auch der Bereich der Vereinsaktivitäten (Sport, Politik, Freizeit und Geselligkeit sowie Gesundheit und Soziales) untersucht wurden. Hinsichtlich ihrer Zielstellungen und ihrer Vereinsaktivitäten bilden Sportvereine jeweils eine separate Gruppe, die hinsichtlich der Bürgerkompetenzen ihrer Mitglieder den anderen Vereinen gegenübergestellt wurde.

Neben den Zielstellungen und den Vereinsinhalten stehen die Interaktionsmöglichkeiten, die Vereine ihren Mitgliedern eröffnen, ebenfalls in einem Zusammenhang mit den Bürgerkompetenzen der Mitglieder.

Als unbedeutend für die Bürgerkompetenzen der Mitglieder haben sich hingegen die demokratischen Vereinsstrukturen herausgestellt. Allerdings stellt sich die Frage, inwiefern hier eine Verzerrung dadurch stattgefunden haben könnte, dass in den Vereinen mit geringen demokratischen Einflussmöglichkeiten vor allem solche Mitglieder durch die Befragung erreicht wurden, die ohnehin eine Funktion inne haben und somit über Einflussmöglichkeiten und eine hohe Aktivität verfügen.

#### *Sport- versus andere Vereine*

In Sport- und anderen Vereinen unterscheiden sich die Bürgerkompetenzen der Mitglieder signifikant. Während in den mitgliederbezogenen Sportvereinen, *Vereinsmeier*, *Misstrauische* und *Desinteressierte* überrepräsentiert sind, finden sich in Vereinen mit außenorientierten und fremdbezogenen Zielstellungen vor allem *Aktive* und *politisch Engagierte*. Hier wird deutlich, dass sich

die politisch Engagierten Mitglieder vor allem in Vereinen mit fremdbezogenen Zielstellungen finden.

Der Blick auf den konkreten Bereich der Vereinsaktivitäten macht die Ergebnisse noch transparenter: Während Sportvereine zu je einem Viertel aus *Vereinsmeiern* und *Misstrauischen* bestehen, gefolgt von knapp 22% *Desinteressierten*, kehrt sich dieses Verhältnis in anderen Vereinen um. In Vereinen mit politischen Inhalten gehören 42% zu den *politisch Engagierten*, *Desinteressierte* gibt es in diesen Vereinen kaum. In Vereinen aus den Bereichen Freizeit und Kultur bzw. Gesundheit und Soziales bilden hingegen die *Aktiven* die stärkste Mitgliedergruppe.

Somit zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen Vereinsinhalten und Bürgerkompetenzen:

Je mehr Vereine in ihrer Arbeit einen gesellschaftlichen Außenbezug aufweisen, desto eher finden sich unter den Mitgliedern *aktive* oder *politisch engagierte* Mitglieder. Kommt zur gesellschaftlichen Außenorientierung noch eine politische Zielstellung hinzu, finden sich unter den Mitgliedern besonders viele *politisch engagierte* Bürger und besonders wenig *Desinteressierte*.

In Sportvereinen, die aufgrund ihrer Zielstellungen in erster Linie die Bedürfnisbefriedigung ihrer Mitglieder im Blick haben, finden sich vor allem solche Bürgertypen, die sich in einzelnen oder mehreren Bereichen des Idealtypus demokratischer Bürger eher durch weniger umfassende Bürgerkompetenzen auszeichnen. In Sportvereinen begegnet man vermehrt den Bürgertypen *Vereinsmeier*, *Misstrauischer* und *Desinteressierter*.

Allerdings darf an dieser Stelle der signifikante Zusammenhang zwischen demokratischen Bürgerkompetenzen und dem Bildungsstand nicht außer Acht gelassen werden: Sportvereine sind diejenigen Vereine, die am ehesten in der Lage sind alle Teile der Bevölkerung anzusprechen. Während man in außenorientierten und fremdbezogenen Vereinen in erster Linie hoch Gebildete antrifft, sind in Sportvereinen vermehrt auch Menschen aus bildungsferneren Schichten anzutreffen. Insofern sollte das Augenmerk nicht ausschließlich auf den geringeren Anteil von Aktiven und politisch Engagierten unter den Mitgliedern von Sportvereinen gelegt werden. Vielmehr ist das Verdienst von Sportvereinen, ihre Mitglieder aus allen Kreisen der Bevölkerung zu rekrutieren, als besonders positiv hervorzuheben.

#### *Interaktionsstrukturen in den Vereinen*

Auch im Hinblick auf die Interaktionsmöglichkeiten die Vereine ihren Mitgliedern im Rahmen von Mitgliederversammlungen, geselligen Veranstaltungen

und freiwilligem Engagement eröffnen, zeigen sich eindeutige Zusammenhänge mit den Bürgerkompetenzen der Mitglieder.

Je besser die Gelegenheitsstrukturen sind, die Vereine ihren Mitgliedern zum gegenseitigen Austausch bieten, desto mehr *Aktive* (32%) und desto weniger *Desinteressierte* (13%) finden sich unter den Mitgliedern. Allerdings nimmt auch der Anteil von Vereinsmeiern zu (28%). Somit stehen gute Gelegenheitsstrukturen zwar in einem positiven Zusammenhang mit der Vereinsaktivität der Mitglieder, aber diese geht nicht immer auch mit weiteren Bürgerkompetenzen, wie Fachwissen, organisatorischen und diskursiven Kompetenzen oder gemeinwohlorientierten oder demokratischen Einstellungen einher.

Während sich die dargestellten Zusammenhänge zwischen Vereinsstrukturen bzw. Zielstellungen und den Bürgerkompetenzen empirisch belegen lassen, ermöglicht das Datenmaterial aufgrund der Vollerhebung der Mitglieder auch die Analyse einzelner Vereine. Der Blick auf die Fallbeispiele eröffnet weitere interessante Hinweise auf die Bedeutung vereinsstruktureller Besonderheiten für die Bürgerkompetenzen der Mitglieder. Diese Ergebnisse sind jedoch, da es sich um Einzelfallbeschreibungen handelt, empirisch nicht abgesichert.

So zeigt sich zum Beispiel ein interessanter Zusammenhang zwischen dem Geschlecht und dem Anteil von *Aktiven* bzw. *politisch Engagierten*.

*Aktive* sind besonders stark in Vereinen vertreten, in denen Frauen nicht nur die Mehrheit der Mitglieder stellen, sondern in denen sie auch in der Vereinspolitik Verantwortung übernehmen. Diese Vereine sind zudem häufig durch gute Gelegenheitsstrukturen zur Interaktion gekennzeichnet. Im Gegensatz dazu werden Vereine, in denen der Bürgertyp der *politisch Engagierten* übermäßig stark vertreten ist, eher von Männern dominiert und die Gelegenheitsstrukturen sind dort weniger gut ausgeprägt. Dies könnte dahingehend interpretiert werden, dass Frauen, entweder im Verein aktiv sind oder aus dem Verein ausscheiden, wohingegen Männer häufiger auch eher passive Mitgliedschaften aufrechterhalten und in mehreren Vereinen gleichzeitig Mitglied sind (vgl. Abschnitt 8.3.1).

Dies korrespondiert mit Ergebnissen aus der Vereinsforschung wonach Frauen häufiger bereit sind ihren Verein zu wechseln, wohingegen Männer langjährige Mitgliedschaften präferieren (vgl. Schubert, 1996).

*Vereinsmeier* finden sich vor allem in solchen Vereinen, in denen die Bedürfnisbefriedigung der Mitglieder an erster Stelle steht. Auch eine ausgeprägte Vereinsgeselligkeit scheint diesen Bürgertyp anzuziehen. *Vereinsmeier* sind besonders häufig in Sportvereinen aber auch in karitativen Vereinen anzutreffen in denen die soziale Hilfeleistung für die Vereinsmitglieder einen Selbst-

zweck darstellt, die der Befriedigung individueller Bedürfnisse dient (vgl. Abschnitt 8.3.3).

## 9.4 Ausblick

Es ist gelungen, den diffusen Begriff der Bürgerkompetenzen zu schärfen und zu einem empirisch tragfähigen Modell eines „Idealtypus demokratischer Bürger“ zu gelangen. Es wäre wünschenswert, dieses Modell als Ausgangspunkt für weitergehende empirische Untersuchungen zu nutzen, da diese Arbeit sich auf die Re-Analyse eines bereits vorliegenden Datensatzes beschränken musste. In einer solchen weiterführenden Untersuchung sollten die einzelnen Facetten des Idealtypus durch umfangreichere Itembatterien und nicht nur durch einzelne Variablen abgedeckt werden.

Darüber hinaus wäre eine Einbeziehung von Nicht-Vereinsmitgliedern in zukünftige empirische Untersuchungen wünschenswert, um hier nicht auf schwer vergleichbare Datensätze repräsentativer Bevölkerungsbefragungen zurückgreifen zu müssen. Weiterhin sollte zukünftig auch die Ausdehnung der Stichprobe auf weitere Erhebungsorte überlegt werden, um zum Beispiel auch Vereine aus dem ländlichen Raum erfassen und so zu repräsentativen Ergebnissen gelangen zu können.

Ebenfalls weiter zu erforschen wäre die besondere Bedeutung von Sportvereinen in der Gesellschaft. In dieser Untersuchung hat sich angedeutet, dass das Potenzial von Sportvereinen in der Einbeziehung von Mitgliedern mit vergleichsweise niedrigeren Bildungsabschlüssen liegt und dass sie diese in eine hohe gesellschaftliche Aktivität involvieren können. An dieser Stelle wäre es notwendig die gesellschaftlichen Leistungen von Sportvereine in dieser Hinsicht genauer zu untersuchen. Da diese Arbeit darauf abzielte, Vereinsmitglieder auf ihre demokratischen Bürgerkompetenzen hin zu untersuchen, wurden Sportvereine unter diesem Fokus in ein eher trauriges Licht gerückt. Allerdings bot das deduktive Vorgehen der Arbeit wenig Spielraum, um Kompetenzen zu untersuchen, die außerhalb des „Idealtypus demokratischer Bürger“ angesiedelt sind. Für die weitergehende Untersuchung von Sportvereinen wäre somit ein eher offen angelegtes Forschungsprogramm empfehlenswert.

Last but not least sei darauf hingewiesen, dass durch die Verknüpfung von Theorie und Empirie, wie in dieser Arbeit geschehen, eine „theoretische Erkenntnis der objektiven Realität“ (vgl. Bayertz, 1976) immer nur für einen Augenblick erreicht werden kann. Denn die gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisse spiegeln, im Gegensatz zu den Naturwissenschaften, wo Ge-

setzmäßigkeiten entschlüsselt werden, immer nur eine gesellschaftliche Momentaufnahme wider. Aufgrund gesellschaftlicher Wandlungsprozesse müssen theoretisch und empirisch fundierte Erkenntnisse immer wieder hinterfragt und aktualisiert werden (vgl. Haller, 2003). Max Weber brachte 1904 diesen iterativen Prozess in den Sozialwissenschaften auf den Punkt:

„Die Geschichte der Wissenschaften vom sozialen Leben ist und bleibt daher ein steter Wechsel zwischen dem Versuch, durch Begriffsbildung Tatsachen gedanklich zu ordnen, – der Auflösung der so gewonnenen Gedankenbilder durch Erweiterung und Verschiebung des wissenschaftlichen Horizontes, – und der Neubildung von Begriffen auf der so veränderten Grundlage“ (Weber, 1922, 208)

Unter diesem Blickwinkel sind auch die im „Idealtypus demokratischer Bürger“ zusammengefassten Aspekte von Bürgerkompetenzen und die daraus resultierenden Ergebnisse zu betrachten.

## 10. Literatur

- Ackermann, P. (1999). Der interventionsfähige Bürger als zukunftsfähiges Leitbild. *Der Bürger im Staat*, 50(4), 170-173.
- Ackermann, P., Breit, G., Cremer, W., Massing, P. & Weinbrenner, P. (1995). *Politikdidaktik kurzgefaßt. Planungsfragen für den Politikunterricht*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Adloff, F. (2005). *Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis*. Frankfurt: Campus Verlag.
- Almond, G. A. & Verba, S. (1963). *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in five Nations*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Almond, G. A. & Verba, S. (1989). *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in five Nations*. Newesbury Park, California, Sage.
- Backhaus, K., Erichson, B., Plinke, W. & Weiber, R. (2006). *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*, Heidelberg: Springer.
- Ball, W. J. (2005). "From Community Engagement to Political Engagement." *Political Science and Politics* 38(2): 287-293.
- Barber, B. (1994). *Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen*. Hamburg: Rotbuch Verlag.
- Baur, J. (1996). *Iterative Heuristik in Forschungsprogrammen*. Unveröffentlichtes Manuskript, dvs-Sommerakademie Potsdam, 19.8.1996.
- Baur, J. (2003). Sportvereine in West- und Ostdeutschland: Mitgliederbindung, vereinspolitische Partizipation und freiwilliges Engagement. In J. Baur und S. Braun. *Integrationsleistungen von Sportvereinen als Freiwilligenorganisationen* (S. 372-405). Aachen: Meyer & Meyer.
- Baur, J., et al. (2003). Wer macht die Vereinspolitik in Sportvereinen? In J. Baur und S. Braun. *Integrationsleistungen von Sportvereinen als Freiwilligenorganisationen* (S. 268-302). Aachen: Meyer & Meyer.
- Bayertz, K. (1976). Forschungsgegenstände und Untersuchungsobjekte. Zum Problem der Abgrenzung theoretischer und empirischer Ebene in sich entwickelnden wissenschaftlichen Theorien. In H.J. Sandkühler (Hrsg.), *Die Wissenschaft der Erkenntnis und die Erkenntnis der Wissenschaft* (S. 327-336). Stuttgart: J. B. Metzler.
- Behr, K., Liebig, R., & Rauschenbach, T. (2000). *Strukturwandel des Ehrenamts. Gemeinwohlorientierung im Modernisierungsprozess*. Weinheim: Juventa.
- Bekkers, R. (2005). "Participation in Voluntary Associations: Relations with Resources, Personality, and Political Values." *Political Psychology* 26(3): 439-454.
- Bentem, N. van (2006). *Vereine, eingetragene Vereine, Dritter-Sektor-Organisationen*. Münster: Waxmann.
- Bertelsmann Stiftung (2004). *Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Birkelbach, K. (2005). *Über das Messen von Kompetenzen. Einige theoretische Überlegungen im Anschluss an ein BMBF-Projekt*. Herbsttagung der Sektion Berufs- und Wirtschaftspädagogik der DGFE in Erfurt am 21./22.9.2005, Zugriff am 19.12.06 unter [http://www.klaus-birkelbach.de/Veroeffentlichungen/Kompetenzmessung\\_Birkelbach.-pdf](http://www.klaus-birkelbach.de/Veroeffentlichungen/Kompetenzmessung_Birkelbach.-pdf).
- Birkhölzer, K., Priller, E. & Zimmer, A. (2005). Dritter Sektor/Drittes System im Spiegel von Theorie und Praxis. In K. Birkhölzer et al. (Hrsg.), *Dritter Sektor/Drittes System. Theorie, Funktionswandel und zivilgesellschaftliche Perspektiven* (S. 41-47). Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

- BMFSFJ (2000, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Hrsg.). Freiwilliges Engagement in Deutschland. Freiwilligensurvey 1999. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Stuttgart: Kohlhammer.
- Bortz, J. & Döring, N. (2002). Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler, Heidelberg: Springer.
- Brady, H., E., Verba, S. & Lehman Schlozman, K. (1995). Beyond SES: A Resource Model of Political Participation. *American Political Science Review*, 89(2), 271-294.
- Braun, D. (2000). Gemeinwohlorientierung im modernen Staat. In R. Werle & U. Schimank (Hrsg.), *Gesellschaftliche Komplexität und kollektive Handlungsfähigkeit* (S. 125-153). Frankfurt M.: Campus.
- Braun, S. (2003). Freiwillige Vereinigungen zwischen Staat, Markt und Privatsphäre. In J. Baur und S. Braun. *Integrationsleistungen von Sportvereinen als Freiwilligenorganisationen* (S. 43-87). Aachen: Meyer & Meyer.
- Braun, S. /Hansen, S. (2004). Soziale und politische Integration durch Vereine. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Heft 1, S. 62-69.
- Braun, S. /Nagel, M. (2003). Soziales Kapital und assoziative Lebenswelt in Deutschland. Soziale und politische Orientierungen von Mitgliedern freiwilliger Vereinigungen in vergleichender Perspektive. In J. Baur & S. Braun (Hrsg.). *Integrationsleistungen von Sportvereinen als Freiwilligenorganisationen* (S. 517-546). Aachen: Meyer & Meyer.
- Braun, S., et al. (i. E.). Sozialkapital und Bürgerkompetenz. Soziale und politische Integrationsleistungen von Vereinen. Eine empirische Untersuchung, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Braun, S. (2006). Soziale und politische Integration durch Vereine? In M. Krüger & B. Schulze (Hrsg.), *Fußball in Geschichte und Gesellschaft* (S. 171-179). Hamburg: Czwalina.
- Breit, G. & Massing, P. (2002, Hrsg.). *Die Rückkehr des Bürgers in die politische Bildung*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Brosius, F. (2002). SPSS 11. Bonn: mitp Verlag.
- Brosius, G. & Brosius, F. (1995). SPSS. Base System and Professional Statistics. Bonn: International Thomson Publishing.
- Buchstein, H. (1996). Die Zumutungen der Demokratie. Von der normativen Theorie des Bürgers zur institutionell vermittelten Präferenzkompetenz. In K. v. Beyme & C. Offe (Hrsg.), *Politische Theorien in der Ära der Transformation* (S. 295-324). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Buchstein, H. (2002a). Bürgergesellschaft und Bürgerkompetenzen. In G. Breit & P. Massing (Hrsg.), *Bürgergesellschaft, Zivilgesellschaft, Dritter Sektor* (S. 8-18). Schwalbach, Ts.: Wochenschau Verlag.
- Buchstein, H. (2002b). Bürgergesellschaft und Bürgerkompetenzen. In G. Breit & P. Massing (Hrsg.), *Die Rückkehr des Bürgers in die politische Bildung* (S. 11-27). Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Buchstein, H. (2002c). Die Bürgergesellschaft – eine Ressource der Demokratie. In G. Breit & S. Schiele (Hrsg.), *Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung* (S. 198-222). Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Cohen, J. (1988). *Statistical power analysis for the behavioral sciences*. Hillsdale, NJ: Erlbaum.
- Dahrendorf, R. (1968). *Für eine Erneuerung der Demokratie in der Bundesrepublik: sieben Reden und andere Beiträge zur deutschen Politik 1967-1968*, München: Piper.
- Deichmann, C. (2004). *Lehrbuch Politikdidaktik*, München und Wien: Oldenbourg.

- Deth, J. W. v. (2001). Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge? In A. Koch, M. Wasmer & P. Schmidt (Hrsg.), *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Aufklärung* (S. 195-219). Opladen: Leske + Budrich.
- Detjen, J. (2000). Die Demokratiekompetenz der Bürger. *Aus Politik und Zeitgeschichte*(25), 11-20.
- Detjen, J. (2002). Bürgerleitbilder in der politischen Bildung. In G. Breit & P. Massing (Hrsg.), *Bürgergesellschaft, Zivilgesellschaft, Dritter Sektor* (S. 19-38). Schwalbach/Ts.: Wochenschauverlag.
- Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e. V. (2004, Juni). "Wir – die Profis für politische Bildung." Informationsbroschüre der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung.
- Diewald, M. (1991). *Soziale Beziehungen: Verlust oder Liberalisierung? Soziale Unterstützung in informellen Netzwerken*. Berlin: edition sigma.
- Dörner, A. (2003). Politische Kulturforschung. In H. Münkler (Hrsg.), *Politikwissenschaft. Ein Grundkurs* (S. 587-619). Reinbek: Rowohlt.
- DOSB (2006). Deutscher Olympischer Sportbund. Bestandserhebung 2006 (pdf Dokument). Zugriff am 11.4.07 unter [http://www.dosb.de/fileadmin/fm-dosb/downloads/bestandserhebung/DOSB\\_Bestandserhebung\\_2006.pdf](http://www.dosb.de/fileadmin/fm-dosb/downloads/bestandserhebung/DOSB_Bestandserhebung_2006.pdf)
- DOSB (2008). Deutscher Olympischer Sportbund. Bestandserhebung 2008 (pdf-Dokument). Zugriff am 14.11.2008 unter [http://www.dosb.de/fileadmin/fm-dosb/downloads/bestandserhebung/2008\\_Bestandserhebung.pdf](http://www.dosb.de/fileadmin/fm-dosb/downloads/bestandserhebung/2008_Bestandserhebung.pdf)
- Downs, A. (1968). *Ökonomische Theorie der Demokratie*, Tübingen: Mohr.
- Dressel, C. (2005). Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarktintegration von Frauen und Männern. In: W. Cornelißen (Hrsg.), *Gender-Datenreport. 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland* (S. 99-158). München.
- Dunckelmann, H. (1975). *Lokale Öffentlichkeit. Eine gemeindesoziologische Untersuchung*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Durkheim, É. (1961). *Die Regeln der soziologischen Methode*. Neuwied: Luchterhand.
- Edelmann, D. & Tippelt, R. (2004). Kompetenz - Kompetenzmessung: Ein kritischer Überblick. *hiba (Heidelberger Institut für Beruf und Arbeit) Durchblick*, 3, S. 7-10.
- Eisenstadt, S. (2001). Vertrauen, kollektive Identität und Demokratie. In M. Hartmann & C. Offe (Hrsg.), *Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts* (S. 333-363). Frankfurt/M.: Campus.
- Emrich, E., Papathanassiou, V. & Pitsch, W. (1996): Klettertechnik für Aufsteiger. Seilschaften als soziales Phänomen. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Heft 1, 48. Jg., S. 141-155.
- Emrich, E. & Papathanassiou, V. (2003). Zur Führungskultur in assoziativen Systemen. Aspekte machtzentrierter traditionaler Denk- und Handlungsmuster im Sportsystem. *Sportwissenschaft*, 33. Jg., 3, 239-262.
- Erickson, B. H. & Nosanchuk, T. A. (1990). How an apolitical association politicizes. *The Canadian Review of Sociology and Anthropology*, 27(2), 206-219.
- Erlach, E. von (o. J.). *Fragebogen Arbeit, Nachbarschaft, Vereine und Politik*, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern.
- Erlach, E. von (2005). „Politisierung in Vereinen. Eine empirische Studie zum Zusammenhang zwischen der Vereinsmitgliedschaft und der Teilnahme an politischen Diskussionen.“ *Swiss Political Science Review* 11(3): 27-59.
- Etzioni, A. (1995). *Die Entdeckung des Gemeinwesens. Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus*, Stuttgart.
- Erpenbeck, J. & Rosenstiel, L. (2003). *Handbuch Kompetenzmessung. Erkennen, verstehen und bewerten von Kompetenzen in der betrieblichen, pädagogischen und psychologischen Praxis*, Stuttgart: Schäffer-Poeschel Verlag.

- Fiorina, M.P. (1999). *Extreme Voices: A Dark Side of Civic Engagement*. In T. Skocpol (Hrsg.), *Civic Engagement in American Democracy*. (S. 395-425). Washington.
- Fraenkel, E. (1964). *Deutschland und die westlichen Demokratien*, Stuttgart: Kohlhammer.
- Galston, W. A. (2004). "Civic Education and Political Participation." *Political Science and Politics* 37: 263-266.
- Gebhard, J. (1996). *Die Idee des Bürgers*. *Politische Vierteljahrsschrift*, 36 Sonderheft 26, S. 349-361.
- Geißel, B. (2006). *Kritische Bürgerinnen und Bürger – eine Gefahr für Demokratien?* *Aus Politik und Zeitgeschichte*(12), S. 3-9.
- Geißler, R. (2002). *Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung*. 3., grundlegend überarbeitete Auflage, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Gensicke, T. (2000). *Freiwilliges Engagement in den neuen Ländern*. In S. 'Bundesministerium für Familie, Frauen und Jugend' (Hrsg.), *Genderperspektive - Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement bei Männern und Frauen* (S. 176-185). Stuttgart: Kohlhammer.
- Gensicke, T., Picot, S. & Geiss, S. (2005). *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*, München.
- Green, M. C. & Brock, T. C. (2005). "Organizational Membership versus Informal Interaction: Contributions to Skills and Perceptions that Build Social Capital." *Political Psychology* 26(1): S. 1-25.
- Greiffenhagen, M. & Greiffenhagen, S. (1993). *Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland*. München, Leipzig: List-Verlag.
- Guggenberger, B. (1991). *Demokratie/Demokratiethorie*. In D. Nohlen (Hrsg.), *Wörterbuch Staat und Politik* (S. 70-79), Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Gukenbiehl, H. L. (2003). *Soziales Handeln*. In B. Schäfers, *Grundbegriffe der Soziologie* (S. 123-127). Opladen: Leske + Budrich.
- Habermas, J. (1996). *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Haller, M. (2003). *Soziologische Theorie im systematisch-kritischen Vergleich*. 2. Opladen: Leske + Budrich.
- Heinelt, H. (1997). *Die Transformation der Demokratie und die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Sektors im politischen System moderner Gesellschaften*. In K. H. Schmals & H. Heinelt (Hrsg.), *Zivile Gesellschaft. Defizite und Potenziale* (S. 323-339). Opladen: Leske + Budrich.
- Heinemann, K. (2004). *Sportorganisationen. Verstehen und gestalten*. Schorndorf: Karl Hofmann.
- Hennis, W. (1957). *Das Modell des Bürgers*. *Gesellschaft-Staat-Erziehung*, 2, 330-347.
- Hillmann, K.-H. (1994). *Wörterbuch der Soziologie* (4. überarb. und erg. Aufl.). Stuttgart: Alfred Kröner Verlag.
- Himmelmann, G. (1998). *Das Bild des Bürgers in der politikwissenschaftlichen Theorie und in der politischen Praxis. Grundlage für die "Handlungsorientierung" im politischen Unterricht?* In G. Breit & S. Schiele (Hrsg.), *Handlungsorientierung im Politikunterricht* (S. 35-61). Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Himmelmann, G. (2001). *Demokratie-Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform*, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Himmelmann, G. (2002). *Demokratie-Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform*. In G. Breit & S. Schiele (Hrsg.), *Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung* (S. 21-39). Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.

- Himmelmann, G. (2005). Was ist Demokratiekompetenz? Ein Vergleich von Kompetenzmodellen unter Berücksichtigung internationaler Ansätze, Berlin.
- Hirst, P. (1994). Associative Democracy. New forms of economic and social governance, Cambridge: Polity Press.
- Hoffmeyer-Zlotnik, J. H. P. (1998). „Beruf“ und „Stellung im Beruf“ als Indikatoren sozialer Schichtung. In W. Ahrens, B.-M. Bellach & K.-H. Jöckel (Hrsg.). Messung soziodemographischer Merkmale in der Epidemiologie (S. 54-64). München: MMV Medizin Verlag.
- Horch, H.-D. (1983). Strukturbesonderheiten freiwilliger Vereinigungen. Analyse und Untersuchung einer alternativen Form menschlichen Zusammenarbeitens. Frankfurt/M., New York: Campus Verlag.
- Horch, H.-D. (1985). Personalisierung und Ambivalenz. Strukturbesonderheiten freiwilliger Vereinigungen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 37, S. 257-276.
- Horch, H.-D. (1988). Ressourcenzusammensetzung und Oligarchisierung freiwilliger Vereinigungen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 40, S. 527-550.
- Horch, H.-D. (1992). Geld, Macht und Engagement in freiwilligen Vereinigungen. Grundlagen einer Wirtschaftssoziologie in freiwilligen Vereinigungen. Berlin: Duncker & Humblot.
- Hradil, S. (2001). Soziale Ungleichheit in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich.
- ISB (2006). Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung (Hrsg.). Kompetenz...mehr als nur Wissen! Informationsblatt, April 2006.
- Jessen, J. (2006). Vergesst nicht Adornos Krawatte. Was ist das heute noch ein Bürger? Und was könnte neue Bürgerlichkeit bedeuten? Ein Versuch, Ordnung in eine wirre Debatte zu bringen. Die Zeit, 11, 51.
- Kaase, M. (1991). Partizipation. In D. Nohlen (Hrsg.), Wörterbuch Staat und Politik (S. 466-471). Bonn: Piper.
- Kant, I. (1956). Schriften zur Ethik und Religionsphilosophie. Werke in sechs Bänden. Band IV. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Käsler, D. (1979). Einführung in das Studium Max Webers. München: Verlag C. H. Beck.
- Kayser, J. & Hagemann, U. (2005, Hrsg.). Urteilsbildung im Geschichts- und Politikunterricht, Bonn.
- Kirsch, G. (1983). Haben Zusammenschlüsse eine Biographie? Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie, 2. Band, 102-134.
- Klein, A. (2001). Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Opladen.
- Klein, A. (2002). Zivilgesellschaft als Reformpotenzial für Gesellschaft und Politik? Die Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“. In G. Breit & P. Massing, Bürgergesellschaft, Zivilgesellschaft, Dritter Sektor (S. 60-69). Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Klieme, E. (2003). Bildungsstandards. Ihr Beitrag zur Qualitätsentwicklung im Schulsystem. In: Die Deutsche Schule 95. Jg., Heft 1., S. 10-16.
- Korte, H. (1995). Einführung in die Geschichte der Soziologie (3. Aufl.). Opladen: Leske + Budrich.
- Korte, H. (2004). Einführung in die Geschichte der Soziologie (7., erw. Aufl.). Opladen: Leske+Budrich.
- Korte, K.-R. (2000). Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Krüger, T. (2004, 3. Juni). Ist Demokratie lernbar? Vortrag auf dem 1. Demokratieforum, Winterthur.

- Krüger, M. (2005). Körperkultur und Sport in der DDR. In Krüger, Michael Einführung in die Geschichte der Leibeserziehung und des Sports, Teil 3: Leibesübungen im 20. Jahrhundert. Sport für alle (S. 188-206). Schorndorf: Hofmann.
- Kulke, C. (1996). Geschlechterverhältnis und politischer Aufbruch von Frauen: Wandlungsprozesse zwischen Herausforderungen und Verhinderungen. In B. Claußen & R. Geißler (Hrsg.), Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch (S. 485-493). Opladen: Leske + Budrich.
- Kymlicka, W. & Wayne, N. (1994). Return of the Citizen: A Survey of Recent Work on Citizenship Theory. *Ethics*, 104 1, S. 352-381.
- Leighley, J. (1996). "Group Membership and the Mobilization of Political Participation." *The Journal of Politics* 58(2): S. 447-463.
- Lenk, K. (1991). Probleme der Demokratie. In H.-J. Lieber (Hrsg.), Politische Theorien von der Antike bis zur Gegenwart (S. 933-989). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Lohmann, G. (2003). Modell "Zivilgesellschaft" – Grundlagen, Eigenschaften und Probleme. In G. Lohmann (Hrsg.), Demokratische Zivilgesellschaft und Bürgertugenden in Ost und West (S. 11-30). Frankfurt/M.: Europäischer Verlag der Wissenschaften.
- Luhmann, N. (2001). Vertrautheit, Zuversicht, Vertrauen. Probleme und Alternativen. In M. Hartmann & C. Offe (Hrsg.), Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts (S. 143-160). Frankfurt/M.: Campus.
- Meier, C. (2000). Vom Sinn der Demokratie. Demokratie und Herrschaft. In: C. Büttner & B. Meyer (Hrsg.), Lernprogramm Demokratie. Möglichkeiten und Grenzen politischer Erziehung von Kindern und Jugendlichen, Weinheim und München: Juventa, s. 31-43.
- Massing, P. (2002). Theoretische und normative Grundlagen politischer Bildung. In G. Breit & P. Massing (Hrsg.), Die Rückkehr des Bürgers in die politische Bildung (S. 79-133). Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag.
- Massing, P. (2005). Demokratiemodelle in der politischen Bildung. In P. Massing & K.-B. Roy (Hrsg.), Politik, Politische Bildung, Demokratie (S. 288-299), Schwalbach Ts.: Wochenschau-Verlag.
- Massing, P. & Breit, G. (2003, Hrsg.), Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart (3. Aufl.). Schwalbach Ts.: Wochenschauverlag.
- May, M. (2007). Demokratiefähigkeit und Bürgerkompetenzen. Kompetenztheoretische und normative Grundlagen der politischen Bildung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Michels, R. (1970). Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie: Untersuchung über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Stuttgart: Kröner.
- Müller, M. (2008). Vereine – Schulen der Demokratie für Jugendliche? In: Praxis Politik, Heft 6, S. 50-52.
- Münkler, H. (1997). Der kompetente Bürger. In A. Klein & R. Schmalz-Bruns (Hrsg.), Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland (S. 153-172). Baden-Baden.
- Münkler, H & Krause, S. (2002). Sozio-moralische Grundlagen der Demokratie. In G. Breit & S. Schiele (Hrsg.), Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung (S. 223-240). Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag.
- Münkler, H. & Loll, A. (2005). Das Dilemma von Tugend und Freiheit. Die Notwendigkeit von Eigenverantwortung in einer funktionierenden Bürgergesellschaft. Friedrich Ebert Stiftung - betrifft: Bürgergesellschaft, 17, S. 1-12.
- Mutz, M. & Nobis, T. (2007). Politische Sozialisationsleistungen von Freiwilligenvereinigungen: Sportvereine und andere Freiwilligenvereinigungen im Vergleich. In T. Nobis & J. Baur (Hrsg.), Soziale Integration vereinsorganisierter Jugendlicher (S. 233-258). Köln: Sportverlag Strauß.

- Nagel, M. (2003). Soziale Ungleichheiten im Sport. Aachen: Meyer & Meyer.
- Nobis, T. (2007). Vorbemerkungen zur politischen Sozialisation in Freiwilligenvereinigungen. In T. Nobis & J. Baur (Hrsg.), Soziale Integration vereinsorganisierter Jugendlicher (S. 179-197). Köln: Sportverlag Strauß.
- Offe, C. (2001). Wie können wir unseren Mitbürgern vertrauen? In M. Hartmann & C. Offe (Hrsg.), Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts (S. 241-294). Frankfurt/M.: Campus.
- Offe, C. (2003a). Demokratie und Vertrauen. In C. Offe (Hrsg.), Herausforderungen der Demokratie (S. 227-238). Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Offe, C. (2003b). Micro-aspects of Democratic Theory. What makes for the Deliberative Competence of Citizens. In C. Offe (Hrsg.), Herausforderungen der Demokratie (S. 297-320). Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Olsen, M. E. (1972). Social Participation and Voting Turnout: A Multivariate Analysis. *American Sociological Review*, 37(June), S. 317-333.
- Oswald, H. (2004). Politische Identität und freiwilliges Engagement im Jugendalter. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 17(1), S. 17-24.
- Pappi, F. U. & Shikano, S. (2005). Wahl- und Wählerforschung. Theorien und Forschungsstand (Unveröffentlichtes Manuskript) [pdf-Dokument]. Zugriff am 9.12. 2006 unter [http://www.sowi.uni-mannheim.de/lspol1/Wahl\\_und\\_Waehlerforschung\\_April\\_05](http://www.sowi.uni-mannheim.de/lspol1/Wahl_und_Waehlerforschung_April_05)
- Parsons, T. (1986). Aktor, Situation und normative Muster. Ein Essay zur Theorie sozialen Handelns. Frankfurt/ M.: Suhrkamp.
- Pesch, V. (2003). Alexis de Tocqueville. In P. Massing & G. Breit (Hrsg.), *Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart* (3. Aufl., S. 149-157). Schwalbach/Ts.: Wochenschauverlag.
- Peuckert, R. (2003). Soziale Rolle. In B. Schäfers (Hrsg.), *Grundbegriffe der Soziologie* (S. 289-292). Opladen: Leske + Budrich.
- Picot, S. & Gensicke, T. (2005). Freiwilliges Engagement von Männern und Frauen im Zeitvergleich 1999-2004. In Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004* (S. 258-302). München.
- Pollack, D. (2003). Zivilgesellschaft und Staat in der Demokratie. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 16(2), S. 46-58.
- Priller, E. & Zimmer, A. (2000). Der Dritte Sektor in Deutschland - seine Perspektiven im neuen Millennium. *Münsteraner Diskussionspapiere zum Non-Profit-Sektor* (10), Arbeitsstelle Aktive Bürgerschaft des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Münster, Zugriff am 19.1.2007 unter <http://www.aktive-buergerschaft.de/vab/resources/diskussionspapiere/wp-band10.pdf>, pdf-Dokument.
- Putnam, R. (1993). *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton: Princeton University Press.
- Putnam, R. (1996). Symptome der Krise. Die USA, Europa und Japan im Vergleich. In W. Weidenfeld (Hrsg.), *Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts* (S. 52-80). Berlin: Siedler Verlag.
- Putnam, R. (1999). Demokratie im 20. Jahrhundert. In F.-W. Graf, A. Platthaus & S. Schleissing (Hrsg.), *Soziales Kapital in der Bürgergesellschaft* (S. 21-70). Stuttgart.
- Putnam, R. (2000). *Bowling Alone. The collapse and revival of American community*. New York: Simon and Schuster.
- Rammstedt, B. (2004). Zur Bestimmung der Güte von Multi-Item-Skalen [PDF]. ZUMA How-to-Reihe Nr. 12. Zugriff am 31. August 2006 unter [http://www.gesis.org/Publikationen/Berichte/ZUMA\\_How\\_to/Dokumente/pdf/how-to12br.pdf](http://www.gesis.org/Publikationen/Berichte/ZUMA_How_to/Dokumente/pdf/how-to12br.pdf)

- Reetz, L. (1999). Zum Zusammenhang von Schlüsselqualifikationen - Kompetenzen - Bildung. In T. Tramm, (Hrsg.), *Professionalisierung kaufmännischer Berufsbildung: Beiträge zur Öffnung der Wirtschaftspädagogik für die Anforderungen des 21. Jahrhunderts*. Festschrift zum 60. Geburtstag von Frank Achtenhagen (S. 32-51). Frankfurt/ M.
- Rieger, G. (2001). Kommunitarismus. In D. Nohlen (Hrsg.), *Kleines Lexikon der Politik* (S. 246-247). München: Beck.
- Rosenblatt, B. v. (2000). *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Freiwilligensurvey 1999. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*. Band 1: Gesamtbericht. Stuttgart/Köln/Berlin.
- Rousseau, J. J. (1977). *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts*, Stuttgart.
- Roßteutscher, S. (2002). Vereine. In M. Greiffenhagen & S. Greiffenhagen (Hrsg.), *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland* (2., völlig überarbeitete und aktualisierte. Aufl., S. 614-619). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Roth, R. (2003). Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*(2), S. 59-73.
- Sartori, G. (1993). *Demokratiethorie*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Schäfer, J. (2006). *Sozialkapital und politische Orientierungen von Jugendlichen in Deutschland*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schaub, H. & Zenke, K. G. (2000). *Wörterbuch Pädagogik*, München: dtv.
- Scherb, A. (2003). *Streitbare Demokratie und politische Bildung. Grundlagen und Bauelemente eines normativ-pädagogischen Konzepts*. Hamburg: Verlag Dr. Kovac.
- Schimank, U. (2002). *Handeln und Strukturen. Einführung in die akteurtheoretische Soziologie* (2. Aufl.). Weinheim und München: Juventa.
- Schimank, U. (2005). Der Vereinssport in der Organisationsgesellschaft: organisationssoziologische Perspektiven auf ein spannungsreiches Verhältnis. In Alkemeyer, T., et al. *Organisationsentwicklungen und De-Institutionalisierungsprozesse im Sport* (S. 21-44). Schorndorf: Hofmann.
- Schlagenhauf, K. (1977). *Sportvereine in der Bundesrepublik Deutschland. Teil 1: Strukturelemente und Verhaltensdeterminanten im organisierten Freizeitbereich*. Schorndorf: Karl Hofmann.
- Schmidt, E. & Bergmann, I. (2007). Schulen der Demokratie. Vereine als Kerninstitutionen der Zivilgesellschaft. In: *Praxis Politik*, Heft 5, S. 11-16.
- Schmidt, M. G. (1995). *Wörterbuch zur Politik*. Stuttgart: Alfred Kröner Verlag.
- Schmidt, M. G. (1997). Komplexität und Demokratie. Ergebnisse älterer und neuerer Debatten. In A. Klein & R. Schmalz-Bruns (Hrsg.), *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen* (S. 41-58). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schmidt, M. G. (2000). *Demokratiethorien*, 3. Aufl., Opladen: Leske + Budrich.
- Schmitz, S.-U. (2000). *Homo democraticus. Demokratische Tugenden in der Ideengeschichte* (Band 3). Opladen: Leske + Budrich.
- Schneider, H. (1999). Bürgerkultur und politische Bildung. *Der Bürger im Staat*, 50(4), S. 165-168.
- Schöb, A. (1999). Verminderung gesellschaftlichen Zusammenhalts oder stabile Integration? Empirische Analysen zur sozialen und politischen Beteiligung in Deutschland. In: *Informationsdienst soziale Indikatoren*, 22, 8-11.
- Schöbel, C. (2002). Politische Sozialisation: Ost-/Westdeutschland. In M. Greiffenhagen & S. Greiffenhagen (Hrsg.), *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland* (S. 444-449). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

- Schubert, M. (1996): Bedingungen für Frauen in Führungspositionen. In Bundesinstitut für Sportwissenschaft (Hrsg.): Frauen im Leistungssport (S. 63-70). Köln.
- Schubert, K. & Klein, M. (1997). Das Politiklexikon. Bonn: Dietz.
- Schultze, R.-O. (2001a). Demokratie. In D. Nohlen (Hrsg.), Kleines Lexikon der Politik (S. 51-55). München: C. H. Beck.
- Schultze, R.-O. (2001b). Partizipation. In D. Nohlen (Hrsg.), Kleines Lexikon der Politik (S. 363-365). München: Beck.
- Schumpeter, J. A. (1950). Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 2. erw. Aufl., Bern: A. Francke AG Verlag.
- Schwaabe, C. (2002). Der distanzierte Bürger. Gesellschaft und Politik in einer sich wandelnden Moderne. München.
- Simon, K. (1983). Lokale Vereine - Schule der Demokratie? – Zum Einfluss lokaler Freizeitvereinigungen auf die politische Beteiligung der Bürger in der Gemeinde. In O. W. Gabriel (Hrsg.), Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie (S. 241-269). München: Minerva.
- Slied, K. (2006). Die Entwicklung demokratischer Persönlichkeiten. Eine Herausforderung für den Sportunterricht? In A. Thiel, H. Meier & H. Digel (Hrsg.). Der Sportlehrerberuf im Wandel. Jahrestagung der dvs-Sektion Sportsoziologie in Zusammenarbeit mit den Sektionen Sportpädagogik und Sportgeschichte vom 17.-19. November 2005 in Tübingen (S. 123-132). Hamburg: Czwalina.
- Speth (2003). Gemeinwohl aus vier Perspektiven. Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 16(2), S. 146-149.
- Speth, R., Klein, A. & Braun, S. (2004). Zwischen Meier und Verein – Modernisierungspotentiale im Ehrenamt. Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 17(1), S. 2-8.
- Stecker, C. (2005). Nonprofit-Sektor, Sozialkapital und Zivilgesellschaft – Konzepte, Funktionen und Wirkungen. In P. Nitschke (Hrsg.), Die freiwillige Gesellschaft. Über das Ehrenamt in Deutschland (S. 17-40). Frankfurt/M.: Europäischer Verlag der Wissenschaften.
- Stecker, C. & Nährlich, S. (2005). Die 'dunkle Seite' von Dritte-Sektor-Organisationen. Funktionen, Effekte und Konsequenzen. In K. Birkhölzer et al. (Hrsg.), 3. Sektor / 3. System. Theorie, Funktionswandel und zivilgesellschaftliche Perspektiven. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sternberger, D. (1967). Ich wünschte ein Bürger zu sein. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Strob, B. (1999). Der vereins- und verbandsorganisierte Sport – ein Zusammenschluß von (Wahl)Gemeinschaften: Ein Analysemodell auf der Grundlage des Dritter-Sektor-Ansatzes. Münster [u.a.]: Waxmann.
- Strob, B. (2005). Der vereins- und verbandsorganisierte Sport als Beispiel für die Gleichzeitigkeit gesellschaftlicher Institutionalisierungs- und De-Institutionalisierungsprozesse. In T. Alkemeyer, B. Rigauer & G. Sobiech (Hrsg.), Organisationsentwicklungen und De-Institutionalisierungsprozesse im Sport (S. 179-197). Schorndorf: Hofmann.
- Sutor, B. (1997). Kategorien politischer Urteilsbildung. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Politische Urteilsbildung. Aufgaben und Wege für den Politikunterricht, Bonn, S. 95-108.
- Theiss-Morse, E. and J. R. Hibbing (2005). "Citizenship and Civic Engagement." Annual Review of Political Sciences(8): S. 227-249.
- Tocqueville, A. d. (1987). Über die Demokratie in Amerika. Zweiter Teil von 1840. Zürich.
- Verba, S. & Nie, N.H. (1972). Participation in America. Political Democracy and Social Equality. New York.

- Verba, S., Schlozman, K. L. et al. (1993). "Race Ethnicity and Political Resources: Participation in the United States". *British Journal of Political Science* 23(4): S. 453-497.
- Verba, S., et al. (2002). *Voice and equality: civic voluntarism in American politics*. Cambridge, Mass. [u.a.]: Harvard University Press.
- Vester, M., v. Oertzen, P., Geiling, H., Hermann, T. & Müller, D. (2001). *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*. Frankfurt M.: Suhrkamp.
- Vortkamp, W. (2003). Fragebogen „Vereinsmitglieder in Dessau“, Kulturelle Ressourcen institutioneller Integration. Der Beitrag von Non-Profit-Organisationen zur sozialen und politischen Integration in Ostdeutschland nach 1990, Kulturwissenschaftliches Forschungskolleg Norm und Symbol, Universität Konstanz.
- Vortkamp, W. (2005). „Integration durch Partizipation. Aktives Bürgerengagement und die Rolle von Vereinen in Ostdeutschland.“ *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 18(3): S. 69- 83.
- Wagner, B. (2001). Soziokultur West – Soziokultur Ost. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 11, S. 3-6.
- Weber, M. (1922). Die 'Objektivität' sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis (Erstveröffentlichung 1904). In Marianne Weber (Hrsg.), *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre* (S.146-214). Tübingen: Mohr.
- Weber, M. (1922b). *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen: J. C. B. Mohr.
- Weber, M. (1924). Rede auf dem ersten Deutschen Soziologentag in Frankfurt 1910. In M. Weber (Hrsg.), *Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik* (S. 431-449). Tübingen.
- Weber, M. (1982). Die 'Objektivität' sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis (1904). In M. Weber (Hrsg.), *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre* (5. Aufl., S. 161-214). Tübingen: Mohr.
- Wehling, H.-G. (1998). Gesellschaftliche Akteure in der Kommune. In Bundeszentrale für politische Bildung(Hrsg.), *Informationen zur politischen Bildung: Kommunalpolitik*, Heft 242, (S. 29-32).
- Weidenfeld, W. (1996). *Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage am Ende des 21. Jahrhunderts*. Berlin.
- Westheimer, J. & Kahne, J. (2004). "Educating the "Good" Citizen: Political Choices and Pedagogical Goals." *Political Science and Politics*(37): S. 241-247.
- Wiedenbeck, M. & Züll, C. (2001). *Klassifikation mit Clusteranalyse: Grundlegende Techniken hierarchischer und K-means-Verfahren* [PDF]. ZUMA how-to-Reihe Nr.10. Zugriff am 29.1.2007 unter [http://www.gesis.org/Publikationen/Berichte/ZUMA\\_How\\_to/Dokumente/pdf/how-to10mwc.pdf](http://www.gesis.org/Publikationen/Berichte/ZUMA_How_to/Dokumente/pdf/how-to10mwc.pdf)
- Yamagishi, T. & Yamagishi, M. (1994). Trust and Commitment in the United States and Japan. *Motivation and Emotion* 18, 129-166.
- Zierau, J. (2001). Genderperspektive – Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement bei Männern und Frauen. In S. Picot (Hrsg.), *Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligensurvey 1999 – Ergebnisse einer Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*, Band 3: Frauen und Männer, Jugend, Senioren, Sport (S. 21-110). Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer.
- Zimmer, A. (1996). *Vereine – Basiselemente der Demokratie. Eine Analyse aus der Dritte-Sektor-Perspektive*. Opladen: Leske + Budrich.

- 
- Zimmer, A. (2002). Dritter Sektor und Soziales Kapital. Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor, Nr. 19 [pdf-Dokument]. Arbeitsstelle aktive Bürgerschaft, Institut für Politikwissenschaft, Westfälische Wilhelms-Universität Münster. Zugriff am 12. Dezember 2006 unter <http://www.aktive-buergerschaft.de/vab/resources/diskussionspapiere/wp-band19.pdf>.
- Zimmer, A. (2005). Sportvereine als Organisationen des Dritten Sektors. In T. Alkemeyer, B. Rigauer & G. Sobiech (Hrsg), Organisationsentwicklungen und De-Institutionalisierungsprozesse im Sport (S. 45-68). Schorndorf: Hofmann.
- Zimmer, A. & Priller, E. (2005). Der Dritte Sektor im aktuellen Diskurs. In K. Birkhölzer. Dritter Sektor/Drittes System. Theorie, Funktionswandel und gesellschaftliche Perspektiven (S. 49-70). Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- ZUMA (Zentrum für Umfragen, Methoden, Analysen, 1998): Wohlfahrtssurvey 1998, Mannheim.
- ZUMA (Zentrum für Umfragen, Methoden, Analysen, 2002): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 2002, Mannheim.

## 11. Tabellenanhang

### 11.1 Tabellen zu den Bürgerkompetenzen der einzelnen Bürgertypen

Tab. 31: Übersicht über die Bürgerkompetenzen des Aktiven (N=154; T-Werte, Mittelwerte und Standardabweichungen auf der Grundlage z-standardisierter Rohskalenwerte, Prozentwerte auf der Grundlage dreistufiger Skalierung, vgl. Kap. 6.2.2).

	Skalenkennwerte			Prozentwerte		
	T-Wert	M	SD	gering	mittel	hoch
Allgemeine Handlungskompetenzen	0,588	,62	,740	2,6	31,8	65,6
Allgemeine Handlungsdispositionen						
- Vertrauen	0,246	,24	,890	7,8	55,2	37,0
- Hilfsbereitschaft	0,497	,48	,756	7,1	44,8	48,1
- Solidarität	0,522	,50	,664	2,6	16,9	80,5
Gesellschaftliche Beteiligung						
- Vereinsaktivität	0,780	,80	,508	0	25,3	74,7
- weitere aktive Mitgliedschaften	-0,007	,02	1,018	48,1	37,7	14,3
- Freiwilliges Engagement	0,896	,90	,737	1,9	50,6	47,4
Politische Kompetenzen	0,554	,60	,739	3,9	42,2	53,9
Politische Handlungsdispositionen						
- Politisches Interesse	0,606	,62	,597	2,6	16,9	80,5
- Politikverdrossenheit	-0,231	-,26	,965	44,2	37,0	18,8
Politische Partizipation	0,272	,31	1,025	23,4	35,1	41,6

Tab. 32: Übersicht über die Bürgerkompetenzen des politisch Engagierten (N=148; T-Werte, Mittelwerte und Standardabweichungen auf der Grundlage z-standardisierter Rohskalenwerte, Prozentwerte auf der Grundlage dreistufiger Skalierung, vgl. Kap. 6.2.2).

	Skalenkennwerte			Prozentwerte		
	T-Wert	M	SD	gering	mittel	hoch
Allgemeine Handlungskompetenzen	0,532	,56	,747	3,4	30,4	66,2
Allgemeine Wertorientierungen						
- Vertrauen	0,235	,23	,909	9,5	51,4	39,2
- Hilfsbereitschaft	0,227	,22	,858	14,2	50,7	35,1
- Solidarität	0,183	,16	,804	4,7	37,8	57,4
Gesellschaftliche Beteiligung						
- Vereinsaktivität	-0,975	-,98	,711	64,9	31,8	3,4
- weitere aktive Mitgliedschaften	0,751	,78	,726	14,9	52,7	32,4
- Freiwilliges Engagement	-0,689	-,66	,471	55,4	44,6	0
Politische Kompetenzen	0,399	,45	,838	7,4	49,3	43,2
Politische Wertorientierungen						
- Politisches Interesse	0,410	,43	,678	6,1	23,6	70,3
- Politikverdrossenheit	-0,624	-,66	,867	60,1	31,8	8,1
Politische Partizipation	0,718	,75	1,100	14,2	25,0	60,8

Tab. 33: Übersicht über die Bürgerkompetenzen des Vereinmeiers (N=127; T-Werte, Mittelwerte und Standardabweichungen auf der Grundlage z-standardisierter Rohskalenwerte, Prozentwerte auf der Grundlage dreistufiger Skalierung, vgl. Kap. 6.2.2).

	Skalenkennwerte			Prozentwerte		
	T-Wert	M	SD	gering	mittel	hoch
Allgemeine Handlungskompetenzen	-0,529	-,47	,760	28,3	59,1	12,6
Allgemeine Wertorientierungen						
- Vertrauen	0,102	,10	,903	10,2	57,5	32,3
- Hilfsbereitschaft	-0,499	-,47	,865	40,2	52,0	7,9
- Solidarität	-0,316	-,32	,923	16,5	51,2	32,3
Gesellschaftliche Beteiligung						
- Vereinsaktivität	0,824	,84	,562	0,8	22,8	76,4
- weitere aktive Mitgliedschaften	-0,076	-,05	,938	53,5	37,0	9,4
- Freiwilliges Engagement	0,897	,90	,750	1,6	47,2	51,2
Politische Kompetenzen	-0,737	-,65	,705	40,9	57,5	1,5
Politische Wertorientierungen						
- Politisches Interesse	-0,639	-,58	,886	41,7	37,0	21,3
- Politikverdrossenheit	0,093	,06	,893	28,3	43,3	28,3
Politische Partizipation	-0,420	-,37	,632	44,1	41,7	14,2

Tab. 34: Übersicht über die Bürgerkompetenzen des Misstrauischen (N= 126; T-Werte, Mittelwerte und Standardabweichungen auf der Grundlage z-standardisierter Rohskalenwerte, Prozentwerte auf der Grundlage dreistufiger Skalierung, vgl. Kap. 6.2.2).

	Skalenkennwerte			Prozentwerte		
	T-Wert	M	SD	gering	mittel	hoch
Allgemeine Handlungskompetenzen	0,107	,15	,751	6,3	50,8	42,9
Allgemeine Wertorientierungen						
- Vertrauen	-0,522	-,50	,938	23,8	64,3	11,9
- Hilfsbereitschaft	-0,423	-,40	,992	39,7	45,2	15,1
- Solidarität	-0,570	-,57	1,120	27,0	44,4	28,6
Gesellschaftliche Beteiligung						
- Vereinsaktivität	-0,197	-,19	,797	21,4	53,2	25,4
- weitere aktive Mitgliedschaften	-0,453	-,42	,883	70,6	24,6	4,8
- Freiwilliges Engagement	-0,538	-,51	,594	26,0	50,8	3,2
Politische Kompetenzen	0,503	,55	,626	1,6	49,2	49,2
Politische Wertorientierungen						
- Politisches Interesse	0,352	,38	,720	4,0	33,3	62,7
- Politikverdrossenheit	0,349	,31	,866	15,9	47,6	36,5
Politische Partizipation	-0,230	-,18	,725	36,5	40,5	23,0

Tab. 35: Übersicht über die Bürgerkompetenzen des Desinteressierten (N=111; T-Werte, Mittelwerte und Standardabweichungen auf der Grundlage z-standardisierter Rohskalenwerte, Prozentwerte auf der Grundlage dreistufiger Skalierung, vgl. Kap. 6.2.2).

	Skalenkennwerte			Prozentwerte		
	T-Wert	M	SD	gering	mittel	hoch
Allgemeine Handlungskompetenzen	-1,040	-,97	,874	54,1	38,7	7,2
Allgemeine Wertorientierungen						
- Vertrauen	-0,178	-,17	,983	18,0	61,3	20,7
- Hilfsbereitschaft	0,059	,06	,987	18,9	50,5	30,6
- Solidarität	0,040	,02	1,010	13,5	29,7	56,8
Gesellschaftliche Beteiligung						
- Vereinsaktivität	-0,501	-,50	,897	37,8	44,1	18,0
- weitere aktive Mitgliedschaften	-0,391	-,36	,936	65,8	27,9	6,3
- Freiwilliges Engagement	-0,740	-,71	,526	65,8	33,3	0,9
Politische Kompetenzen	-1,028	-,94	,715	58,6	39,6	1,8
Politische Wertorientierungen						
- Politisches Interesse	-1,057	-,98	,832	60,4	29,7	9,9
- Politikverdrossenheit	0,649	,61	,879	10,8	36,9	52,3
Politische Partizipation	-0,593	-,54	,609	55,0	36,0	9,0

## 11.2 Tabellen zu den sozio-demographischen Besonderheiten der einzelnen Bürgertypen

Tab. 36: Soziodemographische Besonderheiten (horizontale Ungleichheitsmerkmale) der fünf Bürgertypen (Angaben in Prozent und Chi<sup>2</sup>-Test).

	Der Aktive	Der politisch Engagierte	Der Vereinsmeier	Der Miss-trauische	Der Desinte-ressierte	Gesamt
<i>Geschlecht</i>						
Frauen	40,8%	39,9%	40,5%	31,7%	54,1%	41,0%
Männer	59,2%	60,1%	59,5%	68,3%	45,9%	59,0%
		$\chi^2 (4, 663) = 12,4; p = .015^*; CI=.137$				
<i>Wohnort</i>						
Potsdam	52,6%	48,0%	35,4%	50,8%	48,6%	47,3%
Münster	47,4%	52,0%	64,6%	49,2%	51,4%	52,7%
		$\chi^2 (4, 666) = 9,6; p = .047^*; CI=.120$				
<i>Alter</i>						
18-40 Jahre	30,5%	33,1%	40,9%	34,1%	45,9%	36,3%
41-60 Jahre	35,1%	41,2%	29,9%	35,7%	29,7%	34,7%
61-87 Jahre	34,4%	25,7%	29,1%	30,2%	24,3%	29,0%
		$\chi^2 (4, 666) = 12,1; p = .147; CI=.095$				

Tab. 37: Soziodemographische Besonderheiten (vertikale Ungleichheitsmerkmale) der fünf Bürgertypen (Angaben in Prozent und Chi<sup>2</sup>-Test).

	Der Aktive	Der politisch Engagierte	Der Vereinsmeier	Der Miss-trauische	Der Desinte-ressierte	Gesamt
<i>Höchster Bildungsabschluss</i>						
ohne Abschluss bzw. Hauptschulabschluss	6,5%	6,8%	13,5%	7,9%	18,0%	10,1%
Mittlere Reife	15,6%	8,8%	23,8%	19,8%	29,7%	18,8%
Abitur	27,9%	16,9%	27,0%	19,0%	17,1%	21,8%
Fachhochschule	16,9%	19,6%	16,7%	18,3%	12,6%	17,0%
Universität	33,1%	48,0%	19,0%	34,9%	22,5%	32,3%
	$\chi^2 (8, 665) = 61,2; p < .001^{***}; CI=.152$					
<i>Berufsautonomie</i>						
Gering	6,9%	2,9%	11,7%	6,9%	11,7%	7,7%
Mittel	25,4%	27,0%	42,3%	41,4%	48,5%	36,0%
Hoch	53,8%	44,5%	38,7%	41,4%	31,1%	42,5%
Sehr hoch	13,8%	25,5%	7,2%	10,3%	8,7%	13,7%
	$\chi^2 (12, 597) = 50,3, p < .001^{***}; CI=.168$					
<i>Äquivalenzeinkommen</i>						
unter 955 €	27,6%	16,8%	27,0%	24,1%	25,3%	24,0%
956 bis 1303 €	28,3%	23,8%	23,8%	25,0%	31,3%	26,2%
1304 bis 1757 €	24,1%	23,8%	25,4%	21,6%	22,2%	23,5%
über 1757 €	20,0%	35,7%	23,8%	29,3%	21,2%	26,2%
	$\chi^2 (12, 625) = 15,4; p = .219, CI=.091$					

Tab. 38: Unterschiede in der Mitgliedschaftsdauer der fünf Bürgertypen (Angaben in Prozent und Chi<sup>2</sup>-Test).

	Der Aktive	Der politisch Engagierte	Der Vereinsmeier	Der Miss-trauische	Der Desinte-ressierte	Gesamt
<i>Mitgliedschaftsdauer</i>						
0-3	25,8%	28,3%	25,0%	37,9%	48,6%	32,2%
4-10	35,1%	37,9%	35,5%	33,1%	31,4%	34,8%
über 10	39,1%	33,8%	39,5%	29,0%	20,0%	33,0%
	$\chi^2 (8, 649) = 24,8; p = .002^{**}; CI=.138$					

## 11.3 Tabellen zur Verteilung der Bürgertypen in unterschiedlichen Vereinen

Tab. 39: Bürgertypen in binnenorientierten Sportvereinen, außenorientierten und fremdbezogenen Vereinen

	<i>Sportvereine</i>	<i>Außenorientierte Vereine</i>	<i>Fremdbezogene Vereine</i>
Der Aktive	16,6%	27,8%	25,8%
Der politisch Engagierte	12,9%	22,0%	33,8%
Der Vereinsmeier	24,5%	15,0%	17,2%
Der Misstrauische	24,5%	18,9%	12,1%
Der Desinteressierte	21,6%	16,3%	11,1%
$\chi^2 (8, 666) = 50,7, p < .001^{***}, CI=.19545$			

Tab. 40: Bürgertypen in Vereinen aus den Bereichen Sport, Politik, Freizeit und Kultur sowie Gesundheit und Soziales.

	<i>Sport</i>	<i>Politik</i>	<i>Freizeit/Kultur</i>	<i>Soziales/ Gesundheit</i>
Der Aktive	16,6%	23,7%	28,0%	26,3%
Der politisch Engagierte	12,9%	42,1%	25,6%	21,1%
Der Vereinsmeier	24,5%	14,5%	14,6%	21,1%
Der Misstrauische	24,5%	7,9%	18,5%	14,7%
Der Desinteressierte	21,6%	11,8%	13,4%	16,8%
$\chi^2 (8, 666) = 55,2, p < .001^{***}, CI=.166$				

Abb. 41: Bürgertypen in Vereinen differenziert nach den Gelegenheitsstrukturen zur Interaktion im Rahmen von Mitgliederversammlungen, geselligen Veranstaltungen und bürgerschaftlichem Engagement.

	<i>Gering</i>	<i>Mittel</i>	<i>Gut</i>	<i>Sehr gut</i>
Der Aktive	22,4%	18,6%	24,3%	31,9%
Der politisch Engagierte	12,0%	27,4%	26,0%	14,3%
Der Vereinsmeier	20,8%	13,0%	20,4%	27,5%
Der Misstrauische	21,6%	22,8%	16,2%	13,2%
Der Desinteressierte	23,2%	18,1%	13,2%	13,2%
$\chi^2 (12, 666) = 36,1; p < .001^{***}, CI=.134$				

<sup>45</sup> CI = Cramers Index oder Cramers V basiert auf dem Kontingenzkoeffizienten C bzw. auch als CC bezeichnet.

*Tab. 42: Bürgertypen in Vereinen differenziert nach der Offenheit des Vereins für die Einflussnahme durch die Mitglieder.*

	<i>Geringe Offenheit</i>	<i>Mittlere Offenheit</i>	<i>Hohe Offenheit</i>
Der Aktive	19,2%	26,4%	24,8%
Der politisch Engagierte	24,0%	25,1%	20,8%
Der Vereinsmeier	16,3%	13,2%	22,8%
Der Misstrauische	24,0%	18,9%	15,4%
Der Desinteressierte	16,3%	16,3%	16,1%
$\chi^2 (8, 584) = 11,7; p = .167^{***}, CI=.100$			